

# Ö-punkte



Die weltweite Initiative:  
**Aktivwerden gegen  
Globalisierung und  
Neoliberalismus**



Wolfgang Weisauer  
für aktivwerden.de



**Termine, Kurzinfos...**  
zu Anti-Atom, Verkehr, Naturschutz,  
local economy, erneuerbare Energien,  
Öko-Landbau, Gentechnik, und  
Umweltbildung

## **EXPO 2000 - Stoppt die heile Technikwelt!**



Der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen, BIo und Umweltgruppen

# Bitte veröffentlichen bzw. an die Presse geben!

## Presseinformation (Kurzform)

**Ö-Punkte entlarven die Expo 2000 als Showdown neoliberaler Ideen - Aufruf zu Widerstand überall!**

Noch prägen eher die Finanzierungsschwierigkeiten oder große Konzerte die Berichterstattung über die Expo, doch das wird sich ändern. Die Expo-Chefetage will die Weltausstellung in Hannover als Riesen-Werbeveranstaltung für Groß- und High-Technologie nutzen. Präsentiert wird ein Zukunftsentwurf, der die "Problemlösungskompetenz" (ein Lieblingswort der Expo-MacherInnen) der Industrie, vor allem der deutschen, zeigen soll. Kulturereignisse, Jugendprogramm und das Einbinden z.B. vom Umweltgruppen dient dabei der Akzeptanzbeschaffung für eine Zukunftsvision, in der das Menschliche verlorengegangen ist.

Auf 16 Seiten bietet die neue Ausgabe der "Ö-Punkte" Hintergrundinformationen zur Expo 2000 sowie exakte Informationen über alle Teil der Weltausstellung in Deutschland. Damit sollen Anknüpfungspunkte für konkrete Auseinandersetzungen aufgezeigt werden. Beispiele aus Braunschweig, Leipzig und Baden-Württemberg beweisen, daß die Expo 2000 einen guten Ansatzpunkt für den politischen Kampf um die Gestaltung der Zukunft darstellt.

Doch der Schwerpunkt ist nicht alles, was die Ö-Punkte zu bieten haben. In bewährter Weise haben die inzwischen 20 autonomen Redaktionen zu fast allen wichtigen Bereichen des Umweltschutzes Berichte, Termine, Vorstellungen neuer Materialien, Aktionen und Kampagnen zusammengetragen. So ist ein Überblick über das entstanden, was zur Zeit in Umweltgruppen, -verbänden und nahestehenden politischen Initiativen läuft, der einmalig ist im deutschsprachigen Raum.

Die "Ö-Punkte" werden über bestehende Rundbriefe und Fachmagazine an zur Zeit 12.000 Kontaktadressen vor Ort verschickt - Tendenz steigend! Das aktuelle Heft kann ebenso wie die bereits erschienenen bei der Redaktion (Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen) bestellt werden (ein Heft: 5,50 DM in Briefmarken, jedes weitere: 2 DM).

### PR-Arbeit

Die "Ö-Punkte" erreichen inzwischen ca. 12.000 Kontaktadressen. Die Informationen werden von 20 Einzelredaktionen gesammelt - ein jetzt schon einzigartiges Vernetzungsprojekt. Aber: Wir sind noch lange nicht am Ende. Weitere Verteiler, z.B. Fachmagazine, Rundbriefe usw. sollen angesprochen sowie weitere Mitwirkende gewonnen werden.

Die Ö-Punkte bekannter machen - das ist eine der Aufgaben. Daher bitten wir um Veröffentlichung des nebenstehenden Textes oder Weitergabe an die Presse.



Startausgabe 1997: Windenergie



Das aktuelle Heft und alle bisher erschienen Titel (kleine Bilder) mit spannenden Schwerpunkten sind nachzubestellen (7,- DM in Briefmarken für das erste, je 2 DM für jedes weitere Heft) beim Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe.



**regelmäßig ... die drei Varianten:**

1. Mit anderen Rundbriefen, Zeitschriften, über Verbände (siehe Seite 63)
2. Als Perspektiven-Abo (4x Ö-Punkte plus 4-6mal Perspektiven-Rundbrief) für 40 DM/Jahr (bzw. Förder-Abo ab 60 DM).
3. Als Normal- (20 DM/Jahr) oder Förder-Abo (ab 40 DM/Jahr).



Herbst 1998: Utopien



### Der Infodienst für UmweltschützerInnen

Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein)  
Servicestelle für BIs und Umweltgruppen  
Vi.S.d.P. der Rubriken: ThemenredakteurInnen  
Sonstige Seiten: Jörg Bergstedt

#### Redaktion:

Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen  
Tel. 06401/90328-3, Fax -5, 0171/8348430  
mail: oe-punkte@infomagazin.de

**Abfall:** Christian Ohly (co)  
Siegmonds Hof 2-4 Haus 12/416, 10555 Berlin  
Tel. 030/3936827

**Anti-Atom:** Bernd Hanewald (bh)  
Hermann-Levi-Str. 9, 35392 Geißen  
0641/29125 (auch Fax)

**Chemie&Industrie:** Coord. gg. BAYER-Gefahren  
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf  
0211/3339-11, Fax -40

**Energie/wende:** Hartmut Groth (hg)  
c/o Umschalten, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
040/394078 (auch Fax)

**Gentechnik:** Thomas Schmidt (ts)  
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554  
Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

**Landschaft/Naturschutz:** Jörn Hartje (jh)  
Poststr. 39, 22946 Brunsbek  
04107/850478 (Fax 04531/7116)

**Lokale Ökonomie:** Jutta Sundermann (js)  
Koburger Str. 9, 10825 Berlin  
030/7870-9077 (Fax -3389)

**Ökol. Landbau:** Johannes Richter  
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554  
Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

**Politik von unten:** Jörg Bergstedt (jb)  
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen  
06401/90328-3 (Fax -5), 0171/8348430

**Radikal/Leben:** Nicht besetzt!

**Tierschutz:** RAGE, c/o Umweltzentrum (ra)  
August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld  
Fax&Tel. Hans-Jürgen Lutz (hl), 06195/65118

**Über den Tellerrand:** Tilman Heller (hel)  
Postfach 080254, 10002 Berlin  
030/7870338-8 (Fax -9)

**Umweltbildung:** Peter Szekeres (pcm)  
Liebigstr. 50, 35037 Marburg  
06421/24552 (Fax vorher anrufen)

**Umweltrecht:** Carsten M. Herrie (ch)  
Holtenerstr. 264, 24106 Kiel  
Tel. 0431/305371-9 (Fax -8)

**Umwelt&Entwicklung:** Nicht besetzt!

**VerbraucherInnenpolitik:** Nicht besetzt!

**Verkehr:** Umkehr e.V. (u)  
Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding  
030/4927-473 (Fax -972)

**Wasser:** Verein zum Schutzes des Rheins und ...  
Egmondstr. 5, 47608 Geldern  
02831/9802-81 (Fax -90)

**Widerstand/Direkte Aktion:** Leia Organa c/o JUP  
Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck  
Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

**Expo 2000:** Simone Katter und Jörg Pohl  
Büro für mentale Randale, Wickingsstr. 17,  
45657 Recklinghausen, 02361/667318

**Weitwirtschaftsgeißel:** Momo  
Artenleierstr. 6, 27283 Verden

**Endredaktion:** Georg, Helge, Jörn, Jörg & Jörg  
**Druckerei:** Geißen-Druck

#### Bildarchiv:

Auslöser, Hamburger Str. 5, 23843 Bad Oldesloe

#### Auflage: 14.000

Diese Auflage erreicht ca. 12.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen. Rest an Presse, Büchertische und AbonnentInnen.

#### Vertrieb für den Buchhandel

Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau  
07033/44273, Fax 445265  
trotzdemusf@t-online.de

#### Konto

Nr. 2516101 bei Volksbank Busecker Tal (BLZ 51362617), Spenden sind steuerlich absetzbar.

Schwerpunkt

Impressum, Pressetext .....2  
 Inhalt, alte Ausgaben, .....3  
 Echo und Diskussion .....4

**Schwerpunkt  
 "Expo 2000"**

5 Gründe gegen die Expo .....10  
 Gentechnik, Umweltschutz .....11  
 Jugend .....12  
 Internationales .....13  
 Akzeptanzbeschaffung .....14  
 Expo-Organisationsstrukturen .....16  
 Aktionen (Braunschweig, Leipzig ...) .....17  
 Ausstieg weltweiter Projekte .....19  
 Aktionen .....22  
 Die Baustellen der Expo 2000 .....24

Kurz notiert von A - Z  
 Perspektiven

**Rubriken**

Abfall .....26  
 Anti-Atom .....28  
 Chemie & Industrie .....30  
 Energie .....32  
 Gentechnik .....34  
 Landschaft und Naturschutz .....36  
 Local economy .....38  
 Ökologischer Landbau .....40  
 Politik von unten .....42  
 Radikal leben .....44  
 Tierrechte/Tierschutz .....46  
 Über den Tellerand .....48  
 Umweltbildung .....50  
 VerbraucherInnenpolitik .....51  
 Umweltrecht .....52  
 Umwelt & Entwicklung .....55  
 Verkehr .....56  
 Wasser .....58  
 Widerstand .....60  
 Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit .....62  
 Ö-Punkte-Verteiler, Zeitschriftenliste .....63

**Ö-punkte**  
 Der Infodienst für  
 UmweltakteurInnen  
 Sommer '99  
 Start ins  
 Heft

**Hinweise**

Alle Themenredaktionen sind autonom und für ihre Texte und Abbildungen selbst verantwortlich. Dazu gehört auch der Stil sowie die Wahl der männlichen, weiblichen oder geschlechtsneutralen Sprachform. Ausnahme sind alle mit (\*) gekennzeichneten Texte, die während der Endredaktion direkt an diese geschickt und von dieser bei ausreichendem Platz in den Rubriken eingefügt wurden.

**Eigentums-  
 vorbehalt**

Gefangenen ist diese Zeitung direkt auszuhändigen. Zurhabenahme ist keine Aushändigung dieser Art. Bei Nichtaushändigung bitten wir um Rücksendung mit Begründung.

**Ö-Terminservice  
 im Internet**

<http://www.infomagazin.de/oe-termin>

**Es wird anders werden ...**

Die Projektwerkstatt Saasen, wo bisher die Ö-Punkte regelmäßig entstanden sind, ist inzwischen ein leeres Haus. Es wartet auf eine neue Gruppe politisch engagierter Menschen, die dort neu starten wollen – mit einem optimal ausgebauten Haus als politische Plattform. Die Ö-Punkte aber gehen ein Wagnis ein. Neben ihrer einmaligen Struktur mit über 20 autonomen Redaktionen soll jetzt auch die zentrale Endredaktion weiter dezentralisiert werden. Im günstigsten Fall soll das Zusammenstellen der Texte, das Layouts und Versenden von wechselnden Standorten erfolgen – jedes Mal ein anderer. Die Ö-Punkte als Zeitung mit autonomen Redaktionen und Rotationsprinzip in der Endredaktion ... ein Experiment in Sachen basisorientierter Struktur. Nun aber lautet die Frage: Welche Gruppen haben Lust, einmal die Ö-Punkte mit zu gestalten und zu füllen? In welchen Orten gibt es Zusammenhänge und Einrichtungen, die mit der Ö-Punkte-Redaktion eine Ausstattung aufbauen, die diese Arbeit möglich macht, aber in der weiteren Zeit für regionale, politische Initiativen (z.B. Zeitungsprojekte) zur Verfügung steht? Wir freuen uns über Rückmeldungen. Schon die nächsten Ö-Punkte suchen einen neuen Endredaktionsort. Wo wird das sein? Wer hat Lust? Der Endredaktionszeitraum wäre Mitte August.  
 Kontakttelefon: 0171/8348430 und 06401/903283.

Sommer 1998: Direkte Demokratie



**Und noch etwas Neues: Praxistips für Umweltgruppen**

Frühjahr 1998: Agenda 21



Das nächste Heft hat keinen thematischen Schwerpunkt, sondern wird einen Markt der Möglichkeiten bieten: Tips und Berichte von kreativen Aktionen und Aktionsmöglichkeiten für Basisgruppen. Fest geplant sind schon Beiträge zu "Internet für UmweltschützerInnen" und "Praktikumsstellen/Jobs im Umweltschutz". Wer weitere Beiträge liefern kann, ist herzlich eingeladen. Außerdem rufen wir auf, uns Texte und Fotos zu besonders kreativen und interessanten Aktionen und Aktionsformen zu schicken. 16 Seiten buntes Sammelsurium sind unser Ziel!

Frühjahr 1999: Weltwirtschaft



Wir bitten weiterhin wir um Spenden für die "Ö-Punkte". Die Spendenaktion in den letzten Heften hat nur einen Teil der Startschulden ausgeglichen.

"Förderverein/Ö-Punkte"  
 Nr. 2516101, BLZ 51362617  
 Volksbank Busecker Tal

Spendenbescheinigung auf Wunsch.



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

4

Sommer '99

• Echo und  
diskussion

## LeserInnenbriefe

Debatten sind gern gesehen. Die "Ö-Punkte" wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir nicht seitenweise Debattenbeiträge darstellen. Verwiesen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf den neuen Rundbrief "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" (siehe Seite 2).

LeserInnenpost bitte an die Redaktion in Reiskirchen schicken:  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen  
Fax 06401/903285  
projektwerkstatt\_sa@apg.wvbnet.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

## Aus der Redaktion: Für einen politischen Umweltschutz!

Dies ist ein Versuch, die Lage auf den Ö-Punkt zu bringen

Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus. Die Präzisionsbomben werden als Friedenstauben verkauft und erst die chinesische Botschaft muß dafür herhalten, daß ein paar mehr begreifen, was eh klar war: Krieg ist immer grausam, Krieg ist immer ein Kampf von Herrschaftssystemen auf dem Rücken der Menschen, Krieg ist immer unkalkulierbar. Die Auseinandersetzung prägte und prägt auch diese Ö-Punkte-Endredaktionsphase: Teilnahme an Einzelaktionen, an der Blockade des Grünen-Parteitages, am A20- oder thüringischen Aktionscamp gehören ebenso dazu wie der Streit innerhalb der Umweltbewegung. Die Anti-Atom-Bewegung hat ein Ende der Angriffe gefordert – ohne Wenn und aber. Der BUND-Bundesvorstand hat dagegen beschlossen, sich nicht zu äußern. Und der Deutsche Naturschutzring, Hochburg staatsanbiedernder Lobbypolitik, fordert den Stopp speziell dieses Krieges, weil er nicht ökologisch durchgeführt wird. Umweltschutz agiert von oben, verbündet sich mit Kriegeregierungen, sieht die Menschen nur als Objekte oder vernachlässigt sie ganz.

Die Akzeptanzkrise des Umweltschutzes und das wachsende Desinteresse an Gruppen und Forderungen sind hausgemacht. Die Ö-Punkte mischen sich mit dieser Ausgabe weiter ein in die Debatte um neue Strategien, die endlich wieder die Perspektive auf eine breite ökologische und insgesamt eine politische Bewegung eröffnen. Genauso eindeutig, wie sich das im Schwerpunkt, auf den Perspektivenseiten und in vielen Rubriken spiegelt, werden die Ö-Punkte versuchen, ein Vernetzungsmedium in der gesamten Breite der Bewegung zu sein. Daher reichen die Informationen von den Tierrechten bis zum ökologischen Landbau auch wenn beide Redaktionen z.T. gegensätzliche Ziele verfolgen. Und es wird weiterhin Aktionshinweis vom Nistkasten bis zur Sabotage geben – denn beides gehört zur Bewegung, auch wenn die verschiedenen Gruppen meist miteinander wenig zu tun haben wollen.

Kämpfen müssen wir aber noch darum, daß die Ö-Punkte überall die Basis-Umweltgruppen erreichen. Viele verbandliche und einige weitere Verteiler sind uns noch verschlossen. Politische Zensur oder die ausschließliche Fixierung auf den eigenen Verband stehen einer breiten Vernetzung im Wege.

Wir freuen uns über alle Formen der Hilfe und Mitarbeit: In der Redaktionsgruppe, in den Themenredaktionen, mit einzelnen Texten, bei der Finanzierung und beim Aufbau weiterer Verteiler und Verkaufsstellen wie Buchhandlungen, Versände und Büchertische, damit diese Sammlung überall hinkommt und Umweltschutz weiterentwickeln kann.

Diese Ausgabe entstand in der Projektwerkstatt in Saasen sowie im Büro für mentale Randalen in Recklinghausen.

## Beibehalten!

Ihr schreibt im Vorwort des Frühjahrsheftes '99 "Der Inhalt fasziniert, die äußere Form weniger", das sei die typische Leserkritik. Heftiger Widerspruch. Gerade die Form spricht mich extrem an, und durch sie bekomme ich Infos, die ich mir sonst nicht durchlesen würde. Trotzdem gelingt es, die Zeitung schnell durchzuarbeiten.

Beibehalten!

Robin Wut's Aufruf zum Aushalten der inhaltlichen Bandbreite vom Nistkastenbau bis zur Gleisdemontage trifft auf den Punkt. Die Vielfältigkeit inner- und außerparlamentarischer Aktion ist es, die auch den Gorleben-Widerstand so erfolgreich macht. Da kann ein BUND-Landesvorsitzender seine Ideen parallel zur Sabotage verwirklichen.

Gefahr und Beihilfe zur Tötung? Aber Herr Hecker, Bange machen gilt nicht.

Aber das wißt Ihr ja alles bereits, daher zum Punkt: Ich hätte gern ein Abo!

Rossi, Wagenplatz Lister Damm (Hanover)



2.-4. Juli in Bad Oldesloe

### Arbeiten mit Fotos

Das Fotografieren ist es nicht alleine, sondern die Verwendung und Verwertung der Fotos gibt ihnen erst Bedeutung. Bei diesem Seminar wollen wir uns sowohl mit der Archivierung, als auch mit digitaler Bearbeitung von Fotos und der Herstellung von Ausstellungen beschäftigen.

Infos: Auslöser-Bildarchiv, 04531/4512

Seminarreihe

### Praxishilfen für aktive Leute

Mit dieser Seminarreihe wollen wir das Know-How für eine erfolgreiche Umwelt-, Initiativ- und politische Arbeit vermitteln. Dabei steht ihr als TeilnehmerInnen immer im Mittelpunkt. Ihr könnt also schon im Vorfeld der Seminare und Workshops eure Wünsche, Vorlieben und speziellen Fragen einbringen. Wir bieten diese Seminare und weitere Themen auch speziell für einzelne Gruppen, Initiativen und Projekte an. Die Seminarreihe ist ein Gemeinschaftsprojekt der JUPI und des Instituts für Ökologie, 04531/4512.

24.-26.8.99 in Bad Oldesloe

### EU - jenseits vom Euro

Die EU hat neben Fliz und Euro sowie neuerdings Militarismus noch einiges mehr zu bieten. Zahlreiche Programme können Aktivitäten Jugendlicher finanziell erleichtern, Freiwilligendienste und Austauschprogramme können Kontakte über Grenzen hinweg aufbauen und zur Vernetzung beitragen und das EU Recht bietet speziell Möglichkeiten gerade im Umweltschutz.

Infos: JUPI Bad Oldesloe

8.-10.9.99 in Bad Oldesloe

### Schnorrerworkshop

Wer Projekte macht muß diese auch finanzieren. Aber finanzieren ist nicht gleich finanzieren. Wir wollen bei diesem Seminar in die hohe Kunst des Schnorrrens einführen und neben den klassischen Fördermöglichkeiten durch den Staat, vor allem neuartige und teilweise auch kuriose Finanzquellen aufzeigen.

Infos: JUPI Bad Oldesloe

29.-31.9.99 in Bad Oldesloe

### Projektorganisation Intensivkurs

Dieses Seminar ist für Leute, die ein Projekt machen wollen, oder schon dabei sind und ganz konkrete Fragen zur Umsetzung der eigenen Ideen haben. Wir werden für alle anwesenden Projekte ein spezielles Konzept für die Organisation entwickeln und diverse Tipps aus eigener Erfahrung zum Besten geben.

Infos: JUPI Bad Oldesloe

## Anmerkungen zum Blues

Wir informieren uns zu Tode. Noch nie war es möglich, so viele Menschen so schnell zur selben Zeit zu erreichen. Die Informationsvielfalt ist grenzenlos. Was allerdings nicht übersehen werden darf ist die Tatsache, das "Wissen" nicht das selbe ist wie "Verstehen". Wir können etwas wissen, aber um es zu verstehen müssen wir gleichzeitig fühlen und empfinden was damit gemeint ist. Diese Fähigkeit entsteht aus sozialer Kompetenz. Sie fällt uns nicht in den Schoß, sondern muß in der persönlichen Auseinandersetzung und Konfrontation mit Menschen erlernt werden.

Das Wort "Kommunikation" hat seinen Ursprung in "Communio" (Lat.). Das bedeutet Verbindung. Angesichts dieser Wurzel scheint die heutige Verwendung wie eine hohle Phrase. Je mehr Wissen, je mehr Rhetorik und technische Möglichkeiten, um so weniger Begegnung scheint sich zu ereignen. Wir begegnen uns zwar per e-mail, aber wer hilft uns wenn wir mal krank sind? Wer unterstützt uns wenn das Geld alle ist? Die ganze Verkabelung und Vernetzung scheint uns mehr in einen Kokon einzuspinnen als uns miteinander zu verbinden. An dem konkreten Konflikt im Kosovo werden die Folgen dieser Entwicklung für den politischen Widerstand mehr als deutlich. Anstatt sich gegen die Kriegstreiber im eigenen Land zu organisieren ist überall hilflose Ungewissheit zu spüren. Viele fühlen sich ungenügend informiert und wissen nicht wofür sie eintreten sollen obwohl sich an der Art und Weise der Kriegspropaganda gegenüber anderen Kriegen, z.B. dem Golfkrieg nichts geändert hat. Auch die Sinnlosigkeit der gewaltsamen Konfliktlösung hat sich nicht geändert. Die Informationsflut hat uns zu Menschen gemacht, die viel wissen, aber nicht die Kraft zum Tun haben. Wir haben keine Urteilskraft mehr. Es scheint kein Zufall zu sein, das der Zerfall der politischen Basisgruppen zur Zeit überall spürbar ist. Viele Menschen finden keine gemeinsame inhaltliche Übereinstimmung mehr, auf dessen Grundlage sie sich zusammenschließen könnten. Die Frage "Wer hat recht?" ist wichtiger geworden, als die Frage "Was verbindet uns?".

EinzelkämpferInnen beherrschen das Bild vieler politischer Bewegungen. Der Verlust der Kollektivität wird das Ende des politischen Widerstands sein und jegliche emanzipatorischen und herrschaftsfreien Zukunftsperspektiven von vornherein absurd erscheinen lassen.



### Es ist der Blues, der uns verbindet

Es ist an der Zeit sich darüber Gedanken zu machen, ob nicht eine grundsätzliche Verschiebung der eigenen Wahrnehmung nötig ist. Ist es wirklich der Inhalt, der politische Gruppen zusammenhält? Stellen wir uns doch mal die Frage, was generell menschliche Organisationen, zum Beispiel einen Staat, zusammenhält. Sicherlich das strukturelle und bürokratische System, aber das ist nur die eine Seite der Wahrheit. Was ein Land zusammenhält ist der Glaube der Menschen, daß sie eine Gemeinschaft sind, eine "Nation". Aber das ist eine Konstruktion. Die gemeinsame Sprache und der gemeinsame Ort hat praktische Vorteile, mehr nicht. Alle Staaten sind eine Fiktion, die durch Glaubenssysteme aufrechterhalten werden. Das ist irrational, aber es funktioniert. Grundsätzlich scheint es eine Eigenschaft der heutigen Menschen zu sein, sich in - möglichst einfache - Glaubenssysteme zu flüchten. Diese Glaubenssysteme bezeichne ich als Räume. Ein Raum entsteht, wenn ein Mensch an etwas glaubt. Wenn sein Glaube zunimmt oder zwei Menschen an das selbe glauben wird der Raum größer und stärker. Ein starker Raum hat eine Sogwirkung gegenüber Menschen, die sich in weniger starken Räumen befinden.

Eine Gruppe bildet einen Raum, indem die Beteiligten an dasselbe glauben. Ein anderer Ausdruck für dieses Phänomen ist der "Blues". Der Blues entstand in der Spontzeit in Berlin Anfang der siebziger Jahre. Er beschreibt ein Lebensgefühl. Dieses Lebensgefühl war zugleich Motor und Ziel der damaligen Alternativbewegung.

Der Blues durchzog die Bewegung wie ein roter Faden, und war der eigentliche Zusammenhalt zwischen den Menschen. Er kam in ihren Schriften, Liedern und Aktionen zum Ausdruck, konnte aber nur gefühlmäßig und nicht rational erfährt werden. Auch heute ist es eine Art Blues, der politische Bewegungen ermöglicht. Rational läßt sich kein Engagement für eine bessere Welt erzwingen, es kommt darauf an ob ein Thema "Kickt", "Schockt" oder sonstwie sinnlich erfahrbar ist. Der politische Inhalt ist lediglich der Überbau, durch den unsere Gefühle in der Gesellschaft Einfluß ausüben können. Eine politische Bewegung entsteht, wenn ihr Thema den richtigen "Drive" hat. Die Menschen werden von einer Stimmung mitgerissen. Diesem Blues kann sich kaum eineR entziehen. Er beeinflusst das Denken und Handeln, egal ob eine Person ihm negativ oder positiv gegenübersteht. Der Blues in den Siebzigern war ein Gegenkonzept zum Raum der damaligen Gesellschaft. Nur durch seine Stärke, die ihren Ursprung in den kulturellen Gegenkonzepten der 68er Bewegung hatte, war es den Menschen möglich, konsequent Widerstand zu leisten, und nicht an den Widersprüchen ihres gesellschaftlichen Umfeldes zu zerbrechen. Heute ist vom damaligen Blues nicht mehr viel übrig. Die Bewegung hat sich in viele separate Grüppchen gespalten oder ist vom herrschenden kapitalistischen Raum integriert worden. Ein neuer starker alternativer und emanzipativer Blues ist nicht in Sicht. Aber vielleicht entsteht er schneller als gedacht. Er kann unterstützt werden, wenn die Existenz dieses Phänomens anerkannt wird und seine Regeln und Gesetze durchschaut werden.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

• Aus aller umWelt



### Zum Text links

Der folgende Leserbrief erreichte uns aus Berlin. Er stellt im ersten Teil die Position in Frage, daß es politische Ziele und Strategien sind, die Bewegungen zusammenhalten. Im zweiten Teil entwirft der Schreiber eine eigene Theorie morphogenetischer Felder, die geschaffen werden müssen. Aufgrund der Länge des Briefes ist der zweite Teil gänzlich gestrichen - auch deshalb, weil die "Ö-Punkte" kein Ort der Verbreitung esoterischer Lehren ist. Dennoch ist klar, daß viele Menschen einen radikalen politischen Stil für sich ablehnen und einen Weg der Harmonie und Geborgenheit wählen.

Die Debatte ist erwünscht. Widerspruch "erlaubt".

## Kleinanzeigen

Die Infobörse für politische Projekte, Gruppen und Einzelpersonen - jede Anzeige erreicht 12.000 Umwelt-AkteurInnen!

Preise: Grundeintrag (bis 5 Zeilen a ca. 30 Zeilen) für 10 DM, jede weitere Zeile 3 DM.

**Arbeitsausstattung** gesucht!  
Achtung: Wir vermitteln ständig Arbeitsgeräte und Aktionsausstattungen für politische Zentren. Wer etwas übrig hat, sollte sich melden. Zur Zeit sind u.a.: **Faxgeräte, VGA-Großbildschirme (ab 17 Zoll), SCSI-Karten für PCs, ZIP-Laufwerk und CD-ROM** (möglichst immer als SCSI).  
Bitte melden unter 0171/8348430.

Innovative Monatszeitung sucht mutige/n Einsteiger/in mit (Berufs-) Erfahrung in **Redaktion, Layout, Organisation, Verwaltung**. Akquise und/oder Vertrieb. Unsere Inhalte sind Ökologie, Kultur, Soziales vor dem Hintergrund eigenständiger

Regionalentwicklung. Dialogbereitschaft ist uns wichtiger als knallharte Positionen.  
Torfkurier Verlag, Große Str. 81, 28870 Ottersberg (Nähe Bremen), 04205-779966, Fax -779965.

Neue **politische WG** im Aufbau .. in biologisch ausgebautem Wohnhaus plus Tagungshaus. Nähe Gießen. Gesucht sind Leute, die politisch was losmachen wollen, aber auch Bock haben auf eine gleichberechtigte, spannende WG.  
Infotelefon: 06401/903283.



Der Infodienst für  
UmweltfaktoreInnen



Sommer '99

● Aus aller  
umWelt

Redaktion  
"Aus aller umWelt"

Jörg Bergstedt und  
Jutta Sundermann

Kölner Schuldeninitiative:

# Mit schönen Worten weiter wie bisher

Hauptanliegen des Kölner Wirtschaftsgipfels der G-8 ist es, so die Bundesregierung, Politikantwort auf die Globalisierung zu formulieren. Daneben steht traditionell die Lage der Weltwirtschaft im Mittelpunkt der Gipfelgespräche, die eine Grundlage für abgestimmtes wirtschafts- und währungs-politisches Handeln der G-8 bilden. Das verheißt nichts Gutes.

Waren und sind die G8 doch ein Gremium, das in erster Linie die Interessen der Wirtschaft und der reichen Länder vertritt. Hoffnungen auf einen Vorrang der Politik, gar einer Politik zugunsten der Armen dieser Welt, gab es ohnehin nicht viele. Wiederholte Vorschläge zur neuen Architektur der Finanzmärkte stießen auf wenig Gegenliebe. Dabei wird selbst von gemäßigten Kritikern der neoliberalen Weltordnung eine stärkere Regulierung der Weltmärkte vielfach für notwendig gehalten. Schließlich erwies sich für die Länder des Südens das Versprechen, der Markt sei der beste Garant von Entwicklung, inzwischen als völlig haltlos.

## Selbstkritik kommt vor...

Selbst eine deutsche Großbank schrieb kürzlich, daß die Finanzmärkte keine wohlfahrtsoptimalen Ergebnisse produzieren. Obwohl also auch Mainstream-Ökonomen Schwächen des herrschenden Modells sehen, drehen sich ihre Reformvorschläge im Wesentlichen um verstärkte Transparenz und Aufsicht. Das ist nicht abzulehnen, reicht aber nicht einmal an die Möglichkeiten heran, die ohne Infragestellung des herrschenden Systems denkbar wären wie z.B.

- ✓ die Stabilisierung von Wechselkursen mit dem Ziel, reale Austauschverhältnisse widerzuspiegeln,
- ✓ die, selbst in den Maastrichter Verträgen vorgesehene, Möglichkeit des gezielten Einsatzes von Kapitalverkehrskontrollen,

✓ die Einführung einer Spekulationssteuer (Tobin tax), die kurzfristige Kapitaltransfers überwiegend spekulativer Natur verteuert und somit einschränkt.

Nicht erst mit dem gemeinsam von Presse und Politikern weggejobbten Ex-Finanzminister Lafontaine verschwand die Hoffnung auf einen baldigen Politikwechsel in Weltwirtschaftsfragen. Was bleibt, ist die sogenannte "Kölner Schuldeninitiative" für ärmste Entwicklungsländer, die mit großem PR-Aufwand anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels vorgestellt werden soll.

## ...führt aber zu nichts

Niemand wird die Regierungen dafür kritisieren, daß sie einzelne Verbesserungen des Status Quo für die hochverschuldeten Länder beschließen werden. Doch unabhängig davon, wie weit diese im Einzelnen ausgestaltet werden, bleibt die "Kölner Initiative" im entscheidenden Fehler verhaftet: Die Vorschläge basieren auf der bereits existierenden HIPC-Initiative der Weltbank. Alle Maßnahmen dienen lediglich dem Erhalt oder der Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit der verschuldeten Länder und sind an die Strukturanpassungsprogramme des IWF gebunden. Damit wird ein Land weiterhin nur dann entlastet, wenn es sich ohne Wenn und Aber dem neoliberalen Leitbild unterordnet. Ohne das Ende dieses Diktats bleiben die Menschen weiterhin auf der Strecke.

## Autor

Peter Waldow

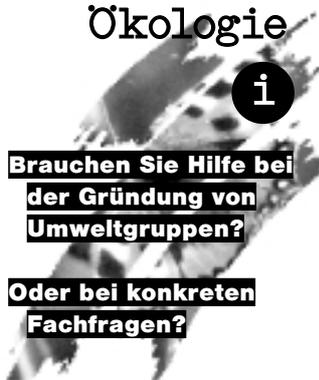
## Neuer Adreßreader

Der studentische Adressreader ist neu herausgekommen mit ca. 2000 Adressen aus Hochschulen, von Gruppen, Presse usw., was in Bezug auf die Uni bzw. politische Arbeit dort wichtig ist.

Es gibt die A4-Version zu 15 DM, die A6-Version zu 11 DM und die Diskette für 75 DM. Rabatte für Sammelbestellungen.

AG Adreßreader  
AStA Uni Hannover  
Welfengarten 1  
30167 Hannover

**Institut für Ökologie**



**Brauchen Sie Hilfe bei der Gründung von Umweltgruppen?**

**Oder bei konkreten Fachfragen?**

**Seminar, Vorträge, direkter Kontakt.**

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationsbroschüre zu.

Institut für Ökologie  
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe



## Monsanto geht langsam die Luft aus

Widerstand gegen TNKs, die Transnationalen Konzerne, kann erfolgreich sein. Richtig in Bedrängnis gerät so langsam der Gentechnik-Riese Monsanto. Nach vielen Boykott und Aktionsaufrufen, nach öffentlichen Feldverbrennungen in Indien, bei denen gentechnisch veränderte Baumwolle in Rauch aufging und etlichen Zerstörungen anderer Gentec-Versuchsfelder rund um den Globus, macht sich dieser Widerstand in den Konzernbilanzen bemerkbar. Der stellvertretende Monsanto-Chef Hendrik Verfaillie mußte zugehen: "Greenpeace und Konsorten machen einen erheblich besseren Job als wir". Monsanto's Gentech-Soja kam in Europa einfach nicht an. Das Land Brasilien, immerhin zweitgrößter Soja-Exporteur der Welt, will das manipulierte Saatgut plus Gift nicht im Lande sehen. Inzwischen haben die Aktionäre reagiert: die Aktien gingen in den Keller. Trotz Konzernumsatz von 8,6 Milliarden Dollar in 1998 machte Monsanto einen Verlust von 250 Millionen Dollar. Derzeit werden 1.700 MitarbeiterInnen entlassen und größere Teile des Konzerns abgestoßen. Es wird spannend, was bei den weiteren Aktionen gegen den Konzern und der immer breiteren öffentlichen Ablehnung letztlich geschieht. Das wachsende Mißtrauen in den Konzern auch von seiten der Banken und Börsen ist erstmal ein ermutigendes Zeichen. Und natürlich gilt: Monsanto darf nicht der letzte Konzern sein, dessen Eskapaden einfach nicht mehr durchgehen.

## Freie Bahn dem Markt

# Das neue MAI ist angekommen

Unbehelligt von den aktuellen Konflikten und Krisen brüten die Bürokraten der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft (TWP) und der Welthandelsorganisation (WTO) in gedämpfter Büroatmosphäre neue Abkommen aus, um die letzten Hemmnisse des freien Spiels der "Marktkräfte" zu beseitigen und die Staaten und Völker der ungebremsten Expansion der multinationalen Konzerne zu unterwerfen. Nach den gescheiterten Verhandlungen um ein Multilaterales Abkommen über Investitionen (MAI) haben Großunternehmen und Techkraten ihre Hausaufgaben gemacht. Nun wollen sie im Rahmen der WTO-Verhandlungen eine Neufassung des gescheiterten Projektes vorlegen. Und sie sind entschlossen, ihre Pläne mit dem Segen der Regierungen – aber erneut an den Bürgern vorbei – noch vor der Jahrtausendwende durchzusetzen.

KAUM ist das gescheiterte MAI in den Regalen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entsorgt, sind die ultraliberalen Doktor Jekylls unter Führung von Leon Brittan, dem ehemaligen Vizepräsidenten der EU-Kommission und politischen Fossil aus der Thatcher-Ära, schon wieder dabei, ihr Monster zu klonen, das sie im Jahre 2000 mit klammheimlicher Freude als neuen Dracula freisetzen wollen.<sup>1</sup>

Die forcierten und geheimen Vorarbeiten spielen sich in zwei Laboratorien ab, die mit ihren Türschildern Neugierige fernhalten sollen: in den Räumen der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft (TWP) und im Rahmen der sogenannten Millennium Round der Welthandelsorganisation (WTO).



### Broschüre erschienen!

Wer in das Themenfeld Weltwirtschaft einsteigen möchte, wer sich vertraut machen will mit denen, die das weltweit so folgenreich agieren, findet in der Broschüre "Wi(e)der die Klobrillierungsfalle Alternativen und Aktionen zu Globalisierung und Weltwirtschaft" jede Menge "Stoff". Aber das Heft bleibt nicht bei der reinen Information stehen. Viel Raum nimmt die Frage nach dem wirksamen Widerstand ein. So werden Menschen und Gruppen vorgestellt, die sich wehren in ihren Heimatländern und über Landesgrenzen hinaus. Protest und Widerstand ist aber etwas, wo Zuschauern und Daumendrücken nicht ausreichen: viele Ideen zum eigenen Aktivwerden finden sich ebenfalls in der Broschüre.

Das am 16. September 1998 eröffnete TWP-Labor greift uneingestandenermaßen ein Projekt wieder auf, das Briten und Amerikanern gleichermaßen am Herzen liegt: Die Europäische Union soll in einer europäisch-amerikanischen Freihandelszone aufgehen. Nachdem ein erster Versuch 1994 gescheitert war, wurde auf dem transatlantischen Gipfeltreffen am 18. Mai 1998 in London ein neues Retortenbaby präsentiert. Doch das Produkt, das mit unfreiwilliger Ironie auf den Namen NTM (Neuer Transatlantischer Markt) getauft wurde, stieß am 27. April auf die Ablehnung des Europarats.

Also kehrte Sir Leon Brittan in sein Labor zurück und bastelte – wie zuvor ohne mit einem Mandat ausgestattet zu sein – eine verkappte Version seiner Lieblingsidee zurecht: einen siebenundzwanzigseitigen Bericht der EU-Kommission "bezüglich der Verhandlungen [zwischen der EU und den Vereinigten Staaten] über Abkommen im Bereich technischer Handelshemmnisse"<sup>2</sup>. Eine Kurzfassung der Kommissions-Empfehlungen wurde vom Rat gebilligt. Damit erhielt Brittan das Mandat, im Namen der Mitgliedstaaten in Verhandlungen einzutreten. Dem hat im September und November 1998 auch das Europäische Parlament zugestimmt.

Der Kommissionsbericht ist eine erbauliche Lektüre. Unter dem Vorwand der Beseitigung "technischer Handelshemmnisse" - zu denen auch die Schutzbestimmungen im Gesundheits-, Sozial- und Umweltbereich gehören - wird in absehbarer Zeit eine allgemeine Verpflichtung angestrebt, die "den unbeschränkten Marktzugang in allen Wirtschaftssektoren

und Leistungssparten" (Güter und Dienstleistungen), einschließlich des Gesundheits-, Bildungs- und öffentlichen Vergabewesens garantiert. Im unnachahmlichen Kommissionsjargon heißt es da, die Staaten und regionalen Körperschaften sollten "sämtliche Ausnahmeregelungen in Form negativer Freiheitsrechte explizieren", wobei man davon ausgeht, daß die "ausgehandelten Abkommen im gesamten Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, unabhängig von ihrer verfassungsmäßigen Struktur, auf sämtlichen Ebenen der Machtausübung Anwendung finden". Diese Verpflichtungserklärung wäre für die regionalen und lokalen Körperschaften im EU-Bereich absolut bindend, bedeutete umgekehrt aber für die Vereinigten Staaten kein großes Risiko, da die amerikanischen Einzelstaaten in diesen Fragen nicht durch die Unterschrift Washingtons gebunden sind.

Mit dem Abkommen will man "auf der Grundlage von Empfehlungen der Wirtschaft" gemeinsame Minimalbestimmungen vorlegen, um den Unternehmen "neue Absatzmärkte zu öffnen". Daß dies im "Geist des Miteinanders" geschehen soll versteht sich von selbst. Die multinationalen Konzerne haben die TWP-Verhandlungen, an denen sie von Anfang an beteiligt waren, maßgeblich beeinflusst. Sie verfügen über eine mächtige Lobby in Gestalt des Transatlantic Business Dialog (TABD), dessen letzte Zweijahreskonferenz im November 1988 in Charlotte (North Carolina) stattfand und in dem die Creme der Wirtschaftsführer beiderseits des Atlantiks vertreten ist. ...

Sommer '99

● Aus aller umWelt



### Zum Text

Gekürzte Fassung aus <http://www.taz.de/tpl/1999/05/14/aOO06.fr/>

### Zu den Anmerkungen:

<sup>1</sup> Dazu Christian de Brie, "Wie das MAI zu Fall gebracht wurde", Le Monde diplomatique, Dezember 1998.

<sup>2</sup> "Recommandation d'une décision du Conseil, présentée par la Commission" (ohne Datum); "Résolution du Parlement européen", Bulletin des Communautés (COM. 98.0125); "Avis du Comité économique et social" (CES 11164.98).

Für 5 DM in Briefmarken gibt es das 72 seitige Werk bei der Verdener Umweltwerkstatt, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, Tel. 04231/957571.

### Neue Zahlen der Flächennutzung

Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes stellt sich die Nutzung des Bodens in Deutschland aktuell wie folgt dar:

Landwirtschaft u.ä.	54,7 Prozent
Wald	29,2 Prozent
Siedlung und Verkehr	11,3 Prozent
Wasserfläche	2,2 Prozent
Sonstige Fläche	2,6 Prozent

Quelle: Rathaus und Umwelt 2/99

## Ö-termine

Mittwoch, 16. Juni in Köln  
**Alternativen zur globalisierten Wirtschaft (Symposium)**

Der Neoliberalismus mit seiner "Lizenz zum Plündern" bringt den Konzernen Vorteile, den Menschen aber vor allem Nachteile, sehr tiefgehende. Die selbstausgestellte Lizenz ist längst auf eine "Lizenz zum Töten" ausgeweitet. Auf dem Symposium soll es um Alternativen gehen, die nicht nur kosmetische Veränderungen darstellen. Es gibt viele Überlegungen dazu und viele Versuche, die in den Medien nicht wahrgenommen werden. Bei dem Symposium soll es um eine grundlegende Kritik des Kapitalismus gehen und um die Suche nach grundlegenden Alternativen.

Mit Susan George (Frankreich, angefragt), Vandana Shiva (Indien), Farida Akhter (Bangladesh), Teresa Wolfwood (Kanada, angefragt), Maria Mies (Deutschland)

Das Symposium wird veranstaltet von: Diverse Women for Diversity (Indien), International Society for Ecology and Culture (England), Komitee Widerstand gegen das M.A.I. (Deutschland), Frauenfriedensarchiv Fasia Jansen (Deutschland)

Die Beiträge zur Weltwirtschaft kommen aus der Local-economy-Redaktion (Jutta Sundermann).



Der Infodienst für UmweltakteurInnen



Sommer '99  
• LeserInnen-  
briefe

## Streit um die Gegenaktivitäten

# Unfähig zum Widerstand?

Anfang Mai tauchte ein Flugblatt auf, in dem schwere Vorwürfe gegen die OrganisatorInnen der verschiedenen Gegenaktivitäten zum EU- und weltwirtschaftsgipfel im Juni in Köln erhoben wurden. Staatsnähe und Ausgrenzung wurden dort als Kritikpunkte benannt und zu autonom vorbereiteten Aktivitäten inner- und außerhalb der geplanten Demonstrationen und Gegenkongresse aufgerufen.

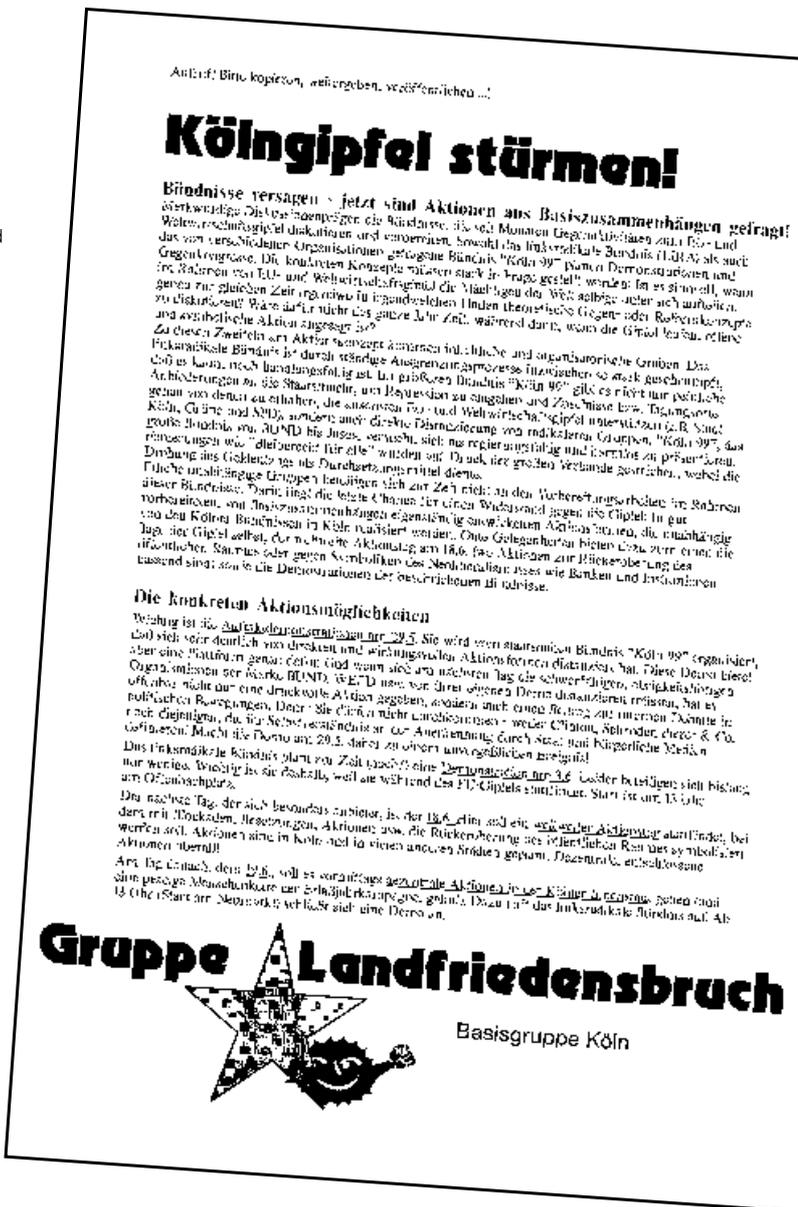
Die Vorwürfe aus dem Flugblatt (siehe unten) waren nicht neu, jedoch wurde die kritische Debatte mit den eigenen Strategien sowohl innerhalb der bürgerlichen wie auch der radikalen Zusammenhänge vermieden. Der Umgang mit dem Flugblatt brachte denn auch zutage, wie richtig die Einschätzungen in selbigem waren. Beide Bündnisse, sowohl das bürgerliche wie auch die zentralen Gruppen des linksradikalen Zusammenschlusses (Ökoli, Rote Hilfe, Perspektive) griffen die anonymen AutorInnen an, sie würden Polizeiübergriffe provozieren und seien letztlich an staatlicher Gewalt schuldig. Immer konnte eine formale Distanzierung oder gar der Rauswurf von UnterstützerInnen des Flugblatt-Textes im linksradikalen Bündnis durch VertreterInnen autonomer Gruppen verhindert werden, dennoch zeigte die Debatte,

daß die Instrumentalisierung der Staatsmacht für Auseinandersetzungen in politischen Bündnissen offenbar weit verbreitet ist. Was jahrelang innerhalb der Anti-Atom-Bewegung von Gewaltfreien gegen autonome Gruppierungen eingebracht wurde, war jetzt plötzlich auch Gruppen wie der ökologischen Linken recht!

Die Ereignisse in der Vorbereitung zu Aktionen in Köln sollten Anlaß einer selbstkritischen Debatte um Strategien, Vorherrschaftsallüren und Staatsnähe in den politischen Bewegungen sein. Beiträge dazu sind erwünscht, die "Ö-Punkte" machen sich gerne zu einer der Diskussionsplattformen.

Abbildung:

Flugblatt zu den Köln-Aktionen mit Kritik an den Bündnissen und Aufruf zu autonomen Aktionen.



### Zeitschrift "Natur": Abos gekündigt

Text aus dem Infotext der Coordination gegen BAYER-Gefahren:

Nach unserer Berichterstattung über das BAYER-Sponsoring der "Natur"-Foto-Aktionen sind einige unserer Mitglieder dem Beispiel des Vorstands gefolgt und haben bei der "Natur" protestiert. Allerdings haben sie ebenso nichtssagen- und ausweichende Antworten erhalten wie wir. Nachdem mittlerweile auch noch klar wurde, daß die "Natur" Gentechnik "in Grenzen" toleriert, haben mehrere Mitglieder uns mitgeteilt, daß sie ihr "Natur"-Abo gekündigt haben. Weitere Infos dazu bei uns."

Coordination gegen BAYER-Gefahren,  
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf, Tel.  
0211/3339-11, Fax -40

# Neues zur Ökosteuer

Viel Neues ist nicht geschehen. Die Ökosteuer ist am 1.4. in Kraft getreten – mit all ihren Ausnahmebestimmungen, die den Sinn der Steuer völlig in Frage stellen: Gerade die Hauptstromverbraucher wie das produzierende Gewerbe oder Nachtspeicherheizungen sind begünstigt. Über die nächsten Schritte der Ökosteuer Einführung liegt die Bundesregierung im Streit miteinander. Nach Lage der Dinge sind ausschließlich höhere Steuern für PrivatverbraucherInnen zu erwarten – wenn überhaupt. Das kann zwar auch kleine Fortschritte hin zum Energiesparen bewirken, die Industrie wird aber geschont oder sogar begünstigt, was vor allem zu einer Akzeptanzkrise führen wird. Die Ökosteuer kommt von "oben", sie trifft vor allem "unten" und fördert dort das Gefühl, Umweltschutz sei Teil der Herrschaftsstrukturen und dadurch geschaffener Verhältnisse.

## Neu: Der Ökosteuer-Rechner!

Für viele bringt die Ökologische Steuerreform einen Gewinn, für manche auch Mehrkosten. Wird die Energiesteuer durch

die niedrigeren Rentenbeiträge ausgeglichen?

Die Antwort kennt der Ökosteuer-Rechner. Einfach die eigenen Jahres-Verbrauchswerte und das Bruttoeinkommen eingeben. Schon sagt einem der Rechner, ob man zu den Gewinnern gehört oder draufzahlt. Im Fall, dass man draufzahlt, wird automatisch berechnet, wie viele (oder wie wenige) Autokilometer man einsparen müsste, um die Belastung auszugleichen.

Der Ökosteuer-Rechner ist eine Tabelle im Format Excel 5; sie kann auch mit allen nachfolgenden Excel-Versionen geöffnet werden.

Die Datei ist als Download im internet erhältlich:

<http://akademie.kljb.org/tpboe/>

Die Datei ist Shareware. Es wird um eine Spende in Höhe von 5,00 DM gebeten. Damit wird die politische Jugendbildung durch den Trägerverein für politische Bildung und Ökologie e.V. unterstützt

Konto 156 224, BLZ 380 512 90, Stadtparkasse Bad Honnef, Stichwort "ÖSR-Rechner"



## Aus dem Fotoalbum der Großkonzerne Hier: VW



Jubelnde Belegschaft und eine Anzeige, die an Skrupellosigkeit kaum zu übertreffen ist: Am vierten Jahrestag des blutigen Putsches in Chile, dem 11.9.1977 erschien in "El Marsurio" diese Anzeige. Der Text auf deutsch:

"Die Volkswagenfamilie möchte an diesem großen Tag der Regierung Chiles für die ihr gegebene Gelegenheit danken, in dieses schöne Land zu kommen, sich darin niederzulassen und mit seinen Menschen ihre Freiheit, ihren Schwung und ihre Lebensfreude zu teilen. Es lebe Chile!

Volkswagen, der 11. September 1977"

Übrigens: VW do Brasil konnte seinen Umsatz in Chile im Jahr 1977 um mehr als 100% steigern.

## G7-termine

5. Juni überall  
Tag der Umwelt '99

### Termine zum Weltwirtschaftsgipfel

16.-18.6.1999

**Alternativer Weltwirtschaftsgipfel**  
im Forum der Volkshochschule Köln, Josef Haubrich Hof 2

16.6.1999

**Symposium "Alternativen zur globalisierten Wirtschaft"**  
des Komitees Widerstand gegen das M.A.I. (siehe Text in dieser Rubrik)

16.6.1999

**Anhörung "Frauen auf Abruf - Callgirls des Globalen Marktes"**  
des NRO Frauenforums

19.6.99

**Demonstration gegen den G7-Gipfel**

Infos zu den vier o.g. Veranstaltungen:  
Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50939 Köln,  
0221/9520008 [http://studis.de/g7\\_eu/](http://studis.de/g7_eu/)

15.-20. Juni

**Politisches Kultur-Camp zum G7-Gipfel**

organisiert von der deutschen Vorbereitungsgruppe der ICC (InterContinental Caravan), ICC-Büro, Bachemer Str. 27, 50931 Köln, Tel.: 0221/94 02 663, mail [lcc99@gmx.de](mailto:lcc99@gmx.de) <http://www.deasta.rwth-aachen.de>

18. Juni

**Internationaler Aktionstag**

Global Action Day Kontakt: Reclaim the Streets, London: Tel. +44/ 171/ 281 46 21; e-mail: [rts@gn.apc.org](mailto:rts@gn.apc.org); <http://www.gn.apc.org/rts/>  
Diskussionsliste unter: [j18discussion@gn.apc.org](mailto:j18discussion@gn.apc.org)

19. Juni

**Menschenkette**

der Kampagne Erlaßjahr 2000  
Kontakt: Kampagne Erlaßjahr 2000, Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg, Tel.: 02241/591226, Fax: 02241/591227  
<http://www.erlassjahr2000.de/koeln.html>, e-mail: [buer0@erlassjahr2000.de](mailto:buer0@erlassjahr2000.de)

### Offizieller G7-Gipfel:

9.-10.6.

**Treffen der Außenminister der G7/G8-Staaten**

18.-20.6.

**G7-Gipfeltreffen/ Weltwirtschaftsgipfel**

im Museum Ludwig  
Kontakt: Bundespresseamt BPA (CvD), Welckerstr. 11, 53113 Bonn, Tel.: 0228/208-2030, Fax: 0228/2083152; E-Mail: [postmaster@bpa.bund400.de](mailto:postmaster@bpa.bund400.de); Internet: <http://www.g8koeln.de/> oder <http://www.bundesregierung.de>

14.-29. August in Greifswald  
**Internationales Workcamp**

Schwerpunkt wird der Ausbau des ökologischen Schulschiffes "Lovis" sein, Leute aus dem ganzen Ostseeraum werden kommen.  
Infos: JUP Lübeck, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel.&Fax 0451/7070646

23.-26.9. in Bremen

**AGÖF-Fachkongreß**

Schwerpunkt diesmal: Ökologische Baustoffe  
Info: AnBUS, Rudolf-Breitscheid-Str. 49, 90762 fürth, 0911/7499039, Fax 770764

23.-25.9. in Hamm

**Messe "Grünes Geld"**

Ethische Geldanlagen usw.  
Info: Ökozentrum NRW, 02381/30220-0



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

• Aus aller Welt



### Literatur

Jürgen Müller, Roland Quester  
Umweltbibliotheken- Wegweiser  
Die neue Auflage des Buches enthält detaillierte Angaben zu 103 Bibliotheken bundesweit.

Bezug gegen Portokosten bei der Grünen Liga  
Friedrichstr. 165  
10117 Berlin  
030/2044-745  
Fax -468

Grüne Branchenbücher

Für immer mehr Bundesländer bringt der BUND Adressensammlungen heraus, die einen guten Überblick über die Umwettfirmen und -gruppen geben.

Bezug über den Verlag "Das grüne Branchenbuch" (Lasbeker Str. 9, 22967 Tremsbüttel) und im Buchhandel, in Naturkostläden und beim BUND. A5, 6,90 DM

Der ...  
UmweltfaktoreInnen

10 Sommer '99  
● Schwerpunkt

Bislang ist die Expo 2000 in vielen Teilen der Umwelt- und politischen Bewegung ein unbeschriebenes Blatt. Einige lokale Gruppen, vor allem aber die Bundesverbände neigen sogar zum Mitmachen. Mit diesem Schwerpunkt soll zweierlei deutlich werden:

1. Die Expo kann keine Kooperationspartnerin sein für alle, die emanzipatorische und/oder ökologische Ziele vertreten. Alle Projekte, die sich mit Geld oder

leeren Versprechungen haben gewinnen lassen, sollten den Wiederausstieg prüfen.

2. Die Expo 2000 ist ein bemerkenswert offener Entwurf für eine rein technikorientierte Zukunft, in der nicht mehr die Menschen, sondern die Agenturen und Forschungslaboratorien der großen Kon-

zerne über die Gesellschaft entscheiden. In dieser Welt der Zukunft soll es neue Atomkraftwerke, Transrapid, Gentechnik und mehr geben.

Daher lohnt sich die Expo als Ort einer breiten politischen Auseinandersetzung. Es geht schlicht um die beiden zentralen Fragen:

Wie soll unsere Zukunft aussehen?

Und: Wem gehört die Zukunft – den Menschen oder den Konzernen?

Twipsy, das Expo-Maskottchen

Die Früchte der Expo sind giftig

# 5 gute Gründe, von der Expo lieber die Finger zu lassen

(pcm) Es sieht alles sehr schillernd, schmackhaft und verlockend aus. Doch wie der Apfel Schneewittchen, vergiftet auch die Expo die Menschen. Es werden folgend die verlockende Früchte der Expo angeschnitten, damit ihre vergiftende Wirkung erkennbar wird.

## Der erste vergiftete Apfel: Globale Probleme sind technisch lösbar

Dies wird eine der Hauptaussagen der Expo werden: Umweltprobleme sind technisch lösbar, Natur ist beherrschbar und soll durch eine "menschengerechtere" ersetzt werden. Dabei wird die Gentechnik als die entscheidende Schlüsseltechnologie der Zukunft präsentiert. Die Expo dient hierbei primär einem Ziel: der Akzeptanzbeschaffung für dieses technische Weltbild.

## Der zweite vergiftete Apfel: Die Expo ist eine Weltausstellung

Die Expo wird eine Propagandashow der ersten Welt, um die Vormachtstellung der reichen Länder zu stärken. Die Expo ist eurozentriert: Zweidrittel der Menschheit sind in den Konzepten für die Expo nicht berücksichtigt. Menschenrechtsaspekte und die Entwicklung einer kulturellen Vielfalt durch alle Menschen werden auf der Expo nicht aufgegriffen. Ziel der Expo ist es, die Identifikation mit dem Kulturverständnis der Weltelite zu festigen.

## Der dritte vergiftete Apfel: Die Expo bringt einen Weltrekord an Bürgerbeteiligung

Es gab keine Mitbestimmung von BürgerInnen bei der Gestaltung der Expo. Ein Weltrekord an Bürgerbeteiligung sollte die Expo werden. Es ist ein Minusrekord geworden: Die Meinungen der BürgerInnen wurden übergangen. Expo bedeutet hierarchische Entscheidungsstrukturen statt bürgerliche Selbstbestimmung.

## Der vierte vergiftete Apfel: Die Expo bringt Geld

Die Expo bindet Gelder. Expo bedeutet finanzieller Zentralismus: Öffentliche Gelder werden immer mehr an die Expo geknüpft ausgegeben: Entwicklungshilfegelder fließen nicht mehr in Kleinprojekte der 3.

Welt. Statt dessen werden z.B. die Reisekosten der Repräsentanten armer Länder zur Expo übernommen. Die Bahn schränkt ihren Schienenverkehr in der ländlichen Region ein und baut statt dessen den Expobahnhof am Messegelände ICEgerecht aus, usw. usw. ... Ursprünglich sollte die Expo noch schwarze Zahlen schreiben, heute gibt die Expo 2000 Hannover GmbH zu, daß die Expo (mindestens) 400 Millionen DM Verlust machen wird.

## Der fünfte vergiftete Apfel: Die Expo bringt eine bessere Lebensqualität für Hannover

Die Expo ist ein Schaden für Hannover. Die Lebensqualität wird sich in Hannover durch die Expo verschlechtern. Trotz aller gegenteiligen Aussagen wird die Abgasbelastung in Hannover steigen, die Trinkwasserressourcen werden überbeansprucht, preiswerter Wohnraum wird knapp, die Mieten steigen und die Flächenversiegelung wird zunehmen. Gesellschaftliche Minderheiten, die nicht in ein modernes Stadtbild passen, werden aus der Innenstadt massiv herausgedrängt.

PS: Die Expo wird übrigens immer schlechter Während es z.B. zu Beginn der Expoplanung noch hieß, keinE BesucherIn soll mit dem Auto zur Expo kommen, erlaubt es das neue satellitengestützte Verkehrsleitsystem "Move" sogar noch mehr Autos gleichzeitig auf die Straßen zu bringen. Nachtrag zum Verständnis: Im Aufsichtsrat der Expo sitzen mehrheitlich Vertreter der Automobilkonzerne. So gibt es viele Beispiele, wo die Expo statt innovativen Lösungen veraltete Techniken wie etwa das Auto präsentiert.

Um der Welt zu zeigen, was zum Schutz von Natur und Umwelt getan werden muß, bedarf es keiner Expo. Die Probleme für die Durchsetzung ökologischer Zielsetzungen bestehen nicht darin, daß entsprechende Konzepte fehlen oder unbekannt sind ... Sie bestehen vielmehr darin, daß es 1. massive wirtschaftliche Interessen gibt, die wegen kurzfristiger Gewinnorientierung umweltgerechtes Umsteuern verhindern, und 2. es im politischen Bereich keine Bereitschaft gibt, ernsthaft umzusteuern."  
Anti-Expo-Bündnis

Zusammengestellt wurde dieser Schwerpunkt von

Helge Schneider  
Anti-Expo-AG Bielefeld  
c/o ASTA der Uni  
Postfach 100131  
33501 Bielefeld

und

Jörg Bergstedt  
Institut für Ökologie  
Tel. 0171/8348430

und

Jörg Pohl  
Büro für mentale Randalen  
Wickingstr. 17  
45667 Recklinghausen



Wir brauchen ein neues Verhältnis zur Umwelt und zum technischen Fortschritt, damit die globalen Probleme von heute gelöst werden können. Deshalb soll die Expo 2000 Hannover ein Forum für innovative Lösungen und Lösungsansätze sein, mit denen überall auf der Welt ein tragfähiges Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie angestrebt werden soll!"  
Expo 2000 Hannover GmbH

Autor

PresseClub Marburg  
Peter Szekeres  
Liebigstr. 50  
35037 Marburg

## EXPO und Gentechnik

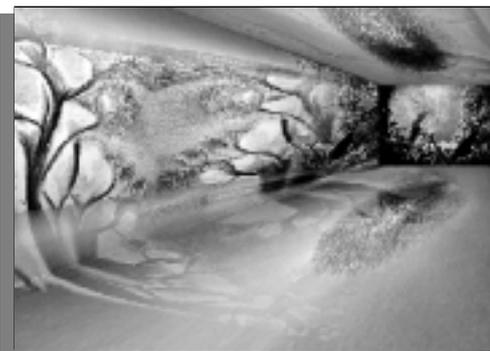
# Hunger macht Profite

Die Gentechnik ist eines der zentralen Themen der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. Von der ursprünglichen Idee eine überdimensionale Darstellung eines menschlichen DNS-Stranges als Wahrzeichen der EXPO zu gestalten, sind die AusstellungsmacherInnen aber schon vor einiger Zeit wieder abgerückt – zu gewagt erschien ihnen angesichts der in der Bevölkerung weitverbreiteten Skepsis gegenüber dieser neuen Technologie ihre eigene Offenheit.

Gentechnische Forschungen, Anwendungen und Zukunftszszenarien werden auf der EXPO mindestens in 3 der 11 Themenschwerpunkte im Themenpark präsentiert werden: "Der Mensch", "Die Gesundheit" und "Die Ernährung". Insbesondere im letztgenannten Bereich wird die Gentechnik als eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts vorgestellt werden, die dazu in der Lage sei, Lösung für das weltweite Problem des Hungers zu bringen.

Bereits 1997 wurden in der Zeitschrift "Expodirekt" die Leitlinien für die Darstellung dieser Technologie auf der EXPO formuliert: Gentechnik könne dazu beitragen, durch widerstandsfähigere und ertragreichere Pflanzen und Tiere Mißernten zu verhindern und die materiellen Lebensbedingungen der Menschen im Trikont zu verbessern. "Wer Gentechnik pauschal bekämpft, macht sich schuldig", urteilte die EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel und empfahl zugleich

"den durchdachten Einsatz von Gentechnologie in der Dritten Welt". Den BesucherInnen der EXPO soll die Gentechnik aber nicht nur durch ansprechende Texte, schöne Bilder und interessante Modelle nahegebracht werden, sie sollen auch die Möglichkeiten haben, ihre möglicherweise noch vorhandenen Ängste und ihre Abneigung gegen Gen-Food am eigenen Leib zu überwinden: im Themenpark wird es gentechnische Erzeugnisse zum probieren geben. ( Wohl bekomm's ! ) Die berechtigten Ängste vieler Menschen vor erhöhten Krankheitsrisiken und Allergien sollen also zwar nicht ernstgenommen, aber ganz praktisch überwunden werden mit dem Ziel, mehr Akzeptanz für die Produkte dieser neuen Schlüsseltechnologie zu schaffen.



Die scheinbare Ungefährlichkeit der Produkte und ihre behauptete Einsatzmöglichkeit als Allheilmittel gegen den Welthunger sollen verdecken, worum es eigentlich geht: die weltweiten imperialistischen Herrschaftsverhältnisse, die der Hauptgrund für den Hunger vieler Menschen im Süden sind, sollen nachhaltig modernisiert werden. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln soll mit Hilfe der Gentechnik und neuer Patentierungsgesetze unter die Kontrolle von einigen multinationalen Konzernen gebracht werden, die sich davon riesige Profite und einen weiteren Ausbau ihrer Machtfülle versprechen. Die letzten Reste von Subsistenzwirtschaft sollen weltweit zerschlagen und unter Kontrolle gebracht werden. Leidtragende dieser Modernisierung sind diejenigen, die auch heute schon zu den Marginalisierten gehören. Dieser Entwicklung gilt es unseren entschlossenen und praktischen Widerstand entgegenzustellen.

Sommer '99

 ● Schwerpunkt
 

## Autor

Sven Runkeln, Bremen

## Abbildungen

Links: Entwurf für den Themenpark der Expo: Erneute Symbolik – Natur ist formbar.  
Quelle aller Bilder: www.expo2000.de/presse

Linke Seite: Das Atomium in Brüssel – Wahrzeichen der Expo 1958 im Atom-Technikwahn.

## Ökologische Kritik

# Konzerne als neue Super-Ökos?

Eine Mammutveranstaltung wie die EXPO wäre, unabhängig vom präsentierten Inhalt schon für sich allein ökologisch bedenklich. Der Aufbau des EXPO-Geländes verbraucht enorme Mengen an Flächen und Energie. Die kalkulierten 400.000 BesucherInnen pro Tag stellen eine nicht zu verachtende Belastung für die Umwelt dar. Zumal die meisten nun doch mit dem Auto anreisen werden, wozu sonst die Parkplätze rund um das Gelände.

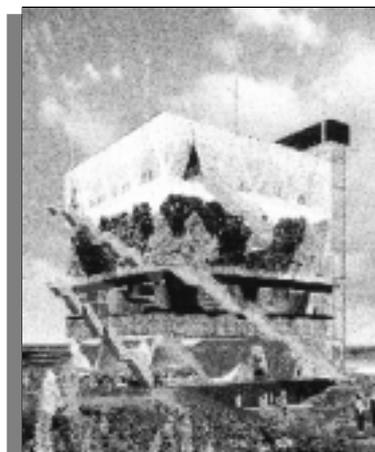
Dies wäre vielleicht noch zu akzeptieren, wenn auf der EXPO tatsächlich Perspektiven für eine umweltgerechte Zukunft präsentiert werden würden. Dem ist aber nicht so. Der EXPO wurde zur Akzeptanzbeschaffung lediglich ein grüner Anstrich verpaßt. Die Konzerne und Mächtigen der Welt zeigen sich scheinbar geläutert und schreiben sich den Umweltschutz auf ihre Fahnen. Dies aber nicht, weil sie begriffen haben, das dieser Planet bald nicht mehr bewohnbar ist, wenn es weitergeht wie bisher. Vielmehr, weil sich mit angeblich ökologischen Produkten bessere Geschäfte machen lassen.

In einer Gesellschaft, in der der Umweltschutz mittlerweile Gesprächsstoff ist, lassen sich Produkte die offensichtlich umweltschädlich sind, nicht mehr so gut absetzen. Daher werden viele Produkte als umweltverträglich dargestellt. Hinterfragt wird dies kaum. Hauptsache es steht

irgendwie "Öko" drauf, dann wird's schon stimmen. Diese Entwicklung geschieht hauptsächlich über das Schlagwort der Nachhaltigkeit. Dementsprechend müssen alle EXPO-Projekte den Voraussetzungen der Nachhaltigkeit genügen. Der Begriff der Nachhaltigkeit ist mittlerweile allerdings völlig inhaltsleer. Nachhaltig ist alles, was den MacherInnen der EXPO in den Kram paßt, so wie z. B. Atomkraft oder neue Verkehrsleitsysteme.

Die wahre Intention der EXPO zeigt sich in den Aussagen des Themenparks "Neun Gärten der Nachhaltigkeit". Hier geht es um die "umweltgerechte Produktionssteigerung". Das primäre Interesse liegt hier natürlich bei der Produktionssteigerung und damit bei der Gewinnmaximierung. Was die EXPO unter Umweltschutz versteht wird z.B. an einem Projekt der "EXPO am Meer" deutlich. Hier

wird das Dreckmessen in der Nordsee als präventiver Umweltschutz bezeichnet und es soll ermittelt werden, ob dies besser vom Flugzeug aus oder mit dem Schiff geht. Das wenige was an Umweltschutz auf der EXPO präsentiert wird, ist von oben bestimmt. Es wird von Konzernen und Regierungen festgelegt, wieviel getan werden soll, so wie z.B. eine teilweise Förderung regenerativer Energien neben der Kernkraft. Dieser Entwicklung müssen neue Strategien, wie ein emanzipatorischer Umweltschutz von unten entgegengestellt werden.



Pavillon der Niederlande: Natur in verschiedenen Stockwerken übereinander – Denkmal der Naturherrschaft.

## Autor

Helge Schneider, Bielefeld



**12** Sommer '99  
 ● Schwerpunkt

## Expo für Jugendliche

# Zielgruppe No. 1 meldet sich nicht

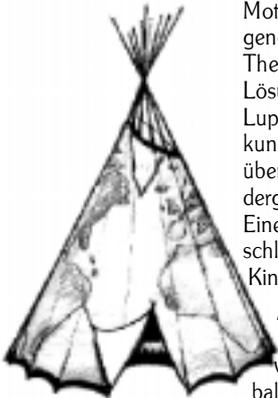
(pcm) Zielgruppe Nr. 1 der Expo 2000 sind die jungen Menschen. Umfragen zeigen aber: Jugendliche sind an der Expo nicht interessiert. Jugendverbände marschieren trotzdem bei der Expo mit. Ein überdimensionales Zelt, das Big Tipi, soll der internationale Treffpunkt der Kinder und Jugendlichen auf der Expo werden: 30 Meter hoch, innen mit mehreren Etagen und einer großen Arena für 500 Kinder und Jugendliche. Sie sollen hier zu allererst Spaß haben, nebenbei können sie Musik hören, selber Musik machen, tanzen, künstlerisch tätig und kreativ sein, im Internet surfen, Leute treffen, diskutieren, mit PolitikerInnen streiten, sich informieren und ausruhen. So plant die Kinder- und Jugendplattform Expo 2000 das zentrale Angebot für die Jugend auf der Expo.

### Autor

PresseClub Marburg  
 Peter Szekeres  
 Liebigstr. 50  
 35037 Marburg

### Abbildungen

Rechts: Werbung der Expo zum Thema zukünftiger Bildung.



Oben: Zeichnung des Riesentipi, das auf der Expo errichtet wird.

Rechts: Gebäude des CVJM in Form eines Walfisches. Gigantische Finanzmittel werden in die Expo investiert, JugendpflegerInnen-Stellen eingerichtet - Geld und Stellen fehlen anderswo!

Die Kinder- und Jugendplattform wurde 1996 gegründet und wird getragen von großen deutschen Jugendorganisationen: Deutsches Jugendherbergswerk, Bundesforum Kinder- und Jugendreisen, Deutsche Sportjugend, u.a.. Federführend ist der Deutsche Bundesjugendring. Weiterhin sind Hearings, Seminare und Großveranstaltungen mit Jugendlichen unter dem Motto "Visionen der Jugend" vorgesehen. Die Themen der Expo und ihre Lösungsansätze sollen kritisch unter die Lupe genommen und auf ihre Auswirkung auf die zukünftige Generation hin überprüft werden. Auch der "natur"-Kinder Gipfel soll auf die Expo gelegt werden. Eine vorläufige Kostenschätzung veranschlagt etwa 6-10 Millionen DM für die Kinder- und Jugendplattform.

Auf dem Expogelände soll in Halle 19 Funnsport für Jugendliche angeboten werden: Inlineskating, BMX, Streetball, Beachvolleyball, ... Sportteams werden ihr Können zeigen und die BesucherInnen in den Sportarten anleiten. Rockkonzerte werden ebenfalls viele Jugendliche zur Expo ziehen. Der Expoweltpartner DaimlerChrysler präsentiert eine Kinderwelt der Technik, in der durch interaktives, spielerisches Lernen Kindern und Jugendlichen und ihren Familien das Thema Mobilität vermittelt wird. Der CVJM/YMCA wird in einem riesigen Walfisch eine Erlebniswelt präsentieren. Dieser "Pavillon der Hoffnung" soll Ide-

en, Wünsche und Visionen für das neue Jahrtausend aufzeigen. Parallel zur Expo

nen Vorteil erhoffen, lehnen die im Verein engagierten Jugendlichen selber die Expo ab. Sie sehen in der Expo all die Sachen repräsentiert, der sie durch ihre Arbeit in den Vereinen entgegenstehen wollen: Umweltzerstörung, Ausgrenzung der „3.-Welt-Bevölkerung“ oder die Förderung von Atomkraft und Gentechnik. Mehrere Jugendorganisationen aus dem Naturschutzbereich, der internationalen Jugendarbeit und von den PfadfinderInnen haben sich auf ih-



bieten mehrere Partnerorganisationen spezielle Jugendprogramme an. So organisieren z.B. die Kirchen ein internationales, ökumenisches Jugendcamp für 1200 Jugendliche in Hildesheim.

Einige der "Weltweiten Projekte" sind Jugendprojekte: Die Jugendwerkstatt in Hameln arbeitet mit jugendlichen Arbeitslosen, die Schülerschule in Staufien bietet neue Lernformen an, in Marbach/Neckar soll ein Jugend-Kultur-Haus neu gebaut werden. Relativ gesehen gibt es aber nur sehr wenige Angebote auf der Expo, die jugendspezifisch sind. Viele Jugendverbände beteiligen sich also selber - oder indirekt über ihre Dachorganisationen - bei der Expo. In den Verbänden ist die Meinung über die Expo aber oft gespalten: während VerbandsfunktionärInnen und GeschäftsführerInnen sich für ihren Verband durch die Beteiligung ei-

ren Mitgliederversammlungen gegen eine Unterstützung der Expo ausgesprochen. Sie haben erkannt, daß die Expo ihren Idealen und Vereinszielen entgegensteht. Von ihnen werden Aktionen zur Expo 2000 in Hannover geplant: das größte Projekt ist ein gemeinsames Gegencamp der Jugend. In Umfragen zeigen sich die meisten Jugendlichen noch immer desinteressiert an der Expo oder haben von ihr noch nichts gehört, bzw. wissen nicht was das ist. Auf die Frage, ob sie zur Expo fahren würden, sagten die meisten nein, da ihnen der Eintrittspreis zu teuer sei. KeinE der Befragten erwartet einen persönlichen Gewinn von der Expo. Auch sehen die befragten Jugendlichen mehrheitlich nicht, daß sich die "Probleme der Welt" durch die Expo besser bewältigen lassen werden.





Umweltorganisationen auf der EXPO

# Akzeptanzbeschaffung durch Integration

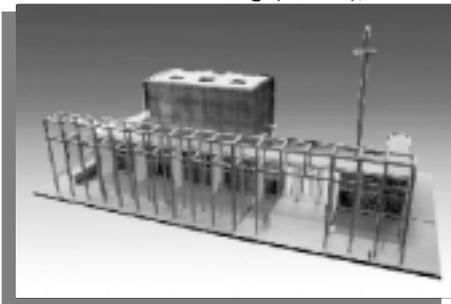
Ehemals unabhängige und kritische Umweltorganisationen sind heute durch ihre Integration in Großprojekte wie die Agenda 21 und die EXPO eng mit der Wirtschaft und den Regierungen verflocht. Mensch sitzt zusammen an runden Tischen und diskutiert über die Möglichkeiten für den Umweltschutz. Dies aber nur unter Vorgaben wie produktionsintegrierter Umweltschutz oder ökologische Produktionssteigerung. Die MacherInnen von Agenda und EXPO versuchen so, für ihre Projekte Akzeptanz zu beschaffen. Wenn bekannte Umweltorganisationen bei den Projekten mitmachen, glaubt Mensch eher, daß es dabei wirklich um Umweltschutz geht. Daß das eigentliche Ziel die Festigung des kapitalistischen Ausbeutungssystem ist, fällt dann auf den ersten Blick nicht mehr auf.

Der neueste Clou in dieser Hinsicht ist der Einstieg der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in den Themenpark der EXPO. Wurden bislang die meisten Umweltverbände noch mit finanziellen Zuwendungen eingekauft, investiert die Stiftung sogar noch 25 Mill. Mark in die EXPO. Unterstützt werden dabei Projekte wie das Agenda-Haus Dresden (4 Mill.), der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche (1,7 Mill.), eine Besucher-Informationseinrichtung im Naturpark Thüringer Wald (4 Mill.), eine steinerne Brücke in Regensburg (1 Mill.), Notmaßnahmen am Industriedenkmal Glashütte (0,2 Mill.), Eine-Welt-Kirche einer ev.-luth. Gemeinde (1 Mill.). Um eine Breche für den Ökobaustoff Holz zu schlagen, wird mit einer Großdachkonstruktion aus Holz auf dem EXPO-Gelände über zwei Fußballfelder mit 4 Mill. gefördert. Mit einer fünfteiligen Veranstaltungsreihe "Umwelt im Dialog" soll nach neuen Wegen für nachhaltiges Konsumverhalten gesucht werden, das Wissen von Umweltexperten an den Verbraucher weitergegeben und diese von der Bedeutung dieses Wissens für ihr tägliches Handeln überzeugt werden (3 Mill.). Die Stiftung will so wichtige Umweltthemen aufgreifen und damit die inhaltliche Ausrichtung der EXPO verstärken. Abgesehen davon, daß der Nutzen für die Umwelt einiger Projekte der Stiftung fragwürdig ist, kann auf der EXPO mit ihren High-Tech-Kernaussagen kein wirklicher Umweltschutz praktiziert werden. Auf einer Ausstellung wo z.B. für neue Atomkraftwerke geworben wird, können solche Maßnahmen nur als Verschleierungstechnik verstanden werden. Organisationen, die sich wirklich für den Umweltschutz einsetzen wollen, müßten sich von der EXPO mit ihren kapitalistischen und herrschaftsorientierten Strukturen distanzieren und sie nicht auch noch unterstützen.

Umwelt im Dialog" soll nach neuen Wegen für nachhaltiges Konsumverhalten gesucht werden, das Wissen von Umweltexperten an den Verbraucher weitergegeben und diese von der Bedeutung dieses Wissens für ihr tägliches Handeln überzeugt werden (3 Mill.). Die Stiftung will so wichtige Umweltthemen aufgreifen und damit die inhaltliche Ausrichtung der EXPO verstärken. Abgesehen davon, daß der Nutzen für die Umwelt einiger Projekte der Stiftung fragwürdig ist, kann auf der EXPO mit ihren High-Tech-Kernaussagen kein wirklicher Umweltschutz praktiziert werden. Auf einer Ausstellung wo z.B. für neue Atomkraftwerke geworben wird, können solche Maßnahmen nur als Verschleierungstechnik verstanden werden. Organisationen, die sich wirklich für den Umweltschutz einsetzen wollen, müßten sich von der EXPO mit ihren kapitalistischen und herrschaftsorientierten Strukturen distanzieren und sie nicht auch noch unterstützen.

### Abbildung

Modell eines der Kirchenbauten. Sowohl evang. wie auch kath. Kirche und weitere Religionsgemeinschaften gehören zu den Akzeptanzbeschaffenden der Expo.



### Literatur

- Expo 2000 - Sprüche und Widersprüche (1998, A4-Heft, 5 DM) Voller Infos über die Auswirkungen und Strukturen der Expo. Bezug bei der BIU, Stephansstr. 25, 30449 Hannover.
- Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzflitz (1998, A5-Buch mit 400 S., 39,80 DM, IKO-Verlag) Fakten und Hintergründe zum Flitz zwischen UmweltschützerInnen, Staat und Wirtschaft, u.a. ein Kapitel zur Expo 2000. Bezug: Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oidesloe.

Hamburg			
1. Umweltforum	Praktische Umweltschutzmaßnahmen	Umweltbildung	Einzelne Projekte
2. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
3. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
4. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
5. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
6. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
7. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
8. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
9. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
10. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
11. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
12. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
13. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
14. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
15. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
16. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
17. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
18. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
19. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
20. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte

Hessen			
1. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
2. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
3. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
4. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
5. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
6. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
7. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
8. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
9. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
10. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
11. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
12. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
13. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
14. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
15. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
16. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
17. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
18. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
19. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte
20. Umweltforum	Umweltbildung	Umweltbildung	Einzelne Projekte



# Die organisatorischen Strukturen der EXPO2000

## Wer zieht die Fäden?

### Die EXPO GmbH

Die "Gesellschaft zur Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung Expo2000 in Hannover mbH" zeigt sich verantwortlich für Planung und Programm, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Akquise, Lizenzvergabe sowie Eintrittskartenvertrieb, trägt die Verantwortung für die Bebauung auf dem und teilweise außerhalb des Geländes. Ihre Funktion des organisatorischen Superhirns im EXPO-Apparats rundet die Mitgestaltung, Mitfinanzierung und Steuerung externer ("weltweiter") Projekte ab.

Bei der EXPO GmbH handelt es sich (wer hätte das gedacht) um eine privatrechtliche Organisation, wobei der Aufsichtsrat der Gesellschaft (siehe Grafik) zu 5 Sitzen aus Wirtschaftsvertretern, zu restlichen 5 aus Regierungs-, Landes- und Kommunalvertretern besteht. Mithin liegen die Entscheidungskompetenzen nicht mehrheitlich bei staatlichen Institutionen (was



nicht suggerieren soll, staatliche Kontrolle sei etwas Erstrebenswertes), schon gar nicht bei den BürgerInnen Hannovers oder dem Rest der

BRD, welche im 85seitigen Vertragswerk bezüglich ihrer Mitbestimmung in 3 Zeilen Berücksichtigung finden. Anders verhält es sich beim finanziellen Rückgrat "das Eigenkapital der EXPO GmbH, 100 Mio. DM, nährt sich zu 80% aus öffentlichen Quellen, auch die Bürgschaften von Krediten (Banken und einschlägige Finanzkoryphäen haben der Expo alles andere als Gewinnchancen prognostiziert), die mittlerweile die 1 Milliarde Marke hinter sich gelassen haben, tragen die SteuerzahlerInnen...

### EXPO Beteiligungsgesellschaft

Die Koordination der mitwirkenden Industrie – von IBM über Mercedes und Siemens (und weiterer Multi-Prominenz) – gehört zum Aufgabenfeld der "Expo-Beteiligungsgesellschaft der deutschen Wirtschaft mbH & Co Verwaltungs KG". Die adrett frisierten Köpfe dieser Gesellschaft bemühen sich unter anderem um die konsumgerechte Inszenierung der Lösungsstrategien für "die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme" dieses Planeten. Mit High-Tech-Methoden à la VirtualRealityTrendyTechnoWirtschaftsWunderDisneyLand soll besonders die Jugend als erklärte Lieblingszielgruppe mit Technikfetischismus und industriellem Omnipotenzwahn besüzt werden.

### EXPO Grund GmbH

Die "Gesellschaft zur Entwicklung, Erschließung, Verwaltung und Verwertung von Grundstücken des Geländes der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover mbH" fungiert als Besitzerin mit Vermarktungs- und Erschließungsrolle der Flächen, auf denen die Nationenpavillons entstehen.

### Trägersgesellschaft Deutscher Pavillon mbH

Für die hehre Mission, den deutschen Pavillon zu bauen, um der "Zukunftsfähigkeit und Lösungskompetenz der Deutschen Wirtschaft" architektonisch und künstlerisch zu entsprechen, wurde diese Firma aus der Taufe gehoben. Auch hier überwiegt der Anteil finanzieller Beteiligung von Bund und Ländern gegenüber der Wirtschaft. Die Kosten dieses Kleinods liegen gemäß Schätzungen bei 280 Mio. DM, wobei die Finanzierung des Baus ein privater Investor übernehmen soll, der den Pavillon nach der Weltausstellung verwaltet. Um der Präsentation deutscher Hegemonialansprüche in Sachen Technik und Wirtschaft den nötigen Erlebnischarakter zu verleihen, wurde eigens ein Team von renommierten Kultur- und Medienvertretern (so z.B. der kürzlich verstorbene bayrische Staatsintendant Everding oder Filmemacher mit Beteiligung an "Das Boot" oder "Krieg der Sterne") engagiert.

### Das Generalkommissariat

Die Funktion dieser Stelle ist weltweite Werbung für die Teilnahme an den Pavillons der Nationen, ferner die Koordination des Themenparks und die Präsentation des deutschen Pavillons. Generalkommissarin ist die Ex-Treuhandchefin Birgit Breuel, die eine "Gesellschaft zur Unterstützung der Generalkommissarin der Expo 2000 mbH" gründete – Firmengründung scheint innerhalb der Expo-Kommandoebene schwer in Mode zu sein ...



### Abbildungen

Oben: Gerhard Glogowski, Expo-Aufsichtsrat und Niedersächsischer Ministerpräsident, zusammen mit Expo-chefin Birgit Breuel (vorher Chefin der Treuhand)

Links: Gerhard Schröder, Ex-Aufsichtsrat der Expo, und Reinhard Volk, Vize-Geschäftsführer, der vom Daimler-Konzern dafür abgestellt wurde und den Konzerneinfluß sichert.

### Mecklenburg-Vorpommern

Table with multiple columns and rows containing text and small icons, likely a directory or index for Mecklenburg-Vorpommern.

Niedersachsen

Der Infodienst für UmweltfreundInnen

16 Sommer '99 • Schwerpunkt

Niedersachsen ist der klare Schwerpunkt der weltweiten Projekte – zumal, sie von der Expo schnell zu erreichen sind. Zu einigen werden vom Expo-Gelände regelmäßige Touren angeboten, z.B. zum Transrapid im Emsland.

Table with 4 columns: Name, Address, Phone, and Description. Lists various environmental projects and tours in Lower Saxony.

Table with 4 columns: Name, Address, Phone, and Description. Lists various environmental projects and tours in Lower Saxony.

Direkte Aktion in Braunschweig

Baumbesetzung gegen VW-Halle

In den frühen Morgenstunden des 22. März kletterten 8 AktivistInnen der Direkten Aktionsgruppe Braunschweig (DABS) auf einige Bäume des Braunschweiger Bürgerparks, um seine Rodung zu verhindern. Während der Besetzung, die bis zum Redaktionsschluß andauerte, veranstaltete die DABS Solikonzerte im Park und sorgte durch ihre Öffentlichkeitsarbeit dafür, daß über die Aktion immer wieder in regionalen und überregionalen Medien berichtet wurde.

Hintergrund ist der geplante Bau der nach dem Hauptinvestor benannten "Volkswagenhalle", der laut Bebauungsplan 3 ha des Bürgerparks geopfert werden sollen. Aus ökologischen und sozialen Gründen ist der Bau nicht vertretbar. Der Bürgerpark ist als innenstadtnahe Grünfläche unersetzlich. Zudem ist es unverantwortlich, weiter Sozialabbau, z.B. im Jugendbereich, mit dem Argument "die Kassen sind leer" zu betreiben und gleichzeitig ein millionenschweres Prestigeobjekt zu finanzieren.

Die VW-Halle, eine Mehrzweckhalle mit 8000 Sitzplätzen, soll Top-Sport- oder Musikveranstaltungen nach Braunschweig holen. Doch nicht "Volkes Wil-

le" schrie nach einem derartig prestigeträchtigen Vorhaben, sondern VW-Chef Piëch, Ministerpräsident Glogowski (EXPO-Aufsichtsratsmitglied) und Dietrich Fürst, Generalbevollmächtigter der Nord/LB, machten sich für das 30 Millionen Mark-Projekt stark. Die Halle soll Mitte 2000 fertig gestellt sein - also pünktlich zur EXPO - so die Forderung der Investoren.

Dieses goldene Kalb darf nicht geschlachtet werden. In der Braunschweiger Zeitung dürfe, so Chefredakteur Wilfried Hub, Kritik an manchen Themen "überhaupt nicht vorkommen". "Der Gedanke, die Halle wäre evtl. eine Fehlinvestition, ist schon tabu. Die Halle ist gut

und aus." Diese Politik von Oben zu entlarven ist das Anliegen der DABS. Die direkte Aktion ist nicht nur gegen die Zerstörung des Parks sowie des Hallenbaus sondern auch gegen die EXPO gerichtet. Anhand dieses regionalen Bezugspunktes "Bau der Halle" will die Gruppe die EXPO verstärkt öffentlich thematisieren und die EXPO-Ideologie mit ihren fatalen Auswirkungen demaskieren. Die Reaktionen aus der Bevölkerung auf die Aktion reichen von Essens- und Geldspenden bis zu unerwartet kritischen Äußerungen über diese Politik von Oben.

Adresse

Anti-Expo-AG c/o Ökoscouts Madamenweg 168 38118 Braunschweig Tel. 0531/82909 Fax 0531/896677 oekoscouts@t-online.de

Niedersachsen Teil 2

Table with 4 columns: Name, Address, Phone, and Description. Contains various entries for environmental groups and events in Lower Saxony.

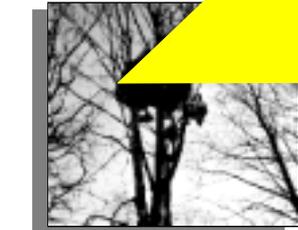


Table with 4 columns: Name, Address, Phone, and Description. Contains various entries for environmental groups and events in Lower Saxony.

Abbildungen

Fotos von den Baumhäuser im Bürgerinnenpark, Braunschweig.

Foto: DABS.

Kanalaktion in Leipzig

EXPO-  
Widerstand

Am 24./25. September 98 fand in Leipzig der CIED (cultural innovation and economic development) des internationalen Städtetages statt. Aufgrund der inhaltlichen Deckung dieser Tagung mit dem Konzept der EXPO und der so wieso engen Beziehung der Stadt Leipzig zu ihr, wurde die Tagung von der EXPO mit eingenommen und fand fast ausschließlich in EXPO-Projekten statt. Dies ist nicht weiter verwunderlich, denn es bestehen personelle Überschneidungen bei den OrganisatorInnen.

Adresse

Anti-Expo-AG im Infoladen Conne Island  
Koburger Str. 3  
04177 Leipzig

Eine dieser Veranstaltungen war eine Bootsfahrt auf einem ehemaligen Industriekanal. Diese sollte symbolisch mit Flößen und Kanus gestopft werden, nach dem Motto: Auf "Eurer" Fahrt müßt Ihr erst an uns vorbei und wir stellen uns in den Weg. Die Flöße wurden leider abgedrängt, sodaß als Aktion nur noch die Entleerung eines Federbettes über das Boot von einer Brücke aus blieb. Die anwesende Presse ignorierte die Aktionen und berichtete nicht.

Kurz vor der Aktion kam es zu einer Diskussion zwischen den AktivistInnen und den Leipziger EXPO-MacherInnen, die versuchten, die AktivistInnen zu einem Verzicht auf ihre Aktion zu bewegen. Sie wollten "in Ruhe" darüber reden, was zur Vereinbarung einer von den AktivistInnen organisierten öffentlichen Podiumsdiskussion führte. Dies sah nach einer Möglichkeit aus, EXPO-Kritik öffentlich zu machen. Vor der Diskussion sollte die Öffentlichkeit durch die Streuung von Gegenstandspunkten für das Thema sensibilisiert werden. Die tatsächlichen Veröffentlichungen beschränkten sich allerdings auf schlichte Ankündigungen, Plakate und ein Hörspiel in einem lokalen Rundfunksender – eine Metapher, und zwar eine Zugreise, in deren Verlauf die EXPO und Agenda 21 ansatzweise mit Kritik dargestellt werden.

Zur Diskussion kamen dann mal wieder nur Leute, die sowieso schon aktiv sind, und VertreterInnen der lokalen EXPO- und Agenda 21-Projekte. Da sich diese auf keine prinzipielle Diskussion einließen und diese immer wieder mit dem Verweis "auf die Möglichkeiten der Leute im lokalen Raum" abblockten, wurde beschlossen, daß es sinnlos ist, sich auf weitere Diskussionen einzulassen. Des weiteren gab es noch zwei kleine Aktionen, über die in der Leipziger Volkszeitung berichtet wurde. Eine Schiffstaufe wurde kurzzeitig mit einem Transparent blockiert und einem Bagger wurden symbolisch nach dem ersten "Baggerbiß" die Zähne gezogen.

Foto

Expo-ChefInnen beim Spatenstechen im Trockenem ...



Zum Text unten

Live-Bericht von der Karawane "Geld oder Leben", die in Hannover Station machte (kurz vor Druck der Ö-Punkte übermittelt).

In Hannover wurden wir an der Stadtgrenze sehr herzlich von einigen HannoveranerInnen mit Trecker empfangen. Nach einer warmen Mahlzeit gab es dann Freiluftkino mit drei sehenswerten Filmen zur EXPO 2000. Zb der Bewerbungsfilm Deutschlands als Standort für die EXPO, der mittlerweile etwa 10 Jahre alt ist. Ein wirklich sehr deutliches Dokument, in dem Deutschland als kulturell führende, technisch fortschrittliche und erfahrene Nation präsentiert wurde, geeignet zur Austragung der Weltausstellung zum Thema "Mensch, Natur und Technik". Ein weiterer Film legte in Interviews mit führenden EXPO Ausstellern/Organisatoren nahe, dass globale Lösungsansätze stets an die herrschenden Verhältnisse anknüpfen und auf Wertbarkeit und Globale Marktwirtschaft aufbauen müssen, einem Wettlauf in dem es eben nicht nur Gewinner geben könne. Schliesslich sei die Globalisierung ein Naturgesetz, an das es sich anzupassen gelte.

**Samstag 22.9.99**  
Heute dann eine Fahrraddemo (ca 70 Teilnehmer) als Rundfahrt zu den verschiedenen EXPO-nierten Plätzen in Hannover, an denen jeweils kurze Kundgebungen gehalten wurden. Die Karawane war nicht ganz vollständig vertreten, da einige doch noch etwas Schlaf nachholen mußten. Dennoch war die Stimmung gut. Stress gab es wegen einer Sachbeleidigung (ein billiger Aufkleber wurde auf ein teures Auto geklebt), doch blieb es bei einer Personalienfeststellung.

Sachsen

	<p>Die Aktion ...</p>	<p>19.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>20.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>21.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>22.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>23.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>24.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>25.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>26.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>27.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>28.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>29.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>30.09.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>01.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>02.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>03.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>04.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>05.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>06.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>07.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>08.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>09.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>10.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>11.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>12.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>13.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>14.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>15.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>16.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>17.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>18.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>19.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>20.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>21.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>22.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>23.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>24.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>25.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>26.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>27.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>28.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>29.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>30.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>
	<p>Die Aktion ...</p>	<p>31.10.1998 10:00-12:00</p>	<p>Die Aktion ...</p>

BUND Baden-Württemberg gegen EXPO 2000

Ausstieg der Akzeptanzbeschaffer?

Die Delegiertenversammlung des BUND Baden-Württemberg hat auf ihrem jährlichen Treffen am 1. und 2. Mai '99 in Bad Boll einem Antrag des Landesjugendvorstands (BUNDjugend) zugestimmt, wonach der BUND auf den Ausstieg aus der EXPO 2000 und eine öffentliche Stellungnahme gegen die Weltausstellung hinwirken muß.

Der Antrag wurde unter dem Punkt "Weitere Anträge" behandelt, den die Deli aus Zeitgründen eigentlich auf die nächste Versammlung in genau einem Jahr vertagen wollte. Auf einen Antrag zur Geschäftsordnung hin befaßte sie sich zum Schluß (obwohl das Mittagessen bereits seit einer halben Stunde wartete) doch noch mit dem Antrag, weil er zeitliche Vorgaben beinhaltet und nicht ein Jahr warten konnte. Er wurde ohne weitere Nachfragen oder Diskussionen angenommen. Offiziell hat der BUND sich auch bisher schon gegen die EXPO 2000 ausgesprochen. Den-

noch ist er unter anderem Namen bei der EXPO dabei: das Projekt "Zukunftsfähiger Bodensee" der Bodensee-Stiftung - einer der sechs Trägervereine dieser Stiftung ist der BUND - ist ein "Weltweites Projekt" der EXPO.

Diese Tatsache war vielen Delegierten neu. Nun stimmten die meisten dem Antrag zu. Die Konsequenzen: der BUND-Vertreter wird nun im Präsidium der Bodensee-Stiftung einen Antrag auf Ausstieg und öffentliche Stellungnahme gegen die EXPO stellen müssen. Die anderen 5 VertreterInnen werden dem Antrag mit großer Sicherheit nicht zustimmen, wie uns versichert wurde; er würde also in der jetzigen Situation folgenlos bleiben. Durch eine gemeinsame Pressemitteilung von BUND und BUNDjugend und Infoveranstaltungen zum Thema EXPO könnte es allerdings zu dem nötigen Druck aus der Öffentlichkeit, vor allem von der BUND-Basis kommen, um die Entscheidung in der Bodensee-Stiftung zu beeinflussen. Eine weitere Möglichkeit wäre, auch andere Träger der Stiftung, z.B. den NABU, für den Ausstieg aus der EXPO zu gewinnen.

Autorin

Jasmin Dean, Tübingen

Das Konzept, sog. "Weltweite Projekte" der EXPO zum Ausstieg zu bewegen, kann die BUNDjugend Ba-Wü zur Nachahmung empfehlen. Besonders erfolgreich wird diese Strategie sein, wenn Ihr persönliche Kontakte zu Leuten in den Projekten habt. Viel Spaß bei der Überzeugungsarbeit!

Adresse

Anti-Expo-AG im AK Anarchie & Subkultur c/o Infodaten Schellingstr. 6 72072 Tübingen

Abbildung

Der Expopolizist ist keine Karikatur, sondern offizielles Emblem der PolizistInnen in Hannover - schon jetzt prangt der Aufkleber auf den Polizeiwagen.

Polizeipräsenz und hartes Durchgreifen gegen unerwünschte Personen prägen schon das Vorfeld der Expo. Die Expo dürfte zum neuen Rekord an Polizeistaatlichkeit werden.



Table with 3 columns: Name, Address, and Description. It lists various organizations and their details in Baden-Württemberg.

Table with 3 columns: Name, Address, and Description. It lists various organizations and their details in Bremen.

## Antragstext: An die Delegierten der BUND-Delegiertenversammlung

### Antrag des Landesjugendvorstands

Die Delegiertenversammlung möge beschließen, daß die Bodensee-Stiftung zum Ausstieg aus der EXPO 2000 und zu einer öffentlichen Stellungnahme gegen die EXPO 2000 bewegt wird. Das Projekt "Zukunftsfähiger Bodensee" der Bodensee-Stiftung, deren sechs Träger der BUND Baden-Württemberg, der NABU Baden-Württemberg, die Deutsche Umwelthilfe, der Österreichische Naturschutzbund sowie der Schweizerische Bund für Naturschutz und der WWF in der Schweiz sind, hat den Status eines "Weltweiten Projektes" der EXPO 2000 und soll auf der EXPO in Hannover im deutschen Pavillon präsentiert werden. Der BUND-Landesvorstand Baden-Württemberg möge auf der nächsten Vorstandssitzung der Bodensee-Stiftung den anderen Verbänden einen Antrag auf den unverzüglichen Ausstieg aus der EXPO 2000 und eine öffentliche Stellungnahme gegen die EXPO 2000 vorlegen.

### Begründung:

#### I. Die EXPO 2000

1. Das Motto "Mensch, Natur, Technik" der EXPO 2000 trägt. Es geht leider nicht um eine Verbindung von Ökologie und Technik. Natur- und Umweltschutz müssen zugunsten der Technik zurückstecken. Die EXPO 2000 weitet sich aus zu einer Technikschaу von unvorstellbarer Größe. In eigens dafür errichteten Hallen soll eine virtuelle Welt der Zukunft aufgebaut werden. Speziell für die EXPO werden ein ICE-Bahnhof auf dem Gelände, eine Stadtbahnlinie zur Messe sowie eine S-Bahn-Verbindung zum Flughafen gebaut, deren Auslastung nach der EXPO defizitär sein werden. Dies kritisierte inzwischen bereits H. Mönninghoff, Umweltdezernent der Stadt Hannover.

2. Auf der EXPO 2000 werden dem/der BesucherIn fragwürdige Technologien wie Gentechnik und Kernfusion als die Lösungen schlechthin für alle Probleme unserer Welt präsentiert. Es hat sich jedoch immer wieder gezeigt, daß Umweltprobleme sich nicht allein mittels neuer Technologien, die möglicherweise weitere Probleme verursachen, lösen lassen. Wer fordert, das Welternährungsproblem solle mit Hilfe der Gentechnik in den Griff bekommen werden, leugnet, daß nur die Abschaffung der eigentlichen Ursachen des Hungers in vielen Entwicklungsländern eine gerechte Lösung sein kann: die Abschaffung der ungerechten Verteilung von Ressourcen, Know-how etc. auf der Erde, die von den mächtigen Industrienationen herbeigeführt wurde und immer noch aufrechterhalten wird!

3. Die EXPO 2000 ist eine Plattform für mächtige Großkonzerne zur Darstellung ihrer Technikwunder. Die Welt soll mittels modernster Technik in Staunen versetzt werden - dadurch lenken die Konzerne geschickt von ihren Fehlern ab. Die EXPO stellt somit einen Meilenstein auf dem Weg der Großkonzerne zu absoluter Macht über die Zukunft unserer Erde dar. Dabei werden sogar Milliardenverluste in Kauf genommen. Für die Milliardenkredite, die zur bisherigen Finanzierung der EXPO nötig waren, übernahmen die Bundesrepublik und das Land Niedersachsen die Bürgschaft - d.h. sie zahlen, falls die EXPO-GmbH das nicht kann. Die gesamte Planung liegt in der Hand der EXPO-GmbH. Im Aufsichtsrat der EXPO-GmbH haben die BRD 2 von 4 und das Land Niedersachsen 1 von 3 Sitzen an die Wirtschaft abgegeben; dadurch hat die Wirtschaft mit 5 Sitzen die Hälfte der Stimmen, womit eine Kontrolle der Planung durch die Politik ausgeschlossen ist. Im Fall der EXPO wurde somit nach dem Prinzip "Planung privatisieren - Finanzierung verstaatlichen" gehandelt.

4. Lediglich der "Kosmetik" dienen bei diesem Spektakel Umwelt- und Entwicklungsverbände, Frauengruppen oder Jugendzentren. Sie haben die Aufgabe, den Anschein zu erwecken, die EXPO stoße auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie erhalten den Status "Weltweiter Projekte" der EXPO und werden meist von der EXPO GmbH oder indirekt (z.B. über

handlungen mit der EXPO-Chefin Breuel ab. Doch in den folgenden Monaten vergrößerte sich das Interesse der Mitgliedsverbände sowie des DNR selbst an der EXPO, da die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) mit Geldzusagen lockte. Ab 1996 saß dann plötzlich entgegen der Zusagen an die Mitgliedsverbände der DNR-Finanzvorstand Jürgen Resch im EXPO-Beirat, einem beratenden Gremium der EXPO, offiziell aber als Vertreter der Deutschen Umwelthilfe. Auf der DNR-Mitgliederversammlung 1996 wurde der Beschluß, an der EXPO in Hannover nicht teilzunehmen, so ausgelegt, daß aber eine Teilnahme außerhalb Hannovers, also an regionalen Projekten, möglich sei. Ab '97 wurde die Diskrepanz zwischen Beschluß und Praxis besonders deutlich: die meisten Mitgliedsverbände waren bereits über regionale Projekte mit bei der EXPO dabei, 5 Mitgliedsverbände entsandten sogar VertreterInnen in EXPO-Gremien, nach außen hin wurde dies aber meist verschwiegen. Dann am 10./11.03.'97 ein richtungsweisendes Treffen von Spitzenleuten deutscher Umweltverbände und der EXPO, einschließlich der Generalkommissarin Birgit Breuel. Auch der BUND war vertreten - eigentlich hätte ihm die Teilnahme Probleme bereiten müssen, da einer seiner Landesverbände in dem Bündnis "EXPO absagen statt ertragen" stand. Auf dem Treffen wurde besprochen, wie die Umweltverbände sich an der EXPO beteiligen und wieviel Geld sie dafür erhalten.

2. Heute haben fast alle Verbände bei der EXPO 2000 ihre Finger mit im Spiel. Während sie sich offiziell von der EXPO abgrenzen (so erfolgt im aktuellen BUNDmagazin 1/99, S. 13 "Expo 2000 - Geheucheltes Motto"), sind sie doch auf vielfältige Art und Weise in die EXPO verstrickt. Das Projekt "Zukunftsfähiger Bodensee" der Bodensee-Stiftung soll sogar auf der EXPO in Hannover im deutschen Pavillon präsentiert werden. Nach Angaben der Bodensee-Stiftung wird es nicht finanziell gefördert; die EXPO-Teilnahme ist eine rein ideelle Angelegenheit. Zumal die Finanzierung des Projektes auch ohne EXPO-Teilnahme sichergestellt ist, ist der Ausstieg durchaus möglich. Inzwischen sollte die einseitige Ökonomieorientierung der EXPO soweit deutlich geworden sein, daß es nötig ist, sich vollständig aus der EXPO zurückzuziehen und öffentlich Stellung gegen die EXPO zu beziehen. Interessant wäre z.B. die Gestaltung einer "Weltausstellung von unten".

Der Landesjugendvorstand



die Deutsche Bundesstiftung Umwelt) finanziell gefördert. Indem wir als Umwelt- und Naturschutzverband an der EXPO teilnehmen, erfüllen wir die uns zugedachte Rolle in einem umfassenden Plan, der jetzt schon steht und an dem wir ohnehin nicht mitwirken sollen und dürfen.

#### II. Die Rolle der Umweltverbände

1. Entwicklung des DNR und der Mitgliedsverbände 1991 beschloß die Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) die Unvereinbarkeit von DNR-Mitgliedschaft und EXPO-Teilnahme. Noch im Frühjahr 1995 sagte DNR-Präsident Wolfgang Engelhardt der EXPO jegliche Teilnahme und auch Ver-

In einigen Fällen beteiligen sich Umweltverbände und andere Organisationen direkt an der Expo, in noch mehr Fällen aber stehen sie z.T. versteckt hinter Projekten, die sich bei der Expo anmelden. Wo aber Umweltverbände, Jugendgruppen, Eine-Welt-Organisationen u.ä. solche Projekten mittragen, kann über sie auch der öffentlichkeitswirksame Ausstieg erreicht werden.

Genaueres Hingucken ist also nötig. Beispiel: In Marbach (Baden-Württemberg) ist ein Jugendzentrum zum Expo-Projekt geworden. Die Jugendlichen und Jugendgruppen, die dort aktiv sind, wußten nichts davon und haben sich inzwischen einstimmig gegen die Expo-Teilnahme ausgesprochen. Geändert hat das zunächst nichts. Denn auch bei den weltweiten Projekten gilt die zentrale Expo-Symbolik: Die Zukunft findet ohne die Menschen statt!





Der Infodienst für UmweltafteurInnen

22 Sommer '99  
Schwerpunkt

Infos

Infos von der EXPO, wie sie sich selber verkauft, gibt es unter der Internetseite <http://www.EXPO2000.de>.

Anti-Expo-Arbeit im Überblick

# Aktionen, Veranstaltungen und mehr

In mehreren Städten sind inzwischen neue Gruppen entstanden. Sie treffen sich in unregelmäßigen Abständen bei Vernetzungstreffen auf Landes- und Bundesebene. Die Aktiven dieser Gruppen kommen aus den verschiedensten Zusammenhängen wie Feminismus, Ökologiearbeit, AntiFa etc., denn die EXPO bietet mit ihrem allumfassenden Konzept für alle Bereiche linker politischer Arbeit Ansatzpunkte für Kritik. Der gemeinsame Nenner dieser Kritik an der EXPO ist ein emanzipatorischer Ansatz, denn ausschließlich Konzepte von "Oben" sind auf der EXPO sichtbar. Das emanzipatorische Gegenbild kann zum gemeinsames Symbol für einen Widerstand werden.

In einigen Orten haben die Gruppen schon erste direkte Aktionen veranstaltet, z.B. in Leipzig und Braunschweig (vgl. Berichte in diesem Heft). Viele der Gruppen planen weitere Aktionen:

➤ Die bereits jetzt stattfindende Werbe-Veranstaltungen der EXPO blockieren, stören oder verhindern.

➤ Aktivitäten und Blockaden auf den zentralen EXPO-Baustellen in Hannover, wodurch eine erhebliche Wirkung erreicht werden kann, weil nach eigener Aussage der Expo GmbH das Projekt aufgrund der knappen Finanzlage und des Zeitdrucks durch bauverzögernde Aktionen gefährdet werden könne.

➤ Aktionen zu den weltweiten Projekten, denn die EXPO findet nicht nur in Hannover statt.

➤ Eigene Veranstaltungen durchführen, Pressearbeit und

Veröffentlichungen in jeglicher Form, um die Kritik öffentlich zu machen.

➤ Projekte und Organisationen, wie etliche NGOs, die lediglich zur Akzeptanzbeschaffung integriert sind, zum Ausstieg bewegen, wie z.B. beim Projekt des BUND "Zukunftsfähiger Bodensee" geschehen (siehe Bericht auf Seite 19 und 20).

➤ Alternativen zu den von der EXPO präsentierten "Lösungen" erarbeiten und öffentlich machen.

Die Arbeit im Anti-Expo-Netzwerk

In Arbeit befindet sich zur Zeit ein Reader zur Anti-Expo-Arbeit, der demnächst erscheint, Infos und Bestellung bei: Anti-EXPO AG Hannover, c/o ASI Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover.



Abbildung

Bislang noch kein Alltag für die Expo: Blockaden von Baumaschinen.

Termine

6.-8., ab Frabend Bundes-Vernetzungstreffen der Anti-Expo-Gruppen (auf dem A-Camp nahe Hannover)  
Freitag: Einführung  
Samstag (10 bis 19 Uhr): Politische und Strategiedebatte  
Sonntag (10 bis 15 Uhr): Planung konkreter Aktionen  
Infotel: 0171/8348430 projektwerkstatt\_sa@apg.wvbnet.de

9.10. in Hannover, ganztags Anti-Atom-Aktionstag u.a. mit Bezug zur Expo 2000

28.-31.10. in Hannover BUKO Nr. 22 mit inhaltlichem Schwerpunkt zur Expo 2000  
Info: BUKO\_040/393156 (siehe Seite 55)

Nordrhein-Westfalen

<p><b>1.10. 1999</b> 19:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>1.10.1999 19:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>1.10.1999 19:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>1.10.1999 19:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>2.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>2.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>2.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>2.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>3.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>3.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>3.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>3.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>4.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>4.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>4.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>4.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>5.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>5.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>5.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>5.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>6.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>6.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>6.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>6.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>7.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>7.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>7.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>7.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>8.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>8.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>8.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>8.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>9.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>9.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>9.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>9.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>10.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>10.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>10.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>10.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>11.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>11.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>11.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>11.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>12.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>12.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>12.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>12.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>13.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>13.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>13.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>13.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>14.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>14.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>14.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>14.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>15.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>15.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>15.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>15.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>16.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>16.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>16.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>16.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>17.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>17.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>17.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>17.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>18.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>18.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>18.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>18.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>19.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>19.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>19.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>19.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>20.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>20.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>20.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>20.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>21.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>21.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>21.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>21.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>22.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>22.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>22.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>22.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>23.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>23.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>23.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>23.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>24.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>24.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>24.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>24.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>25.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>25.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>25.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>25.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>26.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>26.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>26.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>26.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>27.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>27.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>27.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>27.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>28.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>28.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>28.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>28.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>29.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>29.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>29.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>29.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>30.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>30.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>30.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>30.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>31.10.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>31.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>31.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>31.10.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>

<p><b>1.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>1.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>1.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>1.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>2.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>2.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>2.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>2.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>3.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>3.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>3.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>3.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>4.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>4.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>4.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>4.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>5.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>5.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>5.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>5.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>6.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>6.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>6.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>6.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>7.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>7.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>7.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>7.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>8.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>8.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>8.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>8.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>9.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>9.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>9.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>9.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>10.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>10.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>10.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>10.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>11.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>11.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>11.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>11.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>12.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>12.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>12.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>12.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>13.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>13.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>13.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>13.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>14.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>14.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>14.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>14.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>15.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>15.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>15.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>15.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>16.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>16.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>16.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>16.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>17.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>17.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>17.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>17.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>18.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>18.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>18.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>18.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>
<p><b>19.11.1999</b> 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>19.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>19.11.1999 10:00 Uhr Büro der Kommunen in Hannover</p>	<p>19</p>

Unregelmäßig erscheint der Anti-EXPO-Rundbrief, in dem ohne redaktionelle Bearbeitung die Neuigkeiten der Gruppen über die EXPO zusammengefaßt sind. Er kann gegen 5 DM in Briefmarken angefordert werden beim Büro für mentale Randalte, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen.

Für Veranstaltungen und Seminare stehen ReferentInnen bereit. ReferentInnenvermittlung über die Anti-Expo-AG Hannover (s.o.) oder die Gruppe Landfriedensbruch in Braunschweig, Tel. 0171/8348430.

Diese "Ö-Punkte" können zu Informationszwecken auch in größeren Mengen bestellt und dann verteilt bzw. verkauft werden. Bezug für 7 DM (erstes Heft) plus 1 DM je weiterem Heft beim Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe.



Thüringen

Table listing various groups in Thuringia with columns for Name, Address, and Description.

Schleswig-Holstein

Table listing various groups in Schleswig-Holstein with columns for Name, Address, and Description.

Adressen

Region Hannover Anti-Expo-AG c/o ASTA Uni hannover Welfengarten 1c 30167 Hannover Tel. 0511/762-5061 Fax 0511/717441

Region Bremen FROXS St.-Pauli-Str. 10-12 28203 Bremen

Sachsen Anti-Expo-AG im Infoladen Conne Island Koburgerstr. 3 04177 Leipzig

Baden-Württemberg AK Anarchie & Subkultur c/o Infoladen Schellingstr. 6 72072 Tübingen

Nordrhein-Westfalen Büro für mentale Randalte Wickingstr. 17 45657 Recklinghausen

Eine aktuelle Liste aller lokalen Anti-Expo-Initiativen enthält jeweils der Anti-Expo-Rundbrief. Wünschenswert wäre, wenn für weitere Regionen oder Bundesländer Koordinationsadressen festgelegt werden könnten - gekoppelt mit dem Aufbau von Info-Archiven zur Expo, damit neue InteressentInnen und Gruppen schnell überall an Informationen gelangen können.

Kontakt dafür: Gruppe Landfriedensbruch (Braunschweig), 0171/8348430

**Der Infodienst für UmweltafteurInnen**

**24** Sommer '99

Sommer '99  
Schwerpunkt

**Literatur und Quellen**

Expo-Magazin No. 2 mit großem Übersichtsplan. Bezug über die Expo GmbH.

Masterplan (Auszüge auf dem Titel der Ö-Punkte) von der Expo GmbH zu beziehen oder als Bildtafel unter [www.expo2000.de/presse](http://www.expo2000.de/presse).

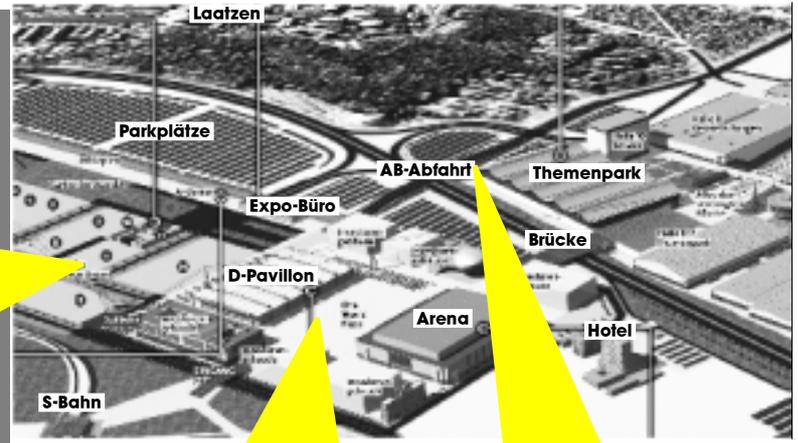
Web-Kamera mit ständig aktuellen Tagesbildern von der Baustelle unter [www.expo2000.de](http://www.expo2000.de).

Broschüre "Expo 2000 - Sprüche und Widersprüche" mit Infos zur Struktur, Planung der Expo, Umweltauswirkungen usw. Zu beziehen bei der BIU, Stephanstr. 25, 30449 Hannover.

# Die

## Nationenpavillons

Hier entstehen die Pavillons der verschiedenen Nationen (außer Deutschland, denn die stehen im Mittelpunkt der (Expo)Welt!), zum Teil finanziert aus dem Entwicklungshilfeministerium in Bonn. Viele der Pavillon weisen bizarre Architekturen auf (z.B. wird Japans Beitrag ganz aus Papier bestehen), oft geht es um Formen und Symboliken der Naturbeherrschung. Das Gelände der Nationenpavillons erstreckt sich vom zentralen Platz "Plaza" nach Süden zwischen Messeschnellweg und Kronsberg.



## Plaza - der zentrale Platz

Im Zentrum des hannoverschen Expo-Geländes liegt die "Plaza" mit einer einmaligen Symbolik. Hier haben, herausgehoben, die wichtigeren Konzerne, Nationen und Einrichtungen ihren Platz.

## Verkehrsprojekte

Mit erheblichem Aufwand wird das zentrale Expo-Gelände an die ebenfalls ausgebauten Hauptverkehrsadern Autobahnnetz (3-spuriger Ausbau fast aller Autobahnen im Raum Hannover, Ausbau der Kreuzungspunkte des Messeschnellweges am Kronsberg und am Pferdeturn), Flughafen und Bahn angeschlossen. Eine neue S-Bahn-Linie führt vom Expo-Gelände zum Flughafen, an der Bahn-Hauptstrecke Hannover-Göttingen entstand aus dem bisherigen Regionalbahnhof ein moderner ICE-Bahnhof mit einem futuristischen Laufband direkt in das Messegelände hinein.

## Deutschland-Pavillon

Jedes Land ist gleich, Deutschland ist gleicher. So scheint es, wenn mensch die Platzierung auf dem Expo-Gelände anschaut. Der deutsche Pavillon steht nicht neben den anderen Nationen, sondern im Zentrum der Expo. Und da die Expo eine Vorwegnahme der Zukunft sein soll, ist diese Symbolik deutlicher kaum zu machen. Vielleicht hat deshalb die amerikanische Regierung lange gezögert, bei der Expo mitzuwirken (nun ist sie dabei, im zweiten Glied hinter der Deutschland-land).

## Berlin Teil 1

<p><b>1</b> <b>1.1</b> <b>1.1.1</b> <b>1.1.1.1</b> <b>1.1.1.1.1</b></p> <p>1.1.1.1.1.1</p> <p>1.1.1.1.1.2</p> <p>1.1.1.1.1.3</p> <p>1.1.1.1.1.4</p> <p>1.1.1.1.1.5</p> <p>1.1.1.1.1.6</p> <p>1.1.1.1.1.7</p> <p>1.1.1.1.1.8</p> <p>1.1.1.1.1.9</p> <p>1.1.1.1.1.10</p> <p>1.1.1.1.1.11</p> <p>1.1.1.1.1.12</p> <p>1.1.1.1.1.13</p> <p>1.1.1.1.1.14</p> <p>1.1.1.1.1.15</p> <p>1.1.1.1.1.16</p> <p>1.1.1.1.1.17</p> <p>1.1.1.1.1.18</p> <p>1.1.1.1.1.19</p> <p>1.1.1.1.1.20</p> <p>1.1.1.1.1.21</p> <p>1.1.1.1.1.22</p> <p>1.1.1.1.1.23</p> <p>1.1.1.1.1.24</p> <p>1.1.1.1.1.25</p> <p>1.1.1.1.1.26</p> <p>1.1.1.1.1.27</p> <p>1.1.1.1.1.28</p> <p>1.1.1.1.1.29</p> <p>1.1.1.1.1.30</p> <p>1.1.1.1.1.31</p> <p>1.1.1.1.1.32</p> <p>1.1.1.1.1.33</p> <p>1.1.1.1.1.34</p> <p>1.1.1.1.1.35</p> <p>1.1.1.1.1.36</p> <p>1.1.1.1.1.37</p> <p>1.1.1.1.1.38</p> <p>1.1.1.1.1.39</p> <p>1.1.1.1.1.40</p> <p>1.1.1.1.1.41</p> <p>1.1.1.1.1.42</p> <p>1.1.1.1.1.43</p> <p>1.1.1.1.1.44</p> <p>1.1.1.1.1.45</p> <p>1.1.1.1.1.46</p> <p>1.1.1.1.1.47</p> <p>1.1.1.1.1.48</p> <p>1.1.1.1.1.49</p> <p>1.1.1.1.1.50</p> <p>1.1.1.1.1.51</p> <p>1.1.1.1.1.52</p> <p>1.1.1.1.1.53</p> <p>1.1.1.1.1.54</p> <p>1.1.1.1.1.55</p> <p>1.1.1.1.1.56</p> <p>1.1.1.1.1.57</p> <p>1.1.1.1.1.58</p> <p>1.1.1.1.1.59</p> <p>1.1.1.1.1.60</p> <p>1.1.1.1.1.61</p> <p>1.1.1.1.1.62</p> <p>1.1.1.1.1.63</p> <p>1.1.1.1.1.64</p> <p>1.1.1.1.1.65</p> <p>1.1.1.1.1.66</p> <p>1.1.1.1.1.67</p> <p>1.1.1.1.1.68</p> <p>1.1.1.1.1.69</p> <p>1.1.1.1.1.70</p> <p>1.1.1.1.1.71</p> <p>1.1.1.1.1.72</p> <p>1.1.1.1.1.73</p> <p>1.1.1.1.1.74</p> <p>1.1.1.1.1.75</p> <p>1.1.1.1.1.76</p> <p>1.1.1.1.1.77</p> <p>1.1.1.1.1.78</p> <p>1.1.1.1.1.79</p> <p>1.1.1.1.1.80</p> <p>1.1.1.1.1.81</p> <p>1.1.1.1.1.82</p> <p>1.1.1.1.1.83</p> <p>1.1.1.1.1.84</p> <p>1.1.1.1.1.85</p> <p>1.1.1.1.1.86</p> <p>1.1.1.1.1.87</p> <p>1.1.1.1.1.88</p> <p>1.1.1.1.1.89</p> <p>1.1.1.1.1.90</p> <p>1.1.1.1.1.91</p> <p>1.1.1.1.1.92</p> <p>1.1.1.1.1.93</p> <p>1.1.1.1.1.94</p> <p>1.1.1.1.1.95</p> <p>1.1.1.1.1.96</p> <p>1.1.1.1.1.97</p> <p>1.1.1.1.1.98</p> <p>1.1.1.1.1.99</p> <p>1.1.1.1.1.100</p>	<p>1.1.1.1.1.1</p> <p>1.1.1.1.1.2</p> <p>1.1.1.1.1.3</p> <p>1.1.1.1.1.4</p> <p>1.1.1.1.1.5</p> <p>1.1.1.1.1.6</p> <p>1.1.1.1.1.7</p> <p>1.1.1.1.1.8</p> <p>1.1.1.1.1.9</p> <p>1.1.1.1.1.10</p> <p>1.1.1.1.1.11</p> <p>1.1.1.1.1.12</p> <p>1.1.1.1.1.13</p> <p>1.1.1.1.1.14</p> <p>1.1.1.1.1.15</p> <p>1.1.1.1.1.16</p> <p>1.1.1.1.1.17</p> <p>1.1.1.1.1.18</p> <p>1.1.1.1.1.19</p> <p>1.1.1.1.1.20</p> <p>1.1.1.1.1.21</p> <p>1.1.1.1.1.22</p> <p>1.1.1.1.1.23</p> <p>1.1.1.1.1.24</p> <p>1.1.1.1.1.25</p> <p>1.1.1.1.1.26</p> <p>1.1.1.1.1.27</p> <p>1.1.1.1.1.28</p> <p>1.1.1.1.1.29</p> <p>1.1.1.1.1.30</p> <p>1.1.1.1.1.31</p> <p>1.1.1.1.1.32</p> <p>1.1.1.1.1.33</p> <p>1.1.1.1.1.34</p> <p>1.1.1.1.1.35</p> <p>1.1.1.1.1.36</p> <p>1.1.1.1.1.37</p> <p>1.1.1.1.1.38</p> <p>1.1.1.1.1.39</p> <p>1.1.1.1.1.40</p> <p>1.1.1.1.1.41</p> <p>1.1.1.1.1.42</p> <p>1.1.1.1.1.43</p> <p>1.1.1.1.1.44</p> <p>1.1.1.1.1.45</p> <p>1.1.1.1.1.46</p> <p>1.1.1.1.1.47</p> <p>1.1.1.1.1.48</p> <p>1.1.1.1.1.49</p> <p>1.1.1.1.1.50</p> <p>1.1.1.1.1.51</p> <p>1.1.1.1.1.52</p> <p>1.1.1.1.1.53</p> <p>1.1.1.1.1.54</p> <p>1.1.1.1.1.55</p> <p>1.1.1.1.1.56</p> <p>1.1.1.1.1.57</p> <p>1.1.1.1.1.58</p> <p>1.1.1.1.1.59</p> <p>1.1.1.1.1.60</p> <p>1.1.1.1.1.61</p> <p>1.1.1.1.1.62</p> <p>1.1.1.1.1.63</p> <p>1.1.1.1.1.64</p> <p>1.1.1.1.1.65</p> <p>1.1.1.1.1.66</p> <p>1.1.1.1.1.67</p> <p>1.1.1.1.1.68</p> <p>1.1.1.1.1.69</p> <p>1.1.1.1.1.70</p> <p>1.1.1.1.1.71</p> <p>1.1.1.1.1.72</p> <p>1.1.1.1.1.73</p> <p>1.1.1.1.1.74</p> <p>1.1.1.1.1.75</p> <p>1.1.1.1.1.76</p> <p>1.1.1.1.1.77</p> <p>1.1.1.1.1.78</p> <p>1.1.1.1.1.79</p> <p>1.1.1.1.1.80</p> <p>1.1.1.1.1.81</p> <p>1.1.1.1.1.82</p> <p>1.1.1.1.1.83</p> <p>1.1.1.1.1.84</p> <p>1.1.1.1.1.85</p> <p>1.1.1.1.1.86</p> <p>1.1.1.1.1.87</p> <p>1.1.1.1.1.88</p> <p>1.1.1.1.1.89</p> <p>1.1.1.1.1.90</p> <p>1.1.1.1.1.91</p> <p>1.1.1.1.1.92</p> <p>1.1.1.1.1.93</p> <p>1.1.1.1.1.94</p> <p>1.1.1.1.1.95</p> <p>1.1.1.1.1.96</p> <p>1.1.1.1.1.97</p> <p>1.1.1.1.1.98</p> <p>1.1.1.1.1.99</p> <p>1.1.1.1.1.100</p>	<p>1.1.1.1.1.1</p> <p>1.1.1.1.1.2</p> <p>1.1.1.1.1.3</p> <p>1.1.1.1.1.4</p> <p>1.1.1.1.1.5</p> <p>1.1.1.1.1.6</p> <p>1.1.1.1.1.7</p> <p>1.1.1.1.1.8</p> <p>1.1.1.1.1.9</p> <p>1.1.1.1.1.10</p> <p>1.1.1.1.1.11</p> <p>1.1.1.1.1.12</p> <p>1.1.1.1.1.13</p> <p>1.1.1.1.1.14</p> <p>1.1.1.1.1.15</p> <p>1.1.1.1.1.16</p> <p>1.1.1.1.1.17</p> <p>1.1.1.1.1.18</p> <p>1.1.1.1.1.19</p> <p>1.1.1.1.1.20</p> <p>1.1.1.1.1.21</p> <p>1.1.1.1.1.22</p> <p>1.1.1.1.1.23</p> <p>1.1.1.1.1.24</p> <p>1.1.1.1.1.25</p> <p>1.1.1.1.1.26</p> <p>1.1.1.1.1.27</p> <p>1.1.1.1.1.28</p> <p>1.1.1.1.1.29</p> <p>1.1.1.1.1.30</p> <p>1.1.1.1.1.31</p> <p>1.1.1.1.1.32</p> <p>1.1.1.1.1.33</p> <p>1.1.1.1.1.34</p> <p>1.1.1.1.1.35</p> <p>1.1.1.1.1.36</p> <p>1.1.1.1.1.37</p> <p>1.1.1.1.1.38</p> <p>1.1.1.1.1.39</p> <p>1.1.1.1.1.40</p> <p>1.1.1.1.1.41</p> <p>1.1.1.1.1.42</p> <p>1.1.1.1.1.43</p> <p>1.1.1.1.1.44</p> <p>1.1.1.1.1.45</p> <p>1.1.1.1.1.46</p> <p>1.1.1.1.1.47</p> <p>1.1.1.1.1.48</p> <p>1.1.1.1.1.49</p> <p>1.1.1.1.1.50</p> <p>1.1.1.1.1.51</p> <p>1.1.1.1.1.52</p> <p>1.1.1.1.1.53</p> <p>1.1.1.1.1.54</p> <p>1.1.1.1.1.55</p> <p>1.1.1.1.1.56</p> <p>1.1.1.1.1.57</p> <p>1.1.1.1.1.58</p> <p>1.1.1.1.1.59</p> <p>1.1.1.1.1.60</p> <p>1.1.1.1.1.61</p> <p>1.1.1.1.1.62</p> <p>1.1.1.1.1.63</p> <p>1.1.1.1.1.64</p> <p>1.1.1.1.1.65</p> <p>1.1.1.1.1.66</p> <p>1.1.1.1.1.67</p> <p>1.1.1.1.1.68</p> <p>1.1.1.1.1.69</p> <p>1.1.1.1.1.70</p> <p>1.1.1.1.1.71</p> <p>1.1.1.1.1.72</p> <p>1.1.1.1.1.73</p> <p>1.1.1.1.1.74</p> <p>1.1.1.1.1.75</p> <p>1.1.1.1.1.76</p> <p>1.1.1.1.1.77</p> <p>1.1.1.1.1.78</p> <p>1.1.1.1.1.79</p> <p>1.1.1.1.1.80</p> <p>1.1.1.1.1.81</p> <p>1.1.1.1.1.82</p> <p>1.1.1.1.1.83</p> <p>1.1.1.1.1.84</p> <p>1.1.1.1.1.85</p> <p>1.1.1.1.1.86</p> <p>1.1.1.1.1.87</p> <p>1.1.1.1.1.88</p> <p>1.1.1.1.1.89</p> <p>1.1.1.1.1.90</p> <p>1.1.1.1.1.91</p> <p>1.1.1.1.1.92</p> <p>1.1.1.1.1.93</p> <p>1.1.1.1.1.94</p> <p>1.1.1.1.1.95</p> <p>1.1.1.1.1.96</p> <p>1.1.1.1.1.97</p> <p>1.1.1.1.1.98</p> <p>1.1.1.1.1.99</p> <p>1.1.1.1.1.100</p>
---	---	---

# Baustellen

Im Deutschland-Pavillon regieren die Konzerne, die über das Sponsoring für das Gebäude bestimmen, was dort geschieht. Hauptsponsor ist die Siemens AG (nein, nicht DaimlerChrysler ... denen gehört die ganze (Expo)Welt, Siemens gehört "nur" Deutschland - Expo-Symbolik pur). Der Versicherungskonzern Allianz wird Umweltschutzprojekte seiner Stiftung vorstellen. Der Deutschland-Pavillon soll vor allem aus Glas bestehen und liegt direkt neben der Autobahnabfahrt Kronsberg des Messeschnellweges bzw. direkt an der Kronsbergstraße nahe dem Eingang Süd des Messegeländes.

Die Sonderzugverbindung auf das Messegelände wurde stattdessen geschaffen. Auf dem Expogelände selbst wurden rund um die neue Autobahnabfahrt und im Norden des zentralen Platzes etliche neue Parkplätze geschaffen. Bemerkenswert ist, daß die Expo im Jahr 1992, als es darum ging, einen Volksentscheid in Hannover zu gewinnen, noch behauptete, daß es nicht zu Neubaumaßnahmen dieser Art kommen würde. Die Lügen der Expo sind im Verkehrsbereich nicht schlimmer als anderswo, aber offensichtlich.

**Arena**  
Die Arena soll ein großer, überdachter Veranstaltungspalast werden, der auch nach der Expo den Messestandort Hannover erheblich aufwertet.

**Weitere Gebäude**  
Am östlichen Rand des Plaza finden sich die Gebäude einiger Investoren, z.B. von RWE sowie weitere Einrichtungen.

**Eingang**  
Über den Plaza läuft auch der Eingang von Osten her, u.a. von der neu gebauten S-Bahn-Linie, deren südliches Ende die Expo ist. Im Norden startet sie am ausgebauten Flughafen.







Der Infodienst für UmweltakteurInnen

26 Sommer '99

● Kurz notiert

# Aufruf zur Postkartenaktion - Änderung der TASI

Um der Lethargie im Bundesumweltministerium abzu- helfen, wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz des Besseren Müllkonzepts am 18.4. in Augsburg eine Postkartenaktion zur Änderung der TA Siedlungsabfall (TASi) beschlossen.

Bitte nebenstehenden Abdruck auf Postkarte kleben und schicken an:

**Das Bessere Müllkonzept**  
Feldstr. 6  
82282 Unterschweinsbach

Lieber Herr Trittin, wie Sie bestimmt wissen, wird die TA Siedlungsabfall in einigen Bundesländern dazu verwendet, Kommunen mit dem Hinweis auf den Glühverlust zum Bau von Müllverbrennungsanlagen zu zwingen. Das muss verhindert werden. Müllverbrennung ist Energie- und Rohstoffverschwendung. Bei der Energiebilanz muss berücksichtigt werden, dass die Produktionsenergie bei der Verbrennung verloren geht. Die aufwendige Rauchgasreinigung ist natürlich notwendig, aber dabei werden auch Energie und Rohstoffe verbraucht. Korrosion verursacht Störfälle; dadurch kann es zu erhöhtem Schadstoffausstoß und zu Betriebsunterbrechungen kommen. Folge: Die Entsorgungssicherheit ist nicht sichergestellt, Überkapazitäten werden geplant, die Abfallgebühren steigen. Aber daran können gerade Sie etwas ändern. Beschleunigen Sie die Änderung der TA Siedlungsabfall, damit auch kalte Behandlungsverfahren eine Chance erhalten. Und vor allem, sagen Sie das schon jetzt, und unmissverständlich! Denn es ist zu befürchten, dass einzelne Städte, Kreise und Zweckverbände mit Billigung oder auf Druck ihrer Landesbehörden noch Verbrennungsbeschlüsse fassen bzw. fassen müssen. Kalte Verfahren sind meist preiswerter als Verbrennung. Natürlich wollen wir keine primitiven Billiglösungen. Aber wir wollen auch nicht, dass es bei der nächsten Gebührenerhöhung wie immer heißt: Daran ist wieder mal unsere Regierung schuld.

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Datum .....

Unterschrift .....

Bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes Bayern (Adr. s.o.) sind weitere Postkarten erhältlich.



Die Texte auf den Abfallseiten sind Auszüge aus Artikeln der Zeitungen:

DAS BESSERE MÜLLKONZEPT des gleichnamigen Bundesverbandes, Ausgabe 2/99

Themen der Ausgabe: u.a. TASI-Änderung, Verbandsklage, Getränke- und Bauabfälle, MVA-Planungen in den Neuen Bundesländern, EU-Verbrennungsrichtlinie  
Bezug: Das Bessere Müllkonzept Landesverband Bayern Feldstr. 6 82282 Unterschweinsbach Unter dieser Adresse sind auch Informationsschriften u.a. zum Thema alternative Abfallbehandlung und Müllvermeidung erhältlich

Abfallwirtschaftlicher Informationsdienst, Ausgabe 2/99

Themen der Ausgabe: u.a. EU-Verbrennungsrichtlinie, Elektronikschrott, Verbandsklage, EU-Altauto- richtlinie, Keimemissionen, DSD  
Bezug (auch Müllmagazin): Rhombos-Verlag Kurfürstenstr. 17 10785 Berlin Tel.: 030 / 261 68 54 Fax: 030 / 261 63 00

Wir danken für die freundliche Überlassung.



## Neue Müllverbrennungsanlagen in Sachsen – TASI-Änderung im Schnecken tempo

Am 18.4.99 fand in Dresden eine Vortragsreihe der PDS über Kommunalabgaben statt. Nach unzähligen Skandalen beim Bau von unsinnigen oder überdimensionierten Anlagen, sind die Bürger hellhörig geworden. Zu der Vortragsreihe kamen mehr als 300 Zuhörer. Die sächsische Landesregierung will drei neue MVA's noch in diesem Jahr mit Hinweis auf die TASI durchbringen. Anfragen bzgl. Novellierung der TASI an Umweltminister Trittin deuten auf einen längeren Zeitraum hin, da der Umweltminister, einen "wissenschaftlich nicht ausreichend begründeten und später nicht haltbaren Schnellschuß" fürchtet. Eine prekäre Situation. Die rot-grüne Bundesregierung verhält sich kaum anders, als die schwarze. Durch die Verzögerung der Neuordnung der TASI können die Landesregierungen den Kommunen teure und ökologisch fragwürdige Müllverbrennungsanlagen aufdiktieren. Hier bleibt nur ein Weg für jede Kommune offen, sich selbst gegen thermische Müllbeseitigung zu entscheiden und den Bau von Mechanisch-Biologischen-Anlagen als ersten Schritt anzustreben.

Texte: Waltraud Galaske

## "DAS BESSERE MÜLLKONZEPT Bayern – erfolgreich gegen Müllverbrennung"

Statt auf Müllreduzierung und -vermeidung zu setzen, legte die bayerische Staatsregierung in den achtziger Jahren den Bau von neuen Müllverbrennungsanlagen (MVA) fest. Doch bis 1997 sind nur 5 von den insgesamt geplanten 16 MVAs in Bayern in Betrieb gegangen. Durch Müllrückgang gab es jedoch 1997 schon 900.000 Tonnen Freikapazitäten. Durch den Verbrennungswahn wurde eine große Bürgerbewegung ausgelöst. Nicht die Nachsorge durch Verbrennung sollte nach Meinung der Müll-Opposition vorangetrieben werden, sondern Müllvermeidung und -verwertung. 1988 wurde, die Bürgeraktion DAS BESSERE MÜLLKONZEPT in Bayern gegründet. Das in Bayern gestartete Volksbegehren "DAS BESSERE MÜLLKONZEPT" scheiterte zwar knapp, veranlaßte aber die Staatsregierung, das Bayerische Landesabfallgesetz insoweit zu ändern, daß seither eine bessere Wertstofftrennung angeboten wird. Innerhalb von ca. 10 Jahren konnte der Haus- und Gewerbemüll in Bayern nahezu halbiert werden. Das führte dazu, daß die vorhandene Müllverbrennungskapazität ausreichte, in Bayern ein Neubau überflüssig wurde, und sogar Teilstilllegungen von alten Öfen stattfanden.

## Europaparlament nahm zu Richtlinie über die Verbrennung von Abfällen und gefährlichen Abfällen Stellung

Brüssel/Straßburg. Das Europäische Parlament befaßte sich am 13. und 14. April 1999 in erster Lesung mit dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Verbrennung von Abfällen und den Vorschlag des Rates zur Änderung der Richtlinie 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle.

Der Vorschlag unterscheidet eindeutig zwischen Verbrennungsanlagen und Mitverbrennungsanlagen.

Darüber hinaus enthält der Vorschlag der Kommission Meßanforderungen und Vorschriften für Anhörungen, den Zugang zu Informationen und die Beteiligung der Öffentlichkeit am Genehmigungsverfahren. Europaweite Normierungen sind erforderlich, um einen "Abfalltourismus" zu verhindern, bei dem der Abfall auf der Suche nach den mildesten Bestimmungen von einem Land zum anderen transportiert wird. Auch für Anlagen, in denen Abfälle mitverbrannt werden, sollen die gleichen Grenzwerte gelten wie für Abfallverbrennungsanlagen, es wurde jedoch ein Änderungsantrag der Fraktion der Sozialdemokraten (SPE) angenommen, der vorsieht, daß für bestehende Zementöfen bis zum 1. Januar





2007 eine Ausnahme in Bezug auf die Stickoxidemissionen gemacht wird.

Kontakt: LEO 6/A-65, 43, rue Wiertz, B-1047 Brüssel, Tel. 0032-2-284 2629, Fax 0032-2-284 9171.

### NABU warnt vor Abschwächung der Müllverbrennungsrichtlinie

Bonn. Der Naturschutzbund NABU sieht in der drohenden Abschwächung der EU-Richtlinie über die Verbrennung von Abfällen eine ernste Umweltgefahr. Wie dem NABU bekannt wurde, bleiben die Vorschläge der Mitgliedsstaaten weit hinter denen des ursprünglichen Kommissionsentwurfs und den Änderungsanträgen des Europäischen Parlaments zurück. Besonders besorgniserregend sei, dass Ausnahmeregelungen für die Mitverbrennung gefährlicher Abfälle zugelassen werden sollen. Dies bedeute, dass strengere Umweltauflagen für Hausmüll als für Sondermüllverbrennung bestehen könnten. Der NABU fordert daher die Bundesregierung auf, sich stark zu machen für grundsätzlich gleich strenge Umweltstandards bei Abfallverbrennungs- und Mitverbrennungsanlagen.

Für Rückfragen: Susanne Hempfen, NABU-Abfallreferentin, 0228-97561-29. Im Internet zu finden unter <http://www.nabu.org/news.htm>



## BUND fordert Waffengleichheit

Gesetzentwurf zur Verbandsklage vorgelegt Bonn. "Juristische Waffengleichheit für Nutzer und Schützer der Umwelt" sowie eine grundlegende Reform des Genehmigungsrechts hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gefordert. BUND-Juristen übergaben Vertretern der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der betroffenen Bürgern und Umweltverbänden das generelle Klagerecht in Umweltangelegenheiten einräumt. Der Gesetzentwurf des BUND sieht eine grundlegende Reform der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vor. Weiter machte der Umweltverband Vorschläge, wie in einem künftigen Umweltgesetzbuch Genehmigungsbehörden das Recht eingeräumt werden kann, Planungsvorhaben bei überwiegend negativen Umweltfolgen zu stoppen. Das Verbandsklagerecht bezeichneten die BUND-Juristen als unverzichtbar für eine juristische Chancengleichheit zwischen Umweltnutzern und -schützern. In Län-

### Umfassendes Recht auf Umweltinformationen

Berlin. Der 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin hat entschieden, daß der Staat seine Akten über die finanzielle Förderung von umweltverbessern- den Produktionsverfahren offenlegen muß. Nach dem Urteilsspruch (Az.: BVerwG 7 C 21.98, Urteil vom 25. März) beschränkt sich das Recht der Bürger auf einen freien Zugang zu Umweltinformationen nicht auf Erkenntnisse der Behörden über den Zustand der Umwelt. Im konkreten Fall wollte der Ortsverband der Grünen in Seelze Einblick in die Akten über den Zuschuß für ein Unternehmen nehmen, das eine Anlage zur Verwertung von halogenhaltigen organischen Produktionsabfällen betreiben will.

Dritte Phase der Aktion "Abfallarm einkaufen in Niedersachsen" Hannover. Die Aktion "Abfallarm einkaufen in Niedersachsen" geht in die dritte Runde (siehe Ö-Punkte Herbst '98). Die Aktion läuft bereits seit Oktober 1998. Sie sollte ursprünglich im April dieses Jahres enden, wird jetzt jedoch aufgrund des gestiegenen Zuspruchs bei Geschäftsleuten und Käufern auf unbestimmte Zeit verlängert.

Kontakt: Niedersächsisches Umweltministerium, Stichwort "Schlaustellen-Kampagne", Archivstr. 2, D-30169 Hannover, Tel. 0511/120-3424, Fax 0511/-3399, <http://www.mu.niedersachsen.de>.

### BUND kritisiert Gerolsteiners Ökobilanz für PET-Mehrweg

Bonn. Mit Kritik hat der Bundesverband für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf die Ökobilanz zur PET-Flasche der Gerolsteiner Brunnen GmbH reagiert. Der leichteren Kunststoffflasche waren 'eindeutige' Umweltvorteile gegenüber Glasflaschen zugesprochen worden. Die Vorteile kommen jedoch nur beim weiten Transport zum Tragen und stehen deutlich geringeren Umlaufzahlen entgegen. Zu befürchten seien Verdrängung regional agierender Mineralbrunnen und deutschlandweite Transporte mit den entsprechenden Problemen bzgl. Luft, Lärm und Arbeitsplätzen.

Kontakt: BUND, Walter Jungbauer, Rheingarten 7, D-53225 Bonn, Tel. 0228/ 40097-21, Fax 40097-49; eMail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net).

### Bvse-Gutachten: Keine weiteren Müllverbrennungsanlagen nötig

Bonn. Für die Behandlung des Restabfalls nach Ablauf der gesetzlichen TASI-Fristen steht keine ausreichende Anlagenkapazität zur Verfügung. Deshalb müssen in Zukunft vor allem kleinere alternative Behandlungsmethoden realisiert werden. Dies geht aus einem Gutachten des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse) mit dem Titel "Die zukünftige Behandlung von Restabfällen" hervor. Der bvse geht davon aus, daß dann keine weiteren gemischten Anlagen gebaut werden müssen.

Kontakt: bvse Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., Hohe Straße 73, D-53119 Bonn, Tel. 0228/98849-0, Fax 98849-99, eMail: [info@bvse.de](mailto:info@bvse.de).

### Widerspruchsaktion

Die Initiative für ein besseres Müllkonzept ruft zu einer Schleswig-Holstein-weiten Widerspruchsaktion gegen die Gebührenbescheide über die Abfallentsorgung 1999 auf! Änderungen im Abfall- und Abgabenrecht im Jahre 1998 ermöglichen kommunalen Abfallgesellschaften u.a.: \* Kosten - die aus der Einsammlung und Behandlung der Bioabfälle entstehen, mit in die allgemeinen Abfallentsorgungsgebühren einzurechnen. \* Kosten für eine Nachsorge stillgelegter Alt-Depotien und sonstiger Abfallentsorgungseinrichtungen mit einzurechnen \* Verschleierung der tatsächlichen Kostensumme bei Verträgen zwischen kommunalen Abfallentsorgern und privaten Partnern. Es gibt für die Bürgern keine Anreize mehr zu Abfallvermeidung, bei den Kommunen keine Anreize zu bedarfsorientierten sparsamen Anlagenplanung.

Weitere Informationen: Tel. 04624 - 8545 oder 04634 - 746 oder 04641 - 933084



Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Sommer '99

● Kurz notiert

27



Themenredaktion "Abfall"

Christian Ohly  
Siegmonds Hof 2-4  
Haus 12, App. 416  
10555 Berlin  
Tel. 030 / 393 68 27  
(Fax nach Anruf)  
[muellkonzept-redaktion@gmx.de](mailto:muellkonzept-redaktion@gmx.de)

### Hinweis

Beispiele von Einwendungen gegen Müll- und Sondermüllverbrennungsanlagen gibt es im Internet unter <http://www.free.de/WiLa/Klaerschlam/>

Widerspruchsvordrucke mit detaillierter Begründung können angefordert werden im Internet: <http://galschleswig.de/Abfall>

oder <http://www.fortune.de/Wir-sind-das-Volk/SI/index.html>,

oder per Post über einen mit 3 Mark in Briefmarken frankierten Umschlag bei:  
Olaf Richardsen  
Zum Weim 20  
24888 Steinfeld  
Tel: 0461 - 933 084  
E-Mail: [Olaf.Richardsen@t-online.de](mailto:Olaf.Richardsen@t-online.de)

# Das AKW Barsebäck: Was haben wir mit der Situation in Schweden zu tun??

Schweden hat wie Deutschland eine rot-grüne Regierung, und in beiden Ländern ist der Atomausstieg politisch beschlossen, in Deutschland seit einem halben, in Schweden schon seit 19 Jahren. In keinem der beiden Länder ist aber bisher auch nur ein einziger Reaktor aufgrund dieses Beschlusses abgeschaltet worden. Politiker und Industrie verfolgen die Ausstiegsdebatte des jeweils anderen Landes mit großem Interesse, und ein schneller Ausstieg in einem Land kann dem anderen als Vorbild dienen und würde so die Ausstiegsbefürworter dort stärken. Eine weitere Verflechtung der Situation in Deutschland mit der in Schweden (und anderen Ländern) entsteht durch die Internationalisierung der Atomfirmen und der Energieversorgungsunternehmen.

Während der vergangenen Jahre haben sich PreussenElektra und die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) beim südschwedischen Energieversorger Sydkraft eingekauft, während Sydkraft umgekehrt Anteile an den deutschen Versorgern erworben hat. Dadurch ist der Vorstandsvorsitzende von PreussenElektra, Hans-Dieter Harig, Aufsichtsratsvorsitzender bei Sydkraft geworden. Sydkraft gibt offen zu, daß durch die verschachtelten Besitzverhältnisse der Atomausstieg erschwert werden soll. Es ist deshalb höchste Zeit, daß auch die Atomkraftgegner international denken und handeln. Mit unserer Fahrradtour und dem gemeinsamen Protest in Barsebäck wollen wir zeigen, daß der Widerstand gegen die Atomenergie keine Grenzen kennt.

gegen die Anwendung der Atomenergie deutlich machen. Der Start der Fahrradtour ist am 1. August im Anschluß an ein Anti-Atom-Camp im Wendland (X-1000 mal quer) und am 6. August, dem Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima, erreicht sie Barsebäck. Am folgenden Samstag, dem 7. August, findet eine Großdemonstration statt von der nahe Barsebäck gelegenen Universitätsstadt Lund zur Zentrale von Sydkraft und Preußen Elektra im 20 km entfernten Malmö. Die Großdemonstration steht in der Tradition der "Barsebäckmärsche", mit denen die Anwohner seit den siebziger Jahren ihren Protest gegen die atomare Bedrohung in ihrer Nachbarschaft ausdrücken.

Die Hauptparolen der Barsebäck-Offensive 99 lauten:

- ✓ Schließt Barsebäck jetzt!
- ✓ Stoppt alle Atomanlagen!
- ✓ Für eine ökologisch und sozial ausgerichtete Gesellschaft.

- ✓ Solidarität mit kommenden Generationen.
- ✓ Macht die Alternativen möglich!
- ✓ Keine Entschädigung für die Atomunternehmen.



## Wer sind wir?

Die Barsebäck-Offensive 99 ist eine Gruppe von Aktivisten aus Südschweden, zum Teil Mitglieder in unterschiedlichen Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Parteien. Bisher werden wir schon vom schwedischen Zweig von Friends of the Earth International (in Deutschland BUND) und von der schwedischen "Folkkampanje gegen Kernkraft - Kernwaffen" unterstützt. Wir hoffen, daß die Barsebäck-Offensive 99 eine große internationale Protestbekundung gegen Atomkraft wird, unterstützt von einer Vielzahl skandinavischer und deutscher Organisationen.

Bitte nehmt Kontakt mit uns auf (gerne auf deutsch): Barsebäcksoffensiv 99, c/o Miljöbiblioteket, Box 1092 221 01, Lund Schweden, Email: barseback99@hotmail.com (a statt ä in barseback) <http://come.to/barseback>

## Themenredaktion

Bernd Hanewald  
Hermann-Levi-Str. 9  
35392 Giessen  
Tel. und Fax 0641/29125  
bernd.hanewald@  
med.uni-giessen.de



## Zeitschriftenschau

anti atom aktuell  
(Bestellung/ Abx aaa,  
Helgenstockstr. 15, 35394  
Giessen)

aaa Nr. 100, April 99  
• Medien der Bewegung

aaa Nr. 101 Mai 99  
• Ausstieg und Arbeit (splätze)

graswurzelrevolution für  
eine gewaltfreie, herrschaftslose  
Gesellschaft  
Jahresabo 35 DM GWR,  
Kaiserstr. 24, 26122 Oldenburg  
Fax: 0441 - 2489661  
Internet: <http://www.comlink.de/graswurzel/>

## Literatur

Der Demo Rotgeber  
Festnahme, was tun? Die  
Demo-Sanigruppe rät Anmeldung  
einer Versammlung (Vordruck) u.v.m.  
HerausgeberIn: Ermittlungsausschuß  
Gorleben 28 Seiten, A5, Preis: 3,00 DM,  
anti atom aktuell Helgenstockstr. 15  
35394 Giessen  
Tel / Fax: 0641 491390  
aaa-Vertrieb@amazonas.comlink.apc.org.de

Für Anfang August diesen Jahres planen wir eine Fahrraddemonstration von Deutschland nach Schweden und eine anschließende Großdemonstration gegen die Uralt-Reaktoren Barsebäck I & II. Das AKW Barsebäck liegt an der schwedischen Küste, nur zwanzig Kilometer vom Zentrum Kopenhagens entfernt, der Hauptstadt eines Landes, das ganz auf Atomkraft verzichtet. Die Barsebäck-Offensive 99 soll den internationalen Protest



# Presseerklärung der Bundeskonferenz der Anti-Atom-Bewegung

Vom 9. April bis 11. April 1999 haben sich etwa zweihundertfünfzig Personen zu der Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung in Heidelberg getroffen.

Die Konferenz stellte fest, dass es mit Rot-Grün noch nicht einmal einen Einstieg in den Atomausstieg geben wird, geschweige denn die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Deshalb sei der ausserparlamentarische Widerstand notwendig denn je.

Unter dem Motto "Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen - Atomkonsens ist Nonsense" beschlossen die TeilnehmerInnen der Konferenz eine bundesweite Demonstration, die im Oktober voraussichtlich in der "Expo-Stadt" Hannover stattfinden wird. Auf der Expo soll es unter anderem einen Themenkomplex zum European Pressurized Reactor (EPR) geben.

"Unabhängig von der Demonstration in Hannover bleiben die Castor-Transporte weiterhin Angriffsziel für Aktionen. Sie richten sich gegen den nächsten Transport egal wohin er fährt oder von wo

er kommt", so die KonferenzteilnehmerInnen. Castor-Transporte werden von den Atom-GegnerInnen auch weiterhin als Hebel zur Durchsetzung der sofortigen Stilllegung betrachtet, weil sie in jedem Fall der Fortsetzung des Atomprogramms dienen. In der ganzen Bundesrepublik fänden jetzt Vorbereitungen statt um Aktionen an jeder denkbaren Transportroute durchzuführen.

In nächster Zeit will die Anti-Atom-Bewegung die internationale Zusammenarbeit mit Initiativen aus Grossbritannien, Frankreich und den Niederlanden intensivieren, um ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren. Dazu zählen eine Aktion am Castor-Grenz-Bahnhof in Perl-Apach unter dem Motto "Gib Stoff" (längstes Transparent der Welt), sowie die grenzüberschreitende Aktion gegen die Urananreicherung in Gronau und Almelo (Niederlande). Darüber hinaus ist die Konferenz der Meinung, da das finanzielle Engagement der Bundesrepublik und der EU u.a. zum Neubau von zwei Reak-

toren in der Ukraine den Ausstiegswillen der Bundesregierung als Farce entlarvt.

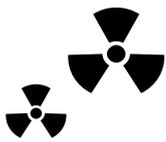
In einer Resolution wendet sich die Konferenz gegen den Angriffskrieg der NATO in Jugoslawien. Nach Meinung der TeilnehmerInnen findet hier keine humanitäre Aktion statt. Die westlichen Großmächte zu denen jetzt auch wieder die BRD gehört, nutzen die nationalistische Politik Serbiens zum Ausbau ihrer globalen Vorherrschaft. Ohne die systematische Vertreibungs- und Unterdrückungspolitik der serbischen Regierung zu negieren, wird in der Resolution die sofortige Beendigung des Krieges, die Aufnahme aller Flüchtlinge und die Auflösung der NATO gefordert. Ausserdem werden alle Soldaten aufgefordert, sich dem Krieg zu entziehen.

Anti-AKW/Castor-Gruppe Heidelberg  
c/o Eine-Welt-Zentrum - Am Karlstor 1 -  
69 117 Heidelberg Tel.: 06221 / 978927  
Fax 06221 / 978932 e-mail: anti-atom-  
heidelberg@gmx.de

# AKW-Fertigstellung in der Ukraine

## Khmelnitzki-2 und Rowno-4 (K2R4) statt Tschernobyl?

Bereits 1996 erhielt Siemens den Auftrag, für den in Bau befindlichen ukrainischen Atomkraftwerksblock Rowno-4 Komponenten der digitalen Sicherheitstechnik Teleperm XS zu liefern. Nach Auskunft von Siemens/KWU-Pressesprecher Wolfgang Breyer handelt es sich um einen Auftrag "im zweistelligen Millionenbereich." Über die Art der Finanzierung wollte er telefonisch keine Angaben machen. Das ist aber erst ein kleiner Einstieg der Siemens AG in die geplante Fertigstellung von Rowno-4. Siemens verhandelt derzeit intensiv über weitere Aufträge. Weiterhin erwartet Siemens Aufträge für die Fertigstellung des Atomkraftwerksblocks Khmelnitzki-2, ebenfalls in der Ukraine. Im Juni 1995 hatte Siemens für die Ukraine ein "konventionell-nukleares Konzept" als Ersatz für Tschernobyl vorgestellt, "das den Vorstellungen der ukrainischen Regierung entspricht". Der nukleare Teil des Konzepts umfaßt die Fertigstellung und die Modernisierung der Atomkraftwerksblöcke Rowno-4 und Khmelnitzki-2 und den Bau einer zentralen Einrichtung für die Entsorgung bzw. Behandlung radioaktiver Stoffe einschließlich eines Brennelementlagers. Die Fertigstellung von Rowno-4 und Khmelnitzki-2 erfordert laut Siemens zusammen Mittel von rund 900 Mio. US-Dollar.



## Für die Einen ist es Widerstand, für die Anderen das längste Transparent der Welt

"Rekord" war die am häufigsten gebrauchte Vokabel am 25.4.99 in Schengen/Perl/Apach. Über 4 km lang wurde das Anti-Atom-Transparent, mit dem die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen gefordert wurde. Damit wurde das angestrebte Ziel erreicht. Nach Angaben der VeranstalterInnen, der "AKTION 3.WELT Saar", dem "Koordinationskreis gegen Castor Saar" und der "Katholischen Studierenden Jugend" im Bistum Trier ist es damit das längste grenzüberschreitende Anti-Atom-Transparent. In den letzten sechs Monaten hatten zahlreiche Gruppen aus Frankreich, Luxemburg, Österreich und Deutschland an diesem Mammutprojekt gearbeitet. 800 Menschen kamen schließlich, um in Sichtweite der Kühltürme des AKW Cattenom den Ausstieg zu fordern.

Der Ort Perl im Dreiländereck wurde bewußt gewählt, zum einen hat man sich noch nicht mit dem grenznahen Atom-

## Finanzierung von Rowno-4 und Khmelnitzki-2

Nach Angaben der Zeitschrift atomwirtschaft aus dem Jahre 1997 soll die Fertigstellung der beiden Blöcke 1,2 Mrd. US-Dollar kosten. Neuesten Angaben zufolge sollen beide Blöcke Mittel in Höhe von 1,72 Mrd. US-Dollar erfordern. Für die beiden Atomanlagen wurde bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ein Kredit als Co-Finanzierung beantragt. Die EBRD möchte noch 1998 190 Mio. US-Dollar zur Verfügung stellen! Die restlichen benötigten Kosten sollen dann durch Exportkredite westlicher Banken und aus Rußland gedeckt werden. Ursprünglich machte die EBRD zur Bedingung, daß bei den Atomkraftwerken der volle westliche Sicherheitsstandard erfüllt werden muß. Inzwischen soll der Sicherheitsstandard westlicher Atomkraftwerke der 70er Jahre genügen - der Standard vor den Erfahrungen mit dem Atomunfall in Tschernobyl. Egal welche Banken die Fertigstellung schließlich finanzieren: Für die Rückzahlung der Kredite ist es ausgesprochen wahrscheinlich, daß Atomstromlieferungen in den Westen und nach Deutschland fest eingeplant werden (vgl. Fertigstellung von Mochowce).

## Sicherheitsrisiken von Rowno-4 und Khmelnitzki-2

Sowohl bei den beiden Atomkraftwerksblöcken in der Ukraine als auch in Rußland handelt es sich um Reaktoren vom russischen Typ WWER-1000. Die deutsch-französische atomenergiefreundliche Gesellschaft RiskAudit identifizierte bei den Anlagen die Notwendigkeit für über 100 sicherheitstechnische Maßnahmen. Tatsächlich aber soll bis zur Inbetriebnahme noch nicht einmal ein Viertel dieser Maßnahmen durchgeführt werden. Gennady Sazonow, der zuständige Projektdirektor der Atomfirma Energoatom, sagte am 11. Mai 1998, daß einige der sicherheitstechnischen Maßnahmen erst "nach der Inbetriebnahme" durchgeführt werden sollen. Außerdem gibt es zahlreiche konstruktive Mängel, die sich überhaupt nicht mehr beheben lassen (Sicherheitsdefizite K2R4).

Protestbrief an Bundesfinanzminister Eichel unter <http://www.siemens-boycott.de/frameseta1.htm>



**Termine**

1. bis 6. August  
**Fahrradtour Wendland - Barsebäck**  
(vgl. Artikel "Das AKW Barsebäck")

4. bis 8. August 1999  
**Atomwaffen-Frei-Zeit in Cochem**  
Sommercamp zur NATO-Politik und Alternativen zu Militär und Rüstung Infos und Flugis bei: Koordinationsbüro Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen, Adresse s.o.

**Regelmäßige Termine**

jeden Sonntag:  
Gorlebener Gebet 14 Uhr an den Gorleben-Kreuzen, zwischen Erkundungsweg und Sallnas-Claims

am 6. jeden Monats:  
Mahnwache am AKW Brokdorf zwischen 14 und 17 Uhr Kontakt: A. Dreckmann, Lange Rehe 20, 25541 Brunsbüttel, Tel: 04852 - 54193

jeden 1. Sonntag im Monat:  
Spaziergang UAA Gronau 14 Uhr, am Zufahrtsort Röntgenstraße Kontakt: AKU, Stedlerweg 7, 48599 Gronau, Tel: 02562 - 23125

Spaziergang Garching 14 Uhr, Bushaltestelle Atomel Garching

jeden 3. Sonntag im Monat:  
Spaziergang Ahaus 14 Uhr, Brennelemente-Zwischenlager Kontakt: BI Ahaus, Tel: 02561 - 961101 oder: WlGA Münster, Tel: 0251 - 521112 jeweils nach dem Sonntagsspaziergang Delegiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg 13:30 Uhr, Bahnhof Rheinsberg Kontakt: Atomplenum Greifswald, Tel: 03834 - 89 75 14

jeden 3. Mittwoch im Monat:  
Mahnwache in Morsleben 18 Uhr am Tor an der Bundesstraße



Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Sommer '99

● Kurz notiert



29

## Hoch die Internationale Solidarität

Norberts Bookmarks für engagierte Leute mit über 15000 gutsortierten Links u.a. zu den Themen: Anti-Atom, Atomwaffen, Umwelt, Menschenrechte, 3. Welt, Soziales und Politik ...  
<http://www.dfg-vk.de/links/bookmark.htm>

Aktuelle Anti-Atom-Informationen der letzten 30 Tage  
<http://www.oneworldweb.de/castor/aktuell.html>

Gorleben - TICKER der CASTOR-NIX DA-Kampagne mit den aktuellsten Informationen!  
[http://www.oneworldweb.de/castor/bl\\_ticker.html](http://www.oneworldweb.de/castor/bl_ticker.html)

Anti-Atom-Kontakt (sortiert nach Alphabet)  
<http://members.aol.com/JueSiebert/adressal.htm>

Anti-Atom-Kontakt (sortiert nach Postleitzahlen)  
<http://members.aol.com/JueSiebert/adressen.htm>

aktualisierte Nachrichten zum Atomausstieg  
<http://www.yahood.de/schlagzeilen/politik/atomausstieg.html>

Das Jahr-2000-Problem und die AKWs  
<http://www.oneworldweb.de/castor/diskus/pc2000/pc2000.html> (incl. Linkliste)

Siemens-Boycott  
<http://www.siemens-boycott.de>

Anti-Atom, Kosovo-Krieg, Soziale Verantwortung  
<http://www.ipppn.de>

## Autor zum Text links (gekürzt)

T. Rockstroh (Mitarbeiter der Aktion 3. Welt SAAR)





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

# 30

Sommer '99

● Kurz notiert

## Themenredaktion "Chemie/Industrie"

Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 150418  
40081 Düsseldorf  
Tel. 0211/3339-11, Fax -40  
co\_gegen\_bayer@nadeshda.gun.de



### Ärzte protestieren

Die Hilfsorganisation ÄRZTE OHNE GRENZEN hat der Pharma-Industrie vorgeworfen, keine Medikamente oder Impfstoffe gegen Krankheiten mehr zu entwickeln, die in der "Dritten Welt" auftreten. Weil die ärmeren Länder für BAYER keine lukrativen Absatzgebiete darstellen, schloss der Konzern seine tropenmedizinische Abteilung Ende der achtziger Jahre ungeachtet der Tatsache, dass jährlich eine Million Menschen allein an Malaria sterben.

### VerbraucherschützerInnen gegen Antibiotika

Eine Sprecherin der ARBEITSGEMEINSCHAFT DER VERBRAUCHER-VERBÄNDE forderte ein sofortiges Verbot von Antibiotika-Gaben in der Tiermast. "Hier muss dringend etwas getan werden, sonst ist es in Zukunft nicht mehr möglich, ernsthafte Krankheiten zu behandeln", sagte sie vor der Presse. Denn immer mehr Krankheitserreger reagieren auf den Dauereinsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung mit Resistenzbildungen. Über die Nahrungskette können Bakterienstämme wie etwa Salmonellen dann in den menschlichen Körper gelangen und unheilbare Infektions-Krankheiten auslösen. Die Verbraucherverbände schließen sich damit einer langjährigen Forderung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN an. BAYER ist mit seinem sog. "Veterinär-Programm" einer der weltweit größten Anbieter von Antibiotika für die Massentierhaltung.

### BAYER in der Kritik

Presseberichte über BAYERS Drohung, wegen der geplanten Ökosteuer Produktionen ins Ausland zu verlegen, haben zu einer Vielzahl von kritischen Leserbriefen geführt. Im Leverkusener Anzeiger bezeichnen die SchreiberInnen BAYERS Erpressungsversuche angesichts erneuer Rekordgewinne als Farce. Sie verweisen darauf, dass der Konzern schon in der Kohl-Ära Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet sowie Entgeltkürzungen vorgenommen hat. "Ein Herr Schneider wird wahrscheinlich nicht mehr dazulernen, dass Unternehmen in eine Gesellschaft eingebunden sein müssen", lautet das bittere Fazit eines der Briefe.

### Demo gegen Servicepool

"Servicepool = Sklavenmarkt" - Mit dieser Losung demonstrierten die KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN FÜR EINE DURCHSCHAUBARE BETRIEBSRATSARBEIT, eine Liste fortschrittlicher GewerkschafterInnen in Leverkusen, vor dem BAYER-Kasino. Unmittelbarer Anlass der Protestaktion war, dass die Geschäftsleitung Verhandlungen mit dem Betriebsrat über diese "Flexibilisierungsmaßnahme" aufgenommen hatte. Die Belegschaft wendete sich gegen Pläne

des Chemie-Multis, MitarbeiterInnen, die Rationalisierungen zum Opfer fallen, zu SpringerInnen-Kolonnen zusammenzufassen. Die Beschäftigten müssten nicht nur an wechselnden Arbeitsplätzen arbeiten und Lohn einbußen hinnehmen, sondern sich auch bereit erklären, bei Arbeitsmangel unbezahlten Urlaub zu nehmen.

### Frankreich: ImkerInnen gegen BAYER

Das französische Landwirtschaftsministerium hat das BAYER-Pestizid GAUCHO für die Ausbringung auf Sonnenblumenfeldern verboten. Im Dezember 1998 demonstrierten in Paris mehr als 1.000 französische ImkerInnen in voller Montur. Die Zahl der Bienen war seit 1994 durch den Einsatz dieses BAYER-Giftes um fast 40% zurückgegangen. 30.000 Pflanzen sind vom Aussterben bedroht. Die französischen ImkerInnen wandten sich mit der Bitte um Unterstützung an die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN.

### BAYER-Studie kritisiert

Eine "wissenschaftliche" BAYER-Studie zu Pyrethroiden verharmlost bzw. arbeitet mit Falschaussagen. Wie genau das funktioniert, wurde umfangreich dokumentiert und von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) jetzt in Stichwort BAYER veröffentlicht.

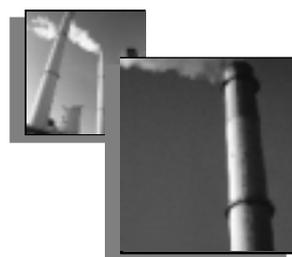
### IG BCE-Chef gegen Ökosteuern

### und Atomausstieg

Der Vorsitzende der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE), Hubertus Schmoldt, der im BAYER-Aufsichtsrat sitzt, hat sich sowohl gegen die geplante Ökosteuer als auch gegen den sofortigen Atomausstieg ausgesprochen. In den Chor der Industriebosse einstimmend, bezeichnete er höhere Energiesteuern als standortgefährdend und forderte, die gesamte gewerbliche Wirtschaft von den Öko-Abgaben zu befreien. Einen raschen Atomausstieg nannte der Gewerkschafter ebenfalls unrealistisch. Umweltminister Jürgen Trittin bezichtigte er der "Kraftmeierei", deren einzigstes Ziel es sei, die "grüne Klientel zusammenzuhalten".

### Mehr Profit, weniger Arbeitsplätze

Bis zum September 1998 vernichtete BAYER 2.600 Arbeitsplätze. 1.200 Stellen wurden in den Werken direkt gestrichen, 1.400 fielen durch die Ausgliederung von Betriebsteilen weg. 1999 werden weitere 500 Arbeitsplätze vernichtet werden. Zugleich stellte der Vorstandsvorsitzende Dr. Manfred Schneider auf der Pressekonferenz zum Dreivierteljahresergebnis 1998 in Aussicht, dass im laufenden Geschäftsjahr das Rekordergebnis von 1997, 5,1 Milliarden Mark, übertroffen werden könnte. So nahm der Gewinn des Konzerns vor Steuern um 4,2 % auf 4,11 Milliarden Mark zu. Obwohl der Umsatz auf Vorjahresniveau stagnierte, kletterte die Umsatzrendite auf



## EU-Pharma-Politik

Gesetzliche Regelungen im Bereich "Pharma" fallen immer mehr in die Zuständigkeit der EU. Und die begreift Pharma-Politik vor allem als Wirtschaftsförderung. Dafür sorgt schon die Person des Hauptverantwortlichen, Ex-FDP-Wirtschaftsminister Manfred Bangemann. In dem Papier "Über die Leitlinien einer Industriepolitik für den Arzneimittelsektor in der Europäischen Union" werden als Hauptaufgaben unter anderem genannt,

- ✓ Die "Schaffung eines günstigeren Umfelds für die Biotechnologie",
- ✓ eine bessere Gewährleistung des Patentschutzes
- ✓ sowie Harmonisierungen und Deregulierungen von Vorschriften.

In einem Roundtable-Gespräch zwischen EU-PolitikerInnen und Pharma-VertreterInnen war auch von einer "social and industrial solidarity" die Rede, tatsächlich handelt es sich dabei vornehmlich um ein "Bündnis für noch mehr Pharma-Profite". Vor dem Hintergrund finanzschwacher Gesundheitssysteme hat man nämlich ausgeklügelt, den lukrativen Selbstmedikationsmarkt weiter auszudehnen, um BAYER & Co. so größeren finanziellen Spielraum zur Suche nach "medizinischen Innovationen" zu erschließen, die ohne die zusätzliche Geldspritze unentdeckt blieben.





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

● Kurz notiert

31

10,7 %, was neben sinkenden Rohstoffkosten vor allem auf "Rationalisierungsmaßnahmen" zurückzuführen ist.

### Umweltbericht "vorbildlich"

In einer Dokumentation vorbildlicher Umweltberichte, der ein Geleitwort der Ex-Umweltministerin Angela Merkel vorangestellt ist, klopf sich die Industrie mal wieder selber auf die Schulter. Im Abschnitt über BAYERs 97er Umweltbericht - ein neuer ist erst für das Jahr 2000 angekündigt - findet man außer Luftblasen wie "So hat beispielsweise jeder Beschäftigte in seinem Bereich darauf zu achten, dass die BAYER-Produkte bei richtiger Anwendung für Mensch und Umwelt ungefährlich sind" nur wenig Handfestes. Auch was das Leverkusener BAYER-Propagandazentrum "Baykomm" oder die BAYER-Nachbarschaftspostille direkt mit Umweltschutz zu tun haben sollen, erschließt sich dem interessierten Leser nicht.

### BASF engagiert Historiker

1924 schlossen sich die BASF, BAYER und HOECHST zur IG FARBEN zusammen, die später das Zyklon B für Hitlers Gaskammern liefern sollte. Jetzt hat der Ludwigshafener Konzern vier Historiker damit beauftragt, die Firmengeschichte von der Unternehmensgründung im Jahr 1860 bis zur Gegenwart zu erforschen, wobei der IG-Komplex vermutlich einen Schwerpunkt bilden wird. Einfluss auf die historisch-kritische Publikation will die Konzernspitze nicht nehmen, das ist vertraglich zugesichert. Wie unabhängig die Geschichtswissenschaftler dann wirklich arbeiten konnten, wird sich zeigen, wenn das Werk im Jahr 2002 erscheint. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die BAYER AG auf, ihre dunkle Vergangenheit ebenfalls von HistorikerInnen erforschen zu lassen.

### Schnellere Zulassungen

Während 1990/91 das Zulassungsverfahren für ein neues Arzneimittel durchschnittlich drei Jahre dauerte, nahm es 1994/95 nur noch anderthalb Jahre in

Anspruch. Die zähe Lobby-Arbeit von BAYER & Co., die immer wieder auf "beschleunigte Verfahren" gedrängt hatten, zahlte sich also aus. Durch diese "Deregulierung" steigt das Risiko von Arzneimittelschäden. Schon jetzt sind die bundesdeutschen Prüfkriterien weit weniger streng als die amerikanischen. Die dort zuständige Behörde FDA führt regelmäßig Betriebskontrollen durch und macht ihre MitarbeiterInnen persönlich haftbar, wenn bei zugelassenen Präparaten unvorhergesehene gesundheitsschädigende Wirkungen auftreten.

### Chemie erwartet 1 % Produktionszuwachs

Der VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE (VCI) hat den für das Jahr 1999 erwarteten Produktionszuwachs von 2 % auf 1 % nach unten korrigiert. Als Grund wird die Asienkrise angegeben. Sie führe zu Preisrückgängen, billigen Importen in die Bundesrepublik und verleite die Abnehmer von Chemie-Produkten in Erwartung noch weiter sinkender Preise zur Kauf-Zurückhaltung. Für die Unternehmen, besonders für die Global Player, bedeutet das immer noch steigende Erträge, so hat BAYER-Chef Dr. Manfred Schneider seinen Aktionären für 1998 wieder ein Rekordergebnis in Aussicht gestellt. Nichtsdestotrotz nahm VCI-Präsident Hans-Dieter Winkaus die 1999er-Prognose zum Anlass, die Vernichtung von ca. 7.000 Arbeitsplätzen anzukündigen.

Die Beiträge sind Veröffentlichungen der Coordination gegen BAYER-Gefahren entnommen.

Eine "echte" Themenredaktion, die die Beiträge sichtet, zusammenstellt, ergänzt usw., fehlt noch. Wer diese Arbeit, möglichst in enger Zusammenarbeit mit der CBG, übernehmen möchte, sollte sich melden.



## BUKO kritisiert EMEA-Informationen

Die europäische Arzneimittelbehörde EMEA (EUROPEAN AGENCY FOR THE EVALUATION OF MEDICINAL PRODUCTS) mit Sitz in London ist für die Zulassung gentechnisch hergestellter oder sog. "innovativer" Medikamente zuständig. Nach Vorstellungen von EU und Pharma-Lobby soll die europäische Pillen-Industrie durch die Zentralisierung, Vereinheitlichung und Beschleunigung der Prüfverfahren besonders auf dem Gebiet der Gentechnik gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz gestärkt werden. Die BUKO PHARMA-KAMPAGNE kritisierte jetzt in ihrem Pharma-Brief Nr.8/9 die Informa-

tionspolitik der EMEA. So publiziert die Behörde nur 1 % der vorhandenen Informationen über die Arzneimittel, zumeist unverfängliche Hersteller-Unterlagen. Damit bleiben auch "vertrauliche Angaben kommerzieller Art" oder etwa wissenschaftliche Kritik an den eingereichten Arznei-Studien im Hinblick auf BAYER Verschlussache. In einem Gespräch mit der INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT UNABHÄNGIGER ARZNEIMITTELZEITSCHRIFTEN (ISDB) gelobte EMEA-Direktor Fernand Sauer jetzt Besserung. Er versprach sogar die Veröffentlichung der Liste mit den abgelehnten Präparaten. Man wird sehen.

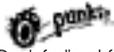


## Entschädigungsforderung

Zu dem ersten weltweiten Treffen ehemaliger IG FARBEN-ZwangsarbeiterInnen kamen in Frankfurt rund 100 Überlebende von Buna/Auschwitz. Dort hatte die IG ein eigenes KZ errichtet. Auf dem offiziellen Empfang kritisierte das Mitglied des ZENTRALRATS DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, Michael Friedmann, dass Holocaust-Überlebende und Angehörige von Opfern immer noch vergeblich auf ein Sühnezeichen in Form von Entschädigungszahlungen warten. Der Sprecher des Rates der Überleben-

den, Dr. Karl Brozik, erinnerte in seiner Rede BAYER, HOECHST und BASF an ihre Bringschuld. Wie wenig die IG FARBEN-Nachfolger BAYER und BASF indes bereit sind, sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen, zeigt ihr Verhalten gegenüber dem Veranstalter des Treffens, dem Frankfurter Fritz Bauer-Institut. Die Organisation hatte die beiden Konzerne um eine finanzielle Unterstützung gebeten - BAYER und BASF hielten es nicht einmal für nötig, auf die Anfrage zu antworten.





Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

# 32

Sommer '99

• Kurz  
notiert



**Themenredaktion  
"Energiewende"**

umschalten e.V.  
Nernstweg 32  
22765 Hamburg  
Tel. und Fax 040/394078

## Zeitschriftenschau

Photon (Solarstrom-Magazin) 11/99

- Richtlinien für 100.000-Dächer-Programm
- Marktübersicht Solarmodule 0,075-315 W
- Wirtschaftlich betriebene Solaranlagen
- So verkaufen Sie grünen Strom

Das Solarzeitalter 11/99

- Alkohol als Wasserstoffspeicher für PKW
- Anbau- und Nutzungskonzepte für Biomasse
- Markteinführungsprogramm mit Solarpfennig
- Strategie zur Förderung neuer Energien

Das Wassertriebwerk 5/99

- Energielieferung an Öko-Strom-Anbieter
- Wasserkraftnutzung in Österreich
- Bürger-Wasserkraftwerk in Freiburg
- Umbau von Wasserrädern

Neue Energie 5/99

- 200 Mio. DM Starthilfe für neue Energien
- Wasserkraftwerk in Bremen verzögert
- Stromgewinnung aus Trinkwasser
- Basel entdeckt die Geothermie

Erneuerbare Energien 5/99

- Ökostromhändler im Vergleich
- Versicherung von Windkraftanlagen
- Solare Klimatisieren und Kühlen
- Lärmschutz bei Windkraftanlagen



## EWS Schönau investiert

Mehr als ein Dutzend Solarstromanlagen mit insgesamt 50 kW sowie mehrere Blockheiz-Kraftwerke mit 200 kW haben die Schönauer Energieinitiativen bislang mit den Einnahmen aus ihrem Ökostrom finanziert. Über die Zusammenarbeit mit BUND, NaBu und EuroSolar hofft die Initiative, ihren Bestand von 800 Kunden bzw. 1,6 Mio. Kilowattstunden ausbauen zu können.

## Kleinanlagen von Ökosteuern befreit

Eine Alarmmeldung kam von Solarnergie-Förderverein aus Aachen: Auch Solaranlagen müßten ab dem 1.4.99 die neue Ökosteuern bezahlen, wenn der Ertrag über 700 kWh liegen würde. Kurz darauf aber kam die Entwarnung: Alle Anlagen mit bis zu 700 kW Leistung sind von der Abgabe ausgenommen. Der Wirkungsgrad von BHKW muß jedoch mindestens 60% betragen, bei mindestens 70% erfolgt sogar eine Befreiung von der Mineralölsteuer. Beim Einsatz von Erdgas entsteht somit gegenüber dem herkömmlichen Heizkessel ein Preisvorteil von 0,68 Pf./kWh, wobei im Contracting betriebene Anlagen dem Eigenbetrieb gleichgestellt sind. Die Vergünstigungen müssen beim zuständigen Hauptzollamt beantragt werden und werden nachträglich zurückerstattet. Der Strombezug aus BHKW ist nun auch von der Ökosteuern befreit. Dadurch sind die Rahmenbedingungen für die Nutzung dieser Technik jetzt erheblich besser geworden.

## Ökostrom in Großstädten

In München und Bonn können die Stromkunden Ökostrom auch von den jeweiligen Stadtwerken beziehen. Für 3 bzw. 7,9 Pf./kWh Aufschlag kommt die Energie in München zu 98% aus eigenen Wasserkraft- und Windkraftanlagen, diversen Solaranlagen und einer Deponiegas-Anlage. In Bonn kaufen die Stadtwerke 500.000 kWh pro Jahr bei der Naturstrom Rheinland-Pfalz, wohnter sich die Mann Naturenergie GmbH und die Koblenzer Elektrizitätswerk- und Verkehrs-AG verbergen.

## Virtuelle Fachmesse Windenergie

Seit Mitte März ist die erste virtuelle Fachmesse zum Thema Windenergie online zu besuchen. Hier befindet sich neben rund 550 Unternehmenseinträgen eine Sammlung von 300 Links weiterer themenbezogener Internetadressen. In nur sechs Wochen wurden bereits 12.000 Zugriffe registriert, teil das Hamburger Büro "i-s-t Internet Kommunikation" mit.

Adresse: <http://windmesse.de/>

## Solarenergie als Lärmschutz

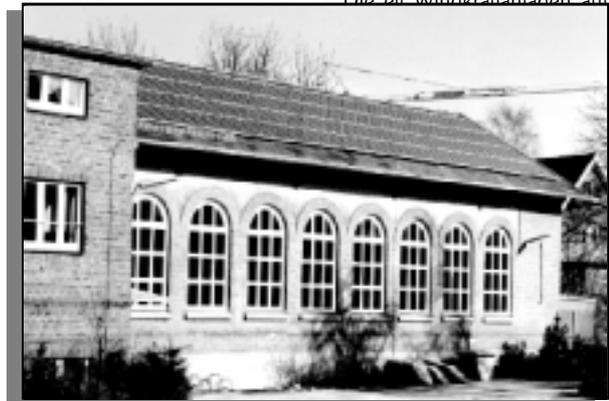


Ende März baute die Berliner Solon AG eine 1,2 Kilometer lange Solarstromanlage an der Autobahn zwischen Mannheim und Saarbrücken. Die 1.600 Module haben eine Leistung von 100 kW und erzeugen voraussichtlich jährlich 70.000 kWh Strom. Die Investitionskosten von 5,5 Mio. DM werden vom Land Rheinland-Pfalz und der Pfalzwerke AG getragen.

## Neue Leitungen = neue Windmühlen

In Niedersachsen werden 50 Windmüller selbst für die Verstärkung des Stromnetzes aufkommen. Zwischen Emden und Wilhelmshaven soll an die vorhandene 110 kV-Trasse eine zweite Leitung angehängt werden. Damit können rund 100 MW Windkraftleistung zusätzlich an das Netz der PreussenElektra angeschlossen werden. Die Kosten betragen 13 Mio. DM. Profitieren wird davon insbesondere ein Windpark vor den Toren Emdens mit 42 Windrädern á 1,5 MW. Die Verstärkung der Trasse zwischen Aurich und Norden soll den Anschluß von weiteren 80 MW ermöglichen.

## Öko-Schwindel mit Ökostrom?



# Gemeinschafts-Solaranlage in Hamburg

Mitten im Winter wurde in Hamburg eine der größten Gemeinschafts-Solaranlagen fertiggestellt. Die insgesamt 14,3 kW bzw. 105 qm große Anlage hat brutto 234.000 DM gekostet und erzeugt pro Jahr über 10.000 kWh sauberen Strom. Die 168 Module der Firma BP Solar haben einen Wirkungsgrad von 16,5%. Aus vergütungstechnischen Gründen ist das Projekt in drei gleich große Teilanlagen zu 4,76 kW unterteilt, die an HEW-Kunden verpachtet sind. Die Besonderheiten dieses Projektes sind die Kooperation zwischen der Stadt und einem privatem Betreiber, der für die Renovierung der Dachfläche aufgefunden ist und dem dafür das Dach unentgeltlich zur Solarstromproduktion zur Verfügung gestellt wird, zum anderen der Tatbestand,

Der Ökostrom-Händler "Ökostrom Handels-AG" aus Hamburg hat mit den Hamburgischen Elektrizitätswerken einen Reservestromvertrag geschlossen. Der SPIEGEL vermutete daraufhin einen Öko-Schwindel, da beim Ausfall des Windparks im Stadtteil Francop die gutgläubigen Kunden direkt aus dem HEW-Netz mit durchschnittlich 75% Atomstromanteil beliefert würden. Diesem Fall soll nach Angaben des Geschäftsführers Jens Peters aber durch Stromlieferungen aus unter Vertrag genommenen BHKW und Biogasanlagen und einer weiteren Kapitalerhöhung zur Finanzierung neuer Kapazitäten vorgebeugt werden.

## Windkraft für Polens Küste

Ein Anlagenhersteller aus Baden-Württemberg exportierte im April fünf Turbinen mit je 130 kW nach Polen. In Darlowo nordöstlich von Stettin werden die Anlagen von einem Elektrobetrieb aus Warschau betrieben. Die Vergütung beträgt etwa 9 Pf./kWh, was bei einer Förderung von 70% der Gesamtkosten aus dem Bonner Eldorado-Programm wirtschaftlich vertretbar ist. Die installierte Windkraftleistung in Polen erhöht sich mit dieser Lieferung von 1,85 MW auf 2,5 MW.

## 12% Windstrom in Sulingen

Die elf Windkraftanlagen auf dem Ge-

daß das Gebäude von 1905 als Kulturdenkmal eingestuft wurde und das Denkmalschutzamt trotzdem der Errichtung der Anlage zugestimmt hat. Insgesamt sind nun 35 Menschen mit durchschnittlich 3.000 DM an dem Projekt beteiligt. Die mögliche Verlustzuweisung beträgt innerhalb der ersten vier Jahre ca. 40%. Über den mit der HEW vereinbarten Vertragszeitraum wird die Verzinsung der Anteile voraussichtlich 1% p.a. betragen. Da ein großer Teil der Investitionen über kurzfristige Kredite finanziert wurde, werden weiterhin Beteiligungen ab 1.000 DM angeboten.

Infos: Röbbek Energieanlagen GmbH, Julius-Brecht-Str.11, 22609 Hamburg, Tel. 040/800 16 33



Der Infodienst für  
Umweltakteurinnen

Sommer '99

● Kurz  
notiert

33

biet der niedersächsischen Stadt Sulingen haben 1998 rund 8,1 Mio. kWh Strom erzeugt und so 1.800 Vier-Personen-Haushalte ganzjährig versorgen können. Vor dem Hintergrund eines stark rückgängigen Energieverbrauchs von 93,5 Mio. kWh (1994) auf 67,8 Mio. kWh (1998) deckt der Windstrom inzwischen 12% des Gesamtverbrauches. Zusätzlich erzeugen 29 thermische Solaranlagen mit 930 qm Kollektorfläche und zwei Photovoltaikanlagen mit zusammen 16,3 kW umweltfreundliche Energie.

Informationen: AK Solarenergie, Hartmut Wagner, Parkstr. 18, 27232 Sulingen, Tel. 04271/1296

### 10.000 MW Windkraft weltweit

Ende 1998 ist die Windkraft über eine magische Schwelle geweht: Über 10.000 MW Windleistung sind installiert, zwei Drittel davon in Europa. In einer Vorhersage für die nächsten fünf Jahre von BTM Consult ApS bleibt Europa hierbei Spitzenreiter. Das Unternehmen schätzt den Zubau bei der Nennleistung von 1999 bis 2003 auf 21.000 MW, was die Windenergieleistung auf dem Globus verdreifachen würde. Das Wachstum der neuen Nennleistung betrug 1998 mit 2.500 MW gegenüber 1997 sogar 60%. Der Verkaufswert der bis 2003 zuzubauenden Windstromanlagen wird laut BTM rund 20 Mrd. US-Dollar betragen.

### Sonnenkollektoren gefördert

Rückwirkend zum 1. Januar fördert die Bundesregierung thermische Solaranlagen mit pauschal 250 DM pro Quadratmeter Kollektorfläche. Bei Anlagen über 20 Quadratmeter reduziert sich der Zuschuß auf 125 DM. Die Förderanträge müssen vor der Bestellung der Anlagen gestellt werden. Der Zuschuß wird nach Vorlage der Rechnung und Inbetriebnahmebescheinigung spätestens bis zum 15.11.99 gewährt, der Antrag muß aber bis zum 31. August dem Amt vorliegen.

Bundesamt für Wirtschaft, Frankfurter Str. 29-31, 65760 Eschborn, Tel. 06196/404-0, Fax - 212

### Österreicher bauen Windpark

Ende März begann die Projektierungsgesellschaft "Donauwind" in Steinberg/Zistersdorf den Bau eines Windparks von 4 Anlagen á 600 kW Nennleistung. Der Restfinanzierung von 16,8 Mio. Schilling (Gesamtkosten 37 Mio. ÖS) wurde mit 279 Anteilen von 252 Bürgern aufgebracht. Auf dem 100 Meter hohen Steinberg im Weinviertel sollen die 70 m hohen Anlagen jährlich insgesamt 5.268.514 kWh erzeugen und damit den Verbrauch von 1.500 Haushalten abdecken. Das Projekt wird vom Umweltministerium zu 30% gefördert. Die Amortisationsdauer beträgt 9-10 Jahre.

### "Energiebündel" für Sachsen

Die Energievereine IRES, VEE und IAE

werden ab März eine gemeinsame Vereinszeitschrift herausgeben. Unterstützt wird das Projekt vom Bundesverband WindEnergie und dem Wasserkraftverband Dresden. In Sachsen gibt es etwa 50-60 Vereine, die sich mit erneuerbaren Energien beschäftigen, die meisten allerdings nur mit wenigen Mitgliedern. Die Auflage der Zeitung "Energiebündel" soll von 500 auf 2.500 Exemplare erhöht werden. Sie erscheint viermal pro Jahr und kostet je Ausgabe 3,50 DM.

Kontakt: Initiative für Regenerative Energien in Sachsen e.V., Tel + Fax 03731/21 29 20

### Denkmalgerechte Solarmodule

Seit Februar erzeugen zwei neue Solaranlagen in Bern Strom auf denkmalgeschützten Häusern. Die Anlage auf dem Eidgenössischen Pferdezentrum ist 80,5 kW stark und 835 qm groß, die des Eidgenössischen Getreidemagazins 200 kW bzw. 2.050 qm. Die 6.770 und 16.600 einzelnen Elemente werden jährlich etwa 250.000 kWh erzeugen. Durch ihre Form sind die "Sunlates" der Firma Atlantis nicht als Module erkennbar. Finanziert wurde die Anlage von der Swissun AG, die die Anlagen durch den Stromverkauf an der Ökostrom-Börse in Bern refinanziert.

### BP kauft Solarex

Das weltgrößte Solarunternehmen mit 20% Marktanteil ist durch die Übernahme der Firma Solarex durch BP Solar entstanden. Die übernommene Firma gehörte den US-Unternehmen Amoco und Enron und beschäftigt 600 Mitarbeiter, bei BP Solar arbeiten bisher 900 Menschen. Die neue Firma wird einen Umsatz von 150 Mio. US-Dollar haben und in den USA, Spanien, Indien und Australien jährlich ca. 30 MW Generatorleistung produzieren.

### Weiden als Energielieferanten

Bei Selby in North Yorkshire haben die Bauarbeiten für ein Holzverbrennungskraftwerk begonnen. Durch eine kombinierte Nutzung von geeigneter Technologie und schnellwachsendem sauber verbrennenden Weidenholz erscheint die kommerzielle Stromerzeugung erstmals in England gewinnbringend. Auf anspruchslosen Boden wachsen die Bäume bis zu 23 m hoch. Die Firma Arable Biomass Renewable Energy versucht, die Bauern im Umkreis von 50 Meilen um den Standort zu motivieren, auf ca. 500 Morgen die Energiepflanzen anzubauen. Das Kraftwerk kostet 28 Mio. Pfund und kann den Strombedarf von 18.000 Menschen decken.

Informationen: Keith Pitcher, Projekt ARBRE, Fax 0044 113 234 32 34

### Dänen liefern Windkraft

Die Firma MICON aus Dänemark hat

den Auftrag für die Lieferung von 181 Windkraftanlagen mit insgesamt 135,7 MW Leistung aus Spanien erhalten. Südlich von Saragossa sollen sechs Windparks entstehen. Dafür liefert die Firma BONUS 400 Windkraftanlagen á 2,5 MW nach Japan, die in 20 Windparks nördlich von Hokkaido errichtet werden sollen. Der Auftraggeber TOMEN will in den nächsten 5 Jahren weitere 1.000 Anlagen in Südeuropa errichten. Bahn fährt mit Wasser Die Bayernwerk Wasserkraft AG baut in Bad Abbach an der Donau ein neues Wasserkraftwerk, das ausschließlich Bahnstrom erzeugen wird. Im März 2000 soll die Anlage an das Netz gehen. Derzeit deckt die Deutsche Bahn AG 12% ihres Strombedarfes aus Wasserkraft.

### Rekordgewinn trotz Windstrom

Den fünften Rekordgewinn in Folge

### Der Tip:

Das besondere Adressenverzeichnis: einen mit thematischen Ansprechpartnerinnen und Arbeitskreisen, zum anderen vielen Fällen kommentiert. So ist das Ichen der Begleiter für alle, die nach Taktiken suchen. Was fehlt: All die ga Pseudo-Umweltorganisationen, die konkrete Umweltsarbeit aber uninteressant sind. Dafür finden sich hier aber auch Netzwerke z.B. im Anti-Atom- oder Technikbereich.

52 S., ca. 800 Adressen, A6, 5 DM + P

### Bestelladresse:

MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld



### Termine

07.06. in München  
"Der Stirlingmotor"  
Handwerkskammer München/Oberbayern  
089/450 981 85

14.06. 19.00 in Hamburg  
Landesarbeitsgemeinschaft Energie der  
GAL, Geschäftsstelle Speersort

14.06. 19.00 in Hamburg  
Vortrag von Herrmann Scheer  
**Erneuerung der Wirtschaft durch ern.  
Energien**  
Hochschule für Wirtschaft/Politik (Großer Hörsaal), Von-Melle-Park 9, Hamburg

16.06.  
**Workshop "Energie-Contracting"**  
Kreditanst. für Wiederaufbau 069/774 31 28 88

19.06.-20.06.  
**"Saubere Energie von der Sonne"**  
Bildungsstätte Papenburg 049 61/97 88-0

30.06. in Sachsen-Anhalt  
**Merseburger Solartag**  
DGS + Fachhochschule 0334/6120 0781

01.07.-03.07.  
**Intern. Fachmesse "Solar Energy 99"**  
Berlin (Profair) 051 21 / 5 24 86

09.07.-10.07.  
**Hans-E-Mobil 99** (7. Deutsche Solar + E-Mobil-Meisterschaft), 040/3800143

10.07.-11.07.  
**Solarfest in Berlin-Köpenick**  
(IBA Solar) 030/65 47-03 37

02.08.-04.08. in Herne, IBA  
**"Vom Kohle- ins Solarzeitalter" 99**  
+ EuroSolar 02 28 / 36 12 79 6



### Literatur

Marktübersicht  
Windenergie 1999  
Der Bundesverband WindEnergie hat eine neue Marktübersicht herausgebracht. Batterielader, Wind-Pumpsysteme und über 100 Windturbinen mit einer Leistung von 20 W bis 1.650 kW sind hier mit Kenndaten, Preisen und Bezugsadressen aufgeführt. Zahlreiche Fachbeiträge zur Planung und rechtlichen Situation sowie nützliche Übersichten ergänzen dieses Nachschlagewerk, das 30 DM zzgl Versand kostet.  
BWE e.V.  
Herrenteichstraße 1  
49074 Osnabrück  
Fax 05 41 / 350 60-30





Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

34

Sommer '99

• Kurz  
notiert

vermeldet die PreussenElektra. Der Energieversorger hat letztes Jahr sein Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 10,5% auf 3,4 Mrd. DM gesteigert, und das "trotz einer Windstrombelastung von 400 Mio. DM", so Unternehmenschef Hans-Dieter Harig. Die Windkrafteinspeisung im Bereich der PreussenElektra (inklusive neue Bundesländer) habe sich um 40% auf 3,2 Mrd. Kilowattstunden erhöht. Mit 106,2 Mrd. Kilowattstunden hat der Konzern mehr Strom verkauft als im Rekordjahr 1996.

### Energiewende in Schwäbisch Hall

Ohne Proteste wurde vor zwei Jahren von der Bevölkerung in Schwäbisch Hall eine Erhöhung des Strompreises um 0,5 Pfg./kWh akzeptiert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mit Wasserkraft und Windstrom, Solarenergie, Biogas und einer Holzvergasungsanlage sollen bald 40 Mio. Kilowattstunden umweltfreundlicher Strom gewonnen und damit 22% des Stromverbrauches von 37.000 Einwohnern gedeckt werden. Schon heute beläuft sich die Eigenproduktion aus modernen Blockheizkraftwerken auf 60%.

Die ersten 100 kW Solarstromleistung waren innerhalb eines halben Jahres erreicht, da mit einer Vergütung von 2 DM/kWh ein hoher Anreiz zum Bau besteht.

### Energie aus badischem Wein

In der Genossenschaft des "Badischen Winzerkellers" in Breisach werden jährlich etwa 25-30 Mio. Liter Traubensaft zu Wein verarbeitet. Was dabei übrigbleibt, sind ca. 5.000 Tonnen Trester, also Reststoffe mit einem Wassergehalt von bis zu 70%. Diese Biomasse ist so energiereich, daß 300 Haushalte damit mit Strom versorgt werden könnten und gleichzeitig mit der erzeugten Wärme jährlich 200.000 Liter Heizöl eingespart werden könnten. Voraussetzung wäre, daß der Trester zuerst getrocknet wird, was etwa 20% der Endenergie verbraucht. Damit könnte ein Blockheizkraftwerk von 200 kW Leistung betrieben werden, das Strom und Wärme erzeugt. Ein großer Vorteil dieser Technologie ist, daß der Brennstoff problemlos gelagert und je nach Bedarf verfeuert werden kann.

### Kampagnen: Keine Gentechnik auf kommunale und kirchliche Flächen

Angesichts ständig steigender Freisetzung und dem drohenden großflächig-kommerziellen Anbau genmanipulierter Pflanzen reicht es in aller Regel nicht mehr aus, sich vor Ort nur noch passiv gegen entsprechende industrielle Vorhaben zu wehren. Erfolgversprechender scheint es da schon eher zu sein, die Kommune und auch die Kirchengemeinde bereits im Vorfeld dazu anzuregen, Beschlüsse gegen den Anbau auf eigenen Flächen zu fassen.

Informationen zur geplanten Kampagne "Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen" bei Monika Rhein 06035-7455 und zu "Kirchenland ohne Gentechnik" bei Johanne Sailer 05024-750

### Gipfel und Anti-Gentechnik-Aktionen

Vom 3. bis 4. Juni findet in Köln der nächste EU-Gipfel statt, 14 Tage später folgt am gleichen Ort der Weltwirtschaftsgipfel. Zahlreiche Initiativen haben gemeinsam unter der Bezeichnung "Bündnis Köln 99" zu Gegenveranstaltungen aufgerufen, um gegen die Weltwirtschaftsordnung und für eine Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu demonstrieren. Hinsichtlich Gentechnik wird ein Stopp jeglicher Forschung, Produktion und Verwertung gefordert. Mithilfe gesucht!

Informationen bei: Bündnis Köln 99 unter 0221-9520008

### Fahrradtour und Sommercamp geGEN

Am 22. Juli startet die diesjährige Fahrradtour geGEN in Göttingen mit Ziel Lüchow im Wendland, wo sich bis zum 1. August ein Sommercamp anschließt. Die Radtour streift verschiedene Freisetzungsfelder einer der weltgrößten Gen-Saatgutfirmen. Das Camp wird ca. 60 Workshops zu gentechnischen Fragen und Themen wie Gesellschaftskritik & Utopien, Widerstand & Ziviler Ungehorsam, Frauen & Männer usw. anbieten.

Anmeldungen (bis 15.7.) und Informationen beim GeN, Schöneweiderstr. 3, 12055 Berlin, 030-6858030 bzw. Fax -6841183

### Bestätigung: Genkartoffel schädlich

Eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern hat die Erkenntnisse eines schottischen Biologen bestätigt, wonach das Verfüttern genmanipulierter Kartoffeln an Ratten bei jenen Wachstumsstörungen, Schädigung des Immunsystems und eine Veränderung lebenswichtiger Organe hervorruft. Der Biologe war sofort nach der Veröffentlichung seiner Ergebnisse im Fernsehen als Betrüger entlassen worden. Die Gentechnikfirmen



zur Entlassung: "Wir sind erfreut, daß diese Art von Falschinformationen im Namen der Wissenschaft unterbunden wird."

Quelle: GiD 131 Februar 1999

**Bestätigung:  
Gefahr im Gen-Raps für Bienen**

Eine Forscherin des französischen Institut National de la Recherche Agronomique hat jetzt den Nachweis erbracht, daß Genraps, in dessen Zellen sogenannte Protease-Inhibitoren hergestellt werden, tödliche Wirkung auf Bienen entfaltet. Deren Lebenserwartung sinkt um 25 % und sie verlieren ihre Fähigkeit, die Geruchssignale einzelner Pflanzen zu unterscheiden.

Quelle: Ökologie & Landbau 110, 2/99

**Neues EU-Gesetz zur Freisetzung**

Im Februar hat das EU-Parlament einer Verschärfung der Gesetze zur Freisetzung genmanipulierter Organismen zugestimmt. Demnach wird die Freisetzung zukünftig nur zeitlich befristet erteilt und alle 7 Jahre nach dem neuesten Stand der Risikoforschung überprüft. Ferner ist die laufende Überwachung der Freisetzungen vorgesehen. Tauchen neue Bedenken auf, muß die Zulassung der Gen-saat rückgängig gemacht werden.

Quelle: 16. Gentechnik-Informationen von Greenpeace vom 19.2.99

**Gen-Wein aus Deutschland**

Dieses Jahr sollen in Franken und in der Pfalz erstmals gentechnisch veränderte Weinreben unter Freilandbedingungen getestet werden. Zwischen Veitshöchheim und Würzburg sowie bei Siebeldingen sollen - vorerst zu Forschungszwecken - jeweils 400 genmanipulierte Riesling-Rebstöcke angepflanzt werden. Sie enthalten Gene aus der Gerste, um Pilzbefall zu verhindern, sowie ein Antibiotikaresistenzgen.

Quelle: GiD 131 Februar 1999

**Gen-Food am Ende?**

Als erster deutscher Lebensmittelhersteller will jetzt Tiefkühlkostproduzent "Frosta" aus Bremerhaven auf gentechnisch hergestellte Produkte soweit irgend möglich verzichten. Zuvor hatten bereits neun der zehn großen britischen Handelsketten sowie Unternehmen in Irland, Frankreich, Belgien, Italien, Österreich und der Schweiz angekündigt, bei der

Produktion ihrer Eigenmarken auf Gen-Soja und Gen-Mais zu verzichten. Skepsis dazu aus der Verbraucherinitiative in Bonn: Die Versprechen würden nichts kosten. Wesentlich wichtiger sei ein Verzicht auf die chemisch nicht nachweisbaren und laut Novel Food Verordnung nicht deklarationspflichtigen genmanipulierten Zusatzstoffe.

Quelle: taz vom 6.5.99, Seite 10

**Kennzeichnung von Gen-Food in England**

Seit dem 19. März müssen britische Restaurants, Cafés, Kioske, Bäckereien und Delikatessenläden ihre Kunden darüber informieren, ob ihre Speisen gentechnisch veränderte Bestandteile oder Zutaten enthalten. Die großen Supermarktketten haben die Kennzeichnung bereits eingeführt. Zwar muß die Verwendung von Gen-Mais und Gen-Soja nicht auf der Speisekarte von Restaurants aufgeführt werden. Es genügt ein allgemeiner Hinweis auf die Verwendung gentechnisch veränderter Zutaten. Die Betreiber müssen jedoch in der Lage sein, entsprechende Fragen zu beantworten. Die Regelung ist in der EU bislang einzigartig. Umwelt- und Verbraucherverbänden geht sie trotzdem nicht weit genug, weil wissenschaftlich nicht nachweisbare Genmanipulationen (z.B. Speiseöl aus Gen-Soja) auch nicht angegeben werden müssen.

Quelle: GiD 132 April/Mai 1999

**Vermarktung einer Gesellschaft**

Der 17. Dezember 98 ist als Tag mit Signalwirkung in die Geschichte der Gen-industrie eingegangen: Erstmals beschloß ein Parlament, die Bevölkerung des gesamten Staates als genetische Datenressource zu betrachten und sie einem Unternehmen zur freien, kommerziellen Verfügung zu stellen. Die Rede ist von Island, wo seitdem der Datentransfer automatisch nach jedem Arztbesuch oder Klinikaufenthalt geschieht, falls der Betroffene nicht ausdrücklich widerspricht. Die begünstigte Firma deCODE bekommt die exklusive Kontrolle und Nutzungsrechte zugesprochen. Die Protestaktivitäten in Island können unterstützt werden per E-mail an die Regierung.

Informationen unter Mannvernd 00354-8817194 oder per E-mail mannvernd@simnet.is; Quelle: BioSkop März 99

**USA: Streit um menschliche Embryonen**

Die Förderung der Forschung an Embryonenzellen mit öffentlichen Geldern ausgebrochen. Während 63 NobelpreisträgerInnen diese fordern, kritisieren 70 Kongreßmitglieder dieses Ansinnen. Bisher ist eine solche Förderung verboten, wenn die beabsichtigte Forschung zu einer Verletzung oder Zerstörung der Embryonen führt. Der Streit entzündet sich an ersten Ausnahmen von der bisherigen Regelung.

Quelle: GiD 132 April/Mai 1999

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99 **35**  
● Kurznotiert

**Themenredaktion "Gentechnik"**

Thomas Schmidt  
c/o Umweltwerkstatt  
Willy-Brandt-Allee 9  
23554 Lübeck  
Tel.&Fax 0451/7070646

**Zeitschriften-schau:**

BioSkop März 1999  
● Gentechnik: die landesweite isländische Gen-datenbank (S. 3-4)

GiD 131 Februar 1999  
● Schwerpunkt: Embryonenforschung - Jedem Land seine eigene Embryonenforschung (S. 9-11)

- Das Embryonenschutzgesetz. Dokumentation (S. 12-13)
- Landwirtschaft und Lebensmittel - Genkartoffel hat doch Fehler (S. 17-18)
- Politik und Wirtschaft - Kontrolle von B-Waffen: Probleme und Risiken (S. 27-32)
- Mensch und Medizin - Island: Ein Volk wird ab-gespeichert (S. 41-44)

GiD 132 April/Mai 1999  
Schwerpunkt: Tiere für Menschen - Mehr Fleisch, mehr Milch, mehr Krankheiten: Tiere in der Landwirtschaft S. 7-11 - Gene-Pharming: Billige und sichere Medikamente? Tiere für die Pharmaindustrie S. 12-13  
Landwirtschaft und Lebensmittel - Freisetzungen in Deutschland: Übersicht S. 18 - Hochtou- rig auf den Markt S. 17  
Politik und Wirtschaft - Genomforschung im globalen Überblick S. 40 - "Die Sitzung ist unterbrochen" Biosafety-Protokoll S.46

Ökologie & Landbau 110, 2/1999

- Gentechnik: Genmanipulationen gefährden Nützlinge (S. 37)

**Termine**

2. - 4.7.99 in Bad Herrenalb  
"Ware Ergut. Die Menschenwürde und das Geschäft mit den Genen"  
Tagung der evangel. Akademie Baden. Informationen unter (0721) 9175-357

22.7. - 1.8.99 von Göttingen bis Lüchow  
**Fahrradtour 99 geGEN:** für gentechnik-freie Landwirtschaft von Göttingen nach Lüchow vom 22. - 25.7., plus nachfolgendes Sommercamp in Lüchow. Informationen im Web unter <http://members.aol.com/genberlin/> oder unter (030)658030

29. - 30.10.99 in Essen  
**"Forschung am Menschen - Versprechen und Realität"**, BioSkop - Tagung zur humangegenetischen Forschung. Informationen unter (0201)5366706

**Der direkte Draht zu Tausenden von Basisgruppen**

... eine Anzeige oder Kleinanzeige ...  
Immer in der passenden Rubrik!!!  
Anzeige: Pro Spalte und mm: 2,40 DM!

die Förde-



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

# 36

Sommer '99

• Kurz  
notiert



**Themenredaktion  
"Landschaft und  
Naturschutz"**

Jörn Hartje  
Institut für Ökologie  
Turmstr. 14A  
23843 Bad Oldesloe  
Tel. 04531/4512  
Fax 04531/7116  
joern\_hartje@  
public.uni-hamburg.de

### Interessante Internetseite:

Informationen zum For-  
schungsprojekt "Raub-  
tierakzeptanz"  
[http://www.wsl.ch/land/  
evolution/predator](http://www.wsl.ch/land/evolution/predator)

### Zeitschriftenschau

Recht der Natur (Schnell-  
brief 2/99)

• Novellen zum Bundes-  
naturschutzgesetz und  
Novellierungsforderungen

Politische Ökologie

• Schwerpunkt: Wa(h)re  
Wildnis

## Totgesagter Nationalpark lebt länger

Nun bleibt der Nationalpark Elbtalau  
doch erstmal erhalten. Wider Erwar-  
ten hat der niedersächsische Umweltminister  
Jüttner (SPD) wenige Tage vor Ablauf  
der Einspruchsfrist eine Nichtzulassungs-  
beschwerde gegen das Urteil des Lüne-  
burger Oberverwaltungsgerichts (Ö-  
Punkte 1/99 berichtete) eingereicht.

Jüttner, der mehrfach betont hatte, kein  
Interesse an einer weiteren gerichtlichen  
Auseinandersetzung zu haben, möchte  
Nationalparke lieber politisch durch Ge-  
setzesänderung absichern. Auf Drängen  
der anderen Umweltminister auf der Um-  
weltministerkonferenz wurde Jüttner zu  
diesem Einspruch gebracht. Das Ober-  
verwaltungsgericht kann sich aber erst  
nächstes Jahr mit diesem Fall beschäfti-  
gen.

## Bestes Nationalpark-Foto

Insgesamt 25.000,- DM winken Foto-  
grafInnen, die gute Fotos aus Nationalpar-  
ken zu bieten haben. Zusätzlich werden  
die Siegerfotos in Geo veröffentlicht.

Teilnahmebedingungen gibt es bei:  
NABU, Pf 350523, 10214 Berlin, per  
Faxabruf unter 0228/9756194

## Neues aus



## Nationalparks

Fehmarn-Belt-Querung:

# Brücke erzeugt nicht hinnehmbare Probleme mit dem Vogelschutz

28. Januar 1999: In die Diskussion um eine feste Fehmarn-Belt-Querung werden nach Ansicht des Naturschutz-  
bundes Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein (NABU) gegenwärtig die negativen Auswirkungen dieses  
Projektes für Natur und Umwelt in die Argumentation kaum einbezogen und in der Betrachtung deutlich vernachläs-  
sigt. Dem Fehmarn-Belt kommt nämlich eine Schlüsselfunktion im Zug arktischer Wasservögel zu.

Der Name "Vogelfluglinie" für diese  
Verbindung zwischen Schleswig-Holstein  
und Skandinavien macht dies deutlich.  
Alljährlich queren vermutlich 6-10 Millio-  
nen Enten, Gänse, Wat- und Möwenvö-  
gel den Fehmarn-Belt in Längsrichtung  
auf ihrem Zug ins Wattenmeer oder in  
die arktischen Brutgebiete. An keiner an-  
deren Stelle Mitteleuropas bündeln sich  
die Zugwege derart stark wie im Feh-  
marn-Belt, da zu den Wasservögeln auch  
etliche Millionen Landvögel aus Skandi-  
navien kommen, darunter 20-30.000  
Greifvögel.

Wasservögel ziehen meist sehr niedrig  
über das Wasser und steigen vor Hinder-  
nissen, wie sie Brückenkonstruktionen  
darstellen, in kräftezehrenden Steigflügen  
auf, um das Hindernis zu queren. Unbe-  
kannt ist dabei, welche Routen im Belt  
die meisten Vögel nutzen, ob nördlich  
oder südlich der Hauptschiffahrtsroute  
oder in der Mitte des Beltes. Bisher  
scheint es, daß vor allem Windstärke und  
-richtung den Weg der Zugvögel vorge-  
ben. Der Einfluß, der von Brücken aus-  
gehen kann, ist bereits sichtbar: Aus dem  
Kalmarsund (Öland) ist bekannt, daß et-  
wa Eiderenten nicht oder nur in geringer  
Zahl unter der Brücke hindurchziehen.

Die Bedeutung dieses Sundes als Zug-  
weg hat mit dem Bau der Brücke in die-  
sem Gebiet deutlich abgenommen. In-  
zwischen mehren sich zudem wissen-  
schaftliche Befunde, die belegen, daß er-  
heblich mehr Vögel zunehmend an in  
größerer Zahl errichteten Großkonstruk-  
tionen umkommen als bislang angenom-  
men. Dies zeigte sich bei Untersuchun-  
gen etwa an Gänsegeiern in Spanien  
oder in Hessen, wo jüngst ein seltener  
Schwarzstorch an einer Windkraftanlage  
verunglückte, sowie im Kreis Plön nach  
Zugnächten mit Nebel, als etliche Dros-  
seln beim Anflug getötet wurden. Der  
NABU geht daher davon aus, daß es auf-  
grund der gewaltigen Höhe der Anlage  
und unter Berücksichtigung der Tatsa-  
che, daß ein Großteil des Vogelzuges  
nachts stattfindet, es bei einer Brücken-  
konstruktion über den Fehmarn-Belt zu  
einer äußerst hohen, nicht akzeptablen  
Zahl von Vogelschlagopfern kommt. So-  
fern die Vögel nicht mit der Brückenkon-  
struktion selbst kollidieren, werden dabei  
Einrichtungen gegen starken Wind oder  
die auf der Brücke fahrenden Fahrzeuge  
zu tödlichen Hindernissen. Schon heute  
ist dieser Effekt deutlich zu sehen: Auf

der Fehmarn-Sundbrücke, die einen Zug-  
weg von vergleichsweise geringer Aus-  
prägung kreuzt, liegen in der Regel etli-  
che totgefahrene oder anderweitig ver-  
unglückte Vögel.

Bei den weiteren Planungen zu einer  
festen Beltquerung fordert der NABU da-  
her, dem Thema "Vogelschutz / Zugvo-  
gelschutz" eine besonders hohe Priorität  
zuzumessen. Aus Sicht des NABU ver-  
bieten sich alle Brückenkonstruktionen  
aus Gründen des Zugvogelschutzes da-  
her von selbst. Darüber hinaus trägt der  
NABU auch verkehrspolitische Beden-  
ken vor: Der Bau der Fehmarn-Beltquer-  
ung zieht den Ausbau von Straßen-  
und Schienenwegen in Schleswig-Hol-  
stein nach sich, der sich in den davon betrof-  
fenen Bereichen negativ auswirken wird.  
Mit dem Bau eines Tunnels als Straßen-  
verbindung ist daneben eine weitere er-  
hebliche Steigerung des Güterlastver-  
kehrs zu befürchten, der Schleswig-Hol-  
stein endgültig zum Transitland verkom-  
men läßt, da auch Auswirkungen insbe-  
sondere im Bereich der Ferieninsel Feh-  
marn auf die Attraktivität als Tourismus-  
land unvermeidbar sind.

Naturschutzbund Schleswig-Holstein  
(NABU)





## Freie Fahrt für Container-Riesen

Der Elbvertiefung steht nichts mehr im Weg: Gegen das Ausbaggern der Fahrrinne für die großen Containerschiffe zwischen Hamburg und Cuxhaven hat es keine Klagen beim Oberverwaltungsgericht gegeben. Der BUND betonte erneut, dass dieses Projekt negative Auswirkungen auf die Schutzgebiete an der Elbe haben wird. Wegen der schon geschaffenen Tatsachen hatte der BUND aber keine Klagemöglichkeit mehr gesehen. Somit war auch die einmonatige Auslage der Planungsunterlagen nur Makulatur.

taz 23.4.99



## Seminar: Naturschutz "von unten"

Bei diesem vom Institut für Ökologie veranstalteten Seminar gab es eine sehr interessante Diskussion über die Zukunft des Naturschutzes. Es wurden Möglichkeiten überlegt, wie die Akzeptanz des Naturschutzes erhöht werden könne. Interessant war auch, daß ein Teilnehmer berichtete, daß es bereits einige wissenschaftliche Untersuchungen gibt, die die bisherige Naturschutzstrategie mit Verordnungen und Schutzgebieten als unwirksam entlarven und mehr Mitbestimmung der Menschen vor Ort fordern. Wir werden in den nächsten Ö-Punkten darüber ausführlich berichten. Abschließend wurde von den TeilnehmerInnen eine weitergehende Diskussion unter anderem auch in Form eines eMail-Verstärkers vereinbart.

Wer daran Interesse hat, meldet sich bitte beim Institut für Ökologie (Adresse siehe Themenredaktion).

## Rechtsprechung Sperrgrundstücke

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat kürzlich einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz im Hinblick auf die geplante ICE-Trasse Köln-Frankfurt abgelehnt. Damit mußte sich die Westwälder Bürgerinitiative vorerst geschlagen geben: Mit dem Bau des Dermbacher Tunnels im Rahmen der Eisenbahn-Neubaustrecke Köln-Frankfurt muß daher gerechnet werden. Das Gericht begründete seine Ablehnung damit, daß das Sperrgrundstück eine geringe wirtschaftliche Bedeutung für die BesitzerInnen besäße und daher gegenüber öffentlichen Belangen leichter zu gewichten seien. Sollte sich diese Rechtsprechung durchsetzen, wäre dies eine Einschränkung des Verfassungsgrundsatzes auch Schutz des Eigentums und würde die Möglichkeiten des Erwerbs von Sperrgrundstücken stark einschränken.

(AZ 8 B 12940/97) aus Steinbeißer 1/99

## Waldsterben überwunden?

Immer häufiger ist zu lesen, daß das Waldsterben nur ein Produkt der Medien war bzw. mittlerweile überwunden sein. Nicht zuletzt hat das Buch "Ökooptimismus" diesem Märchen Nahrung gegeben. Der "Internationale Waldbericht" der UN-Organisation für Landwirtschaft (FAO) spricht da eine andere Sprache: jährlich werden 11,3 Millionen Hektar Wald vernichtet. Jährlich verschwindet eine Waldfläche doppelt so groß wie die Bundesrepublik und im letzten Jahr gab es die schwersten Waldbrände seit Jahren. Zu diesen Bränden kam es vor allem wegen "Brandrodung, unfachgerechtem Holzschlag und der großflächigen Umwandlung von Wald in Agrarland".

taz 2.3.99

## Deutschland fördert Umwelterstörung in Indien

Mehrere deutsche Firmen (VEW, Bayernwerk, Siemens, HypoVereinsbank) wollen in Indien ein Staudammprojekt verwirklichen, welches insgesamt 20.000 Menschen ihrer Heimat berauben würde. Nun haben die Bauherren allerdings den Zorn der Einheimischen auf sich gezogen, die die Baustelle besetzten. Jetzt steht das Projekt auf der Kippe. Möglich wurde dieses Staudammprojekt erst durch die Gewährung einer Hermesbürgschaft durch die Bundesregierung, die die Firmen vor möglichen Risiken bei Investitionen im Ausland schützt. Nun fordert die Umwelt- und Entwicklungsorganisation "Urgewald", diese Bürgschaft zurückzuziehen und das gesamte Projekt aufzugeben.

Infos: Urgewald



## Ö-terminale

15.-17.10.1999 in Bad Blankenburg  
**Internationale Naturschutztagung**  
Probleme des zoologischen und botanischen Artenschutzes in Europa  
Info: Prof. Dr. Gerken, Uni Paderborn, GH, Abt. Höxter, FG Tierökologie, an der Wilhelmshöhe 44, 37671 Höxter, 05271/687236

7.10.1999 in Hamburg  
**52. Deutscher Geographentag:**  
"Regionalisierung des Naturschutzes"  
Info: Dr. K.-H. Erdmann, Bundesamt für Naturschutz, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn

13.-18.9. in Bayreuth  
**Jahrestagung der Gesellschaft für Ökologie**  
GrÖ, BITÖK-Uni Bayreuth, Pf 101251, 95440 Bayreuth, tel: 0921/555701, eMail: gfoe@uni-bayreuth.de

Akademie für Natur- und Umwelt Schleswig-Holstein

1.-2.10.99  
**Naturschutztage Schleswig-Holstein**  
Naturschutz im Wald  
Info: ANU, Carlstr. 169, 24537 Neumünster, 04321/9071-0

ANL

3.-6.9.99  
**Naturschutz grenzüberschreitend**  
Info: Bayerische Akademie für Naturschutz, Pf 1261, 83406 Laufen, 0868963-0

NNA

3.-4.11.99 Schneverdingen  
**Ethische Begründung des Naturschutzes**  
Info: Alfred Töpfer Akademie für Naturschutz, Hof Möhr, 29640 Schneverdingen, Tel: 05199/989-0, Fax: 05100/989-46, eMail: naturschutzakademie-nna@t-online.de, Internet: http://www.nna.de

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

Kurznotiert

37

## Zeitschriftenschau

Artenschutzreport (8/1998)

- Zur Verstärkung von Vögeln und Säugetieren
- Wie teilbar ist Landschaft?

Umwelt-Informationen für Niedersachsen (46/1999)

- Bodenschutz und Nachhaltigkeit

Landschaftspflege in Thüringen (Heft 4)

- Dörfer im Wandel
- Naturschutz in der Kommune

Natur und Landschaft (3/1999)

- Geschichte der landwirtschaftlichen Moornutzung
- Mediationsverfahren in Naturschutzkonflikten (4/1999)
- Die Avifauna der Regaunau vor und nach dem Bau der A93

Natur (3/1999)

- Naturschutz: "Verliebt in Lieberose"

Grünstift (1/2 1999)

- Titel Nationalpark in Gefahr

naturmagazin (1+2/1999)

- Schwebfliegen

Vogelschutz (1/1999)

- Die Blaue Liste
- Der Vogel des Jahres

Die Vogelwelt (1/99)

- Auswirkungen der Altbautsanierung auf die innerstädtische Brutvogelfauna

Naturschutzarbeit in Sachsen (1/1998)

- Naturschutzgerechte Bewirtschaftung von Fischteichen

Geographische Rundschau (5/1999)

- Weidewirtschaft und Ökologie

Nationalpark (1/99)

- Alleen - nostalgische Relikte vergangener Kulturlandschaft

Nationalpark Nachrichten (3-4/1999)

- Ein neues Nationalparkgesetz



Telefon: +49 7531 915076  
Telefon: +41 71 6728353  
Telefax: +49 7531 915078  
E-mail: amort-recycling@t-online.de  
http://www.amort.de

Rehbergstr. 30, 78464 Konstanz



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

# 38

Sommer '99

• Kurz notiert

Themenredaktion "Local economy"

Jutta Sundermann  
Koburger Str. 9  
10825 Berlin  
Tel. 030/78709077  
Fax -3389



## Kreuzberger Tauschring und die Kirchen und Vereine

Im Tauschring in Berlin Kreuzberg tauschen rund 400 Mitglieder seit Jahren Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Rasenmähen, Computerreparatur und vieles mehr. Die Marktzeitung informiert über die Angebote und Gesuche der Tauschgemeinde und immer wieder lädt der Tauschring zum "Tausch-Rausch", einem Sonntagnachmittag, an dem "live" getauscht werden kann, ein Kennenlernen möglich ist, Infos auch für NeueinsteigerInnen angeboten werden und vieles mehr. Seit einiger Zeit ist in Kreuzberg etwas Neues dazugekommen: Beim Tauschen sind die ersten Kirchen und Vereine dabei. Natürlich kann die Kirche niemandem die Haare schneiden, aber

ihr Angebot ist auch nicht unattraktiv: sie stellt Tauschringmitgliedern Räume z.B. für Geburtstags- oder Jubiläumsfeste zur Verfügung. Brauche kann sie HelferInnen, die für Veranstaltungen Plakate aushängen u.ä. Die intensivere Zusammenarbeit mit Vereinen aus dem Stadtteil ist noch im Aufbau. Gedacht ist hier auch daran, daß Organisationen mit eigenen Geschäftsstellen hier Ressourcen zur Verfügung stellen und selbst anderswo welche nutzen können.

Infos: Kreuzberger Tauschring im Nachbarschaftsheim, Urbanstr. 21, 10961 Berlin, 030/6922351, e-mail: Kreuzberger.Tauschring@gmx.de

## 3. Hess. Tauschringtreffen in Wetzlar: Debatte um Geld und Talente



Immer mehr Tauschringe kommen zu der Diskussion, ob und wie weit ihre Tauschwährung mit "harter DM" zu kombinieren ist. Große Tauschringe überlegen, bezahlte MitarbeiterInnen einzustellen, von außen kommen Anfragen, ob Tauschringmitglieder die eine oder andere Dienstleistung gegen Geld machen könnten - und sofort kommen Zweifel an der eigenen (Gründungs-)motivation, Fragen nach juristischer Handhabe und Skrupel, letztlich zum schlimmeren Ausbeuter zu werden.

Ein Beitrag zu der Debatte findet sich in den Tauschsystem-Nachrichten Nr. 6, April 99



# Anders arbeiten oder gar nicht

Vom 23. Bis 25. April 99 fand in Berlin der Kongreß "Anders arbeiten oder gar nicht" statt. Norbert Trenkle, Mitarbeiter bei "Krisis" veröffentlichte dazu folgende provokative Thesen (gekürzt):

1. Die Vorstellung, es könnte ein "Anders arbeiten" in einem "alternativen" oder "dritten Sektor" neben der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie geben, war schon immer eine Illusion. Denn der dritte Sektor steht nicht jenseits von Markt und Staat, sondern ist deren notwendige Ergänzung und Existenzbedingung. Er erfüllt die Systemfunktion, all die gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten und Aufgaben aufzufangen, die sich betriebswirtschaftlich nicht "rentieren", die der Staat nicht in eigener Regie organisieren kann oder will und die auch nicht (oder nicht in ausreichendem Maße) auf die Familien (und das heißt immer noch größtenteils: auf die Frauen) abgewälzt werden können.

Diese systemstabilisierende Funktion gewinnt logischerweise im gleichen Maße an Gewicht, wie immer weniger Menschen ein Auskommen in der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie finden, weil ihre Arbeitskraft dort nicht mehr benötigt wird. Je weiter die Krise der Arbeitsgesellschaft voranschreitet, desto größer wird auch der ökonomische und politische Anpassungsdruck auf den dritten Sektor und desto kleiner werden die ohnehin schon begrenzten Frei- und Spielräume, die er barg.

Wenn er also heute staatlicherseits zunehmend als sozialer Puffer entdeckt wird (wie etwa im Bericht der Bayrischen Zukunftskommission), dann ist das keine Willkür und kein Mißbrauch, sondern politisch einfach nur folgerichtig. Organisiert sich dagegen kein Widerstand, dann wird der Dritte Sektor bald völlig auf eine Form prekärer Überlebenswirtschaft und

auf ein Instrument staatlicher Notstandsverwaltung reduziert sein.

2. Die sogenannte Krise der Arbeitsgesellschaft ist nichts anderes als eine fundamentale Krise der kapitalistisch verfaßten Gesellschaft. (...)

3. Diese (...) Krise ist kein plötzlicher, auf einen Punkt zusammengezogener Zusammenbruch, sondern ein sich über mehrere Jahrzehnte hinziehender Zusammenbruchsprozeß. (...) Ein flächen-deckender Durchschlag der Krise konnte zunächst noch aufgeschoben werden, vor allem mit Hilfe einer gewaltigen Staatsverschuldung und der Aufblähung des Spekulationssektors. Die Grenzen dieser Aufschubstrategie sind jedoch mittlerweile erreicht. (...)

4. (...) Wenn die AkteurInnen des Dritten Sektors oder Teile davon ihren emanzipatorischen Anspruch ernst nehmen wollen, wenn sie wirklich ein "Jenseits von Markt und Staat" anstreben dann müssen sie sich als erstes von jeder Verharmlosungs-Rhetorik verabschieden und offensiv-unmißverständlich gegen das warenproduzierende System und seine Katastrophendynamik Stellung beziehen. Nur von einem solchen Standpunkt aus kann überhaupt wieder eine ernstzunehmende emanzipatorische Perspektive entwickelt werden. Denn es gibt kein "jenseits von Markt und Staat" ohne ein "gegen Markt und Staat".

5. Notwendig: Eine klare Abgrenzung von offensichtlich oder weniger offensichtlich kapitalistischen Strategien (Arbeitszeitverkürzung, Existenzgeld...) und Nachbesserungen am System ist nötig.

6. Eine emanzipatorische Perspektive kann deshalb nur in der direkten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums in seiner stofflich-konkreten Form durch eine soziale Bewegung entstehen. Das heißt: der kapitalistischen Verwertungs-maschinerie müssen die Produktions- und Existenzmittel entrissen werden, um sie selbstverwaltet, kooperativ und bedürfnisorientiert für die Entwicklung eines reichen und selbständigen sozialen Zusammenhanges jenseits von Markt und Staat zu nutzen.

Ich spreche hier nicht von der schlechten Utopie einer "alternativen Marktwirtschaft" warenproduzierender Selbstverwaltungsbetriebe, Genossenschaften und Tauschringe; ebensowenig von einer lokal bornierten Subsistenzwirtschaft auf bäuerlich-handwerklicher Basis. Die Perspektive muß vielmehr sein, neue Formen und Institutionen direkter sozialer Kommunikation und Verständigung über alle gesellschaftlichen Angelegenheiten zu schaffen, die dem erreichten Stand der Produktivität, des Wissens und dem entwickelten Bedürfnisniveau entsprechen. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht aus dem Stand möglich ist, sondern in einem längeren Prozeß und in beständiger Konfrontation mit der zunehmend verwirrenden kapitalistischen Gesellschaft entwickelt werden muß. Zunächst aber kommt es darauf an, eine solche Perspektive des radikalen Bruchs mit den kapitalistischen Kriterien und Institutionen überhaupt erst einmal wieder denkbar zu machen. (...)

## Zeitschriftenschau

### Contraste Mai 99:

- Wohnprojekte auf dem Lande (S. 1, 7-9)
- Lesung mit P.M. (S. 5)
- Krieg und Kriegsrhetorik (S. 10-13)





**Der Infodienst für Umweltakteurinnen**

Sommer '99

● Kurz notiert



**Ein starkes Trio:  
Atomausstieg, Energiewende  
und local economy**

**Atomausstieg hier und jetzt**

Das dramatische Trauerspiel der rot-grünen Bundesregierung um den Atomausstieg hat einmal mehr deutlich gemacht, daß das Ende der Atomkraft weit weg ist und nicht von oben kommen wird. Natürlich sind die Menschen vor Ort genauso wie die PolitikerInnen vor Ort nicht direkt befugt, den Atomausstieg anzuordnen. Aber sie können ihn "von unten" ein Stück weit wahrscheinlicher machen und das große Lügengebilde von den vielen Sachzwängen in wichtigen Stützfeilern zum Wanken bringen. Der Atomausstieg beginnt vor Ort, wenn das Thema Energie konsequent in die eigenen Hände genommen wird. In einer

Region können kleine Solarfirmen entstehen, die Sonnenkollektoren weiterentwickeln und auf die Dächer montieren oder helfen, daß möglichst viele Menschen es selbst tun können. Regionale kleine Energiebetriebe können in vielen Ebenen mitmischen: beim Renovieren und Neubauen von Häusern, bei Energieversorgungsplanungen etc. Die Energieversorgung jeder Gemeinde kann anders laufen: Es muß noch viele "Schönaus" mehr geben! In dieser kleinen Stadt im Schwarzwald kämpfte eine BürgerInneninitiative erfolgreich gegen die Atomstromanbieter: Schließlich kauften die Schönauer Energie Initiativen das Stromnetz der Stadt und entwickelten einen sehr schnellen Ausstiegsplan aus dem Atomstrom für ihre Gemeinde: dezentrale regenerative Energien stehen im Mittelpunkt - ein kleiner, aber wichtiger Sieg gegen die großen Kapitalisten, hier die skrupellosen Atomstromer. Wer "lo-

cal economy" ernst nimmt, kann sich auch an ein solches Feld heranwagen und viele Menschen und Gruppen zusammenbringen, die gemeinsam eine Initiative starten.

Schönauer Energie Initiativen, Postfach 61, 79675 Schönau, Tel. 07673/9315-78

**Tausch-System-Nachrichten:  
"Das Recht zu tauschen!"**



Die DIN-A-5-Broschüre führt ein in die Rechtsfragen, die Tauschring-Aktiven begegnen können. Über Vorwürfe der Schwarzarbeit, Besteuerung von Tauschleistungen bis hin zu Arbeitsförderung, Datenschutz und Bankengesetz.

Das nützliche Heft gibt es gegen 5.-DM in Briefmarken beim Dt. Tauschringarchiv, Hasenkamp 30, 49504 Lotte-Halen.



**Senioren-genossenschaften  
Zeit-Rente statt Geldrente**

Senioren-genossenschaften sind im Prinzip nur eine Sonderform der Tauschringe. Sie unterscheiden sich jedoch grundlegend in einer Zielsetzung: Tauschringe beabsichtigen einen möglichst regen Umlauf der Verrechnungseinheiten, d.h. kein Horten von Guthaben. Damit soll eine Blockierung durch den Spareffekt zwischen den TeilnehmerInnen verhindert werden. Dieses Prinzip wurde bei Senioren-genossenschaften umgedreht.

Der Grundgedanke ist: Sich in aktiven Zeiten als LeistungsgeberIn einzubringen und diese Zeitpunkte für den Bedarfsfall anzusparen, wenn bei Krankheit oder im Alter Hilfe benötigt wird. Die Zeit-Punkte der Senioren-genossenschaft stellen vom Ansatz her, ähnlich wie bei der Geld-Rente, eine Zeit-Rente dar. Gravierende Unterschiede: Die Zeit-Rente wird nur dann in Anspruch genommen, wenn ein aktueller Bedarf besteht. Darüber hinaus ist die Zeit-Rente weder von einem Währungsverfall noch einem Preisverfall oder ähnlicher Minderungen durch instabile Wirtschaftssysteme bedroht. Eine Stunde hat heute den Wert einer Stunde und in fünfzig Jahren ist sie immer noch eine Stunde wert. (...)

Im Gegensatz zu den Tauschringen ist in den existierenden Senioren-genossenschaften das Thema Bewertung von Hilfeleistungen nur selten ein wichtiger Dis-

kussionspunkt. Hier geht es vielmehr darum, die eingesetzte Zeit, ohne Rücksicht auf die Bewertung der ehemaligen Leistung, später auch wieder in der gleichen Anzahl von Zeitäquivalenten zurück zu bekommen. Die Mitglieder der Senioren-genossenschaften halten diese Form der Gegenseitigkeit für viel wichtiger als den Austausch von Leistungen gleicher Qualität. Da sich die Wertschätzung von Leistungen (Hilfen und Betreuung) in Zeiten von Alter und Krankheit ändert, ist diese Frage von untergeordneter Bedeutung.

Die Bedeutung von Senioren-genossenschaften wird in Zukunft wachsen. Gerade in einer Zeit, wo der Anteil älterer Menschen im Verhältnis zu jüngeren wächst, ist es wichtig, neue Formen der Gestaltung der Altersvorsorge zu finden. Bekanntlich kann die bestehende Altersvorsorge so nicht mehr aufrecht erhalten werden. Deutlich wird dies beim Abbau kommunaler Leistungen. Eine sinnvolle Kommunalentwicklung sollte unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsvorsorge sowohl Tauschringe als auch Senioren-genossenschaften als wichtige Partnerorganisationen in Sicherungssysteme einbeziehen. (...)

Dadurch wäre die Stärkung der lokalen Ökonomie in einem ungekannten Ausmaß möglich. (...)

**Ö-termine**

3.-6. Juni in Kärnten  
**Vernetzungstreffen  
subsistenzorientierter  
Organisationen und Lebensweisen**  
Kontakt: Reinhard Pichler, Bildungshaus, A-9313 St. Georgen, ++43(O)4213/2046-39 e-mail: a8801920@unet.univie.ac.at

25. Juni in Hannover  
**Was fördert die EU im nächsten Jahrtausend?**  
Seminar für Betriebe und Initiativen  
Info: netz, 0421/794904-4, Fax -6

28. August in Marburg (10-17 Uhr)  
**Hessisches Tauschringtreffen**  
Kontakt: Marburger Tauschring, Universitätsstr. 60, 35037 Marburg, Gabi Hoppach, 06421/15270

24.-26. September in Rostock  
**Bundesweites Tauschringtreffen**  
Kontakt: Tauschringbüro, E-Schlesinger-Str. 21, 18059 Rostock, 0381/4052923

24.-26. September in Berlin  
**Beyond Growth**  
Wachstum, Effizienzsteigerung und Umweltschutz - paßt das zusammen?  
Info: Johannishöhe, Tel. 035203/37181

**Autor**

Klaus Kleffmann, dt. Tauschringarchiv





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

# 40

Sommer '99

● Kurz notiert

## Themenredaktion "Ökologischer Landbau"



Johannes Richter  
c/o Umweltwerkstatt  
Willy-Brandt-Allee 9  
23554 Lübeck  
Tel.&Fax 0451/7070646  
jupluebeck@t-online.de

## Zeitschriftenschau

### bio-land 2/99

- Ziegen und Schafe im Ökologischer Landbau

### Naturlandmagezin 1/99

- Ökologische Aquakultur
- Öko-Buchweizen aus Rußland
- Lebensmittel ohne Gentechnik
- Ökologische Waldnutzung

### Ökologie & Landbau 2/99

- Boden
- Kann Ökologischer Landbau die Ernährung sichern?
- Reines Trinkwasser durch Ökologischen Landbau

### Unabhängige Bauernstimme 3/99

- Agenda 2000
- Bauernproteste in Polen
- Ökosteuern und Landwirtschaft
- Käfigbatterien
- Preiskampf im Handel
- Regionalentwicklung
- Welthandel/ WTO
- Bio-Getreidemarkt

### Unabhängige Bauernstimme 4/99

- Agenda 2000 Nationalpark Elbtal
- Positionen zum Welthandel
- Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft



## Referat zum Ökologischer Landbau im Ministerium

Zum Jahresbeginn 1999 wurde im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ein eigenes Referat für die Bereiche "Ökologischer Landbau, extensive Bewirtschaftungsverfahren" eingerichtet. Die wichtigsten Aufgabengebiete des Referates umfassen: Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten des ökologischen Landbaus und extensiver Bewirtschaftungsverfahren einschließlich spezifischer Forschungsangelegenheiten, EU- und nationale Angelegenheiten des ökologischen Landbaus, insbesondere die Rechtsetzung und Umsetzung der europäischen Öko-Verordnung, Förderungsfragen des ökologischen Landbaus, extensive Bewirtschaftungsverfahren und fachliche Angelegenheiten der Absatz- und Vermarktungsförderung ökologisch erzeugter Produkte einschließlich ihrer Kennzeichnung.

Bundesministerium für Ernährung, Landw. u. Forsten, Referat 314, Pf. 140270, 53107 Bonn, 0228-5294173

## Kriterienkatalog zur Bewertung der "guten fachlichen Praxis"

Das Institut für ländliche Strukturfor- schung an der Universität Frankfurt entwickelt in Kooperation mit der Universität Marburg einen Kriterienkatalog zur Bewertung der "guten fachlichen Praxis". Ziel ist es, den wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisstand über die direkten und indirekten Einflüsse der Landwirtschaft auf Flora, Fauna und Lebensräume zu dokumentieren, qualitativ und quantitativ einzuschätzen sowie darauf aufbauend einen naturschutzfachlichen Kriterienkatalog zur Bewertung der "guten fachlichen Praxis" auf Anwen- deebene zu entwickeln.

Dr. Karlheinz Knickel, Institut für Ländliche Strukturfor- schung, Goethe-Univer- sität, 60325 Frankfurt, Zeppelinallee 31

## Verbraucher fragen vermehrt Bio-Schweinefleisch nach

Es gibt zu wenig ökologisch gehaltene Schweine in der BRD. Es wird derzeit mehr Öko-Schweinefleisch nachgefragt, als die Ökobauern vermarkten können. Die Anzahl der Bio-Schweine belief sich 1998 auf rund 0,2 % (gemessen an der Gesamtzahl). Als Gründe für die bislang geringe Anzahl von gehaltenen Schweinen gelten die Futtermittel, die bei Biobauern überwiegend vom eigenen Hof kommen müssen. Futter vom Grün- land, das beispielsweise Rindern gefüttert wird, können Schweine kaum verwerten. Biofuttermittel, das Schweine anson- sten fressen, ist sehr teuer. Unbefriedigend ist die Preissituation. Auch wenn für Bio-Schweine ein besserer Preis zu erzielen ist, reicht dieser bei der Vermark- tung über den Lebensmitteleinzelhandel oft kaum aus, um den Betriebszweig wirt- schaftlich interessant zu gestalten.

Bioland Presseinfo

## Öko-Prüfzeichen

Die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL) und die Centrale Mar- keting Agentur der deutschen Agrarwirt- schaft (CMA) haben sich Anfang des Jahres auf die Eckpunkte bei Zusam- menarbeit erständig. Die CMA stellt in den nächsten drei Jahren für die Einfüh- rung des Öko-Prüfzeichens 5 Mio DM und der Freistaat Sachsen 1 Mio DM be- reit. Das Prüfzeichen steht für die Her- kunft der Erzeugnisse aus ökologischer Landwirtschaft. Die Vergabe des Zei- chens erfolgt nach den AGÖL- Rahmenrichtlinien, AGÖL-Ver- arbeiterrichtlinien und der EU- Verordnung über den ökolo- gischen Landbau. Das Öko- Prüfzeichen wird zusätzlich

zu den bereits am Markt vorhandenen Zeichen verwandt Das Prüfzeichen kann für landwirtschaftliche Rohwaren und ebenso für verarbeitete Erzeugnisse aus ökologischer Landwirtschaft verwendet werden. Es ist als Instrument gedacht, eine grundsätzlich interessierte, aber bis- weilen skeptische Verbrauchergruppe zu gewinnen. Ein einheitliches Zeichen ist ein Schritt zu mehr Anonymität und Aus- tauschbarkeit der Erzeuger - dies in Zei- ten, in denen "Herkunft" als Kaufargu- ment immer mehr an Bedeutung ge- winnt. Das Prüfzeichen dient allen- falls den Lebensmittelketten und kurbelt die Rationalisierung an.

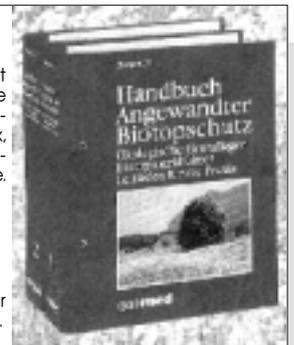
www.soel.de und Unabhängige Bauernstimme 3/99

## Der Tip:

Handbuch Angewandter Biotopschutz - dick und recht teuer ist es, aber das lohnt sich auch. Umfangreiche Sammlung für den praktischen Biotopschutz, mit ökologi- schen Grundlagen, Kartierungs- und Planungsmethodik, Durch- und Umsetzung einschl. Rechtsfragen und Finan- zierungstips, Kartierungsbögen, Gesetze und Beispiele. Die Loseblattsammlung wird halbjährlich aktualisiert.

Ca. 1100 S., in 2 farbigen Ordnern ... für 178 DM (bei Abo der Nachlieferungen)  
ISBN 3-609-75490-7. Autor: Jörg Bergstedt.

Schnäppchen: Die zentralen Kapitel in einem Heft für 30 DM beim Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.



## Bauernunruhe in China

Bauern machen ernst gegen Unrecht und Korruption in China. In manchen Regionen haben Tausende von Bauern demonstriert und wurden durch massive Polizei-Einsätze von einem Marsch in die Städte abgehalten. Bei Schlachten mit der Polizei wurden hundert Bauern verletzt, 80 inhaftiert und sogar ein Bauer getötet. Der Widerstand richtet sich vor allem gegen lokale Funktionäre, die will- kürlich hohe Zusatz-Abgaben verlangten, Pachtland wegnehmen und widerspensti-

ge Bauern mißhandelten. Nach Auflö- sung der Volkskommunen erhielt jede Familie 0,6 ha Land. Von der Ernte muß ca. 1/3 zu Niedrigpreisen an den Staat abgeliefert werden, der Rest kann frei ver- kauft werden. Die Erlöse der Bauern rei- chen nur zum Allernotwendigsten - für Krankenversicherung, Kauf von Maschi- nen, Baumaterial oder hochwertigem Saatgut bleibt nichts übrig.

Unabhängige Bauernstimme 3/99

## Ökologischer Landbau bezieht Stellung zur Agenda 2000

Die deutschsprachigen IFOAM-Region- algruppen (International Federation of Organic Agriculture Movements) bezie- hen Stellung zur Agenda 2000. IFOAM fordert, daß in den Mitgliedstaaten Akti- onsprogramme zur Förderung des ökolo- gischen Landbaus eingerichtet werden. Förderbereiche mit geringer Umweltwir- kung wie beispielsweise integrierte Pro- duktion sollten aus den Agrarumweltpro- grammen herausgenommen werden. Außerdem sollte in der Agenda 2000 verankert werden, daß der ökologische Landbau auch in Zukunft ohne Gentechnik wirtschaften kann. Dafür müssen

ökologische Züchtung und die Herstel- lung ökologischer Betriebsmittel finazi- ell unterstützt werden. Insgesamt wurden die Agenda 2000-Vorschläge als halb- herzig bewertet. Mit der Umsetzung der Agenda 2000 geraten auch die Preise für Ökoprodukte verstärkt unter Druck. Jedoch erbringt der ökologische Lan- bau gesellschaftliche Leistungen in Form von Umwelt- und Ressourcenschutz, die auch zukünftig durch staatliche Transfer- zahlungen honoriert werden müssen.

www.soel.de der Stiftung Ökologie & Landbau



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

● Kurz notiert



### Großfusion beim Biogetreide

"Der zunehmenden Internationalisierung der Warenströme" haben die Vermarktungsgesellschaft Bioland Schleswig-Holstein GmbH & Co KG und die Erzeugergemeinschaft Biokorntakt GmbH Rechnung getragen und fusionierten zur Bio-Produkt-Nord-Ost OHG mit 20.000t ökologisch erzeugtem Speise- und Futtergetreide aus 120 schleswig-holsteinischen, niedersächsischen und brandenburgischen Betrieben. In der Vermarktungsgesellschaft Bioland Schleswig-Holstein war bereits der Getreidevermarkter der niedersächsischen Bioland Nord GmbH aufgegangen.

Bauernstimme 1/99

### Bruno Fischer von De-Vau-Ge übernommen

Die Naturkostfirma Bruno Fischer wurde von dem Lüneburger Reformwarenhersteller De-Vau-Ge Gesundheitswerk GmbH übernommen. Nach Angaben von Bruno Fischer waren keine wirtschaftlichen Zwänge ausschlaggebend. "Den Ausverkauf der Branche" befürchtet allerdings Susanne Schöning Geschäftsführerin von Zwergenwiese. De-Vau-Ge hat mit der Neufarm-Marke granoVita in der Reformbranche einen Marktanteil von rund 10%, die bereits 1998 Martin Evers Naturkost aufgekauft hatte. Neben dem damit weiter fortschreitenden Konzentrationsprozessen in der Naturwarenbranche "nervt" auch die Nähe von De-Vau-Ge zu der Religiösen Sekte "Gemeinschaft der Siebenten-Tages-Adventisten"

[www.fau.org/FAU/Kaffee/kaf\\_006.html](http://www.fau.org/FAU/Kaffee/kaf_006.html), Unabhängige Bauernstimme 2/99

### Nordmilch durch Großfusion

Nach einer Großfusion entsteht eines der 15 weltweit größten Molkereiunternehmen in Norddeutschland. Im Juni dieses Jahres soll rückwirkend zum 1.1.99 der Fusionsvertrag der 5 Molkefirmen für das neue Unternehmen Nordmilch eG unterzeichnet werden. Bisher arbeiten in den 17 Betriebsstätten 4.000 Menschen. In Niedersachsen wird derzeit um die Bio-Molkerei Extertal-Hamel eG gebangt. Hameln ist mittlerweile die einzige größere Molkerei in Niedersachsen, die Biomilch getrennt verarbeitet, nachdem die Wendlandkooperative im April 98 von der Wendland-Milch eG in Lüchow nach Hameln gewechselt ist. 1997 hatten sich die Molkereigenenschaften Extertal und Hameln zusammengeschlossen und bereiten jetzt eine Fusion mit der Humana Milchunion vor. Das Werk Hameln wird vermutlich geschlossen, die Biomilch in Extertal und die überschüssige Milch im Humana-Werk Herford zu Bio-Milchpulver verarbeitet.

Bauernstimme 2 und 4/99

### Pestizide belasten Bauernkinder

Eine Studie, die in der Zeitschrift des National Institut of Environmental Health Science (USA) vorgestellt wurde, zeigt, daß Kinder deren Eltern auf einem landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten und deren Wohnung sich in unmittelbarer Nähe zu landwirtschaftlich genutzten Flächen befinden, einem erhöhten Risiko der Belastung mit Pestiziden ausgesetzt sind. Im Hausstaub von Vergleichsfamilien wurden wesentlich weniger Pestizidrückstände gefunden. Eine beträchtliche Menge von Pestiziden können sich im Hausstaub von Haushalten in ländlichen Regionen anreichern: Der Innenraumstaub enthält sehr viel mehr Pestizidrückstände als Bodenproben außerhalb des Hauses.

Ökologie & Landbau 2/99

### Pestizidverbrauch steigt

Nachdem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft der EU zurückgegangen war, hat er 1996 wieder zugenommen. Die kürzlich von dem Statistischen Amt der Gemeinschaften veröffentlichten Zahlen zeigen, daß Belgien und die Niederlande den höchsten Verbrauch bezogen auf die Anbaufläche hatten. Die belgische Landwirtschaft hat mehr als 12 kg Pestizide je Hektar Anbaufläche verbraucht, die Niederlande liegen noch über 10 kg. Weit dahinter folgen Großbritannien mit knapp 6 kg gefolgt von den andern Staaten. In den Jahren 1991 bis 1996 war der Verkauf von Pestiziden vor allem in denjenigen EU-Ländern zurückgegangen, die konsequente Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Anwendung verabschiedet hatten: Finnland, die Niederlande, Dänemark und Schweden.

[www.soel.de](http://www.soel.de)

### Insektizide machen Schafzüchter depressiv

Tausende von Schafzüchtern in Großbritannien leiden unter schweren Depressionen, Gedächtnisschwäche und Schlaflosigkeit. Ursache sind offenbar chemische Mittel, mit denen sie ihre Schafe gegen Parasitenbefall behandeln. Möglicherweise beeinträchtigen in den Insektiziden enthaltene sogenannte Organophosphate das menschliche Gehirn und lösen die Leiden aus. Bislang könne den Betroffenen medizinisch nicht ausreichend geholfen werden, da es unklar sei, wie die richtige Behandlung aussehen solle.

[www.soel.de](http://www.soel.de) aus New Scientist



## Institut für Ökologie



**Unsere Spezialitäten:**  
**Umfassende Gutachten und Konzepte, in denen die verschiedenen Umweltbereiche verknüpft werden.**

**Zum Beispiel für:**  
**Gemeinden**  
**Kirchengemeinden**  
**Firmen**  
**Verbände und Vereine**  
**LandwirInnen**  
**und viele andere**

Außerdem: Beratung für Umweltgruppen, Vorträge und Seminare. Veröffentlichungen. Umweltbildung. Gegen 2.20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Angebote zu.

Institut für Ökologie  
 Turmstr. 14 A  
 23843 Bad Oldesloe



Weitere Informationen im Internet unter: [www.soel.de/aktuell](http://www.soel.de/aktuell)

## Termine

17. & 18.6. in Eichenhof/ Rommersheim (RLP)  
**Die Ackerkratzdistel - "Problemunkraut" im Ökolandbau? & Ökologische Bodenbewirtschaftung**  
 Seminar mit Vorträgen, Feldbegehung und Maschinendemonstration. Stiftung Ökologie & Landbau, Ulrich Hampl, 06322-8666

19.- 20.6. in Neumünster  
**Ökwein in Theorie und Praxis**  
 Akademie für Natur und Umwelt, 04321-9071-0

22.- 23.6. in Schöntal/Jagsttal  
**Regionalentwicklung für Natur und Landschaft**  
 Perspektiven und Erfahrungen in der Regionalvermarktung  
 Fritz-Gerhard Link, Akademie für Natur- und Umweltschutz, 0711-126-2816

12.- 17.7. in Stücken  
**Heuemie mit Zugpferdeinsatz**  
 Erich Degreif, 033204-356-48

18.-23.7. in St. Gallen  
 7. Europäischer Vegetariarkongreß  
 European Vegetarian Union, Bluettschwitzerweg 5, CH-9443 Widau/ St. Gallen

11.- 13.8. in Grünberg /HES  
**Ökologischer Zierpflanzenanbau**  
 Seminar  
 Ulrike Fischer, 06441-9289256

Ab September in Bad Filbel  
**Weiterbildungsjahr im Biologisch-Dynamischen Landbau**  
 für GärtnerInnen und Landwirte  
 Landbauschule Doffenfelder Hof, 06101-529618





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

**42** Sommer '99  
• Kurz notiert



**Theremedaktion  
"Politik von unten"**

Jörg Bergstedt  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen-Saasen  
Tel. 0171/8348430 und  
06401/90328-3, Fax -5  
projektwerkstatt\_sa@  
apgw.net

## Europäisches Demokratiennetzwerk

Unter dem Titel ICC ("Inter Citizen's Conference") wurde 1995 ein Verband gegründet, dem zur Zeit 35 Nichtregierungs-Organisationen aus 10 Ländern angehören. Aus Deutschland sind die Stiftung Mitarbeit, die Humanistische Union und Mehr Demokratie e.V. dabei.

Der Name lehnt sich bewußt an die Namensgebung ICC = Inter Governmental Conferences an, um der Regierungsseite ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Die Koordination des Netzwerkes liegt zur Zeit bei Mehr Demokratie in Berlin.

Nähere Informationen: ICC, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, 030/2045-3190, Fax -5857.



## Zukunftsdebatte bei Mehr Demokratie

Recht frühzeitig beginnt bei Mehr Demokratie e.V. eine Zukunftsdebatte für die Zeit nach der Durchsetzung des bundesweiten Volksentscheids als Mittel demokratischer Abstimmungen. Als Idee wurde jetzt die Umwandlung in eine Stiftung vorgestellt – das Ganze wurde für das Jahr 2003 (!) abgeschätzt.

Mehr Infos: Zeitschrift für Direkte Demokratie 1/99

## Neue Mehr-Demokratie- Landesverbände

In Sachsen und Schleswig-Holstein gibt es neue Adresse und Zusammenschlüsse. Während der sächsische Verband bereits am 10. Oktober gegründet wurde, steht die in Schleswig-Holstein für den 29.5. an, also kurz nach Druck der "Ö-Punkte".

Kontaktadressen sind:

Sachsen: Karsten Speck, Platanenstr. 6, 04457 Mölkau, Tel./Fax 0341/6515154

Schleswig-Holstein: Michael Efler, Büro Hamburg, Zirkusweg 11, 20359 Hamburg, 040/3176910-00, Fax -28.

## Kein AusländerInnen-Abstimmrecht

Auf der Frankfurter Bundes-Delegiertenversammlung von Mehr Demokratie e.V. wurde der Vorschlag, auch das Abstimmrecht für AusländerInnen bei der Volksinitiative zu berücksichtigen, verworfen. Damit wird der Vorschlag für die Einführung eines Volksbegehrens in Deutschland die auch für das normale Wahlrecht typische Zweiteilung in Wahlberechtigte und Nicht-Wahlberechtigte enthalten.



## Zeitschriftenschau

mitarbeiten 1/99  
• Bürgerstiftungen (S. 1+2)  
• Von der Erwerbs- zur  
Tätigkeitsgesellschaft  
(S. 3)

zeitschrift für direkte  
demokratie 1/99  
• Zukunft von Mehr  
Demokratie? (S. 4-5)  
• Rot-grün (S. 6-7)  
• Berichte von  
Entscheiden  
(International, S. 13-17)  
• Berliner Senat lehnt  
Volksinitiative ab (S. 18+19)  
• CSU führt Klauseln ein  
(S.20+21)  
• Die sanfte Revolution  
der Bürgerbewegungen  
(S. 27-30)

Rundbrief  
Bürgerbeteiligung 1/99  
• Berichte aus versch.  
projekten  
• Agenda-Arbeit  
• Expo als  
Bürgerbeteiligung  
• Bürgergesellschaft  
Regionen der Zukunft

## Berichte von Entscheiden

# Der Appetit kommt beim Essen?

Der Blick auf die Erfahrungen mit BürgerInnenentscheiden ist weiterhin das beste Werbemittel für dieses Instrument. Während oft Kritik geäußert wird, daß Volksabstimmungen (rechte) populistische Positionen stärken könnten, zeigt sich in der Praxis das Gegenteil: Aufgrund der meist intensiven Diskussion setzen sich Argumente gegen Parolen und gezielt geschürte Ängste durch. Besser als dort, wo am Ende Parlamente oder undurchsichtige Machtkreise entscheiden, kann bei Entscheiden eine breite Debatte einganggesetzt werden und sich so auch politische Meinung bilden.

## BürgerInnenbegehren gegen Fixerstuben vor dem Scheitern

Die Ö-Punkte 1/99 berichteten über die drei Verfahren in Hamburg. Während sich eines durch das finanzielle Aus der Einrichtung erledigt hat, hat ein anderes Begehren die notwendige Unterschriftenzahl nicht zusammenbekommen. Und auch beim dritten ist diese nur knapp überschritten worden, so daß durch doppelte Eintragungen und ungültige Unterschriften auch hier das Ende noch vor der Abstimmung eintreten kann.

## Rettet das Elbufer

Die BürgerInneninitiative ist in der Endphase des Unterschriftensammelns, mit dem nicht nur der Vorschlag der Investoren zum Altonaer Holzhafen abgelehnt werden soll. Die BürgerInnen haben eine eigene Alternativplanung vorgelegt und werben für diese unter anderem mit einem großen Modell. Auch hier hat die Möglichkeit eines Entscheids eine breitere öffentliche Debatte bewirkt.

## Aids-Hilfe für männliche Prostituierte

Heiß umstritten war die Idee der Stadt Zürich für eine Kampagne zur Aids-Auf-

klärung. Jetzt sprachen sich die BürgerInnen mehrheitlich für das "Stricherprojekt Herrmann" aus, mit dem männliche Prostituierte über die Aids-Gefahren aufgeklärt werden sollen. Damit verlor die (rechte) populistische Position.

## Puerto Rico bleibt außerhalb der USA

Zum dritten Mal lehnten die BürgerInnen der Karibikinsel ihren völligen Anschluß an die USA ab.

## Keine weitere Liberalisierung der Drogenpolitik

Abgelehnt haben die SchweizerInnen mit 73,9 Prozent das Volksbegehren "Für eine vernünftige Drogenpolitik". Hier setzte sich die konservative Linie durch – was im parlamentarischen Raum jedoch auch der Fall gewesen wäre.

## Ocean Park nicht gestoppt!

In Bremerhaven sollte der teure Freizeitpark per BürgerInnenentscheid gestoppt werden. Bei der Abstimmung beteiligten sich 49,2 Prozent der Stimmberechtigten, davon votierten 56 Prozent für den Park. Das reichte nicht, um die Zustimmungsklausel von 30 Prozent zu

überspringen. Für die parkbefürwortenden PolitikerInnen jedoch reichte dieses Votum. Sie fühlten sich bestätigt, der Park soll gebaut werden.

## BürgerInnen-Aus für FRM in Garching

Eine hauchdünne Mehrheit der Garchinger BürgerInnen votierte gegen den Atom-Forschungsreaktor in ihrer Stadt – und zeigten damit, daß auch hier eine öffentliche Debatte Meinungen verändern kann, die Überlegenheit der mit Bestechungs- und PR-Geldern ausgestatteten Atomlobby einbrechen kann. Leider ist der Beschluß wenig wirksam, da die Stadt nur begrenzte Kompetenzen hat.

## Schuldenabbau in München

Die Initiative, die einen Plan zur Entschuldung von Münschen vorschlägt, hat inzwischen die Unterschriften gesammelt. Voraussichtlich im Juni soll abgestimmt werden. Das Begehren ist ein ungewöhnlicher Vorgang: Erstmals mischen sich BürgerInnen konsequent in das komplexe Thema der Buchhaltung einer Gemeinde ein – sicher ein Entscheid mit Signalwirkung.





### Berliner Senat lehnt Volksentscheide ab

Am 2. Februar hat der Berliner Senat auf Empfehlung des Innensenators Eckhardt Werthebach den vorgelegten Gesetzentwurf zum landesweiten Bürgerentscheid als verfassungswidrig abgelehnt. Streitpunkt ist ein Artikel in der Berliner Verfassung, der Volksbegehren zur Verfassung verbietet. Damit ist das alleinige Entscheidungsrecht des Parlamentes gesichert einschließlich der Frage, dieses nur selbst in Frage stellen zu können. Mehr Demokratie hatte deshalb per Entscheidung einen Diskussionsprozeß erzwingen wollen, damit die Regierung über Öffentlichkeitsarbeit zu einer Debatte über Volksabstimmungen gezwungen werden sollte. Nach der Ablehnung werden sich nun wohl Gerichte mit der Angelegenheit befassen müssen.

### Bundesregierung vergißt Versprechen

Die Einführung des Volksentscheids ist in den Koalitionsvereinbarungen der rot-grünen Bundesregierung festgelegt worden – unter Jubel der dafür streitenden Organisationen. Doch die Koalitionsvereinbarung verkommt immer mehr zu einer Liste, was alles nicht geschehen wird. So hat Außenminister und Grünen-Boß Joschka Fischer jetzt die Zurückstellung dieses Volksentscheids gefordert.



## Rechter und neoliberaler Einfluß auf Demokratiebewegung?



Vom Mehr-Demokratie-Büro in Hamburg aus wird das bundesweite Aktionsbündnis für das geplante Volksbegehren "Mehr Demokratie in Deutschland" vorbereitet. In der noch kurzen UnterstützerInnen-Liste finden sich neben Bürgerrechtsgruppen vor allem die neoliberale ASU (Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmen, die seit Anfang der 90er Jahre massive politische Lobbyarbeit für den Abbau von Beteiligungsrechten betreiben) sowie mehrere (!) rechte Organisationen: Zum einen zwei freiwirtschaftliche Gruppen, nämlich die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) und die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO). Beide berufen sich auf die Lehren des Rassisten Silvio Gesell, propagieren neoliberale Wirtschaftsansätze (Frei(!)wirtschaft) und haben auch heute noch enge Kontakte zu rechten Parteien und Einrichtungen. Zum zweiten sind die Jungen Ökologen, die Jugendorganisation der ÖDP, mit im Mehr-Demokratie-Boot.

Auch die STATT-Partei und die Jungen Liberalen (Jugendorganisation der F.D.P.)

### Bürgerbeteiligungs-ProtagonistInnen pro Expo!

Seit Jahren nähert sich die Bürgerrechtsbewegung immer mehr den Herrschenden an. Die auf bundesweiten Treffen immer in vorderster Linie auftretenden VertreterInnen der Akademie für Technologiefolgeabschätzung in Baden-Württemberg haben nun begonnen, Öffentlichkeitsarbeit für die Expo 2000 zu machen. Obwohl die Weltausstellung selbst eine krasse Symbolik für antidemokratische Zukunftsmodelle bieten, schrieben Ortwin Renn, Anja Knaus und Hans Kastenholz an dem Expo-Werbebuch "Agenda 21" (Hrsg.: Expo-Chefin Birgit Breuel, Verlag: Campus) mit. Unter den AutorInnen finden sich zudem Martin Jänicke, Günter Altner und weitere, die den Schulteranschluß zwischen BürgerrechtlerInnen und Kapital zeigen. Auch im Rundbrief Bürgerbeteiligung kommt die Expo zu Wort.

### Internet-Zensur?

EU und Bundesregierung planen seit einiger Zeit die Kontrolle über das Internet – offenbar ist es für PolitikerInnen schwer erträglich, daß es Medien gibt, die sich komplett ihrer Kontrolle entziehen. Mit neuen Regelungen soll das vollständige Überwachen ("Abhören") von Internet-Verbindungen ermöglicht werden. Verschlüsselung würde verboten.

ComLink News 3/1999

### Transrapid: 123.000 Unterschriften ohne Wirkung?

Die Berliner ParlamentarierInnen sehen mehrheitlich keinen Grund, über den Transrapid neu nachzudenken. Nur Grüne und PDS stimmten dem Ansinnen der Volksinitiative gegen den Transrapid zu, obwohl einige SPDlerInnen sogar mit Unterschriften gesammelt hatten, nun aber im Abgeordnetenhaus gegen ihr eigenes Anliegen stimmten.

Da es in Berlin keine Möglichkeiten zum Volksentscheid gibt, sind die Rechtsmittel mit dieser Volksinitiative ausgeschöpft. Der Transrapid kann damit nur noch an wirtschaftlichen Fragen oder politischen Mehrheitsänderungen scheitern.

### Bayern: CSU führt Quorum ein

Nachdem das bayrische Verfassungsgericht den 1995 mehrheitlich von den BürgerInnen abgestimmten Volksentscheid aufgehoben hatte, führte jetzt die CSU eine Neuregelung ein, nach der auch in Bayern in Zukunft eine Mindestwahlbeteiligung erreicht werden muß. Dabei hatte in der Vergangenheit die Beteiligung durchschnittlich über 50 Prozent gelegen, war also überraschend hoch und auch konstant.

Mit der Einführung von Quoren werden vor allem Manipulationsmöglichkeiten geschaffen. Wer einen Entscheid verhindern will, stimmt künftig nicht mehr mit "Nein", sondern ruft zum Boykott auf oder verhindert eine öffentliche Werbung für die Abstimmung, legt diese zeitlich in die Sommerferien usw. Quoren bieten vor allem Möglichkeiten für politische Tricks, sie sind, keine Stärkung der Demokratie. Mehr Demokratie in Bayern will einen neuen Volksentscheid darüber einbringen, wie das Abstimmungsrecht in Bayern künftig geregelt werden soll.

Mehr Demokratie, Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München, 089/8211-774, Fax -176

**Ö-termine**

25. Juni in Bremen  
Symposium "Volksentscheide"  
**Politische Erfahrungen und rechtliche Möglichkeiten**  
Info: Mehr Demokratie, 0421/24217-8, Fax -2

25.-27. Juni in Bergneustadt  
**Tagung "Initiativ werden für mehr Demokratie"**  
(Open Space)  
Mehr Demokratie, 0234/973020-6, Fax -7

3./4.7. in Frankfurt  
**Bundesvorstand Mehr Demokratie**  
(offen auch für Nicht-Mitglieder)  
Info: Bundesbüro, 089/8211774

30.7. bis 8.8. nahe Hannover  
**Anarchistisches Sommercamp**  
Inhaltliche Auseinandersetzungen zur Anarchie als Reinstform der Gesellschaft von unten  
Info: 0531/82909, Fax 896677

26.-28. November in Loccum  
**Bundestagung "Modelle der lokalen Bürgerbeteiligung"**  
Stiftung Mitarbeit, 0228/60424-14, Fax -22

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

● Kurz notiert

43



### Materialien

Im Sommer wird das Institut für Ökologie, Fachbereich "Politik und Wirtschaft" ein Positionspapier zur Direkten Demokratie einschließlich der Kritik an anti-emanzipatorischen Ausformungen vorlegen.

Bezug gegen 3 DM in Briefmarken beim Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe.

Außerdem dort zu bekommen:

direkte demokratie  
Broschüre zu Hintergründen, Verfahren usw. – grün geeignet für PraktikerInnen  
A4, 5 DM.

Ö-Punkte mit Schwerpunkt "Direkte Demokratie" (Heft 2/1998)  
Praxistips und Beispiele  
A4, 5 DM

Aktionsmappe Umwelt  
Praxisleitfäden, u.a. auch zu Beteiligungsrechten usw.  
A4-Ordner, 29,80 DM

Reader "Politik von unten"  
Material- und Textsammlung zum Thema  
A4, 12 DM





Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

44

Sommer '99

• Kurz  
notiert



Themenredaktion  
"Radikal leben"

Nicht besetzt.

Wer hat Lust, regelmäßig  
aus Häusern, politischen  
Kommunen oder von  
Wagenplätzen zu  
berichten? Von reisenden  
Projekten oder solchen im  
Aufbau?

Wir freuen uns, wenn das  
mal jemand übernimmt ...  
oder gerne auch ein paar  
zusammen.

Diesmal stellte Jörg  
Bergstedt diese Seite  
zusammen.



## Neue Ideen, neues Treffen

Der Begriff "FreiRäume" steht inzwischen für mehreres. Im Mittelpunkt steht eine politische Idee – nämlich Räume zu schaffen, die möglichst frei sind von staatlichen und ökonomischen Zwängen und die sich als offensive Alternative (also nicht als Rückzugsidylle) zu der realen Gesellschaft begreifen. Solche FreiRäume können Infoläden, Projektwerkstätten, Wagenplätze, besetzte Häuser oder politische Kommunen sein.

## FreiRäume-Austauschtreffen

Am 1. August soll es auf dem A-Camp (nahe Hannover) zu einem bundesweiten Treffen aller Zentren, Infoläden, Wagenplätze und Kommunen kommen, die sich als politische FreiRäume begreifen, d.h. bewußt aus der Normalität dieser Gesellschaft ausscheren, um alternative und autonome Strukturen aufzubauen, gleichzeitig aber die offene Auseinandersetzung mit den herrschenden Strukturen suchen. Das Treffen beginnt um 11 Uhr (Anreise am Tag vorher kein Problem). Das A-Camp dauert vom 30.7. bis 8.8. und bietet

noch allerhand andere spannende Inhalte (Anti-Expo-Vernetzung, Diskussion um "Umweltschutz von unten" usw.).

## Gießener Infoläden auf Raumsuche

Vorbei soll es sein mit der Südanlage, dem langjährigen Treffpunkt autonomer Gruppen in Gießen. Der Infoladen und die WGs im Vorderhaus müssen nun nach neuen Orten suchen. Dabei konzentrieren sie sich auf die Öffentlichkeitsarbeit, um zu erreichen, daß ihnen neue Möglichkeiten angeboten werden. In Frage kommen nur zentral gelegene Gebäude, um weiterhin in der Gießener Stadtpolitik spürbar zu sein. Zur Zeit ist der Infoladen Treffpunkt verschiedener Gruppen wie der Antifa und der Roten Hilfe sowie etlicher Cafe (FrauenLesben, Schwule, Antifa) und der Volkküche am Freitagabend.

Kontakt: Infoladen Gießen, Südanlage  
20 HH, 35390 Gießen,  
0641/75112.

Hinweis: Auch der  
Bauwagenplatz in  
Gießen (Schlangen-  
zahl) sucht ein  
neues Domizil.



## Stiftung in Vorbereitung

# FreiRäume sichern!

Noch immer im Gründungsprozeß ist eine Stiftung, deren Ziel es sein soll, Eigentum zu sichern für politische Projekte und die sich als FreiRäume begreifen – also besetzte Häuser, Plätze, Zentren oder Kommunen.

Der einfache Trick: Die Stiftung wird Rechtsträgerin (also z.B. Eigentümerin der Flächen oder Gebäude) und schließt mit der Gruppe, die dort wohnt oder agiert, einen Autonomievertrag ab. Der muß hieb- und stichfest sein, damit die Stiftung keinerlei Mitspracherecht hat ... mit einer Ausnahme: Eine Privatisierung, Kommerzialisierung oder staatsabhängige Arbeitsform ist in den öffentlichen Räumen des jeweiligen Projektes, die im Autonomievertrag festgeschrieben werden, nicht ohne Zustimmung der Stiftung möglich. So soll verhindert werden, daß ständig politische Räume reprivatisiert werden. Menschen und Projekte, die an dieser Diskussion mitwirken wollen, sind herzlich dazu eingeladen. Zudem können sich alle Projekte schon mal melden, die eine solche eigentumsrechtliche Absicherung suchen.

Es wäre schön, wenn es möglichst bald ein paar erste Projekte gibt, für die ganz besondere Absicherungen in Sachen Autonomie der jeweiligen AkteurInnen vor Ort gefunden werden müssen, da es zunächst eine Ausprobierphase geben wird. Denn: Nichts darf geschehen, das die Autonomie der Handelnden in Frage stellt. Zentralisierung hat diese Gesellschaft genug. Die Stiftung muß so arbeiten, daß sie keinerlei Koordinations- und Kontrollfunktion hat – mit der Ausnahme, Privatisierung politischer Räume zu verhindern.

Kontakt: FreiRäume, c/o Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe. Info: Der Perspektiven-Rundbrief Nr. 4 enthält das Konzept der Stiftung. Er kann gegen 6 DM in Briefmarken bezogen werden.

## Leipzig: Auftaktfete in der Gießer Straße

Der Projektstart ist erfolgt – Ende April feierten einige Hundert Leute inmitten des alten Industriestadtteils Plagwitz ein Wochenende lang, um einen der Industriekomplexe in die eigene Hand zu nehmen. Schon seit einigen Tagen wohnen ca. 20 Menschen in einem Gebäudeteil, die anderen wurden während der Fete für Ausstellungen, Auftritte von Bands oder Cafe genutzt. Vor allem die Ausstellung zeigte: Hier kommen Leute zusammen, die eine politische Praxis haben und nicht eine Lebensidylle inmitten der Großstadt suchen. Selbst während des Einweihungsfestes gab es immer wieder Diskussionen über die Neigung solcher Projekte zu Elitenbildung, Etablierung oder Kommerzialisierung. Insofern kann das Leipziger Projekt auch als spannender Modellfall gesehen werden.

Nach etlichen Jahren ausschließlicher Orientierung an "Schöner Wohnen" in der Alternativ-Leben-Szene der Republik startet mal wieder ein Versuch, von dem aus politische Veränderung ausgehen soll. Ob das gelingt oder nur eine neue Befriedungseinrichtung für ehemals radikale Gruppen entsteht, wird sich zeigen.

Die Größe des Gebietes ist beachtlich. Neben Wohnhäusern sind Kulturstätten und politische Arbeitsräume geplant. Verschiedene Teilgruppen wollen sich um die einzelnen Bereiche kümmern. Der Ausbau soll Stück für Stück und weitgehend aus eigener Kraft erfolgen – ein durchaus nicht unumstrittener Punkt, denn es gibt auch die Möglichkeit zu Krediten und den Druck der Stadt zu schnellem und z.T. teurem Ausbau, denn der Stadtteil, in dem das Gelände liegt, soll zu einem Vorzeigeprojekt für Leipzig werden, das auch auf der Expo 2000 präsentiert wird. Inmitten davon liegt nun die Gießer Straße, eine spannende Situation. Vielleicht entsteht hier der Gegenentwurf zu den kommerzialisiert-angepaßten Anders-leben-Projekten der Marken Verden, Groß Chüden, UFA oder Niederkaufungen.

Kontakt: Verein zur Stadtteillförderung (einen festen Namen hat das Projekt noch nicht), Gießer Str. 16, Leipzig.

## FrauenLesben-Kommune geplant

Folgender Text erreichte die Ö-Punkte: "Wir sind fünf FrauenLesben zwischen 26 und 35 Jahren alt und ein Kind, 3 Jahre jung. Wir wollen kein Haus, kein Äffchen und kein Pferd, sondern wir wollen ein FrauenLesbenhofprojekt und suchen noch interessierte Frauen und Kinder." Im weiteren wird ausgeführt, daß "keine idyllische Linse auf dem Land" geschaffen werden soll, sondern eine mögliche politische Praxis immer wieder diskutiert wird. Bei den konkreten Vorstellungen sieht es aber im Text etwas anders aus: "Es soll ein Lebens-&Arbeitsprojekt werden. Arbeitsbereiche wä-





ren z.B. Garten, Kinder, Tischlerei, Baukollektiv, Küche&Backstube, Fahrradwerkstatt, Erfinderinnenwerkstatt, Tagungshaus". Benannt werden zudem die Nähe zu einer Stadt, um dort in politischen Strukturen mitwirken zu können, sowie Cafe, Infoladen und Bibliothek – die Klassiker des Anders-Leben also. Definitiv abgelehnt wird die Tierhaltung: "Wir möchten entgegen dem Bild vom schönen Landleben keine Nutztierhaltung, da z.B. Zucht immer das Töten unnützer Jungtiere beinhaltet". Der Hof soll möglichst ökologisch und rollgerecht ausgebaut werden. *Kontakt: FrauenLesben-Projektgruppe, c/o Mafalda, Kreuzstr. 29, 28203 Bremen.*

**Projektwerkstatt Saasen**

Es gibt sie, es gibt sie nicht, es gibt sie, es ... – so oder ähnlich könnten die letzten Monate beschrieben werden. Das seit 1993 bestehende Projekt wollte sich immer bewußt unterscheiden von den vielen eher entpolitisiert wirkenden Gemeinschaften und selbst politisch radikal arbeiten. Zudem war und ist es eine einmalige Mischung aus autonom-radikaler Politik und ökologischem Leben. Das jedoch hat die ursprüngliche WG nur eine Zeit lang überstanden, dann setzte eine zermürende Debatte über Etablierung,

Radikalität usw. ein. Inzwischen steht das Haus meist leer und eine einmalige Substanz (Gebäude und Ausstattung mit Tagungshaus, Arbeitsräumen, Wohnhaus usw.) könnte verlorengehen. Zur Zeit gibt es eine InteressentInnengruppen vor allem mit Interesse im Bildungsbereich sowie einige Einzelpersonen aus dem autonom-radikalen Spektrum, die sich überlegen, das Projekt zu übernehmen. Alles ist noch unsicher, daher ist jetzt die richtige Zeit für vorhandene Gruppen, die etwas aufbauen wollen, oder auch Einzelpersonen, die etwas suchen, sich zu melden.

*Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/903823 oder 0171/8348430.*

**Dieser Rubrik fehlt es an allem ...**



Es ist schade, daß nur ganz wenige Projekte Berichte an die "Ö-Punkte" geschickt haben. Dazu kommt, daß es noch gar keine feste Themenredaktion gibt – viel Grund also, einiges zu verbessern. Wer in diese Redaktion einsteigen will, um regelmäßig aus politischen Lebensgemeinschaften und laufenden Diskussionen zu berichten, sollte sich an die Ö-Punkte wenden.

**Ö-termine**

11.-13. Juni, 27.-29. August und 1.-3. Oktober in Niederkaufungen  
**Anders leben - anders arbeiten**  
 Seminar zum Leben in der Kommune  
 Info: Tagungs- und Begegnungshaus, 05605/8007-30, Fax -40

9.-11. Juli in Steyerberg  
 24.-26. September in Hausen (Schwarzwald)  
**Gemeinschaftssuche/-gründung**  
 Seminare zur Motivation und Umsetzung von Anders-leben-Projekten ... allerdings spirituell orientiert sowie für unpolitische Idyllen.  
 Info: Ökodorf-Institut, 07622/671322

12.-16. Juli in Soest  
**Bauwoche im Anders-leben-Projekt**  
 16.-18. Juli in Soest  
**Anders-leben-Seminar**  
 Hintereinander finden zwei Veranstaltungen im seit zwei Jahren bestehenden Projekt statt. Dabei werden Mitarbeit und Theorie verbunden.  
 Kontakt: WG Feldmühle, 59494 Soest, 02921/341001

1. August nahe Hannover (auf dem A-Camp)  
**FreiRäume-Vernetzungstreffen**  
 Austausch und Absprache konkreter Aktionen (gegenseitiger Hilfe, Freiräume-Stiftung) zwischen politischen Zentren und politischen Wohnprojekten. Diskutiert werden soll auch über die kniffligen Punkte, z.B. Elitenbildung, finanzielle Abhängigkeiten, Rechtsformen usw.  
 Info: 0171/8348430

**Ö-punkte**  
 Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

● Kurz notiert

**45**

**Anzeigen**

Die "Ö-Punkte" erreichen ca. 12.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und UmweltberaterInnen.

Das ist eine einmalige Sache – Mediadaten schicken wir gern auf Wunsch zu.

Wer hier inseriert, erreicht die, die mit den "Ö-Punkten" arbeiten und wiederum viele andere erreichen.

Ö-Punkte  
 Ludwigstr. 11  
 35447 Reiskirchen

- ..... **Aktionsmappe Umwelt**  
29,80 DM
- ..... **Jugendaktionsmappe Umwelt**  
24,80 DM
- ..... **Naturerlebnismappe**  
24,80 DM
- ..... **Alle Mappen zusammen**  
Gesamtpreis 60 DM  
(jeweils plus Versandkosten)





Der Infodienst für  
UmweltfaktoreInnen

**46**

Sommer '99

• Kurz  
notiert



## Themenredaktion Tierschutz - Tier- rechte - Tierbefrei- ung (TTTT):

Briefe:  
RAGE c/o Umweltzentrum,  
August-Bebel-Str. 16-18,  
33602 Bielefeld

Fax & Telefon:  
TUN e.V. (Postfach 1420,  
65764 Kelkheim)  
Hans-Jürgen Lutz: 06195 /  
65118 und 0172-671218

xhummer@geocities.com

## Internationaler Gerichtshof gegen den Vogelmord in Genf

Angeklagt waren die Regierungen von Italien, Malta, Belgien, Spanien, Frankreich und Griechenland. Dort wird immer noch millionenfacher Mord an Vögeln begangen. Als Experte war auch TUN-Mitstreiter Hans Jürgen Lutz eingeladen. Seit 1982 setzt TUN sich für die Abschaffung des Vogelfangs ein. Auch durch jährliche Expeditionen in die Hauptfanggebiete, bei denen direkt dagegen vorgegangen wird. Im Beisein internationaler Pressevertreter wurde unter anderem festgestellt, daß die EG-Konvention ("Vogelschutz-Richtlinie") vom 31.12.1979 nur völlig unzureichend umgesetzt wurde.

## Nato-Krieg trifft auch die Tiere

Bei jedem Bombenangriff regnet es Vögel vom Himmel. "Herrenlose" und verhungerte Haustiere irren in der Gegend herum; Wild und "Haustiere" werden von Bombensplintern getroffen und niemand hilft ihnen angesichts des großen Leids, das dieser Krieg auch den Menschen zufügt. Luft, Wasser und Erde sind auf Jahrzehnte hinaus verseucht. Eine Schweizer Stiftung hat nun 8 Mutige gefunden, die vor Ort nach dem Rechten sehen wollen und insbesondere auch den geschundenen Tieren helfen wollen.

Weitere potentielle MitstreiterInnen können sich an TUN wenden.

## Deutsches Pelzinstitut (DPI) "gefaked"



Das DPI hat eine im Internet publizierte "Fake"-Homepage sperren lassen. Die Seite klärt im Stil von offizieller Pelz-Werbung über den Terror der Pelzindustrie auf. Bislang war sie unter "www.pelz.no-trix.de" im Internet zu finden. Dank der Vielseitigkeit des Netzes kann die Seite jetzt unter folgender Adresse gefunden werden: <http://pelz.tsx.org/>



## Uni Bochum quält Tiere

Die Uni Bochum experimentiert im Zuge ihrer Sonderforschungsbereiche Neurovision und Kognet an Gehirnen von Katzen, Affen, Ratten. Den Tieren wird die Schädeldecke aufgesägt, Meßelektroden werden auf dem Schädel befestigt und Meßspulen aus Metall in Augen implantiert. Dann beginnen die Tests, bei vollem Bewußtsein der Tiere. Die Tiere sind in Bändigungsapparate geschnallt und müssen Bewegungsmuster auf einem Bildschirm verfolgen. Dies ist einer von vielen Tierversuchen, die derzeit an der Uni Bochum durchgeführt werden. (abzufragen bei der "datenbank tierversuche": [www.tierrechte.de/datenbank/datenbank/abfrage](http://www.tierrechte.de/datenbank/datenbank/abfrage))

Es sind aber nicht nur die Eingriffe selbst, die die Tiere belasten, sondern auch das Leben zuvor: eingesperrte Gefühle, keine Bewegungsfreiheit, keine Entscheidungsfreiheit über die Gestaltung des Lebens, psychische Schmerzen, erzwungene "Kooperation", Angst. Gewalt gegen Tiere hat viele Gesichter, an der Uni Bochum sind es mindestens 20, die der TierexperimentatorInnen. Diese verschweigen, woher sie genau ihre Tiere beziehen. Nur Charles River ist als Beispiel genannt, ein europaweit agierender Konzern, der viele Tierarten – auf Wunsch auch voroperiert – liefert. Eines aber ist ganz sicher: wohin die Tiere gehen. Kein Tier verläßt das Versuchslabor lebend. Der Tod eines Tieres wird als unbedenklich gesehen, Tiere werden nach ihrem Nutzen für die Menschheit bewertet, ihre Lebensinteressen ignoriert. SkeptikerInnen werden mit dem Slogan abgefertigt, daß Tierversuche für den Fortschritt für die Menschen unerlässlich seien. Tierversuche schaffen somit künstlich Wertigkeiten von Leben. Denn von einer Güterabwägung sprechen die TierexperimentatorInnen. Das Tier wird zum Gebrauchsgut, zum Versuchsmodell.

TierrechtlerInnen lehnen es jedoch entschieden ab, Tiere, zu deren Gruppe auch der Mensch gehört, nach Kriterien wie "wertvoll", "weniger wert" oder "wertlos" einzuteilen. Diese Einteilung führt immer zur Unterdrückung, immer zur Ausbeutung und Tötung von Individuen.

Mindestens 6.000 Tiere wurden 1997 an der Uni Bochum im bzw. für den Tierversuch mißbraucht bzw. umgebracht: neben Affen und Katzen auch Tauben, Meerschweinchen, Ratten, Mäuse, Frettchen, Schweine, Schafe, Frösche u.v.m.

Für die medizinische, biologische, psychologische und chemische Forschung und für das Studium der Biologie und Medizin.



Mehrfach versuchten Studierende gerichtlich gegen den Zwang, Tierversuche im Studium durchführen zu müssen, anzugehen. Erst kürzlich im März diesen Jahres erstattete ein Biologiestudent Anzeige gegen einen Professor der RUB wegen Tierquälerei. Schon längst haben manche anderen Universitäten in und v.a. außerhalb der BRD Tierversuche von der Studienordnung gestrichen. Doch die Uni Bochum sperrt sich. Dies sollte sich ändern, wenn es nach dem Willen der Studierenden gegangen wäre. Am Donnerstag, 29. April 1999 wurden von Vertretern der Studierenden im Senat der RUB Anträge eingebracht, die folgende Minimalforderungen – als einen ersten Schritt der Studierenden (die Forderungen der Tierrechtsinitiative der RUB gehen hier weiter) – beinhalteten:

- ✓ Transparenz in der Tierversuchsforschung und -lehre an der RUB
- ✓ Überprüfung von Tierversuchen durch eine(n) neu zu bestellende(n) Tierrechtsbeauftragte(n) an der RUB
- ✓ Freistellung der Teilnahme an Tierversuchen im Studium

✓ Förderung von tierversuchsfreien Alternativmethoden

✓ Ausarbeitung eines Planes, der die Reduzierung von Tierversuchen bis hin zur Abschaffung von allen Tierversuchen an der RUB vorsieht.

Doch der Rektor der Uni Bochum lehnte es ab, überhaupt über die Anträge abstimmen zu lassen – aus angeblichen juristischen Gründen ("Verstoß gegen GG/5 "Freiheit der Forschung und Lehre"). Daß die Anträge nicht eine Reduzierung von Freiheit, sondern mehr Freiheit – für Studierende und v.a. natürlich für die Tiere – bedeutet hätten, wurde vom Senat ignoriert. Vor der Senatssitzung hatten die Studierenden Anfragen an das Rektorat der RUB zum Thema Tierversuche gestellt, die dieses an den sog. Tierschutzbeauftragten der RUB weiterleitete. Die Anfragen wurden nur zur Hälfte überhaupt beantwortet, wobei die Antworten in keinstrenger Weise den Anfragen genüge tun, teilweise diese sogar ignorieren.

Nur zu deutlich zeigte sich hier wieder einmal, daß weder ein Interesse noch Bemühungen von Seiten der Universitätsleitung und den Lehrenden vorhanden ist, Tierversuchen ein Ende zu setzen. Trotz der Schwierigkeiten, gegen die Tierversuchlobby (Sponsoren Bayer, Sandoz, DFG u.v.m.) an der RUB anzugehen und die ProfessorInnen, die die Mehrheit im Senat darstellen, trotz des Einflusses ihrer KollegInnen aus dem Bereich der Biologie, Medizin, Psychologie und Chemie für die Interessen der Tiere zu gewinnen, wird die Kampagne an der Uni Bochum gegen Tierversuche fortgesetzt. Um Unterstützung wird dringend gebeten.

(siehe Kontaktadressen)

## Zeitschriften

**GEGENGIFT** - Zeitung für tierliches und schwarz-grünes ChaotInnenrum, c/o Infoladen M99, Mantuffelstr. 99, 10997 Berlin

**TIERBEFREIUNG** - die aktuelle Tierrechtszeitung, Schmilinskystraße 7, 20099 Hamburg, Tel: 040 / 28 05 19 46, Fax: 040 / 28 05 19 38, email: redaktion@tierbefreier.de, <http://www.tierbefreier.de/eV/>

**No Hierarchy!** - anarchistische, antipatriarchale, radikalökologische Zeitung von TierrechtlerInnen, c/o RAT, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

**VOICE** - das Tierrechtsmagazin, Hauptstraße 68, 64560 Riedstadt, Tel. 06158-976026, Fax 06158-976027, Mobil 0171-1202299, E-Mail redaktion@voice-online.de, <http://www.voice-online.de>

**FELLBEISSER** - Für Tierschutz und Tierrechte (Spezialgebiete: Pelzwirtschaft und Pelztierzucht), Herausgeber: Volker Wöhl, Tel./Fax: + 49 (0) 7335/5070, eMail: Volker.Woehl@t-online.de, <http://www.tierbefreier.de/fellbeisser/>

**VOHAN NEWS INTERNATIONAL** (Nachrichten des biologisch-vegane Landbau-Netzwerks), Anandavan, 58 High Lane, Chorlton-cum-Hardy, Manchester M21 9DZ, England, Tel./Fax: 0044-161-8604869, Email: vohan@net-work.co.uk, [www.veganvillage.co.uk](http://www.veganvillage.co.uk)





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

● Kurz notiert



### Tierexperimentator bekam hessischen Kulturpreis

Der mit 30000 DM dotierte hessische Kulturpreis wurde an den Experimentator Prof. Singer übergeben. Singer ist Direktor am "Max-Planck-Institut für Hirnforschung" in Frankfurt a.M.. Anlässlich der Preisverleihung kam es vor dem "Stadel" zu vehementen und lautstarken Protesten von ca. 200 TierrechtlerInnen und TierschützerInnen aus der gesamten Bundesrepublik. Die Medien berichteten allerdings nur am Rande über die Proteste.

### Radikaler Tierschutz

Tierschützer nahmen ihre Tätigkeit offenbar allzu ernst, als sie sich am Oster-sonntag gegen 22 Uhr zum Einsammeln von Fröschen auf dem Ortsverbindungs-weg von Mittelstreu nach Frickenhausen befanden. Während in einem Fall gegen einen Pkw, der die gesperrte Straße befuhr, getreten wurde, setzte es im zweiten

Fall sogar eine Ohrfeige gegen den Fahrzeugführer, weil dieser der Anweisung, umzukehren, nicht Folge leistete. In beiden Fällen erfolgt Anzeige wegen Sachbeschädigung beziehungsweise Körperverletzung.

Quelle: Mainpost Newline vom 06.04.1999

### "VEGAN QUO VADIS? – Eine immanente Kritik an der Tierrechtsbewegung"

Dies ist der Titel einer Textsammlung die auf den Tierrechts-Aktions-Tagen (im April in Mülheim) das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Die kritischen Texte von drei Autoren befassen sich mit Geschichte, jetzigem Zustand und Argumentation der Bewegungen für Veganismus und Tierrechte/Tierbefreiung. Bemängelt wird hauptsächlich die mangelnde Auseinandersetzung mit Philosophischen Grundlagen und das Nicht-Durchdenken

mancher Forderungen,... Die Texte sind nicht unbedingt leicht verständlich, aber auf jeden Fall durch ausführliche Beschäftigung mit dem Thema entstanden. Sie sind als Einladung zu einer breiten Diskussion gedacht.

Die Textsammlung ist für 7 DM (inkl. Porto) bei folgender Adresse zu bekommen: Thought Crime c/o Grünes Büro, Am Ramsberg 44, 58509 Lüdenscheid

### Bundesarbeitsgruppe Stadtauben sucht MitstreiterInnen

Seit Jahren beschäftigen Stadtauben, das sind halbverwilderte Haustauben, Behörden in vielen Städten. Massive Hetzkampagnen und Vernichtungsfeldzüge einzelner Kommunen riefen zunehmend TierschützerInnen und TierrechtlerInnen auf den Plan. Zur Koordination gründete sich 1996 die Bundesarbeitsgruppe Stadtauben. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Alternativ-Konzepte wurde viel bewirkt. Um Tötungsaktionen und Taubenfeindliche Maßnahmen in den Städten verhindern zu können, sucht die BAG weitere MitarbeiterInnen.

Interessierte (die eventuell auch an regionalen oder überregionalen Treffen teilnehmen möchten) können sich bei der folgenden Adresse melden: BAG Stadtauben, c/o Rudolf Reichert, Pflugstr. 30, 86179 Augsburg



## Polizist erlegt flüchtende Kuh

REICHARTSHAUSEN / Auch durch Flucht vor dem Metzger hat eine Kuh in Reichartshausen im Rhein-Neckar-Kreis ihr Leben nicht retten können. Wie die Polizei mitteilte, hatte sich das Jungtier beim Anblick eines nahenden Metzgers am Freitag auf einem Bauernhof von seiner Kette losgerissen. Die Kuh, die offenbar ahnte, daß es ihr an den Kragen gehen sollte, flüchtete über Straßen, Vorgärten und einen Friedhof aufs freie Feld, wo sie schließlich von Ordnungshütern eingeholt und mit einem gezielten Schuß erlegt wurde. "Weitere Maßnahmen" seien von den bereits wartenden Metzgeren erledigt worden, sagte ein Polizeisprecher. Bei ihrer panischen Flucht beschädigte die Kuh auch ein Auto und

zwei Gartenzäune. Der Sachschaden belief sich insgesamt auf 3500 Mark. (lsw)" Quelle: SÜDWEST PRESSE, Geislinger Zeitung vom 08.05.1999 Wieder mal ein Artikel der darüber berichtet wie mit "Tieren" umgegangen wird, wenn sie sich gegen die Verhältnisse bei der "Tierproduktion" zur Wehr setzen. Es gibt keine Statistiken darüber, aber oft lese ich in Zeitungen Berichte über verzweifelte Fluchtversuche von "Tieren". Beendet werden sie zumeist von Jägern oder Polizei. Das Individuum das sich aus seiner Notlage durch die Flucht selbst befreite, wird oft mit Salven aus Polizeimaschinenpistolen hingerichtet. Und in der Zeitung wird daraus ein unterhaltsamer kurzer Artikel, der zur Erheiterung der Tierprodukt-konsumierenden Öffentlichkeit beiträgt.

Bundesweiter Versand von Hunde- und Katzenprodukten  
ca. 300 Produkte, u.a.:  
Futter aus kb.A., Streu aus Hanf, Pflege ohne Chemie, Kissen mit Hirse- oder Dinkelspelzfüllung  
**Katalog anfordern bei:**  
CatDog Heike Burk OHG  
Spreestr. 10 A, 64646 Heppenheim  
Tel. 06252/982413, Fax 982414

für die Zukunft Ihres tierischen Freundes



**Ö-termine**

6.6.99 in Aachen  
**Veganes Sommerfest**  
am Klösterchen 52134 Herzogenrath (bei Aachen) Beginn: 12.00 Uhr - viel veganes Essen, live Bands, Infostände zu diversen Tierrechtsthemen, Infos über tierversuchsfreie und tierinhaltsstofffreie Produkte. Tierrechtsgruppen oder Vegan-Shops, die einen Infostand machen möchten, sind herzlich eingeladen.  
Infos: 02406-929279 oder tvg\_aachen@tierrechte.de

17.6.99 in Düsseldorf  
**Prozess wegen angeblicher Jagdstörung**  
(Ordnungswidrigkeit) gegen Ulf. Um 12 uhr im Amtsgericht Düsseldorf. Vorher und evt. nachher Kundgebung und Demo für die Abschaffung von Blutsportarten wie Jagen und Angeln. Kommt alle! Erster Prozess dieser Art seit 2 Jahren! Infos: Tierrechtsinitiative RUB

Aktuelle & offizielle Demo- und Veranstaltungstermine gibt es auf...

... dem Tierrechts-Infotelefon:  
Termine abrufen: 02 08 - 59 34 02  
bekanntgeben: 02 08 - 59 34 00  
zufaxen: 02 08 - 59 34 01  
TierquälerInnen hören mit!

... der Termine-Seite im Internet:  
<http://www.tierbefreier.de/Termine/>

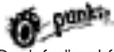
- Adressen**
- Tierrechtsinitiative an der Ruhr-Uni Bochum  
c/o ASTA, Universitätsstr. 150, 44801 Bochum, Internet: "www.free.de/tierrechtsini", email: "tierrechtsini@koma.free.de"
- Archiv für Tierrechte & Radikalökologie  
Uhländerstr. 8, 39108 Magdeburg, Tel: 0391 7329218, Fax: 0391 7315982
- TUN - Tier und Naturschutz e.V.  
Postfach 1420, 65764 Kelheim i. Ts., Tel/Fax: 06195-65118 und 0172-6712118, Spenden: 500 09-602, Postbank F, BLZ 50010060
- "radikal leben" (Versand für vegan-öko-fairtrade-Produkte)  
Christiane Pein, Christian Mohr, Zylbergstr. 23, 22457 Hamburg, Tel/Fax 04106-82787
- Thought Crime c/o Grünes Büro (Textsammlung "Vegan quo vadis?")  
Am Ramsberg 44, 58509 Lüdenscheid
- BAG Stadtauben  
c/o Rudolf Reichert, Pflugstr. 30, 86179 Augsburg

- Im Internet:**
- Datenbank Tierversuche  
<http://tierrechte.de/datenbank/>
- Aktions und Demotermine  
<http://www.tierbefreier.de/Termine/>
- Tierrechtsthemen-Nachrichten-Archiv  
<http://www.tierbefreier.de/fellbeisser/html/news.html>
- Animal Farm Investigation  
[www.tierrechte.de/afi/](http://www.tierrechte.de/afi/)

  
- Tierbefreiungen weltweit:  
[www.animal-liberation.net](http://www.animal-liberation.net)

DPL-Fake:  
"http://pelz.fsx.org/"





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

# 48

Sommer '99

• Kurz notiert

## Redaktion "Über den Tellerrand"

Tilman Heller  
Postfach O8O254  
10002 Berlin  
t.heller@jpbberlin.de  
Fon (030)78703388  
Fax (030)78703389

Neue Betreuung der Themenredaktion gesucht!



## Zeitschriftenschau

### Regenbogen Nr. 24

- Menschenrechtsreport
- Einsatz für ein Zuchtungsverbot
- Anfechtung der Bundestagswahl

### Kinderrechtliche News

- Wahlalter
- Schulpflicht
- Zuchtungsverbot

Alle anderen hier sonst ausgewerteten Zeitschriften berichten in ihren aktuellen Ausgaben schwerpunktmäßig zum Kosovo-Krieg

## Autor

Tilman Heller

### "Ökos" und Krieg:

Die Grüne Liga Berlin und die BSÖ haben in ihren Zeitungen Texte veröffentlicht, die den Krieg klar ablehnen.

Der BUND-Bundesvorstand hat beschlossen, sich nicht zum Krieg zu äußern (nach mündlicher Auskunft).

Auf verschiedenen Veranstaltungen (BUND-Landesdelegiertenversammlungen, Jugendumweltkongress usw.) kam es zu kontroversen Debatten zwischen KriegsgegnerInnen und befürworterInnen.



## Neue Themenredaktion gesucht

Eine zuverlässige, journalistisch erfahrene neue Themenredaktion mit einem guten Überblick über linke soziale Bewegungen wird zur eigenverantwortlichen und dauerhaften Betreuung dieser Rubrik gesucht. InteressentInnen bitte melden bei: [oe-punkte@infomagazin.de](mailto:oe-punkte@infomagazin.de).

## Urlaubs-Repression

Mit einem Bußgeld von bis zu 2.000 DM müssen Eltern rechnen, wenn sie nicht dafür sorgen, daß ihre Kinder rechtzeitig am ersten Tag nach den Ferien wieder ihrer Schulpflicht Folge leisten. Solche Bußgelder wurden 1998 allein in der Stadt Düsseldorf 1.018mal verhängt, gegenüber 867 Fällen 1997 und 629 im Jahr 1996. 80 DM kostete dabei ein Tag im Durchschnitt. Über die Frage, ob dieses eine Repression zuungunsten der Kinder sei, gibt es unterschiedliche Meinungen. In der Regel machen Kinder

keinen selbstbestimmten Urlaub und sind in Ferienclubs, auf Mallorca oder auf anderen unökologischen Reisen nicht zufriedener als zu Hause - trotz Schulpflicht.

## Big Mother is watching you

In den USA sind schon 330 Schulen per Internet mit den Eltern verbunden. Die Eltern haben so zu jeder Sekunde einen Einblick in das Betragen ihrer Zöglinge, denn die LehrerInnen verwenden einen kleinen Computer mit beschreibbarem Bildschirm als Notizbuch, der alle Einträge, wie Anwesenheitsliste, Zensuren und Bemerkungen, ins traute Heim übermittelt. Die USA waren uns ja schon immer einen Schritt voraus.



## Peinlich: Umweltverbände zum Kosovo-Krieg

# Sie sorgen sich nur um die Umwelt - Gruppe Landfriedensbruch und Greenpeace halten dagegen

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat sich angesichts der zunehmenden Umweltzerstörungen für einen Stop der NATO-Luftangriffe in Jugoslawien ausgesprochen. In seiner Presseerklärung heißt es "Das von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Umweltkriegs-Übereinkommen verbietet eine Kriegführung, die ausgedehnte, langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursacht und dadurch die Gesundheit und das Überleben der Bevölkerung gefährdet. Die Bomben- und Raketenangriffe auf chemische und pharmazeutische Fabriken, Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelfabriken können Giftgase im großen Umfang auslösen und die Gesundheit der Bewohner gefährden. Der Eintrag von Schadstoffen in Gewässer kann auch außerhalb des Kriegsgebietes zu schweren Umweltschäden führen, die z.Z. bereits für das Donaudelta befürchtet werden." Der DNR ist der Dachverband der staatsnahen deutschen Umweltverbände BUND, BBU, Naturschutzbund und von noch schlimmeren.

Nicht vertreten ist dort die Umweltschutzorganisation Greenpeace, die sich

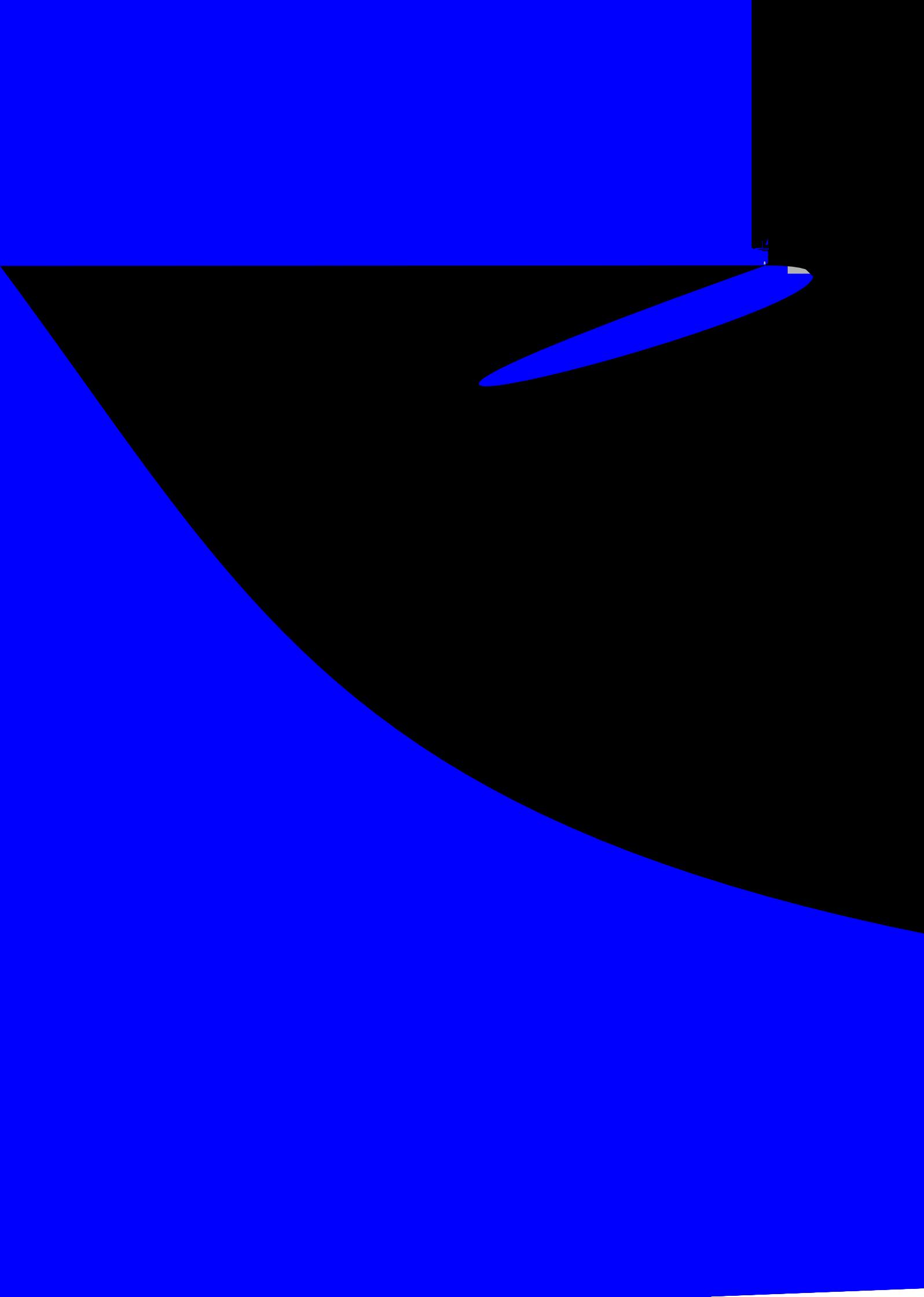
in ihrem Magazin (3/99) deutlich äußert: "Die NATO hat ihre Militärmaschinerie in Gang gesetzt, damit der serbische Präsident Milosevic die Unterdrückung der albanischen Minderheit im Kosovo beendet. Aus humanitären Gründen steht die NATO den von den serbischen Soldateska Verfolgten bei und will nicht länger wegsehen. (S) Doch da steht es schlecht um Glaubwürdigkeit und Moral: Beim NATO-Mitglied Türkei etwa drücken die Bündnispartner seit langem beide Augen zu. Ähnlich wie in Jugoslawien die Kosovo-Albaner, werden in der Türkei die Kurden mit Füßen getreten. Ganze Landstriche werden dem Erdboden gleichgemacht, gewählte Abgeordnete sitzen im Gefängnis, nur weil sie kulturelle Autonomie fordern. Die Machthaber in Belgrad und Ankara handeln ähnlich. Zu den Verbrechen türkischer Militärs gegen die kurdische Bevölkerung aber schweigt das Militärbündnis. Wer so deutlich mit zweierlei Maß mißt, wie die NATO, verliert an Glaubwürdigkeit."

Die anarchistische "Gruppe Landfriedensbruch", die sich selbst als der "Finger in der Wunde der etablierten Umweltbewegung" bezeichnet, greift unterdes-

## Wehrpflicht verfassungsfeindlich

Das Potsdamer Landgericht ist laut einer Entscheidung von Ende März der Meinung, daß die Wehrpflicht verfassungswidrig ist. Es hat die Frage der Wehrpflicht dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung übergeben. Wehrpflichtige sollten jetzt ihren Dienst totalverweigern, mit den Kriegsbehörden sollte nicht mehr zusammengearbeitet werden. Das heißt, Briefe werden nicht beantwortet und Einladungen zur Musterung oder zum Dienstantritt ignoriert. Wer an dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien teilnimmt, macht sich strafbar. Er kann als Kriegsverbrecher vom Feind nachhaltig hingerichtet werden oder vom BRD-Nachfolgestaat zu mindestens zehnjähriger Knaststrafe verurteilt werden. Damit das passiert, muß aber erst das Schröder-Fischer-Regime gestürzt werden.







Der Infodienst für UmweltakteurInnen

50

Sommer '99

• Kurz notiert

## Was denkt die Jugend?

Wer wissen will, was bei der Jugend Trend ist, schaut in die Shellstudie. Sie gilt als Klassiker unter den Jugendumfragen und ist jetzt zum 13. Mal erschienen. Jugendgerecht sind die Ergebnisse nun auch erstmals im Internet abrufbar:

[www.shell-jugend.de](http://www.shell-jugend.de).

## Planspiel "Auf dem Holzweg"

Planspiele sind gut geeignet sich in andere Menschen und Rollen zu versetzen und die eigene Sichtweise zu reflektieren. Das Planspiel „Auf dem Holzweg“ kann ab sechs Personen gespielt werden und behandelt Fragen zu den Themen Energie, Ressourcen, Lebensstil, Welthandel und Ökologie.

Es kann für 20,- DM bestellt werden bei Brot für die Welt, Pf 101142, 70010 Stuttgart.

## Themenredaktion "Umweltbildung"

Peter Szekeres  
Liebigstr. 50  
35037 Marburg  
Tel. 06421/24552  
petersz@apg.lahn.de



## Neue Langeweile: natur&Kosmos

Die erste gemeinsame Ausgabe von natur&Kosmos versucht mit zwei beliebten Themen die LeserInnenenschaft zu gewinnen: Bier und Sex. Das Ergebnis des Zusammenschlusses ist enttäuschend: Die Zeitschrift ähnelt nun einem Lifestilemagazin ohne Lifestile. Die faszinierenden Reportagen von Kosmos sind verloren gegangen und auch eine gesellschaftspolitische Schärfe für Natur- und Umweltschutzthemen ist nicht zu finden. Die Layout- und Artikelgestaltung wirkt, als habe natur Kosmos geschluckt. Herauskommen ist ein langweiliges Blatt, daß alle Nachteile der beiden Vorläuferinnen auf 116 Seiten in sich vereint. Urteil: nicht empfehlenswert.

Die beiden renommierten Zeitschriften haben eine unterschiedliche Geschichte: Anfang der 80er wurde natur gegründet. Unter dem Chefredakteur Horst Stern wurde sie schnell zur unbequemen Vorstreiterin der Umweltzeitschriften. Diesen Rang hat ihr inzwischen wohl am ehesten

## Rundbrief Ökopädagogik in neuem Gewand

Das Ökoprojekt MobilSpiel in München hat seinen Rundbrief Ökopädagogik neu gestaltet. Der Rundbrief ist im Layout lockerer gestaltet und dadurch übersichtlicher geworden. Er bietet auch weiterhin Kurzinfos vor allem aus dem süddeutschen Raum über aktuelle Themen, Veranstaltungen, neuen Materialien und Büchern sowie einem mehrseitigem Schwerpunktthema. Viele Infos beziehen sich dabei auf Agenda 21-Arbeit. In der Runde der Infodienste für die Umweltbildung hat er neben den Ökopädnews, dem Akademieinfobrief aus Schleswig-Holstein und den Ö-Punkten seinen festen Platz.

Bezug: Ökoprojekt/MobilSpiel, Welsersstr. 15, 81373 München, Tel. 089/796-6025, Fax, -3651.

## Insekt des Jahres

Erstmals ist 1999 auch ein Insekt des Jahres bestimmt worden: die Florfliege. Mit der neuen Jahresgruppe wollen die InsektenkundlerInnen der BBA - Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft - auf die Insekten als weltweit größte Tiergruppe aufmerksam machen. Florfliegen gelten in der Landwirtschaft als Nützlinge, da sie Blattläuse und andere Schädlinge von Kulturpflanzen verzehren. Probleme bekommt die Florfliege jetzt durch den BT-Mais, da die gentechnisch in den Mais gebrachten Giftstoffe über den Weg durch die Maischädlinge auch die Florfliegen töten.

## Short Study Visions – Kurze Studienreisen für JugendbetreuerInnen

Das Programm Jugend für Europa bietet haupt- und ehrenamtlichen NewcomerInnen in der Jugendarbeit einwöchige Studienreisen an. Ziel ist es, europäische Jugendorganisationen kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und Anregungen für eine internationale Jugendarbeit mit nach Hause zu nehmen. Die 15 TeilnehmerInnen einer Gruppe kommen aus mehreren Ländern zusammen, Arbeitssprache ist meist Englisch. Der Eigenanteil beträgt 200,- DM.

Studienreisen 1999 im Umweltbereich sind:

Lettland, 15.8.-3.10.99: Environmental education as tool in youth work

Ungarn, 4.9.-11.9.99: Global environmental education of the youth and „sustainable development“

Deutschland, 17.9.-26.9.99: North Sea and Wadden Sea as starting points for ecological learning with young people

Rumänien, 25.10.-31.10.99: Environmental education through pictures „art eco mont 2000“

Infos: Jugend für Europa, Hochkreuzallee 20, 53175 Bonn, Fax 0228/9506222.

## Broschüre über Umwelttheater

Kunst ist seit etwa zwei Jahren ein beliebtes Medium in der Umweltbildung geworden. Dabei wird vor allem mit gestalterischen Aspekten gearbeitet: malen, mit Naturmaterialien werken, Skulpturenbau. Eine lange Tradition hat aber auch die darstellende Kunst in der Umweltbewegung.

Eine Übersicht über die deutschen Umweltbühnen, Infos und Tips über Umwelttheater für Schulen, Gruppen und andere Interessierte sind in der Broschüre "up Nr. 42" zusammengetragen worden. Für 6,- DM (incl. Porto) zu beziehen bei: Pädagogisches Zentrum, Europlatz 7-9, 55543 Bad Kreuznach.

## Zeitschriftenschau

Ökopädnews Nr. 93  
• Schulbauernhöfe in Deutschland  
Nr. 94  
• Networking in der Umweltbildung

Rundbrief Ökopädagogik Febr. 99 • Erlebnispädagogik im Winter März 99 • Umweltausstellungen April 99  
• Projekte zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

natur&Kosmos März 99  
• Sex im Tierreich  
• privates Naturschutzgebiet Lieberose  
• Ameisenlöwen  
• Bier  
• Naturkost

Ökotest abgenommen. Nach mehreren personellen Wechslen rang natur verstärkt in den letzten Jahren um ein neues Profil. Für viele LeserInnen mit enttäuschendem Ergebnis: die Qualität und Schärfe der frühen Jahre wurde nicht mehr erreicht.

Kosmos war, obwohl ein Urgestein der deutschen Printmedien, eine recht unbekannt Zeitschrift. Vor etwa 60 Jahren gegründet, hatte Kosmos damals den gelben Klassiker National Geographic zum Vorbild. Kosmos richtete sich stark an NaturliebhaberInnen: In Reportagen und Reiseberichten wurden Natur und Naturphänomene beschrieben. Naturschutzthemen waren stets nur ein Beiwerk in Kosmos. Eine gemütliche Zeitschrift mit wirklich schönen Bildern zum Schmökern an einem verregneten Sonntagnachmittag.

Bezug: natur&Kosmos, Postfach 1280, 82197 Gilching.





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

● Kurz notiert



Themenredaktion "VerbraucherInnenpolitik"

Nicht besetzt.

Wer Interesse hat, sollte sich melden!



11.-12.6.99 bei Lübeck

**Geschlechtsspezifische Erlebnispädagogik**

Das Seminar wendet sich an MultiplikatorInnen und PädagogInnen in der Jungenarbeit. Umweltpädagogische Methoden sollen in Bezug auf die Jungenarbeit überprüft werden. Das Seminar ist praxisorientiert. Unterkunft in Zelten. Kosten ca. 180,- DM. Kraftprotz, Bildungsinstitut für Jungen und Männer, Vorderer Mühlenweg 17, 24242 Fehde, Tel/Fax. 04340/1884

25.-27.6.99 in Ralsdorf

**Art d' Eco**

Ein Workshop zum Thema Kunst als Medium in der Umweltbildung. Es werden Beispiele aus der Praxis vorgestellt. KünstlerInnen leiten die Übungen an. Kosten 100,- DM (erm. 50,-) plus Übernachtung.

Koordination Natur im Kreis e.V., An der Schwentine 13, 24223 Ralsdorf, Tel. 04307/236, Fax. 7900

25.-27.6.99 bei Gießen  
**Berufseinstiegs- und Berufsorientierung**

Was gibt es nach dem Studium jenseits von Umweltbildung und Naturschutzgutachten für berufliche Möglichkeiten? Das Seminar wird hierzu Ideen aufzeigen und umfassende Informationen vermitteln über: Existenzgründung, Steuern, Versicherungen, Werkverträge, Bewerbungsstrategien, ... Weiterhin wird den eigenen Motivationen, Berufswünschen und Perspektiven nachgegangen. Kosten: 50,- DM incl Essen/Unterkunft.

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V. c/o Dipl.-Biol. Peter Szekeres, Tel. 06421/24552, petersz@apg.lahn.de

15.-20.8.99 im Harz

**Jungenarbeit in der Wildnis**

Zielgruppe sind Pädagogen/Betreuer und ihre Jungen. Es wird Freizeit und Fortbildung angeboten. Viel wird mit erlebnispädagogischen Methoden draußen gearbeitet. Kosten ab ca. 1000,- DM. Infos bei: Kraftprotz, so.

23.-25.10.99 in Drübbberholz

**Theater für Untalentierte**

Ein Workshop für ganz "Normale", die Lust haben, Theaterspielen auszuprobieren: Spielen, Körperarbeit, Stimmübungen. Eine gute Möglichkeit für noch theaterunerfahrene MultiplikatorInnen, sich Anregungen in der darstellenden Kunst für die Umweltbildung zu holen.

Kosten: 75-100,- DM incl. Essen und Unterkunft.

Tagungshaus Drübbberholz, Drübbber 4, 27313 Dörverden, Tel. 04234/94056

**Falscher Köder?**

Sie sind "in": Ethische Geldanlagen für Bauernhöfe, Windanlagen, Ökobetriebe oder ökologisches Bauen. Doch inzwischen mehren sich die Zweifel. Verschiedene Windenergiezeitungen berichten, daß die Renditen, in der Werbung noch sehr hoch angegeben und als sicher bezeichnet, inzwischen fraglich geworden sind. Gründe dafür sind das auf EU-Ebene noch nicht abgesicherte Stromeinspeisegesetz und zu befürchtende Ausfallzeiten aufgrund technischer Defekte. Der Bruch zweier Rotoren im Vogelsbergkreis läßt erste Zweifel an der dauerhaften Laufzeit aufkommen. Das alles spricht nicht gegen die Windenergie, rät aber wohl zur Vorsicht, wenn neben dem Umweltaspekt auch noch "Superrenditen" versprochen werden.

Eine kritische Position kommt jetzt auch zur Finanzierung des ökologisches Bauens. Das Thema selbst ist seit langem ein Renner, speziell ökologisches Bausparen kommt erst jetzt so richtig in Mode. Im Zuge der Kommerzialisierung der Umweltschutzbewegung bieten nicht nur Unternehmen den Ökotarif an, sondern auch z.B. der BUND ist unter die BausparmaklerInnen gegangen. Wer mit einem neuen Haus die Landschaft verbauen will, kann das in Zukunft direkt über den BUND machen. Dessen Partner: Die BHW eine der großen Finanziers des ungebremsten Neubaubooms,

der dem Naturschutz zu schaffen macht. Doch nicht nur gegenüber der Frage, ob Neubauten überhaupt "ökologisch" sein können, ist Skepsis angesagt. Die Firma FAIRinvestberatung hat ausgerechnet, daß Bauspardarlehen letztlich teurer kommen als andere Quellen. Ihre Zahlenbeispiele zeigen, daß sich Kosten um bis zu einem Viertel drücken lassen, wenn statt der Bausparverträge die vergünstigten Kreditangebote z.B. der Bundesländer, der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder öffentliche Kredite in Anspruch genommen werden.

Quellen zur Windenergie: Verschiedene Fachzeitschriften.

Quelle zum Bausparen: FAIRinvestberatung, Karl-Anton-Str. 17, 40211 Düsseldorf, 0211/171001-2, Fax -3.

- Windkraft ab 5.000 DM
- Baufinanzierung
- Renditebausparen bis 7,1% oder zum Bauen in Zukunft
- Vorsorgekonzepte (z.B. priv. Haftpflicht ab 70,- DM)

Karl-Anton-Str. 17 - 40211 Düsseldorf  
☎ 0211-171 00 12  
[www.fairinvest.de](http://www.fairinvest.de)



**Institut für Ökologie**

**i**

**Ökosteuer, Agenda, Nachhaltigkeit ... alles Modethemen?**

**Wir bieten kritische Positionen zu aktuellen Themen!**

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie  
Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

52

Sommer '99

• Kurz notiert



**Aktuelle Urteile**

Zusammengestellt und kommentiert von RA Matthias M. Möller-Meinecke

Anschrift: Matthias M. Möller-Meinecke, Fachanwalt für Verwaltungsrecht Bechsteinstr. 27 99423 Weimar E-mail: moeller-meinecke@t-online.de

**Nationalpark in Kulturlandschaft**

Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht hat durch Urteil vom 22. Februar 1999 die Verordnung des Landesumweltministeriums über den Nationalpark "Elbtalau" vom 6. März 1998 wegen Verstosses gegen das Naturschutzgesetz für nichtig erklärt. Diese Entscheidung erging auf einen Normenkontrollantrag von Landwirten, die im Nationalparkgebiet einen Betrieb führen, dem als Folge der Nationalparkausweisung erhebliche Beschränkungen drohen. In der mündlichen Urteilsbegründung hieß es: "Die Nationalparkverordnung ist mit/25 Abs. 1 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes nicht vereinbar, weil sich das zum Nationalpark Elb-

talau erklärte Gebiet nicht", wie es das Naturschutzrecht als zwingende Voraussetzung für eine Nationalparkausweisung fordert, "in einem vom Menschen nicht oder nur wenig beeinflussten Zustand befindet. Darauf hat schon das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das bei dem Erlass der Verordnung zu beteiligen war, in einer eingehenden Stellungnahme hingewiesen. Mehr als 40 % des Gebiets werden als Grün- und Ackerland bewirtschaftet; bei diesen Flächen handelt es sich um eine der Flusslandschaft abgerungene, von Menschenhand gestaltete und gewachsene Kulturlandschaft und damit um von

Menschen mehr als nur wenig beeinflusste Landschaftsteile. Nichts anderes gilt für den größten Teil der im Nationalpark liegenden Wälder und Gehölze, die auf 24,5 % der unter Schutz gestellten Fläche stehen. In einem vom Menschen mehr als nur wenig beeinflussten Zustand befinden sich auch die Gewässer, die 22,1 % der Nationalparkfläche einnehmen. Die Elbe, bei der es sich um eine Bundeswasserstrasse handelt, ist seit dem Wiener Kongress in mehreren Etappen, zuletzt im Jahre 1931, ausgebaut worden, um sie als Wasserstrasse nutzbar zu machen. Zur Erhaltung der Schiffbarkeit der Elbe sind allein im Zeitraum von 1957 bis 1991 fast 2 Mio m3 Sand ausgebaggert worden. Darüber hinaus sind im Laufe von Jahrhunderten umfangrei-

**Konkrete Tips für politische Gruppen und Zentren:**

**1. Prozeßkosten- und Beratungshilfe**

Anwaltliche Beratungen und Rechtsstreitigkeiten verursachen Kosten. Aus diesem Grund wird häufig, z.B. bei einem Prozeß, auf einen Rechtsanwalt bzw. eine eingehende Rechtsberatung verzichtet. Ob sich das im Ergebnis rechnen, kann dahingestellt bleiben. Wer über ein nur geringes Einkommen verfügt muß nicht befürchten, deswegen schutzlos dazustehen bzw. von einer Beratung oder Prozeßvertretung durch einen Rechtsanwalt ablassen zu müssen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann Prozeßkosten- (für ein etwaiges gerichtliches Verfahren) bzw. Beratungshilfe (bei außergerichtlichen Fragen und Auseinandersetzungen) erteilt werden.

**Themenredaktion "Umweltrecht"**

Carsten M. Herrle  
Holtenerstr. 264  
24106 Kiel  
Tel. 0431/305371-9  
Fax -8  
Mobil: 0171/2678900  
RA.Herrle@t-online.de  
http://home.t-online.de/home/ra.Herrle

**Prozeßkostenhilfe**

Grundsätzlich kann jede natürliche Person Prozeßkostenhilfe beantragen. Um Prozeßkostenhilfe aber auch zu erlangen, muß der Nachweis erbracht werden, daß die persönliche und wirtschaftliche Situation die Prozeßführung nicht ermöglicht. Zudem muß für die Rechtsverfolgung bzw. -verteidigung eine hinreichende Erfolgsaussicht bestehen; sie darf nicht mutwillig erscheinen.

Wer erfüllt nun aber die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erlangung von Prozeßkostenhilfe? Dies orientiert sich grundsätzlich an dem einzusetzenden Einkommen. Folgendes Beispiel einer Familie mit zwei Kindern soll dies verdeutlichen:

Die Familie erzielt ein Nettoeinkommen von DM 3.000,00 (bei Arbeitstätigkeit des Vaters und / oder der Mutter nach Abzug von Steuern, Werbungskosten, Vorsorgeaufwendungen ...). Von diesem Nettoeinkommen sind bestimmte Freibeträge pauschal abzuziehen. Diese Freibeträge werden jeweils zum 01. Juli eines jeden Jahres neu festgesetzt. In der Zeit vom 01. Juli 1998 bis zum 30. Juni 1999 gilt als Freibetrag

DM 663,00 für den Antragsteller und dessen Ehegattin

DM 466,00 für jede unterhaltsberechtigzte Person

Insgesamt summieren sich die Freibeträge bei dem obigen Beispiel auf DM 2.258,00. Dieser Betrag wird nunmehr von dem Nettoeinkommen abgezogen. Es verbleibt DM 742,00. In einem nächsten Schritt sind von den verbliebenen DM 742,00 die Kosten der Warmmiete abzuziehen.

Würde die Warmmiete z.B. DM 700,00 betragen, verbliebe ein "einzusetzendes" Einkommen von DM 42,00. Das Gericht ermittelt nun anhand einer Tabelle die Auswirkungen der Höhe des einzusetzenden Einkommens auf die Gewährung der Prozeßkostenhilfe. Liegt das einzusetzende Einkommen unter 30,00, wird Prozeßkostenhilfe gewährt (soweit die anderen Voraussetzungen natürlich vorliegen), ohne daß der jeweilige Antragsteller mit monatlichen Rückzahlungsraten belastet werden würde. Liegt das einzusetzende Einkommen über 30,00, wird Prozeßkostenhilfe zwar gewährt. Der Antragsteller hat aber die Prozeßkosten in monatlichen Raten (deren Höhe sich wiederum nach der

Höhe des einzusetzenden Einkommens richtet) zurückzuzahlen.

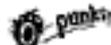
In dem Beispielsfall müßte der Antragsteller mit einer monatlichen Ratenzahlung von DM 30,00 rechnen, wenn die weiteren Voraussetzungen vorliegen. Läge die Warmmiete lediglich bei 600,00, müßten DM 60,00 / Monat gezahlt werden.

**Beratungshilfe**

Anders als die Prozeßkostenhilfe wird die Beratungshilfe zur Wahrnehmung von Rechten außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens gewährt. Das Amtsgericht, bei dem der Antrag auf Beratungshilfe zu stellen ist, erteilt dem Antragsteller einen Beratungsschein, wenn dies die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern (entsprechen den Voraussetzungen der Prozeßkostenhilfe).

Auf der Grundlage des Beratungsscheins kann der Antragsteller von einem Rechtsanwalt seiner Wahl eine schriftliche oder mündliche Beratung bzw. eine außergerichtliche Vertretung bekommen. Er muß dem Rechtsanwalt lediglich eine Gebühr in Höhe von maximal 20,- DM zahlen.



Der Infodienst für  
Umweltakteurinnen

Sommer '99

● Kurz  
notiert

53

che Deichbau- und Entwässerungsmaßnahmen durchgeführt worden, um der Überflutung der gesamten Elbniederung zu begegnen, den Abfluss von Hochwasser zu verbessern und Kulturland zu gewinnen. Die Deichstrecke im Bereich des Nationalparks ist weitgehend geschlossen und unterliegt ständigen Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen, Bereiche ohne Deichlinie gibt es nur dort, wo die Aue an die Geest oder an Geestinseln stößt. In dem unter Schutz gestellten Gebiet befinden sich ausserdem neben Strassen, Wegen und Parkplätzen eine Elbbrücke, Splittersiedlungen, Hofstellen, Häfen, Fähranlagen, Bodenabbaustellen, Klärteiche und Campingplätze sowie ein Friedhof. Von einem von Menschen nicht oder nur wenig beeinflussten Gebiet kann danach keine Rede sein. Für den Bereich, der von der Verordnung erfasst wird, liegen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Nationalpark danach nicht vor."

(OVG Lüneburg, Urteil vom 22. Februar 1999, Az.: 3 K 2630/98)

Das Bundesnaturschutzgesetz und ihm folgend alle Landesnaturschutzgesetze stellen die gleiche Anforderung an Flächen, die als Nationalpark ausgewiesen werden sollen: Sie müssen "sich in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand" befinden. Diese Anforderung ist nun erkennbar erstmals von einem Gericht untersucht worden. Im Ergebnis fordert das OVG Lüneburg, daß der vorgefundene Zustand sich in einem von Menschen wenig beeinflussten Zustand befinden muß; das zukünftige Entwicklungspotential des Gebietes ist auch nach dem Gesetzeswortlaut kein ersatzweise erhebliches Ausweiskriterium. In Mitteleuropa und speziell auch im wiedervereinigten Deutschland finden sich kaum "großräumige" (§ 14 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) Gebiete, die "sich einem vom Menschen wenig beeinflussten Zustand befinden"; das Urteil wirft daher indirekt auch die Frage auf, ob nicht auch andere aus dem Dutzend anderer deutscher Nationalparks wegen Nichteinhaltung dieses gesetzlichen Ausweiskriteriums rechtlich als "nichtig" zu bewerten sind. Denn in vielen dieser Nationalparks fanden sich bei der Ausweisung weite Flächen in einem vom Menschen mehr als nur wenig beeinflussten Zustand. So werden beispielsweise erhebliche Teile des Nationalparks Müritz land- und fischereiwirtschaftlich bewirtschaftet, hier finden sich Kiefern-Plantagen, der Einsatz schwerer Rückefahrzeuge und ein Netz von Forststrassen vermittelt den Eindruck einer auf Ertrag gerichteten Forstwirtschaft, der Specker See ist seit der Nazi-Zeit künstlich aufgestaut, um Bäume flößen zu können und im Park wohnen 800 Menschen. Im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer werden 40 % der Deichvorländer (Salzwiesen und Sommerpolder) durch die Landwirtschaft genutzt, Bauwerke des Küstenschutzes genießen Vorrang

vor einer natürlichen Dynamik der Ufer und auf einer Fläche von 180 ha findet eine Campingnutzung statt. Die Waldflächen des Nationalparks Jasmund auf Rügen werden ebenso wie im Nationalpark Müritz durch traditionelle Forstwirtschaft geprägt. In beiden Parks versiegeln ehemals militärisch genutzte Anlagen wertvolle Landschaftsteile. Entwässerungsgräben und Trinkwasserbrunnen trocknen Feuchtgebiete aus. Entwässerungsgräben prägen das Bild des Schleswig-Holsteinischen Wattenmeeres, hier wie in anderen Nationalparks finden sich vom Menschen gestaltete Kulturlandschaften und von der Forstwirtschaft gestaltete Wälder, ebenso wie Straßen, Wege, Parkplätze, Siedlungen, Hofstellen, Bodenabbaustellen, Klärteiche und Campingplätze, allesamt Zeugnisse des Einflusses von Menschen auf die Gebiete und damit Indizien gegen eine Ausweisung eines Nationalparks.

Auf das Urteil reagierte ein Naturschutzverband mit heftiger Richterschelte. Bei genauerem Hinsehen liegt die Verantwortung für diese Niederlage des Naturschutzes aber nicht bei den Richtern, weil diese nur das Naturschutzgesetz angewandt haben. Verantwortlich für die Pleite ist der Gesetzgeber des Bundesnaturschutzgesetzes; der Bundesumweltminister ist aufgrund des Urteils gefordert, in einer Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes als Kriterium für einen Nationalpark auch solche Gebiete

aufzunehmen, in denen zumindestens ein naturschutzfachliches Entwicklungspotential zugunsten eines vom Menschen zukünftig unbeeinflussten dynamischen Ökosystems vorhanden ist. Ansonsten würde die Ausweisung von Nationalparks in Kulturlandschaften stets angreifbar sein.

### Ausgleich für Natureingriffe trotz Existenzgefährdung

Das Bundesverwaltungsgericht mußte aus Anlaß der Autobahnplanung von Dresden nach Prag auf die Klage eines Landwirtes entscheiden, ob dieser durch solche auf seinen Wirtschaftsflächen festgesetzte Maßnahmen des Ausgleichs für den autobahnbedingten Natureingriff in seiner Existenz gefährdet werden durfte. Der Landwirt hatte darauf verwiesen, daß bei Auswahl einer mit noch erheblich stärkeren ökologischen Beeinträchtigungen verbundenen Alternativtrasse sein Grundeigentum hätte verschont werden können. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 18. März 1998 entschieden, daß die privaten Belange gegenüber erheblichen ökologischen Beeinträchtigungen bei anderer Trassenführung zurückzutreten hätten. Das gelte selbst dann, wenn - wie hier - der Autobahnbau letztlich die Existenzfähigkeit des Betriebes vernichten werde.

BVerwG, Urteil vom 18. März 1998, Az.: 4 A 31.98

Dieses Urteil ermuntert und verpflichtet Planfeststellungsbehörden, Ausgleichsmaßnahmen auch dann anzuordnen, wenn sie erheblich in die Belange der Landwirtschaft eingreifen. Bislang weichen zahlreiche Planfeststellungsentscheidungen diesem Konflikt zugunsten von Ersatzmaßnahmen, von Ausgleichszahlungen oder eines Defizits an Kompensation aus, was nach dieser Grundsatzzentscheidung dazu führt, daß der Planfeststellungsbeschluss wegen Verstoß gegen das Abwägungsgebot rechtswidrig ist.



## Anspruch auf Information über staatliche Umweltförderung

Eine politische Partei hatte die Einsichtnahme in die Behördenakten über die Gewährung eines Finanzausschusses aus einem Landesfonds erstrebt. Der Ausschuss war einem Unternehmen zur Errichtung einer als umweltdienlich beurteilten Anlage zur thermischen Verwertung halogenhaltiger organischer Produktionsabfälle (Reststoffverwertungsanlage) gewährt worden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Urteil vom 25. März 1999 entschieden, daß der im Umweltinformationsgesetz des Bundes (UIG) geregelte Anspruch des Bürgers gegen den Staat auf freien Zugang zu Umweltinformationen auch auf die Einsichtnahme in Akten über die staatliche finanzielle Förderung eines umweltverbessernden Produktionsverfahrens gerichtet sein kann. Zur Begründung verweist das Gericht darauf, daß der gesetzliche Anspruch des Bürgers auf freien Zugang zu Umweltinformationen nicht nur die bei den Behörden vorhandenen Angaben über den Zustand der Umwelt umfasse, sondern der Bürger

könne "auch Informationen über staatliche Tätigkeiten oder Maßnahmen zum Schutz der Umwelt beanspruchen". Zu diesen Tätigkeiten oder Maßnahmen zähle auch die Förderungstätigkeit des Staates. Denn staatliche Umweltsubventionen, mit denen Unternehmen bei der Realisierung umweltpolitisch erwünschter Vorhaben finanziell unterstützt würden, bezweckten ebenso wie andere Instrumente des Umweltschutzes die Verbesserung der Umweltsituation. Mit ihrer Hilfe könne der Staat ein Maß an Umweltschutz verwirklichen, das auf andere Weise, insbesondere mit dem klassischen Instrumentarium des Ordnungsrechts, nicht, nicht so schnell oder nicht so sicher erreichbar wäre. Nach Sinn und Zweck des Umweltinformationsgesetzes ist der dort verankerte Auskunftsanspruch nicht auf direkte Maßnahmen der Verbesserung der Umweltsituation beschränkt.

BVerwG Urteil vom 25. März 1999, Az.: 7 C 21.98





### Keine Klagebefugnis des Einzelnen zum Schutz des Ortsbildes

"Die Rechtsordnung erkennt dem Grundbesitz gegenüber ästhetischen Beeinträchtigungen eines Ortsbildes durch den Ausbau einer Bahnstrecke keinen Schutz zu."

Zur Entscheidung stand eine Klage einer Anliegerin gegen den Ausbau einer S-Bahnstrecke um ein zweites Gleis. Das Bundesverwaltungsgericht begründete seinen Leitsatz wie folgt: "Soweit sich die Klägerin schließlich gegen die "optische Verunstaltung eines dörflichen Kerns" zur Wehr setzen möchte, ist ihr zuzugeben, daß sie damit zumindest einen Bezug zur eigenen "Lebensqualität" aufzeigt. Dieser private Belang ist aber rechtlich nicht geschützt, und zwar auch nicht, soweit die Klägerin als Eigentümerin und Bewohnerin eines Hauses, das zu diesem Ortskern zählt, ein gesteigertes Interesse an dessen unveränderter Erhaltung haben mag. Die Rechtsordnung erkennt dem Grundbesitz gegenüber "ästhetischen" Auswirkungen der genannten Art keinen Schutz zu. Vielmehr überantwortet sie gemäß/1 Abs. 5 Satz 2 nr. 4 des Baugesetzbuches den Schutz des Ortsbildes weitgehend der Planungshoheit der Gemeinde. Wenn die Gemeinde im Rahmen ihrer örtlichen "Verkehrspolitik" eine Beeinträchtigung des Ortsbildes durch die überörtliche Fachplanung in Kauf nimmt, weil aus ihrer Sicht anderen öffentlichen Belangen - hier dem Interesse an der Vermeidung unzumutbar langer Schrankenschließungszeiten an dem Bahnübergang größeres Gewicht zukommt, eröffnet der Rechtsweg Privaten keine Möglichkeit zur Überprüfung dieser Entscheidung."

BVerwG Urteil vom 8. Juli 1998, Az.: 11 A 30.97



## 2. Hinweise zum Mietrecht

### Die Kündigung des Wohnungsmietverhältnisses

Das Mietverhältnis endet grundsätzlich entweder mit Zeitablauf oder durch Kündigung eines Mietverhältnisses, das auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde. Bei der Kündigung wird wiederum zwischen einer ordentlichen und außerordentlichen unterschieden. Eine ordentliche Kündigung bedeutet nichts anderes, als daß bis zur Räumung der Wohnung bestimmte Fristen eingehalten werden müssen, welche von der Dauer der Mietzeit abhängen. In der Regel beträgt die Kündigungsfrist 3 Monate. Nach 5, 8 bzw. 10 Jahren seit Einzug in die Wohnung verlängert sich die Kündigungsfrist um jeweils 3 Monate. Wer also seit 10 Jahren in einer Mietwohnung wohnt, kann sich auf eine einjährige Kündigungsfrist berufen.

Gilt eine dreimonatige Kündigungsfrist, muß die Kündigung spätestens am dritten Werktag eines Monats für den Ablauf des übernächsten Monats erklärt werden. Ist dabei der dritte Werktag ein Samstag, endet die Frist am nächsten Werktag, d.h. am Montag. Kündigt der Vermieter, muß die Kündigung schriftlich unter Angabe von Gründen erfolgen. Kündigt der Mieter, ist keine Begründung notwendig. Sinnvoll ist es, den Briefumschlag aufzuheben, mit dem die Kündigung zugesandt wurde, da sich darauf der Posteingangsstempel befindet.

Die außerordentlichen Kündigung erfolgt zumeist fristlos; die Mietwohnung muß dann unverzüglich geräumt werden. Dabei müssen ganz bestimmte Umstände vorliegen, welche die Aufrechterhaltung des Mietverhältnisses für den Mieter bzw. den Vermieter unzumutbar machen. Wer dauernd unpünktlich die Miete überweist, ohne Zustimmung des

Vermieters Haustiere hält, den Vermieter beleidigt (...), dem kann, wenn der Mieter zuvor erfolglos Abgemahnt wurde, fristlos gekündigt werden. Besonders häufig sind fristlose Kündigungen bei Zahlungsverzug. Eine Kündigung kann bereits ausgesprochen werden, wenn z.B. der Mieter zweimal hintereinander mit der Miete oder einem nicht unerheblichen Teil der Miete in Verzug ist (in der Regel zumindest in Höhe einer Monatsmiete). Für den Mieter ist dabei interessant, daß z.B. durch nachträgliche Zahlung der Miete die Kündigung abgewendet werden kann.

Beruft sich der Vermieter in seiner Kündigung auf Eigenbedarf, benötigt er also die Wohnung z.B. für seine Familienangehörigen, muß genau geprüft werden, ob die gesetzlichen Voraussetzungen einer solchen Eigenbedarfskündigung überhaupt vorliegen. Werden Gründe vorgeschoben, ist die Kündigung unwirksam.

Gegen die Kündigung kann der Mieter (wenn er sich mit der Kündigung nicht abfinden möchte) Widerspruch einlegen. In diesem Widerspruchsschreiben muß dargelegt werden, aus welchen Gründen der Auszug aus der Wohnung unzumutbar ist. Eine bevorstehende Examenprüfung, eine Entbindung (...) können dazu führen, den Zeitpunkt des Auszugs weiter hinauszuzögern. Der Widerspruch sollte spätestens zwei Monate vor Ablauf der Kündigungsfrist dem Vermieter per Einschreiben zugesandt werden. Auf die Möglichkeit des Widerspruchs muß der Vermieter den Mieter hingewiesen haben (zumeist aufgrund einer Klausel Mietvertrag). Unterläßt er das, kann der Widerspruch gegen die Kündigung auch noch zu einem späteren Zeitpunkt erklärt werden.

### Zum Kasten rechts:

Das Schicksal der Projektwerkstatt, in der bisher die Ö-Punkte gemacht wurden, ist immer noch unklar. Gibt es eine Gruppe oder Einzelpersonen, die dieses Haus als politische WG übernehmen wollen?

Ob Kauf oder eine andere Variante ... da ist vieles denkbar, wenn nur der Wille da ist, dieses einmalige Gebäude mit neuem radikalen Leben zu füllen!

Ein Besuch ist nach Absprache möglich.

Infotelefon: 06401/903283 und 0171/8348430.



Wer macht weiter???

## Politisches Zentrum sucht Nachfolge-WG!

Biologischer Ausbau 500qm in 3 Gebäudeteilen 649qm Grundstück

Das Haus besteht aus Scheune, Zwischengebäuden und Haupthaus. Alle sind baubiologisch renoviert, gedämmt und eingerichtet.

Wohnhaus mit ...  
 ... großen Dachraum  
 ... Küche, Bad, WC getrennt  
 ... Keller  
 ... großer Terrasse (im Bau)  
 Tagungshaus mit ...  
 ... Seminar- und Arbeitsräumen  
 ... Platz für Bibliothek, Archive usw.  
 ... 2 Bettenräumen mit 18 Betten  
 ... Gruppenküche und -sanitärräume  
 ... schallisolierter Feten-/Probenraum  
 ... Werkstatt

Alles mit ...  
 ... neuen Elektro- und Sanitärinstallationen  
 ... Telefonanlage  
 ... Zentralheizung (Solar und Holzkessel)  
 Garten mit ...  
 ... Sitzzecken, Liegewiese  
 ... Gewächshaus, Wohnhütte  
 Das Dorf ...  
 ... mit eigenem Bahnanschluß  
 ... 18km östlich von Gießen

Preis (Verhandlungsbasis):  
 ... 400.000 DM oder  
 ... 300.000 DM als "politischer Preis", wenn das Tagungshaus offen bleibt für Initiativen  
 Alles Näheres wäre zu besprechen, auch z.B. Ratenzahlung oder noch andere Finanzierungsmodelle.  
 Kontakt: Projektwerkstatt, 06401/903283

# BUKO 22

Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt

Der 22. Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO) findet vom 28. bis 31. Oktober 1999 in Hannover statt. Er nimmt die Internationa- le Weltausstellung EXPO 2000 (1.6. - 31.10.2000) zum Anlaß, die Debatten über emanzipatorische Politik jenseits der herrschenden Weltordnung weiterzuführen.

Die Entwicklung solidarischer Lebens- zusammenhänge steht im Zentrum vieler sozialer und politischer Bewegungen in Deutschland, Europa und in anderen Kontinenten. Für sie will der BUKO 22 ein Diskussionsforum schaffen. Die Leit- fragen entwickeln sich aus der prakti- schen Arbeit der beteiligten Gruppen und Organisationen und artikulieren ihre grundlegende Kritik zu den Mainstream- Perspektiven, wie sie die EXPO 2000 inszeniert. 172 Regierungen und 14 interna- tionale Organisationen haben sich bis Februar 1999 auf Einladung der Bundes- regierung als "offizielle Teilnehmer" zur EXPO 2000 angemeldet. Diese werden den größten Teil der Ausstellungen auf dem EXPO-Messe-Gelände bestreiten. Als "nichtoffizielle Teilnehmer" sind mul- tinationale Konzerne, NGOs u.a. Institu- tionen im Spiel. Die EXPO 2000 GmbH managt das Großereignis. Ob es um Hunger in der Welt geht, um Armut oder Umwelterstörung, die EXPO GmbH ver- spricht in "atemberaubenden Ausstel- lungsbeiträgen" "Lösungsvorschläge für die Probleme der Zukunft anschaulich, aktiv und mit allen Sinnen erlebbar" zu machen (www.expo2000.de). Die Aus- stellenden sollen sich am Konzept nach- haltiger Entwicklung der Agenda 21 ori- entieren. Nach diesem Konzept wäre es möglich, gleichzeitig Wirtschaftswach- tum, Ressourcenschonung und den Ab- bau der weltweiten sozialen Ungleichhei- ten zu erreichen - unter Beibehaltung bzw. Intensivierung der bestehenden pa- triarchal-kapitalistischen Weltordnung.



Für den BUKO 22 werden vier Foren organisiert, die jeweils in einzelnen Ar- beitsgruppen zentrale Fragen, praktische Erfahrungen und Perspektiven diskutie- ren. Anknüpfend an zentrale Positionen des Konzeptes "Expo 2000" wird am er- sten Tag die kritische Bestandsaufnahme der herrschenden Verhältnisse im Vorder- grund stehen. Am zweiten Tag dreht sich die Diskussion um Zukunftsentwürfe "von unten" und Perspektiven emanzipa- torischer Politik.

Aktuelles Programm, Informationen und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Heiko Möhle, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040-393156, Fax 040-3907520, buko@cl-hh.cl.sub.de

# Am Rio Lempa wollen die Leute mehr als Katastrophenhilfe

Ein Hurrikan ist eine Naturkatastrophe – weit gefehlt. Die Natur hat bei der Mitch- Katastrophe allenfalls als Opfer der globalen Klimaveränderungen und von Strukturen eine Rolle gespielt, die Menschen zum Raubbau und zum Leben und Arbeiten an Standorten zwingen, die für beides nicht geeignet sind. Die Naturge- walt gesellt sich allenfalls zur strukturellen Gewalt – mit den bekannten verheeren- den Folgen. Am Beispiel des Rio Lempa, des größten Flusses El Salvadors, zeigt sich, was außer dem Hurrikan an sich zur eigentlichen Mitch-Katastrophe geführt hat: die ungleiche Landverteilung mit ihrem Zwang zum Minifundismus an Hanglagen; ein Wirtschaftsmodell, das die Landwirtschaft vernachlässigt; eine nur auf Rendite zielende Energiewirtschaft und die nachhaltige Herrschaft ... der Reichen.

Die Schwestern vom Pastoral-Team am östlichen Ufer des Lempa-Unterlaufes haben seit verganginem November Lebens- mittel, Medikamente und Kleider an die etwa 26000 Opfer der großen Über- schwemmung im Gefolge des Mitch ver- teilt. Jetzt – im Februar bei einer Ver- sammlung der 26 Gemeinden in dieser Region – sagt eine von ihnen: "Nah- rungsmittel zu verteilen, ist notwendig. Aber das laugt uns regelrecht aus. Wir werden derartig damit beschäftigt, da uns keine Energie mehr dafür bleibt, weiter zu gehen, das Problem an der Wurzel zu packen." In der Tat. In der Region liegt Vieles im Argen. Der traditionelle Land- bau wurde durch kurzfristig profitträchtige Monokulturen abgelöst, großflächige Rodungen taten ihr übriges: der Erosion ste- hen Tür und Tor offen. Die Konsequenzen tragen immer zuallererst die Armen, die Menschen, die sowieso nie gefragt wer- den und die von den Brüchen mit den Traditionen von Anbeginn nichts als Nachteile hatten. Auch der Hurrikan und die Überschwemmung traf die Armen. Und das nicht nur aufgrund jahrelanger Zerstörung der natürlichen Wasserrück- haltung und der Umsiedlung in unzurei- chend gesicherte Städte etc.

## Die Öffnung der Stauwehre

Ein anderer Zusammenhang liegt ihnen nach der letzten Erfahrung näher. Die Niederschläge im vergangenen Oktober waren heftig und in den unmittelbar am Fluß und in Küstennähe gelegenen Ge- meinden setzte eine leichte Überschwem- mung ein. Außerdem war Mitch im An- flug. Am 21. Oktober in der südöstlichen Karibik entstanden, schwoll er am Sams- tag, den 24. Oktober vor der hondurani- schen Atlantikküste zu einem Hurrikan mit einer Geschwindigkeit von fast 300 km/h an. Dann brach er über Honduras

und den Norden Nicaraguas herein und zog, schon schwächer geworden, durch den Golf von Fonseca nach El Salvador. Noch am Freitag hatten die Elektrizitäts- gesellschaft CEL, welche die Wasserkraft- werke am Rio Lempa betreibt, und das Nationale Notstandskomitee COEN be- sorgte Anrufer vom Bajo Lempa beruhigt: man lasse zur Zeit eine Wassermenge von 500 m³/sek. ab (nach der großen Über- schwemmung von 1995 hatte CEL zuge- sagt, nie mehr als 1500 m³/sek. abzulassen). Am frühen Morgen des Sonntag aber, um 2.00 Uhr, als die vom Regen- sturm des Mitch ansteigenden Wasser- massen auf die Staumauern der Wasser- kraftwerke drückten, öffnete CEL die Wehre und entließ 12.500 m³/sek. Jetzt drang wortwörtlich in Windeseile das Wasser in die Gemeinden, in die Häuser und kroch unter Tisch und Betten. Selbst in der relativ günstig gelegenen Gemein- de Nueva Esperanza blieb gerade noch Zeit, ein paar Hühner aufs Dach zu wer- fen und einige Kranke in den Kirchturm zu bringen, dann mußten die Leute schleunigst fliehen. Natürlich hat der CEL-Präsident die Schuld auf den Hurri- kan und auf das Notstandskomitee ge- schieben. Aber die Betroffenen erinnern sich an das, was CEL 1995 versprochen hatte und was einem Eingeständnis gleichgekommen war, die Wehre zu schnell und zu weit geöffnet zu haben. Ricardo V squez von FUNDALEMPA kann auch den Zusammenhang erklären: Die vier Stauseen, die in den fünfziger und sechziger Jahren am Lempa gebaut wur- den, sind nie gepflegt worden. Durch die alljährlichen Erosionsschübe verlanden sie nach und nach, es gibt immer weniger Platz für Niederschläge und Zuflüsse und die Sedimente drücken gewaltig auf die Staumauern. Wenn der Wasserspiegel bei heftigen Niederschlägen steigt, liegt es nahe, einfach die Wehre aufzumachen. Ergo ist mit Abhilfe nicht zu rechnen.

Doch langsam kommt Wut auf. Mit schönen Worten lassen sich den Men- schen am Rio Lempa nicht mehr hinhal- ten. Jetzt müssen weitergehende Verän- derungen her, Versprechungen, die nicht eingehalten wurden, gab es schon genug

Themenredaktion "Umwelt und Entwicklung"

Nicht mehr besetzt!  
Wir suchen eine neue Crew oder Person, die für jede Ö-Punkte-Ausgabe zusammenstellt, was im Bereich Umwelt & Entwicklung, d.h. im Übergang zwischen diesen beiden Themen, läuft.

Autor

Eduard Fritsch

Dieser Text ist gekürzt entnommen aus der Zeitschrift "Ila" der Informationsstelle Lateinamerika. Probehefte und Abos gibt es bei Ila, Heerstr. 20/5, 53111 Bonn, 0228/658613

## Zeitschriftenschau

- iz3w-Blätter Mai '99:
• Krieg und neue NATO (S. 3-9)
• Zivilgesellschaft in Mexiko und Nicaragua (S. 13-15)
• Schwerpunkt Stadtstaaten (S. 17-35)

Ö-termine
3.-6. Juni in Königswinter
Umweltmanagement in der Dritten Welt
Wie die Multis aus Müll Geld machen
Infos: AZK, 02223/73161
11.-13. Juni in Hannover
Sami, die Indianer Nordeuropas
Einblicke in die Lebensweise der Samis, die in Skandinavien und im russischen Sapnis leben.
Info: JANUN, 0511/3940415



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

56 Sommer '99

● Kurz notiert

# Fluglärmgegner werden lauter

Neuesten Gerüchten zufolge sollen Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium im April einen ersten Entwurf eines Fluglärmgesetzes vorlegen bzw. vorgelegt haben. Damit Ihr den Entwurf des Gesetzes an den Forderungen aus der Oppositionszeit messen könnt, wollen wir hier nochmal kurz die wichtigsten Punkte des "grünen" Fluglärmgesetzes aufführen. Die Kritik am alten war hart: "In der vorliegenden Form schützt das Fluglärmgesetz mehr die Flughäfen vor den Menschen als umgekehrt." Priorität sollte demnach der Schutz der Gesundheit vor allen Verkehrs- und Wirtschaftsbelangen haben. Zu den einzelnen Punkten:

➤ Das Gesetz muß gegen jeden unzumutbaren Fluglärm schützen. Deshalb sind Regionalflughäfen, Landeplätze, allgemeine Luftfahrt, Sportfluggeräte und militärische Tiefflug- sowie andere Übungsgebiete in das Gesetz einzubeziehen.

➤ Das bisherige Verfahren zur Ermittlung des Lärmpegels über 6 Monate muß durch den Beurteilungspegel ersetzt werden, der in anderen Bereichen längst üblich ist. Maximalpegel sind in die Ermittlungen einzubeziehen.

➤ Schlafzeiten von Kindern und Kernruhezeiten sind besonders zu schützen. Der Schutz vor Nachtfluglärm ist deshalb voranzutreiben.

➤ Die Schutzzonen rings um die Flughäfen müssen so ausgewiesen werden, daß die Flughäfen auch tatsächlich für die Lärmsanierung aufkommen müssen.

➤ Für Neu- und Erweiterungsgenehmigungen von Flughäfen muß als Beurteilungsgrundlage der maximal abwickelbare Flugverkehr anstelle einer 10-Jahres-Durchschnittsprognose gelten.

➤ Technische Fortschritte im Flugzeugbau, die zu einer Lärminderung führen können, müssen den Betroffenen möglichst umgehend zugute kommen. Die Schutzvorschriften des Gesetzes sind im Abstand von zwei Jahren zu überprüfen und den neuen technischen Möglichkeiten anzupassen.

➤ Konkrete Verpflichtungen zur Abwicklung des Flugverkehrs (einschließlich Platzrundenflüge) müssen im Gesetz im Hinblick auf einen optimalen Lärmschutz festgeschrieben werden.

Die Stellung der Fluglärmbeauftragten ist zu stärken. Eine Zuordnung zu den Umwelt- oder Gesundheitsministerien statt zu den Luftfahrt- und Wirtschaftsbehörden ist notwendig.

➤ Die einzuführende Kerosinsteuer sollte den Lärmschutz (mit)finanzieren.

## Aktivitäten von unten

Auf die Aufforderung, mit dem Druck von unten nicht nachzulassen, haben allerdings auch etliche Inis nicht gewartet. Hier ein Beispiel:

Die Interessenvereinigung Bayerischer Fluglärmaktivitäten hat einen Aspekt des Fluglärmgesetzes-Entwurfes der Bündnisgrünen aus der letzten Legislaturperiode aufgegriffen. An die Bundesregierung wie auch an die Parteispitzen wurde die Forderung gerichtet, sich für eine(n) unabhängige(n) Bürgerbeauftragte(n) einzusetzen. Wir dokumentieren aus dem

### Schreiben Auszüge:

"Im Kampf gegen den Lärm gibt es kaum Erregung. Die Gründe liegen neben wirtschaftlichen Prioritäten im mangelnden Lärmbewußtsein der Verursacher und in einem Ungleichgewicht der Interessenwahrnehmung zu Gunsten der fliegerischen Zunft. Wir stellen in diesem Zusammenhang

- Unsere gewählten Volksvertreter sollten Anwälte für die Rechte aller Bürger sein. Sie bleiben jedoch zu oft dieser Pflicht zu Gunsten von Vertretungen in Aufsichtsräten, Personal- und Finanzun- geschlossenen Phalanx aus politischen Institutionen (Bundesminister für Verkehr, Landesministerien für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Bezirksregierungen) einschließlich der Deutschen Flugsicherung sowie den Betreiber- und Luftfahrtunternehmen.

- Die Praxis zeigt weiterhin, daß die Anwohner von Flughäfen und -plätzen den aus Sicht der Bürger oft einseitigen Entscheidungen von Landesregierungen, Behörden und Justiz zu Gunsten der Flieger oft hilflos ausgeliefert sind. Um seine vom Gesetzgeber garantierten Rechte im Prozeß zu verteidigen oder wiederzuerlangen, muß er tief in die Tasche greifen. Die Verursacher von Lärm und Emissionen können dagegen darauf bauen, daß Behörden und einschlägige Ministerien den Streit ohne Kosten für sie durchfechten.

Die vom Grundgesetz garantierte "Waffengleichheit" stellt ein Menschenrecht dar und ist in der von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Menschenrechtskonvention verankert. Diese Waffengleichheit existiert im Bereich der Luftfahrt nicht. Nach Aussage eines renommierten Rechtsanwaltes ist das Luftverkehrsrecht in Deutschland weitgehend Richterrecht, das besonders der Fliegerei zugute kommt.

- Die Beweislast hinsichtlich der zahlreichen lärmrelevanten Verstöße in der Luftfahrt liegt bei dem von unvermeidbarem Lärm ohnehin betroffenen Bürger. Es gibt keinerlei polizeiliche und kaum amtliche Kontrolle. Das Beibringen belastbarer Beweise ist dementsprechend schwierig.

Unter Berücksichtigung dieser Feststellungen treten wir an Sie persönlich mit der Bitte heran, sich für eine(n) unabhängige(n) Bürgerbeauftragte(n) einzusetzen, wie es ihn in anderen Bereichen unseres täglichen Lebens gibt... Der/die Bürgerbeauftragte muß bereits im Vorfeld mit den Rechten ausgestattet werden, die es ermöglichen, den Landesregierungen, den Behörden bzw. der Fliegerlobby Paroli bieten zu können. Er/sie muß in jeder Hinsicht absolut unabhängig sein (Klageberechtigung!) und dafür Sorge tragen können, daß vor allen Dingen die zum Schutz der Bürger erlassenen Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Insofern muß der/die Bürgerbeauftragte auch einen absolut anderen Stellenwert bekommen als die an vielen Flughäfen eingerichteten Lärmschutzbeauftragten, die im Dienst der Landesministerien tätig sind. Bitte geben Sie uns von Ihren Aktivitäten Kenntnis."

## Fluglärmmalus gerichtlich bestätigt

Das Urteil des OLG Koblenz vom 6.5.98 (1 U 1568/93), das einen Fluglärmmalus von 10 dB(A) einführt, ist rechtskräftig geworden, nachdem der Bundesgerichtshof die Annahme der Revision der Bundesregierung im November 98 abgelehnt hat. Das Gericht hatte bei 17maliger Überschreitung von Spitzenpegeln über 90dB(A) die enteignungsrechtliche Zumutbarkeitsschwelle als eindeutig überschritten gesehen. Das Gericht ließ offen, ob schon Mittlelungspegel ab 65 dB(A) für diese Bestimmung als entscheidend anzusehen sind. Es wurde kein Unterschied zwischen militärischen und zivilen Düsenflugzeugen gemacht. Die Kläger haben nun Anspruch auf Entschädigung. Das Urteil hat sehr große Bedeutung, weil solche Pegel in Deutschland oft überschritten werden.

## Wirtschaftsfaktor Fluglärm

Wie schon berichtet, will die EU Flugzeuge, die mit hush-kits ("Lärmdampfern") ausgerüstet sind, ab dem Jahr 2002 verbieten. Bisher dürfen sie als lärmarm eingestuft werden, obwohl sie so nicht empfunden werden. Daraus scheint jetzt ein Wirtschaftskampf USA-EU zu entstehen, da die USA das einzige Land sind, in dem hush kits hergestellt werden. Die USA wollen ihre kränkelnde Boeingwerke stützen und vermuten eine Bevorzugung von Airbus. Daher drohen die USA ein Landeverbot für das europäische Überschallflugzeug Concorde an. Das Europarlament hat die Entscheidung nochmals bekräftigt, die Kommission sie dagegen vorläufig ausgesetzt.

## Benzinpreise

Niedrige Benzinpreise haben viele Nachteile, nicht nur den vermehrten Verbrauch des Treibstoffs. In den USA steht der Spritpreis inflationsbereinigt auf einem historischen Tiefstand. Das US-Kriegsministerium hat deswegen allein im vergangenen Haushaltsjahr fast acht Milliarden DM eingespart. Das eingesparte Geld fließt aber nicht einfach so in den allgemeinen Haushalt zurück. Vielmehr darf sich das Pentagon vom größten Teil neue Waffen besorgen. Mithilfe dieser Waffen kann dann wieder bei out of area-Einsätzen für billigen Sprit in den USA gesorgt werden.

## Hochgeschwindigkeitsverkehr einspurig

Im kommenden Sommer wird die ICE-Neubaustrecke zwischen Hannover und Würzburg teilweise nur einspurig zu befahren sein, lautet eine Information des Geschäftsbereichs Fernverkehr der DB AG. Demnach müssen die Talbrücken und der Oberbau auf der erst zehn Jahre alten Strecke erneuert werden. Die Belastung der Strecke ist offensichtlich völlig unterschätzt worden.

## Themenredaktion "Vekehr"

Umkehr e.V.  
Exerzierstr. 20  
13357 Berlin-Wedding  
Tel. 030/4927473  
Fax 4927972



## Kontakt

IBF  
Angerstr. 8  
82290 Landsberied  
Fon 08141/26710  
Fax 34176





Interessant wird diese Angelegenheit jedoch insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Streichungen im Interregioverkehr. Da die Trassenpreise für ICE, Interregio und Nahverkehrszüge nur wenig differenziert sind, findet eine Quersubventionierung für den ICE statt. Dies führt zu unternehmerischen Fehlentscheidungen wie den geplanten Interregio-Streichungen, da der Bahnvorstand die Kosten und Erlöse seiner Produkte völlig unzureichend wahrnimmt.

### Freizeitverkehr: Unsportliches Verhalten

Eine schweizer Studie belegt, daß Sportler zwar Körper- und Gesundheitsbewußtsein haben, sich im Verkehr aber absolut unsportlich bewegen lassen: 78% von ihnen fahren mit dem Auto zum Training oder zum Wettkampf. Der Autor schätzt, daß in der Schweiz jährlich 10 Milliarden Personenkilometer zum Zwecke des Sports zurückgelegt werden. Den

größten Anteil daran haben mit je 15% Wandern und Skifahren. Mit weitem Abstand folgen erst andere Sportarten. Fußball ist z.B. die einzige nennenswerte Mannschaftssportart mit drei Prozent. Überhaupt sind es in erster Linie die individuellen, unorganisierten Sportarten, die den großen Verkehr verursachen.

Das einzig entlastende Moment ist der Umstand, daß die "sportlichen" Autos besser ausgelastet sind als im durchschnittlichen Freizeitverkehr. Verblüffend ist, daß der An- und Abreiseverkehr der Funktionäre und Zuschauer fast vernachlässigbar ist; es sind die Sportler selbst, die zu ihren Trainings mit Autos fahren. Je "exotischer" eine Sportart ist, umso weiter sind auch die Distanzen. Zur Motorradrennstrecke sind es zum Beispiel 226 Kilometer, zum Sportklettern selbst in der Schweiz immer noch etwa 50. Die "natürlicheren" Sportarten Radfahren und Joggen sind natürlich von der Anzahl der Sportler weit stärker vertreten. Seltsa-

merweise benötigen schnelle Fußgänger im Schnitt 4,6 Autofahrt bevor sie den ersten Schritt wagen und Rennradler runde sechs Kilometer vor dem ersten eigenen Tritt.

Quelle: Jürg Stettler: Sport und Verkehr. Sportmotiviertes Verkehrsverhalten der schweizer Bevölkerung. Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus der Universität Bern, 1997.

### Bahnindustrie unter Kontrolle der Autolobby

DaimlerChrysler scheint zumindest in einer Hinsicht den amerikanischen Lösungsweg einzuschlagen. In den dreißiger Jahren wurde dort die Bahnindustrie durch die Autobranche aufgekauft und dann zerstört. Daimler hatte sich schon vor längerem durch den Aufkauf von AEG ins Bahngeschäft eingeklinkt. Mit ABB zusammen wurde der weltweit führende Bahntechnik-Hersteller Adtranz gebildet. Durch eine Reihe von Managementfehlern wurde das Unternehmen so geschwächt, daß 1999 als "Schicksalsjahr für Adtranz" angekündigt wurde. So konnte DaimlerChrysler im Januar die restlichen 50% von Adtranz - wahrscheinlich recht günstig - übernehmen und hat jetzt die alleinige Kontrolle über das Unternehmen. Wenn Adtranz erfolgreich in den Sand gesetzt wird, gibt es kaum Chancen mehr für eine eigenständige Bahnindustrie, die der Autolobby Paroli bieten kann.



## Sind Fußgänger Engel?

Sicher nicht (alle). Sie sind aber die einzigen Verkehrsteilnehmer mit halbwegs direkter Bodenhaftung. Wenn sie durch die Luft fliegen, endet es meist sehr grausam, denn sie sind gleichzeitig die einzigen Verkehrsteilnehmer, die sich ohne schutzbietende Gegenstände in einem gesundheitsgefährdenden und gefährlichen Umfeld fortbewegen.

### Sollte sich der Mensch vorsichtshalber mit Blech ummanteln?

Die Frage ist durchaus berechtigt, ein nicht unerheblicher Anteil des Autoverkehrs ist auf das Sicherheitsbedürfnis zurückzuführen. Deutlich erkennbar ist dieser Zusammenhang bei den elterlichen "Kutschfahrten" für ihre Kinder, die aus Verkehrssicherheitsgründen ganz bewußt nicht zu Fuß zur Schule, zum Sport usw. gehen sollen. Motorisierte Verkehrsteilnehmer aber leben keineswegs gesünder als die zu Fuß Gehenden. Das Todesfallrisiko für Mitfahrer entspricht etwa dem der Fußgänger und Radfahrer, das Verletzungsrisiko ist sogar doppelt so hoch. Noch viel ungünstiger schneiden die Autofahrer ab, ihr Todesfallrisiko ist doppelt so hoch, ihr Verletzungsrisiko etwa vier Mal so hoch wie das der Fußgänger. Doch erkrankt oder stirbt der Mensch nicht nur im Straßenverkehr, sondern auch an den Folgeerscheinungen von Bewegungsmangel, zu großer Lärmeinwirkung, Luftverschmutzung, Streß. Nicht

zufällig gibt es Wandelgänge überall dort, wo Menschen wieder gesund werden sollen und nicht zufällig wird von Ärzten immer wieder das Gehen empfohlen.

**Zu Fuß Gehen ist die umweltfreundlichste und menschenrechtteste Fortbewegungsart mit sehr vielen Vorteilen:** Der Fußgänger gefährdet keine anderen Menschen, benötigt keine fremde Energie, erzeugt keinen Lärm und keine Abgase, ist anspruchslos im Flächenbedarf und leistet damit sich, den anderen Verkehrsteilnehmern und der Umwelt einen guten Dienst! ...

**Das Zu-Fuss-Gehen ist wieder angemessen zu berücksichtigen!** Die Fußgänger sind keine „Randgruppe“, und wenn sie auch nur gleichberechtigt behandelt werden sollen, müssen zuerst viele der Fehlplanungen der letzten 50 Jahre korrigiert werden. ... Die Fußgänger müssen sich und ihre Belange selbstbewusster einbringen.

Gekürzter Text von FUSS e.V., Berlin



**Ö-termine**

6.6. in Berlin  
**Radsternfahrt**  
Info: ADFC, Benno Koch, O30/4484724

9.-23.6. in Bonn  
**Ökoführerschein**  
Auf dem Weg zum fünf-Liter-Fahrer in Theorie und Praxis  
(mit praktischen Auto-Fahrstunden)  
Wissenschaftsladen Bonn, O228/20161-O, Fax -87

14.-16.6. in Berlin  
**Funktionsstärkung der City**  
Inst. für Städtebau, O30/230822-O, Fax -22

17.-18.6. in Göttingen  
**Verkehrs-Entwicklungs-Planung**  
Tagung zu praxisorientierten Aspekten einer optimierten Verkehrsplanung. 235 DM.  
BU?/VEP-Netzwerk, Fax O551/5470717

20.6. überall  
**Mobil ohne Auto**  
Bundesweiter Aktionstag  
(16.6.: Autofreier Hochschulfag)  
MOA-Koordination, O69/702012

22.+23.6. in Schwerin  
**Freizeitlärm**  
Lärmkontor, O40/389994-O, Fax -44

24.-31.7. von Lübeck bis Usedom  
**Die A20 macht die Seeluft ranzig**  
5. Radtour gegen die A20  
ADFC, O3834/897412, Fax 894523

31.7.-11.8. in Hessen/Thüringen/Bayern  
**tour de Natur '99**  
Radtour gegen die Thüringer Walddautobahn  
Tour de Natur, Tel.&Fax O361/2251734





Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

# 58

Sommer '99

• Kurz  
notiert

## Themenredaktion "Wasser":

Harald Gülzow  
Verein zum Schutze des  
Rheins und seiner Neben-  
flüsse  
Egmondstr. 5  
47608 Geldern  
Tel. 02831/9802 81  
Fax 02831/9802 90  
VSR@nadeschda.gun.de  
VSR-geldern@T-Online.de



# Ein Aktionsbündnis stellt sich quer von Havelausbau

Noch 1992, im Jahre der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) gründeten Umweltschützer, Gemeindevertreter, Bürgerinitiativen, Angler, Fischer und Kleingärtner das Aktionsbündnis gegen den Havelausbau, um das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 17 zu verhindern.

Projekt 17 sieht die Angleichung der Wasserstraßen von Hannover nach Berlin an den westdeutschen Standard vor und soll mit 4,5 Milliarden DM veranschlagten Kosten teurer werden als der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals. Auf der Binnenschiffahrtsstrecke Hannover-Magdeburg-Berlin betrifft das 280 km Wasserweg. Die gesamte Strecke soll auf 4 m Tiefe und je nach Profil (Spundwand oder Böschung) auf eine Wasserspiegelbreite von 42-55 m (in Kurven bis zu 72 m) ausgebaut werden. Dies soll ermöglichen, daß hier 110 m lange 2000-t-Großmotorgüterschiffe und Schubverbände von 185 m Länge, 11,40 m Breite und 2,80 m Abladetiefe fahren und sich auch begegnen können. Für den Containerverkehr werden alle Brücken mit Durchfahrthöhen unter 4,50 m Höhe auf das

Das nunmehr 5. Volksradeln gegen den Havelausbau begann am 26. April 1998 auf der Glienicker Brücke und führte am Teltowkanal entlang zur Machnower Schleuse. Anlässlich des im Sommer 1998 eingeleiteten Planfeststellungsverfahrens führten Vertreter des Aktionsbündnisses Anwohner und Presse über die mit Baustellenbändern gekennzeichneten Abgrabungsflächen und stellten Strohpuppen als Schutzgeister an den gefährdeten Bäumen auf.

Die Öffentlichkeit wird auch mit Ständen, Pressekonferenzen, Seminaren und Vor-Ort-Begehungen auf dem Laufenden gehalten. Ausstellung und Faltblätter wurden 1997 aktualisiert. Seit 1998 ist eine homepage im Internet.

Zu Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Rechtslage gab es Seminare und Vorträge mit Kirchenvertretern, Wissenschaftlern und Juristen. Der Naturschutz in Fließgewässern und der Einfluß ihres Ausbaus auf die Lebensgemeinschaften wurde auch uns auf den Tagungen "Lebendige Flüsse" und "Wasser fließt nicht bergauf" sowie auf dem 3. Brandenburger Naturschutztag klarer.

### Rechtliche Schritte

Im Vorfeld der Bauarbeiten finden übergreifende Raumordnungsverfahren und auf Ausbaubeschnitte bezogene Planfeststellungsverfahren statt, an denen sich Verbände und Initiativen beteiligen können. Erst die Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren bringt die konkreten Ausbauplanvarianten ans Licht. Fundierte Einwendungen erfordern - neben gründlichem Studium der umfangreichen Unterlagen (Technische Planung, Lagepläne, Umweltverträglichkeitsstudie, Landschaftspflegerischer Begleitplan) - Expertenwissen bis hin zu externen Gutachten. Das Aktionsbündnis koordiniert die Erstellung von Stellungnahmen über

das Büro der anerkannten Naturschutzverbände in Potsdam und über die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz. Auf dem Erörterungstermin verteidigten Umweltschutzverbände und Bürger ihre Einwendungen gegen die Stellungnahme des Vorhabensträgers. Die Abwägung aller Einwendungen obliegt in der Regel der Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD), die wie das Wasserstraßenneubauamt (WNA) dem Bundesverkehrsminister untersteht. Nachdem das zuständige Bundesland sein Einvernehmen erklärt hat, fällt die WSD den Planfeststellungsbeschlüssen - der in der Regel nur unwesentlich von den ursprünglichen Plänen abweicht. Das Wissen um die Beteiligung an den Planungsverfahren bewirkt eher schon im vorhinein eine gründlichere Erwägung der Umweltaspekte. Die vom Aktionsbündnis angestrebte Verhinderung des Gesamtprojekts kann jedoch nur durch politische Entscheidungen erreicht werden.

### Bundtagswahlen und Direkte Demokratie

Im Vorfeld der Wahlen von 1998 befragte das Aktionsbündnis Direktkandidaten der Region Berlin/Brandenburg und Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien nach ihrer Position zu Projekt 17. Während Bündnis90/GRÜNE, PDS und einige SPD-Direktkandidaten die Forderungen des Aktionsbündnis unterstützten, lehnten FDP und die SPD-Fraktion ein Ausbaumoratorium ab. Eine Volksinitiative mit 36.000 Unterschriften veranlaßte im Jahre 1995 den Landtag Brandenburgs, seine Zustimmung zum Projekt von der erneuten Überprüfung der Wirtschaftlichkeit abhängig zu machen. Das im darauffolgenden Jahr angestrebte Volksbegehren kam nicht zustande, da sich nur 58.306 von 80.000 nötigen Bürgern auf den Meldeämtern in die Unterschriftenlisten eintrugen. 1997 erreichte eine Massenpetition mit 6.000 Einwen-

### Infodienst zum Thema: "Wasserblatt"

Info:  
Michael Bender  
GRÜNE LIGA Berlin  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin  
Tel: d. (030) 44 33 91-44  
Fax: -33  
e-mail: gl.wasser@ipn-b.  
com@nk.apc.org, internet:  
http://grueneliga.de/  
berlin/havelbuenndnis/

Michael Bender ist auch  
Autor des Havel-Artikels.

Maß der Wasserstraßenklasse V angehoben. Daneben stuft der Bundesverkehrswegeplan von 1992 den Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals, des Mittellandkanals mit Wasserstraßenkreuz Minden, des Oder-Havel-Kanals, sowie der Elbe und der Saale als vordringlich ein. Damit ist die Zerstörung eines Großteils der im ostdeutschen Raum verbliebenen Flußauen gesetzlich fixiert.

Das Aktionsbündnis gegen den Havelausbau geht auf mehreren Ebenen gegen Projekt 17 vor:

### Öffentlichkeitsarbeit

Wie der Name vermuten läßt, organisiert das Havelbündnis Aktionen, die den Medien Material in Bild, Wort und Ton liefern. Vor dem Gebäude der Wasser- und Schifffahrtsdirektion (Ost) forderten wir die Herausgabe unter Verschuß gehaltener Gutachten, vor dem Landtag in Potsdam das Einlenken des Parlaments. An den Schleusen in Kleinmachnow und Charlottenburg machten wir auf den Verlust von Naturschutz- und Erholungsflächen aufmerksam. Die Ausbauswerpunkte des Projekts 17 bilden auch die Start- oder Zielpunkte von Fahrraddemonstrationen.





dungen den Deutschen Bundestag. Der Petitionsausschuß überwies - nach einer Schiffsbereitung der Havel von Brandenburg nach Potsdam - die Petition der Bundesregierung als Material, "damit ein Schutz der Schlösser- und Parklandschaft Potsdam und eine umweltverträgliche Realisierung der Projekte sichergestellt wird." Der Forderung nach einem Verzicht auf Projekt 17 mochten die Vertreter der damaligen Regierungskoalition und der SPD nicht zustimmen. Der neue Verkehrsminister Müntefering schein entschlossen, die Ausbauträume unvermindert fortzuführen. Die Ausführungen Prof. Seilers von der Stiftung Schlösser und Gärten hinterließen auf dem "Petitionsschiff" einen besonders starken Eindruck. Das Aktionsbündnis strebt an, die Argumentation mit dem Weltkulturerbe stärker zu nutzen. Am 29. Mai 1998 führten es eine Begehung der Potsdamer Gärten für Kandidaten der Bundestagswahl '98 mit anschließender Podiumsdiskussion in der Sacrower Heilandskirche durch.

### Vernetzung mit anderen Flußbündnissen

Das Havelbündnis verfügt über gute Kontakte zum Elbe-Saale-Aktionsbündnis und zum European Rivers Network. Da Projekt 17 den Ausbaudruck auf Oder, Warthe (Netze), Weichsel, Bug und Pripjat verstärkt, wird die Zusammenarbeit mit polnischen Umweltorganisationen intensiviert; so bei Konferenzen in Krzywowa (Sudety) und mit Hilfe eines themenbezogenen Seminars zur Bürgerbeteiligung in Frankfurt (Oder), welches sich vor dem Hintergrund der Oderflut regen Zuspruchs erfreute. Die Dimensionen der Wasserstraßen bestimmt letztlich die EU in ihrem System der transeuropäischen Netze. Das Aktionsbündnis versucht, über die Wasserkampagne des EEB (European Environmental Bureau) sein Anliegen auch in Brüssel zur Sprache zu bringen. Dabei wurde deutlich, daß die Verhinderung von Flußregulierungsmaßnahmen im Allgemeinen und Staudambbauten im Besonderen auch in Süd- und Westeuropa ein zentrales Anliegen der Flußschützer darstellt.



## REINWASSER wieder auf dem Main unterwegs

Das Laborschiff REINWASSER des Vereins zum Schutze des Rheins und seiner Nebenflüsse ist in diesem Sommer auf dem Main von Hanau bis Schweinfurt unterwegs. Vom 19. Juni bis 30. Juli werden Messungen in Unterfranken durchgeführt. Gruppen und Einzelpersonen die an einer Zusammenarbeit oder an Informationen über die Fahrt interessiert sind, erreichen die Besatzung während der Fahrt unter 0177-3561237 oder im Vorfeld über die Geschäftsstelle in Geldern unter 02831-980281.

Bei der aktuellen Meßfahrt soll die Stickstoffbelastung der Oberflächengewässer untersucht werden um die Stickstoffeinträge aus den verschiedenen Bereichen zu ermitteln. Auf diese Weise er-

hält man Informationen über die Ursachen der Belastungen und kann diesen jetzt nachgehen um die Einträge in unsere Flüsse zu verringern. Durch Informationsveranstaltungen vor Ort, Presse und Lokalradio wird der Öffentlichkeit die Gewässerbelastung und ihre Auswirkungen bewußt gemacht. Der hierbei entstehende Druck soll die Verantwortlichen zwingen die Belastungen zu verringern.

Interessierte Personen, die uns bei der Arbeit helfen möchten sind immer gern gesehen. Die Mitarbeit kann sich über wenige Tage oder mehrere Wochen erstrecken. Interessenten sollten sich mit Harald Gülzow (Tel. 02831-980281) in Verbindung setzen.



### Treiben lassen für die Umwelt

Unter dem Motto »Dieses Holz stammt aus den Wäldern« führt Robin Wood im Spätsommer eine Informationstour durch. Sie soll am 21. August in Stuttgart starten. Mit dem Floß geht es dann über Neckar und Rhein bis nach Köln. Hier wird die Fahrt dann am 12. September enden.

Weitere Infos erhält man von Philipp Horstmann, Tel. 030-61286204

### Wasserrahmenrichtlinie

Nach der ersten Lesung im EU-Parlament hat sich der EU-Ministerrat am 11. März auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, deren englischer Text (als 200 KB zip-datei) über e-mail bei dem Europäischen Umweltbüro (eu.policy@eeb.org) abgerufen werden kann. Der EU Ministerratsbeschuß sieht längere Fristen und laichere Regelungen für gefährliche Substanzen vor. Die 2. Lesung im - dann neu gewählten EU-Parlament wird für Herbst 99 erwartet.

### E-lb-Mail Server

Das European Rivers Network hat mit der Deutschen Umwelthilfe zusammen einen E-Mail-Dienst für Elbe-Aktivistinnen und für Freunde des Lachses ins Leben gerufen. Die Elbeseiten des Rivernet im internet sind unter <http://www.rivernet.org/elbe.htm> zu erreichen. In Polen ist gerade ein Konsortium zum Ausbau der Weichsel gegründet worden. An der Saale kann die Aussetzung des Raumordnungsverfahrens zur Staustufe in Klein Rosenburg als Erfolg gewertet werden.



Der Infodienst für Umweltdokumentation

Sommer '99

Kurz notiert



### Abbildungen

Foto ganz links: Jedes Jahr veranstaltet das "Aktionsbündnis gegen den Havelausbau" eine Radtour gegen das Verkehrsprojekt 17 Deutsche Einheit.

Foto: Steffi Staske

Foto links unten: Unterschriftensammlung an der Schleuse Kleinmachnow

Foto unten: Laborschiff REINWASSER in Schweinfurt

**Ö-termine**

August 98 - August 99  
**Der Teltowkanal - Eine Lebensader des Berliner Südens**  
 Ausbaufreundliche Ausstellung zur Kanalgeschichte  
 Do-So 14:00 - 18:00 Uhr Heimatmuseum  
 Treptow, Sternsdamm 102, Nähe S-Bf.  
 Schöneeweide

Juni 99 in Berlin  
**Workshop »Maßnahmenplan Nachhaltige Wasserwirtschaft«**  
 Infos: UBA, Tel. 030/8903-2639 und -2206

8. Juli 99 in Berlin  
**Zweites Wassersymposium**  
 Haus der Kulturen der Welt, Berlin

14.-23. August 99 in Barby  
**Internationales Elbe-Saale-Camp**

August bis 12. September  
**Floßfahrt von Robin Wood auf Neckar und Rhein**  
 Infos: Philipp Horstmann, Tel. 030/61286204





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

**60** Sommer '99  
●Widerstand



**Themenredaktion "Widerstand, Direkte Aktion":**

Leia Organa  
c/o JUP  
Willy-Brandt-Allee 9  
23554 Lübeck  
Tel.+Fax: 0451/7070646  
jupluebeck@t-online.de

## "Zero Tolerance" in Braunschweig

Gegen die zunehmende Funktionalisierung der Innenstädte als Konsumzone richtete sich ein weltweiter Aktionstag Ende Januar. In Städten wie Sydney, Los Angeles oder London beteiligten sich Menschen an den Protesten und wollten somit die Einteilung der Städte in Zonen für Besitzende sowie das Konzept der "Inneren Sicherheit" angreifen. Über das Mittel der Demonstration wird die Straße als öffentlicher Raum und Ort der Begegnung und Kommunikation zurückerobert und gleichzeitig Selbstorganisation und Selbstbestimmung zum Ausdruck gebracht. Daß diese Meinung nicht in die politischen Pläne der innerstädtischen Umstrukturierung paßt, mußten rund 60 TeilnehmerInnen der 4. "Critical Mass" (siehe unten) in Braunschweig erleben: Nachdem die letzten 3 Fahrraddemos friedlich verliefen, wurde dieses Mal der Zug von der Polizei gestoppt. Im Verlauf

der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Polizei wurden 3 Personen festgenommen. Eine weitere Person wurde durch Würgegriffe und Faustschläge so schwer verletzt, daß sie per Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Ungeachtet des überzogenen Einsatzes der Polizei wies eine Demonstrantin auf die Notwendigkeit hin, sich auch in Zukunft nicht davon abschrecken zu lassen, die "Critical Mass" Aktionen bundesweit auszudehnen: "Der zunehmenden Kommerzialisierung des sozialen und kulturellen Raumes zugunsten einiger Weniger müssen wir spontane Aktionen der Ausgegrenzten entgegensetzen! Sie wollen die "saubere Stadt", doch die Stadt - das sind wir alle!" Jeden letzten Freitag im Monat finden in Braunschweig weiterhin "Critical Mass"-Radtouren statt.

**Kontakt:** Ökoscouts Braunschweig, Madamenweg 168, 38118 Braunschweig, Tel.: 0531/82909, Fax:0531/896677, Email: oekoscouts@t-online.de

## Braunschweig: Der Kampf um den Park geht weiter!

Der Widerstand gegen die geplante VW-Mehrzweckhalle, welche im Rahmen der EXPO in eine Ecke des Braunschweiger Bürgerparks gebaut werden soll (siehe letzte Ö-Punkte) ist gewachsen! Die "Direkte Aktionsgruppe Braunschweig DABS" hat Mitte März mehrere bedrohte Bäume besetzt, Hütten und Plattformen gebaut, Netze und Seilbrücken gespannt. Seitdem sind die Bäume rund um die Uhr "bewohnt" und die lokale Bevölkerung nimmt beträchtlichen Anteil an der Aktion. Noch ist unklar, wann gefällt werden soll. UnterstützerInnen auf dem Boden, im Büro und in den Bäumen werden dringendst gesucht!! Kletterzeug und Schlafplätze sind vorhanden.

**Kontakt:** Ökoscouts Braunschweig, Madamenweg 168, 38118 Braunschweig, Tel.: 0531/82909, Fax:0531/896677, Email: oekoscouts@t-online.de Siehe ausführlicher Bericht auf Seite 17.



## Widerstands-Netzwerke

### Gewaltfreie Klettergruppe

c/o JUMP in der Roten Flora  
Schulterblatt 71, 20357 Hamburg  
jump\_hamburg@hotmail.com  
Aktionen gegen Castor und Autobahnen.

### Themenredaktion "Widerstand" der Ö-Punkte

c/o Umweltwerkstatt  
Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck  
Tel&Fax: 0451/7070646, jupluebeck@t-online.de  
Vierteljährliche Übersichts und Berichte von Aktionen in der Zeitung "Ö-Punkte".

### Projektwerkstatt AbraXas

Marschorstr. 56, 29641 Dannenberg  
Tel.+Fax 05861/2527  
Anti-Atom und Besetzung von Genfeldern.

### Direkte Aktionsgruppe DABS

c/o ASTA TH Braunschweig  
Anti-Expo, Baumkletterseminare, RTS.

### Gruppe Landfriedensbruch

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen  
Tel. 06401/90328-3, Fax -5  
projektwerkstatt@t-online.de  
Büchertisch, Seminare, ReferentInnenliste, Archive im Haus, Vernetzung.

### Anti-Expo-Netzwerk

c/o Büro für mentale Rindale  
Wickingstr.17, 45657 Recklinghausen  
Tel. 02361/17483, antifa-rei@koma.free.de  
Regelmäßiger Rundbrief zu Anti-Expo-Arbeit.

### Gen-ethisches Netzwerk

Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin  
030/6857073, Fax 6841183  
Infoservice, Koordination von  
Anti-Gentechnik-Aktionen.

### Nix mehr! Nord

c/o Haus für alle  
Amandastr. 58  
20357 Hamburg

### Hüttendorf gegen A33

Stockkämpferstr. 22a  
33829 Borgholzhausen  
Tel. 0172/5603161  
huettendorfa33@web.de

### Infam Ahaus

Postfach 1632  
48666 Ahaus  
02561/96394

### Böhmische Dörfer

Projektwerkstatt Freiburg  
Basler Str. 103  
79100 Freiburg  
0761/407100

### BI Kernenergie

Fleischerstr. 22  
17489 Greifswald  
Tel. 033834/892150

### BI Lüchow-Dannenberg

Drawehner Str. 3  
29439 Lüchow  
05841/4684

### Hüttendorf gegen A17

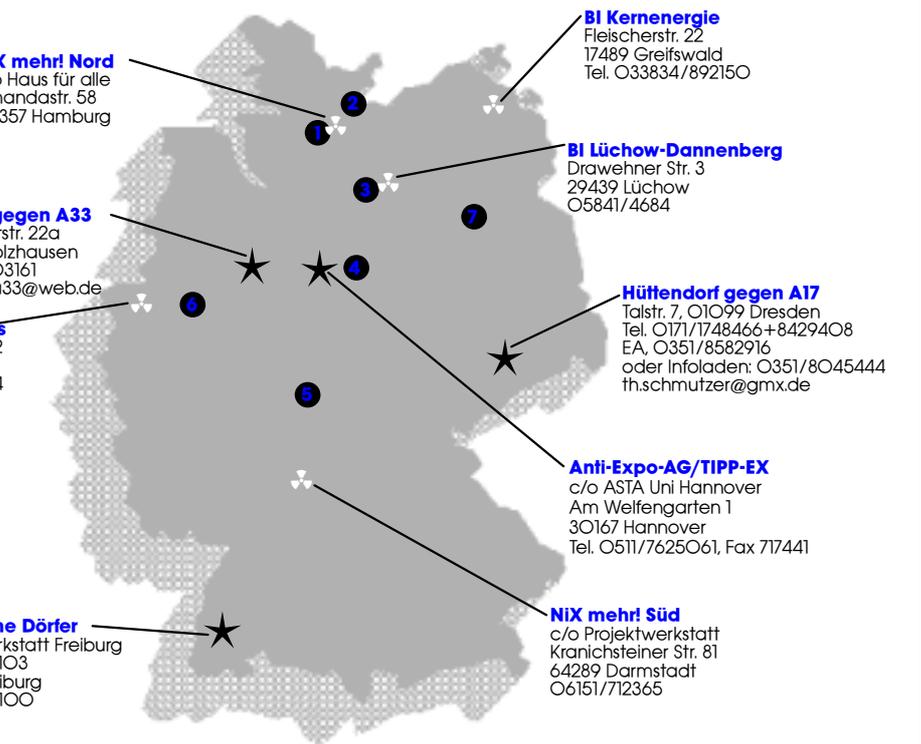
Talstr. 7, 01099 Dresden  
Tel. 0171/1748466+8429408  
EA, 0351/8582916  
oder Infoladen: 0351/8045444  
th.schmutzer@gmx.de

### Anti-Expo-AG/TIPP-EX

c/o ASTA Uni Hannover  
Am Wolfengarten 1  
30167 Hannover  
Tel. 0511/7625061, Fax 717441

### Nix mehr! Süd

c/o Projektwerkstatt  
Kranichsteiner Str. 81  
64289 Darmstadt  
06151/712365





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer '99

Widerstand



## A17

Das Hüttendorf gegen die A17 wurde am Mittwoch, den 28. April geräumt. Gegen 5 Uhr morgens rückten etwa 100 PolizistInnen an und pflückten mit Hilfe eines Sondereinsatzkommandos die ProtestlerInnen aus den Bäumen, in welchem in letzter Zeit an Baumhütten gebastelt worden war. Zudem befanden sich Menschen in einem Tunnel.

Kontakt: Hüttendorf im Exil, Talstr.7, 01099 Dresden, Tel: 0171/8429408 oder 0171/1748466, Email: thschmutzer@gmx.de oder m.karich@link-dd.cl.sub.de oder: Grüne Liga & Netzwerk gegen A17, Schützengasse 16, 01067 Dresden, Tel:0351/4943354

## Frühjahrszeit - RTS-Zeit

Nicht nur die Blumen, auch die Reclaim The Streets Parties scheinen bei wärmeren Temperaturen aus dem Boden zu sprießen: Stattgefunden haben solche in Dresden (10. April), Bielefeld (24. Mai) und Berlin (30. April). An letzterer nahmen ca. 2000 Menschen teil, welche sich einem teils massiven Polizeiaufgebot gegenüber fanden. Es kam zu zahlreichen Festnahmen.

## Aktiv gegen Gen bei Lüneburg

Über die Osterfeiertage wurde bei Amelinghausen im Landkreis Lüneburg ein Feld zerstört, auf welchem genmanipulierter Raps angebaut worden war. Offenbar wurde die etwa 8500 Quadratmeter große Fläche, auf welcher der Chemiekonzern AgrEvo einen Freisetzungsversuch durchführte, mit einem Pflanzenschutzmittel besprüht. In einem Schreiben bekannte sich die "gruppe freies nordland" zu der Aktion und kündigte weitere Aktivitäten an. Gegen die Freisetzung hatte es schon zuvor massive Proteste gegeben, unter anderem wurden eine Feldbesetzung und ein winterliches Picknick durchgeführt.



# Das Widerstandslexikon heute: "Critical Mass" - Massenradfahrten

Unter dem Namen "Critical Mass" gibt es in einigen Städten Englands und der USA monatliche Massenradfahrten zu Hochverkehrszeiten. Diese zeigen positive Alternativen auf und verdrängen die Abgase im Stadtzentrum mit einer Brise frischer Luft. Es geht dabei um Spontaneität: es gibt keine VeranstalterInnen, ebenso ist es keine Demo - höchstens ein Beispiel - sondern meistens ein "zufälliges Treffen von RadfahrerInnen, die nach Hause fahren". Massenradfahrten sind einfach zu organisieren. Spricht einfach interessierte Menschen an, wählt einen zentralen autofreien Treffpunkt aus, legt ein regelmäßiges Datum fest (z.B. jeweils der letzte Freitag im Monat) und macht Flugblätter. Im Sinne der Spontaneität (was auch der Po-

lizei gegenüber ein guter Schutz ist) wird meistens erst wenn die RadlerInnen unterwegs sind entschieden, wohin die Fahrt geht. VorreiterInnen könne Seitenstraßen blockieren, um Sicherheit für den Rest der Gruppe zu gewährleisten. Verrückte oder wütende AutofahrerInnen einfach durchfahren lassen und nicht den Spaß verlieren. Ein Lächeln hilft bei solchen Situationen oft viel mehr als Wut.

Infos auch unter <http://members.aol.com/berlincm/critical.html>

(aus: "Direkte Aktionen oder Die kleine Blockadefibel", zu beziehen für 3,50DM + 2DM Porto über DRYADS c/o Projekt DA, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck)



What magazine will help you and your city to...

**Kick The Car Habit?**

**CAR Busters**  
Magazine and Resource Centre

Critiquing car culture, exploring alternatives and linking up the international car-free movement.  
44 rue Burdeau, F-69001 Lyon  
carbusters@wanadoo.fr  
[www.antenna.nl/eyfa/cb](http://www.antenna.nl/eyfa/cb)

**Ö-termine**

22.5.-22.6.  
**Inter Continental Caravan (ICC)**  
organisiert von Peoples' Global Action. Eine Karawane durch ganz Europa mit mehr als 500 Leuten aus Indien und anderen Trikontstaaten  
Berliner Vorbereitungsgruppe: [icc99@gmx.de](mailto:icc99@gmx.de)  
ICC-Europe-Büro: EuroDusnie, P.O. Box 2228, 2301 CE Leiden, Tel/Fax: +31-71-51-730-94, [caravan@stad.dsl.nl](mailto:caravan@stad.dsl.nl), <http://stad.dsl.nl/caravan/>

4.-6. Juli:  
**Seminar Alternative Verkehrspolitik** (RTS-Partys usw.)  
Kontakt: ökoscouts, Adr. siehe links

1.-7. August:  
**Deutsch-Schwedische Anti-Atom-Fahrradtour vom Wendland zum AKW Barsebäck**  
mit anschließender Demo in Malmö  
Kontakt: Barsebäcksoffensiv c/o Miljöbiblioteket, Box 1092, 22101 Lund, Schweden  
Email: [barseback99@hotmail.com](mailto:barseback99@hotmail.com)  
homepage: <http://come.to/barseback>

1.-18. August:  
**ECOTOPIA-Sommerncamp**  
Das vom europäischen Jugendumwelt Netzwerk EYFA (European Youth For Action) veranstaltete Treffen wird auch dieses Jahr wieder Leute vom ganzen Kontinent herbeirufen. Es wird in Rumänien stattfinden.  
Kontakt: ECOTOPIA, OP nr 12, CP 986, 1900 Timisoara, Rumänien, Fax: +40-56-199137, Email: [ecotopia@banat.ro](mailto:ecotopia@banat.ro)

23. Juli - 1. August  
**Wendland-Sommerncamp**  
Zum 3. Mal wird im Wendland gecamp und sich mit Gesellschaftskritik, Utopien, zivilem Ungehorsam etc. auseinandergesetzt werden. Das niederländische Kochkollektiv Rampenplan sorgt für das leibliche Wohl!  
Kosten: 20-40 DM/Tag bzw. 150-250 DM für das gesamte Camp  
Kontakt: Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel: 04843/507, Fax: 05843/1405, Email: [kurve-wustrow@oln.comlink.apc.org](mailto:kurve-wustrow@oln.comlink.apc.org)

30. Juli - 8. August  
**4. Anarchistisches Sommerncamp**  
Diesmal in der Nähe von Hannover. Anmeldeschluß ist der 15.6.  
Kontakt: @-Camp-Vorbereitungsgruppe, c/o Ökoscouts, s. links, Email: [a-camp@gmx.de](mailto:a-camp@gmx.de)

## Literatur/Kontakt-Email-Infodienste

Der radikalökologische Zusammenhang Earth First! bringt ca. einmal im Monat einen umfassenden Email-Infodienst heraus, das "action update". Themen sind u.a. Straßenproteste, Hüttendörfer, Anti-Gen-Kampagnen, Häuserbesetzungen und andere Formen der Direkten Aktion. Auch wenn die Berichte schwerpunktmäßig aus Großbritannien kommen, sind sie doch informativ und inspirierend. Außerdem können eigene Mitteilungen veröffentlicht werden und internationale Kontaktadressen gefunden werden.

Um aufgenommen zu werden, eine Nachricht an folgende Adresse schicken: [actionupdate@gn.apc.org](mailto:actionupdate@gn.apc.org)



# Perspektiven

**6 punkte**  
Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

**62** Sommer '99  
• Perspektiven

## Zwei-Monats-Bilanz "Emanzipatorischer Umweltschutz" in der Diskussion

Anfang April erschien das Buch "Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit". Ab diesem Zeitpunkt wurde die Debatte um einen Umweltschutz von unten intensiver und öffentlicher geführt, die bislang nur u.a. bei den AutorInnen des Buches oder im Rahmen der inhaltlichen Diskussion im Anti-Expo-Bündnis lief. Ende Mai fällt eine erste Bilanz uneinheitlich aus. Zusammengefaßt: Die alten und etablierten Umweltkreise (Verbände, Ex-Jugendumweltzusammenhänge usw.) blocken eine politische Diskussion weiterhin mit allen Kräften ab. In neueren sowie in autonomen Zusammenhängen aber hat die Debatte Wirkung. In Baden-Württemberg, Berlin, Braunschweig sowie einigen Orten Nordrhein-Westfalens arbeiten feste Runden an dem Thema, diskutieren Strategien und konkrete Projekte. In etlichen anderen Orten fanden Veranstaltungen mit 10 bis 20 Personen statt. Bemerkenswert ist dabei weniger die Zahl als das hohe Niveau der Diskussion. Etliche neue Aspekte und Vorschläge konnten den ersten Entwürfen hinzugefügt werden.

Die folgende Punkte zeigen einen Überblick über die Debatte:

**Debatte per Email:** Zur Zeit diskutieren knapp zwanzig Einzelpersonen und Gruppen unter dem Titel "Umweltschutz von unten" intensiv über die Strategien des emanzipatorischen Umweltschutzes sowie über konkrete Aktivitäten wie Veranstaltungen usw. Wer Kontakt sucht, sollte eine der beteiligten Personen ansprechen oder anmailen, z.B. die Adresse projektwerkstatt\_\_sa@apg.wwwbnet.de.

**Rundbrief:** Unregelmäßig erscheint der Perspektiven-Rundbrief, in dem nicht nur Termine und Kurzinfos zum Thema zu finden sind, sondern auch immer aktuelle Übersichten über die "Sünden" des

mainstream-Umweltschutzes, zur Anti-Expo-Arbeit und direkter Aktion. Außerdem werden interessante Texte mitverschickt. Es gibt zwei Möglichkeiten - einmal das Abo für 40 DM im Jahr (einschließlich Ö-Punkte), zum anderen für alle, die intensiver mitdiskutieren und die Debatte auch verbreiten wollen, das Angebot, jeweils eine Kopiervorlage zu erhalten (kostenlos), den Rundbrief denn selbst weiter zu vervielfältigen und an interessierte Kreise zu verteilen.

**Email-Debatte zu "Naturschutz von unten":** Auf dem gleichlautenden Seminar Anfang Mai in Lübeck entstand die Idee für eine dauerhafte Diskussion um Fragen des Arten-, Biotop- und Landschaftsschutzes unter emanzipatorischen Vorstellungen. Vor allem die Akzeptanzkrise des von oben agierenden Naturschutzes hat daran Interesse geweckt. InteressentInnen wenden sich bitte an das Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe, joern\_\_hartje@public.uni-hamburg.de.

**Veranstaltungen:** Verschiedene Personen bieten sich als ReferentInnen an zu Themen "Emanzipatorischer Umweltschutz statt Agenda, Ökosteuer & Co.", "Ökologie und Ökonomie sind unvereinbar", "Naturschutz von unten", "Expo No – wem gehört die Zukunft?" oder "Kritik an der Agenda 21" an. ReferentInnenvermittlung über die Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel. 0451/7070646, jupluebeck@t-online.de.

Weiterhin werden die "Ö-Punkte" regelmäßig über die Diskussion berichten.

### Perspektiven

Kurzmitteilungen aus der Diskussion um Strategien des emanzipatorischen Umweltschutzes.

Infos, ReferentInnenliste usw. gegen 2,20 DM in Briefmarken bei der

Projektwerkstatt  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen-Saasen

### Infos

**Rundbrief**  
Mehr oder weniger regelmäßig erscheint der Perspektiven-Rundbrief. Er kann gegen 40 DM/Jahr abonniert werden (einschl. "Ö-Punkte") und enthält Texte, Hintergründe und Termine zur Diskussion um den emanzipatorischen Umweltschutz.

**Ö-Punkte**  
Das Thema der nächsten Ausgabe lautet "Expo 2000", dann folgt im Herbstheft die Umweltbildung – alles Themen, wo Perspektiven einfließen werden. Mitwirkende sind gern gesehen.

30.7. bis 8.8.99  
nahe Hannover  
**4. anarchistisches  
Sommercamp**

Wie immer: Ein buntes Treffen voller Workshops. Selbstorganisiert. Unter anderem geplant sind das Thema "Expo" (nicht weit entfernt!) und die Diskussion um Perspektiven politischer Arbeit. Auch die Debatte um radikale, emanzipatorische Umweltschutzarbeit wird dort weitergehen – eingebettet in ein vielfältiges Programm (genauen Termin erfragen).  
Info: Ökoscouts, Madamenweg 168, 38118 Braunschweig, 0531/82909, Fax 896677, a-camp@gmx.de



Der Tip:  
**Die CD "Agenda,  
Expo, Sponsoring"**

Über 1.500 Dokumente über  
Naturschutzfilz und Käuflichkeit!  
Die Quellen zum Buch!

Für DOS, Windows, Apple, Linux,  
OS/2. PDF- und TIFF-Dateien.  
49,80 DM, ISBN 3-88939-453-1

Ö-Versand, Ludwigstr. 11,  
35447 Reiskirchen



# Infodienste, Zeitungen und Ö-Punkte-Verteiler:

## Abfall:

Das Bessere Müllkonzept  
 Infos und Texte rund um Abfallvermeidung und -politik.  
 Feldstr. 6, 82282 Unterschweinbach  
 MüllMagazin (Rhombos)  
 Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

## Anti-Atom:

anti atom aktuell (5 DM, Abo 60 DM, 12x)  
 Vernetzungszeitung der unabhängigen Anti-Atom-Bewegung mit Berichten, Infos und Terminen. Einladung zu Konferenzen.  
 Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen  
 Atom-Pressepiegel  
 Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld  
 Forum des IPPNW  
 Körtestr. 10, 10967 Berlin  
 THTR-Rundbrief (BI Hamm)  
 Postfach 1242, 59002 Hamm

## Chemie & Industrie:

Informationsdienst Chemie & Umwelt (ICU)  
 Beethovenstr. 31, 79100 Freiburg  
 Stichwort Bayer (60 DM/Jahr, 4x)  
 Informationen zur Chemieindustrie, hrsg. von der Coordination gegen Bayer-Gefahren.  
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

## Energiewende:

Energie-Depesche (4,50 DM, 24 DM/Jahr, 4x)  
 Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach  
 Neue Energie (BWE)  
 Herrenteichstr. 1, 49074 Osnabrück

## Jugend und Umweltschutz

BUNDJugend: Delegierten-Post  
 Interner Verteiler der BUNDJugend  
 Friedrich-Breuer-Str. 86, 53225 Bonn  
 Grün-alternatives Jugendbündnis (GAJB)  
 Rundbrief an Orts-Kontaktadressen u.ä.  
 Kasseier Str. 1a, 60486 Frankfurt  
 Jugendkontaktstelle Nordrhein-Westfalen  
 Infostelle u.ä. von Grüner Jugend.  
 Jugendumweltschutznetzwerk Nds. (JANUN)  
 Goebenstr. 3a, 30159 Hannover  
 Lupe (Rundbrief des Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung), c/o DJN  
 Nachrichten aus dem DJN und zu Aktionen.  
 Justus-Strandes-Weg 14, 22337 Hamburg  
 Naturschutzjugend Baden-Württemberg.  
 Rundbrief an Jugendgruppen  
 Rotebühlstr. 84/1, 70178 Stuttgart

## Landschaft:

Naturschutz und Landschaftsplanung  
 Postfach 700561, 70574 Stuttgart  
 Natur und Landschaft (118 DM/Jahr, 11x)  
 Postfach 400263, 50832 Köln  
 Steinbeißer (IG Gesteinsabbau)  
 Prof.-Virchowstr. 8, 08280 Aue  
 Wattenmeer international  
 WWF, 60591 Frankfurt

## local economy:

bankspiegel (GLS Gemeinschaftsbank)  
 Postfach 100829, 44708 Bochum  
 Contraste  
 Postfach 104520, 69035 Heidelberg  
 koop telegramm (15 DM/Jahr, Beitrag: 60 DM)  
 Mitteilungsblatt der Bundesarbeitsgemeinschaft Lebensmittelpkooperativen mit vielen Infos für Food-Coops.  
 Im Mailand 131, 44797 Bochum

## Ökologischer Landbau:

Ökologie & Landbau (SÖL)  
 Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim  
 Unabhängige Bauernstimme (5 DM, 60 DM/Jahr, 11x)  
 ABL, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

## Organisation, Tips:

Media Perspektiven  
 Am Steinernen Stock 1, 60320 Frankfurt  
 KGV-Rundbrief (Öko-Institut)  
 Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

## Magazine

Gegenwind (Schleswig-Holstein)  
 Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

## Politik von unten:

mitarbeiten (Stiftung Mitarbeit)  
 und Rundbrief Bürgerbeteiligung  
 Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn  
 Schwarzer Faden (8 DM, 30 DM/Jahr, 4x)  
 Postfach 1159, 71117 Grafenau  
 Zeitschrift für direkte Demokratie  
 Marcussallee 29, 28359 Bremen

## Tierschutz/Tierrechte:

Brennpunkte  
 Promenadeplatz 12, 80333 München  
 Du und das Tier (DTSB)  
 Baumschulallee 15, 53115 Bonn  
 Tierbefreiung aktuell (25 DM/Jahr, mind. 4x)  
 Informationen und Berichte über die Tierrechtsbewegung und Autonomen Tierschutz.  
 Schmilinstkystr. 7, 2009 Hamburg  
 Voice (3 DM, 20 DM/Jahr, 4x)  
 Hauptstr. 68, 64560 Riedstadt

## Über den Tellerrand:

Antifa-Infoblatt, L. Meyer (5 DM, Abo 30 DM)  
 Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin  
 Antifaschistische Nachrichten (26x, Abo 78 DM)  
 GNN, Postfach 260226, 50515 Köln  
 blick nach rechts (14tägig, 125,-/Jahr, erm. 64,-)  
 Pressehaus I/216, Heußallee 2-10, 53113 Bonn  
 Der rechte Rand (3 DM, Abo 20 DM/Jahr)  
 Postfach 1324, 30013 Hannover  
 Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen  
 Postfach 1546, 65173 Wiesbaden  
 Friedensforum (Friedenskooperative)  
 Römerstr. 88, 53111 Bonn  
 Graswurzelrevolution (Schnupperabo 10 DM)  
 Kaiserstraße 24, 26122 Oldenburg  
 Inferim, Bezug nur über Dealer und Infoläden  
 Kampagne aktuell (Rüstungsexporte)  
 Bismarckring 3, 65185 Wiesbaden  
 Kinderrechtliche News  
 c/o K.R.Ä.T.Z.Ä., Dunckerstr. 11, 10437 Berlin  
 Konkret (gibts am Kiosk)  
 Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg  
 Ökolinx, Jutta Dirfurth (8 DM + 2 DM Versand)  
 Neuhofstraße 42, 60318 Frankfurt  
 Regenbogen  
 c/o K.R.Ä.T.Z.Ä., Dunckerstr. 11, 10437 Berlin

## Umwelt allgemein:

Kritische Ökologie  
 Langgasse 24 HH, 65183 Wiesbaden  
 ÖkoLinX (Ökologische Linke)  
 Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt  
 Ökologisches Wirtschaften  
 Waltherstr. 29/III Rgb., 80337 München  
 Öko-Mitteilungen (Öko-Institut)  
 Postfach 6226, 79038 Freiburg  
 Perspektiven radikaler, emanzipatorischer  
 Umweltschutzarbeit (40 DM/Jahr, 4-8x)  
 Einschl. Ö-Punkten, zusätzlich Termine, Texte und Infos zu Perspektiven radikaler Umweltschutz, alternativem Lebens usw.  
 Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen  
 Politische Ökologie  
 Waltherstr. 29, 80337 München  
 http://www.umwelt.de/Magazin/poe  
 Rothaus und Umwelt (100 DM/Jahr, 6 Ex.)  
 U.A.N., Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover  
 Umwelt kommunale ökologische Briefe  
 (298 DM/Jahr, erm. 149 DM, 14tägig)  
 Schadowstr. 48-50, 40212 Düsseldorf  
 Umweltnachrichten (5 DM)  
 Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München

## Umweltbildung:

Biologie in der Schule  
 Postfach 269, 10107 Berlin  
 DGU Nachrichten  
 Ulmenstr. 10, 22299 Hamburg  
 Kosmos  
 Neckarstr. 121, 70190 Stuttgart  
 NUAnzen (Zeitschrift der NUA)  
 Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen  
 Ökopänews  
 Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf  
 Rundbrief Ökopädagogik  
 Welsersstr. 15, 81373 München  
 Unterricht Biologie  
 Postfach 10 01 50, 30917 Seelze  
 Rundbrief der Initiative Psychologie im Umweltschutz (2x/Jahr), c/o Geschäftsstelle  
 Humboldt-Uni, Inst. für Psychologie, C 107,  
 Oranienburgerstr. 18, 10178 Berlin  
 Umweltberatung aktuell (BUND)  
 Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

## Umwelt & Entwicklung:

alaska  
 Kritische Zeitung zum Internationalismus  
 Bernhartratstr. 12, 28203 Bremen  
 BUKO-Agrar-Info  
 BUKO Agrar, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
 Germanwatch  
 Berliner Platz 23, 53111 Bonn  
 Informationsdienst Weltwirtschaft&Entwicklung  
 WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn  
 iz3w-Blätter (8 DM, 60 DM/Jahr, 8x)  
 Postfach 5328, 79020 Freiburg  
 Relaciones (VEN)  
 Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf  
 Rundbrief "eine Welt"  
 Mittelstr. 4, 34474 Wethen

## Umweltrecht:

Recht der Natur (Schnellbrief), Schleusenstr. 18, 60327 Frankfurt  
 Zeitschrift für Umweltrecht, Confrescarpe 18, 28203 Bremen

## Verbands-Infodienste:

Alligator (Grüne Liga)  
 Friedrichstr. 165, 10117 Berlin  
 BBU-Infodienst (unregelmäßig bis 4x/Jahr)  
 Infozeitung des BBU, für Mitglieder.  
 Prinz-Albert-Str. 43, 53113 Bonn  
 BUNDmagazin  
 Im Rheingarten 7, 53225 Bonn  
 Deutschland-Rundbrief (DNR)  
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
 EU-Rundschreiben (DNR)  
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
 Hochschul-Umwelt-Info (5 DM)  
 Zeitung für alle Mitglieder, d.h. studentische  
 Umweltgruppen und FördererInnen. Infos zur  
 Hochschul-Umweltarbeit.  
 BSÖ, c/o ASTA Uni Münster  
 Schloßplatz 1, 48149 Münster  
 Naturschutz heute  
 Postfach 301054, 53190 Bonn

## VerbraucherInnenpolitik:

Verbraucher konkret (Mitgliedszeitung)  
 Verbr.-Initiative, Breite Str. 51, 53111 Bonn

## Verkehr:

Informationsdienst Verkehr (Umkehr e.V.)  
 Exerzierplatz 20, 13357 Berlin  
 radWELT (ADFC)  
 Postfach 107747, 28077 Bremen

## Wasser:

Wasser-Rundbrief (AK Wasser des BBU)  
 Rennerstr. 10, 79106 Freiburg  
 Waterkant (AKN)  
 Kreuzstr. 61, 28203 Bremen

## Widerstand/Direkte Aktion:

Mikas & Credos Informationen (40 DM/Jahr)  
 Vor allem Termine und Adressen. Auf Wunsch  
 mit Ö-Punkten als Beilage.  
 A-Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin

## Ö-Punkte in Rundschreiben

Anti-Expo-Netzwerk (10-30 DM/Jahr)  
 Vernetzung zwischen Anti-Expo-Gruppen, Termine, Berichte, Infos zur Expo.  
 Büro für mentale Randalde, Flaesheimer Str. 80, 45739 Oer-Erkenschwick  
 BUND Thüringen, Niedersachsen und  
 Nordrhein-Westfalen, Rundbriefe der Landesverbände an die Ortsgruppen.  
 Grüne Liga Sachen, Rundbrief an Ortsgruppen  
 Schützengasse 16-18, 01067 Dresden  
 Mehr Demokratie: Länderrundbrief  
 Beigelegt dem Verteiler an Länderkontakte.  
 Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München  
 NABU Saarland  
 Rundbrief  
 Theorie-Arbeitskreis Alternative Ökonomie  
 Rundbrief.

Der Infodienst für  
 UmweltakteurInnen

Sommer '99

Anhang,  
 Verteiler



## Erläuterungen

- Ö-Punkte liegen regelmäßig bei.
- Ö-Punkte liegen unregelmäßig bei, d.h. der/die BezieherIn erhält nicht alle Ö-Punkte.



Die nächsten Ö-Punkte  
 Herbst '99:

## Termine:

- Redaktionsschluss: 1.8.1999.
- Endredaktion: Ort und Zeitpunkt noch unklar, ca. 13. bis 22. August
- Erscheinen: 25.8.1999. (Die Redaktionstreffen und -arbeit sind offen für alle Interessierten!)

## Schwerpunkt:

Wir wollen zukünftig inhaltliche und praktische Schwerpunkte wechseln. Daher im nächsten Heft ein "Markt der Möglichkeiten" – praktische Tipps und Aktionen. Wir freuen uns über Berichte und Ideen.

Thematische Texte bitte direkt an die zuständigen Themenredaktionen schicken. Allgemeine Artikel und Beiträge, Kleinanzeigen und Anzeigenaufträge an die Redaktionsadresse.

## Und weiter ...:

Redaktionsschluss der Ausgabe "Winter '99" ist voraussichtlich der 1. November 1999.

Die nächsten Ö-Punkte kommen ... bestimmt!

## Mitarbeit erwünscht:

- Bei allen Themenredaktionen, vor allem aber dort, wo es noch oder wieder ganz fehlt: **Umwelt&Entwicklung, VerbraucherInnenpolitik und Radikal leben.**
- Mitwirken in der Endredaktion: **Layouten, Zusammenleben, Gestalten und vieles mehr.**
- Wo findet die nächste Endredaktion statt???

